Kursbuch

Rowohlt·Berlin · Juni 1991 · Heft 104 · DM 13 · A20281F

Weiter denken

Thomas Schmid, Last Exit Popper?
Henning Ritter, Rückzug aus der Politik
Karl Markus Michel, Die Menschheitsfalle
Otto Kallscheuer, Entzauberungen
Richard Wagner, Linke ohne Sozialismus
Claus Leggewie, Wie Solidarität klappt
Sabine Sauer, Ad acta
Gerd Grözinger, Volkswille, verbessert
Jürgen Busche, Des Deutschen Vaterland
Cora Stephan, Im Drüben fischen
István Eörsi, Going West?
György Dalos, Straßenschilderkampf

extra:
Dan Diner, Den Westen verstehen
Peter Weingart, New World Order
Alexandre Adler, Sturm über dem Islam

Goethe Institut e.V. Bibliothek
05 kur
Goethe-Institut e.V. Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Kursbuch
Begründet von Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke

104 Weiter denken Juni 1991

Thomas Schmid, Last Exit Popper? Warum sich die Demokratie so schlecht mit Demokratie verträgt 1
Henning Ritter, Auf dem Rückweg von der Politik 13
Karl Markus Michel, Die Menschheitsfalle 23
Otto Kallscheuer, Zwischen Gottes Wort und Volkes Stimme 37
Richard Wagner, Für eine Linke ohne Sozialismus 55
Claus Leggewie, Solidarität – Warum sie nicht funktioniert und trotzdem klappt 67
Sabine Sauer, Ad acta. Unter dem Dach des Berliner Bezirksgerichts Mitte. Ein Bildbericht 77
Gerd Grözinger, Die Verbesserung des Volkswillens 85
Jürgen Busche, Des Deutschen Vaterland 105
Cora Stephan, Im Drüben fischen 115
István Eörsi, Going West? 129
György Dalos, Straßenschilderkampf 136

extra:
Dan Diner, Den Westen verstehen. Der Golfkrieg als deutsches Lehrstück 143
Peter Weingart, New World Order – alte Ordnung in einer neuen Welt 155
Alexandre Adler, Sturm über dem Islam 171

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 10, im Einzelverkauf DM 13. Verlag: Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Einsteinufer 63a, 1000 Berlin 10, Telefon 0 30–3 42 00 11. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhah: Karl Markus Michel und Tilman Spengler.
Anzeigenverwaltung: Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 65, 1000 Berlin 30, Telefon 0 30–2 50 08 30, Fax: 0 30–25 00 83 83.
Copyright © 1991 Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung und der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen und alle elektronischen Übermittlungen vorbehalten.
Gesamtherstellung Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen
ISBN 3 87134 1045
ISSN 0023-5652
Beilagen: »Kirschkern« Buchversand (Teilbeilage), Kühl Verlag / Kommune, W. Fink Verlag

Thomas Schmid
Last Exit Popper?

Warum sich die Demokratie so schlecht mit Demokratie verträgt

»Demokratie und freies Unternehmertum gehören zusammen, vertragen sich aber nicht.« Joseph Heller[1]

Man kann die mehr als siebzig Jahre, die der Sozialismus staatsbildend und -tragend gewesen ist, als eine gigantische Zeitverschwendung beschreiben. Zwar gibt es, übrigens auch des realen Sozialismus wegen, gute Gründe, auf ziemlich lange Zeit die Idee vom Progreß der Geschichte und damit die vom Fortschritt zu suspendieren, und dann wäre es sinnlos, welche Ereigniskette auch immer als einen Akt der Vergeudung von Zeit zu qualifizieren. Aber dies zumindest scheint doch zu gelten: Der Sozialismus hat nicht nur keines der Probleme, zu deren Überwindung er erfunden und dann installiert worden ist, gelöst; er hat darüber hinaus in allen Ländern, derer er habhaft werden konnte, nicht nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld, sondern vor allem eine gesellschaftliche Ödnis hinterlassen, der man selbst mit den raffiniertesten Kniffen einer Theorie der Ungleichzeitigkeit kaum irgendeinen Sinn abgewinnen kann. Nichts ist durch den Sozialismus leichter geworden; die Gesellschaften aber, die er eingefroren hielt, haben viel Zeit verloren. Sie stehen wieder am Anfang aller politischen und wohl auch gesellschaftlichen Fragen. Der Sozialismus ist, wie ein dürftiger, aber zutreffender Kalauer weiß, das schwierige Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Kapitalismus. Die ehedem sozialistischen Staaten haben kein Ziel erreicht, sondern sind an einen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Abgeschwächt zwar, könnte man ähnliches von der Geschichte sagen, die die Idee der Demokratie in der Bundesrepublik durchlaufen hat. Es begann unscheinbar, und bei Unscheinbarem sind wir, nach langen Umwegen, wieder angelangt.

Demokratie galt zu Adenauers Zeiten als die Regierungsform, die nun einmal gegeben war; wer es genauer wissen wollte, erfuhr dann noch, daß sie aus guten Gründen eine repräsentative sei und vor allem in dem Recht zu wählen ihren Ausdruck finde. Wer damals in Schulen, Volkshochschulen und sogar Amerikahäusern unterrichtet wurde, lernte Demokratie als »Apparatur« (Karl Jaspers) kennen; von dem ideengeschichtlichen und kämpferischen Vorlauf, den es bis zur Durchsetzung der repräsentativen Demokra-

tie in einigen westlichen Ländern brauchte, hörte er kaum etwas. Noch die formalste, noch die von Verbänden, Lobbies, Konsumenten und Parteien bis zur Unkenntlichkeit entstellte Demokratie hat einen überaus visionären Ursprung, der – so möchte ich behaupten – immer wirksam geblieben ist. Doch gerade dieses Moment jeglicher Demokratie, das anderswo ja gerne und überschwenglich gefeiert wird, spielte in der frühen Bundesrepublik keine nennenswerte Rolle.

Schuld daran war die krause und barbarische Vision des nationalsozialistischen Regimes, mit dessen Ende vorerst alles Visionäre und aller Überschwang diskreditiert waren. Schuld daran waren sodann aber auch die damals bestimmenden »konservativen« Eliten, denen das ganz gelegen kam und die unter Demokratie so ziemlich das Gegenteil von dem verstanden, was damit je in attischer oder angelsächsischer Tradition gemeint gewesen war: Sie sahen in der repräsentativen Demokratie das bisher beste Mittel, um die Politik aus der Politik zu vertreiben. Die Moderne hat auch die Massen hervorgebracht und mit ihnen unwiderruflich deren politische Begehrlichkeit; und spätestens seit Max Weber wird darüber nachgedacht, wie man dieser entgegenkommen könne, ohne allzu große Zugeständnisse in Richtung Republik und Polis machen zu müssen. Die Massen ihre funktionalen Eliten wählen lassen, so lautete die kostenneutralste Antwort. Und diese schien den »Konservativen« der fünfziger Jahre die Zauberformel zu sein. Mit ihr sollte das Arbiträre aus der Politik vertrieben werden, Politik sollte zu einer Sphäre werden, in die der öffentliche Diskurs und seine Unwägbarkeiten endlich nicht mehr hineinreichen.

Die Ironie dieser Geschichte liegt in der minimalen, aber entscheidenden Differenz zwischen einem solchen Verständnis von Demokratie und dem, das in angelsächsischer Tradition gemeint ist. Beide Male lautet die demokratische Formel denkbar einfach: Es darf gewählt werden. Im einen Fall aber ist gewissermaßen von unten, von der Gesellschaft her gedacht: Der unschätzbare Vorteil der Demokratie bestehe darin, daß sie den gewaltfreien Wechsel der Regierung möglich mache. Kein Versprechen auf eine bessere Gesellschaft ist darin enthalten, Demokratie ist hier nicht mehr als eine leere Form; sie garantiert nur eins: wenn die Gesellschaft *will*, kann sie von anderen und auch anders als bisher regiert werden. Dieses angelsächsische Verständnis von Demokratie rechnet mit dem möglichen Sieg der Bürger, bürdet diesen aber auch den Bürgern und der Gesellschaft auf; es ist nicht präskriptiv, sondern eröffnet nur Möglichkeiten. In der Adaption dieses grundlegenden demokratischen Mechanismus durch die deutschen »Konservativen« der Nachkriegszeit wurde jedoch etwas ganz anderes daraus: Man dachte von oben, vor allem von der Verwaltung her, und sah in

der Demokratie das beste Mittel, durch den regelmäßig möglichen Austausch der verwaltenden Eliten deren Kontinuität zu sichern; ein Sieg der Bürger sollte in dieser Konzeption von Demokratie ausgeschlossen bleiben. Die frühe Bundesrepublik hat so getan, als eigne sie sich die angelsächsische Idee von Demokratie an; tatsächlich aber hat sie die Demokratie zu einer technokratischen Apparatur entstellt.

Dabei konnte es auf Dauer jedoch nicht bleiben. Die Modernisierung, die von der konservativen Technokratie ja gewollt war, mußte die Gesellschaft komplizierter, unübersichtlicher und unberechenbarer machen, das Arbiträre mußte über die Hintertür zurückkehren. Zudem kann man in einem Gemeinwesen, in dem die freie Meinungsäußerung nicht verboten ist, die Lust am Gesellschaftmachen auf Dauer nicht unterbinden. Also wurde die Demokratie, die als Regelsystem ja etabliert war, auch in Anspruch genommen, ein nicht mehr abbrechender Streit über die Verbesserung der Gesellschaft kam in Gang. Seine Stationen reichen von der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik über »1968« und sein Umfeld bis zu den Bürgerinitiativen sowie der grünen Wunderwaffe Basisdemokratie. Die Erfolge, die dieser Streit hervorgebracht hat, sind bekannt. Sie haben jedoch, was viel seltener hervorgehoben wird, etwas Paradoxes. Denn die Art von Demokratie, der sie auf die Beine verholfen haben, war meist gar nicht gemeint gewesen. Mehr noch: Es war überhaupt nicht Demokratie, sondern der Sieg der »Wahrheit« und des »Richtigen« gemeint gewesen. Zwar hat es selten einer der Protestierenden versäumt, seine Sache im Namen der Demokratie vorzutragen; aber er meinte meist nicht die vorhandene Demokratie, die es auszubauen und fortzuentwickeln gelte, sondern eine »andere«, eine »wirklichere«. In diesem Vorbehalt war ein Mißverständnis enthalten, das der Umgang der »Konservativen« mit der Demokratie nahegelegt hatte. In diesem Sinne ist die Linke den »Konservativen« auf den Leim gegangen. Weil diese die Demokratie als Apparatur zum reibungslosen Elitenwechsel verkauften und der angelsächsische Demokratie-Gedanke dem *formell* zum Verwechseln ähnlich sah, blieb der Linken die Demokratie insgesamt suspekt. Demokratie sah nach systematischem Betrug und nach Entmachtung der Gesellschaft aus. Fast alle, die in der Geschichte der Bundesrepublik Opposition betrieben, haben nichts anderes getan, als die Gesellschaft stark zu machen und den gewaltfreien Wechsel der Regierung vorzubereiten. Sie haben sich ganz real in der Demokratie bewegt, die sie jedoch fern am Horizont, jenseits aller Verblendungszusammenhänge und Täuschungsmanöver vermuteten.

Demokratie garantiert weder Wohlstand noch Gerechtigkeit noch Frieden, und ebensowenig legt sie dem einzelnen eine Garantie für ein Höchstmaß

an politischem Ausdrucks- und Durchsetzungsvermögen in die Wiege; sie eröffnet für all das nur bessere Chancen als andere politische Systeme. Diesen kleinen, aber wichtigen Unterschied haben die Oppositionellen lange nicht zur Kenntnis nehmen wollen; und deswegen haben sie der Demokratie in eher grundsätzlicher Weise all jene Mängel vorgeworfen, zu deren allmählicher Behebung eben die Demokratie die beste Staatsform ist. Es kam damit ein Fundamentalismus in den Streit um die Demokratie, der alles pragmatische Vorgehen in die Nähe des Verrats, zumindest aber der Inkonsequenz rückte und den utopischen Entwürfen den Vorrang vor der Nutzung demokratischer Möglichkeiten gab. Faktisch machte die Opposition mit ihrem Treiben die Gesellschaft gegenüber dem Staat stärker – sie wollte oft aber etwas anderes, etwas Widersinniges: einen Staat, der so stark sein sollte, daß er die starke Gesellschaft garantieren und bereitstellen könne. Die Möglichkeiten der Demokratie einfach zu nutzen, das war der Opposition zu wenig; weil sie die Chancen nicht sah, die in der demokratischen Form gerade deswegen liegen, weil sie leer ist, wollte sie die Demokratie normativ aufladen. Und wie zuvor die »konservativen« Versuche gescheitert waren, so scheiterten auch die linken Versuche, die Demokratie in eine Inhalte fixierende Apparatur umzudeuten.

Einer dieser Versuche bestand darin, Demokratie und Sozialismus in Dekkungsgleichheit zu bringen, sie zumindest aber zu Geschwistern zu erklären. Er gehörte über Jahrzehnte hinweg zum eisernen Bestand der linken politischen Rhetorik, und noch in den allerneuesten sozialdemokratischen Programmen klingt der Glaube nach, ohne Sozialismus müsse Demokratie eine halbe Sache bleiben. Die Zählebigkeit dieses Syndroms, das Äpfel mit Birnen, Form mit Inhalt mischt, wird noch lange ein Rätsel bleiben. Denn immerhin reichte die seit Jahrzehnten verfügbare Erfahrung, daß jeder Versuch, mit Sozialismus Staat zu machen, der Demokratie augenblicklich und auf Dauer den Boden entzieht, nicht aus, den modernen Kindertraum vom demokratischen Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Vieles spricht dafür, daß dieser Traum gegen alles Wirkliche immun war; es ging ihm gar nicht um Auseinandersetzung in dieser Welt, sondern nur darum, eine Sehnsucht zu konservieren: letztlich die Sehnsucht nach einem fürsorglichen Gemeinwesen, das den einzelnen der Sorge um seine Existenz und damit auch der Verantwortung für sie enthebt. Hinter dem Phantom des demokratischen Sozialismus könnte sich der Wunsch verbergen, der Staat möge die industriellen und bürokratischen Möglichkeiten der Moderne nutzen, um den Menschen ein Leben ohne die Verwerfungen der Moderne zu ermöglichen; der Wunsch also, mit den Mitteln der offenen Gesellschaft die geschlossene herzustellen. Dieser Wunsch, dem der Etatismus viel verdankt, sitzt so tief,

daß es erst den realen Zusammenbruch des längst schon aus der Konkurrenz der Ideen ausgeschiedenen realen Sozialismus brauchte, um dem Bild vom demokratischen Sozialismus die ersten vorsichtigen Kratzer beizubringen.

Ein anderer Versuch, der Demokratie einen Inhalt zu verpassen, hört auf den Namen Basisdemokratie. Nicht zufällig kam er in dem Moment auf, als die Überzeugungskraft der sozialistischen Idee zu schwinden begann: Die Basisdemokratie bot sich als ein gewissermaßen säkularisierter Ersatz an. Auf den ersten Blick scheint das ein unsinniger Verdacht zu sein, denn die Idee der Basisdemokratie ist von den umsichtigeren ihrer Verfechter ja immer als die Lehre verkauft worden, die man aus dem Sozialismus mit seinem Hang zum Präskriptiven gezogen habe. Nicht Inhalt, sondern ganz Form sei die Basisdemokratie, eine Veranstaltung also, die direktere Demokratie nur ermögliche, ihren Verlauf aber nicht vorschreibe. Zudem zeichnen sich alle modernen Gesellschaften mit demokratischer Verfassung durch eine Reihe unbestreitbarer Mängel aus, die dem Ruf nach Basisdemokratie recht zu geben scheinen: Die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen sind äußerst begrenzt, die Experten sind den Laien stets um Meilen voraus, die Politik wird von der Bürokratie verschluckt, und die Zentralisierung (oder besser: die Entkommunalisierung) von Entscheidungsprozessen nimmt weiter zu. Kurz, moderne Gesellschaften sind nicht dazu angetan, ein Gefühl von Polis aufkommen zu lassen. An politischer Aktivität bieten sie dem Bürger den periodischen Wahlakt an, bei dem dieser zwar wirklich entscheidet, zugleich aber jedesmal auch erfährt, wie wenig er mit seiner verschwindend kleinen Stimme bewegen kann: Ob er die Partei X, Y, Z oder ob er gar nicht wählt – am Ergebnis wird das nichts ändern. Das politische Ausdrucksverlangen des einzelnen ist sicher weniger intensiv, als der Basisdemokrat sich das vorstellt; wo dieses Verlangen sich jedoch nur in Wahlakten äußern kann, ist es ohne Zweifel systematisch unterfordert. Die repräsentative Demokratie neigt unbestreitbar dazu, die politischen Energien ihrer Bürger brachliegen zu lassen. Sie ist so eingerichtet, daß sie jenem trüben Vorurteil recht zu geben scheint, das die Politik »da oben« ortet und als schmutziges Geschäft betrachtet. Montesquieu hat die Demokratie für eine kleinräumige Angelegenheit gehalten, und Tocqueville sah eine der großen Stärken der amerikanischen Demokratie darin, daß es ihr gelungen sei, dem einzelnen Bürger *lokale* politische Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Eben dies fehlt in einer Gesellschaft wie der bundesrepublikanischen: Der Bürger, der vors Haus tritt, wird nichts Politisches entdecken. Die Gesellschaft ist so eingerichtet, daß die Spuren des Politischen im Nahbereich nicht mehr oder kaum mehr zu erkennen sind; und so

kommt es, daß die Demokratie, die ja auf den einzelnen baut, den einzelnen von der Politik ausschließt. Damit aber besteht die Gefahr, daß die Demokratie sich selbst widerruft.

Auch gegen diese Gefahr wurde die Basisdemokratie in Anschlag gebracht; sie versprach eine Öffnung der Demokratie nach unten, und sie schien nicht vom Staat, sondern vom einzelnen auszugehen. Inzwischen liegen jedoch Erfahrungen vor, und die sprechen eine andere Sprache. Die Grünen etwa haben versucht, in ihren eigenen Reihen die Idee der Basisdemokratie zu verwirklichen. Das Ergebnis ist bekannt. Selbst wenn man alle frühen Albereien und alle Abstrusitäten abzieht, die einer über viel freie Zeit verfügenden studentischen Funktionärsschicht eingefallen sind, bleibt immer noch die Tatsache, daß es bei den Grünen keine Spur demokratischer zugeht als in anderen Parteien, daß bei ihnen (wie sonst in der Gesellschaft auch) der Bürger dem Funktionärskörper hoffnungslos unterlegen ist und von einem Erblühen lokaler politischer Handlungsräume keine Rede sein kann. Die wenigen Versuche, die Partei transparenter, geschmeidiger und offener zu machen, sind sämtlich daran gescheitert, daß sie Demokratie durch Bürokratie befördern wollten. Diese Episoden aus den Katakomben der grünen Partei sind aufschlußreicher, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn das interne Hauen und Stechen, das die Grünen Basisdemokratie nennen und das sie nur unter höchstem bürokratischen Aufwand einigermaßen zu bändigen vermögen, hat etwas durchaus Authentisches: Es beweist einmal mehr, daß der irrlichternde Wunsch nach möglichst direkter Demokratie ein ganz und gar negativer und gestaltloser ist, daß ihm der Wille und das Vermögen zur Form fehlen.

Als die Grünen vor Jahren darangingen, ihr Projekt konkreter zu fassen, und ein Programm zum Umbau der Industriegesellschaft entwarfen, ist ihnen nicht aufgefallen, daß sie damit einen wahren Alptraum zu Papier brachten. Wie ein roter Faden durchzog das dicke Papier der kategorische Imperativ, daß in allem überall und immer die jeweilige basalste Basis zu entscheiden habe. Damit wäre im Grunde die Gesellschaft in (als Kleinkollektive gedachte) Atome zerfällt: Brücken wären nicht gebaut, sondern abgebrochen, Gesellschaft wäre nicht befördert, sondern zerstört. So war dieses Umbau- in Wahrheit ein Abrißprogramm, ein Tabula-rasa-Projekt, das tief im utopischen Denken wurzelte. Und wie allen utopischen Autoren war auch diesen Planern das Werk der nachholenden Gesellschaftsbildung nur als eine gigantische Summe bürokratischer Akte vorstellbar: Utopisten sind, entgegen einem verbreiteten und allzu freundlichen Vorurteil, mißtrauische Leute und können sich nie in der Gewißheit wiegen, daß sich die Basis auch basisgemäß verhalten wird. Also muß das Basale der Basis gesi-

chert werden, und das wird den Verwaltungsaufwand ins Unermeßliche steigen lassen. Mit anderen Worten, der Versuch der Basisdemokraten, die Demokratie direkter zu machen, endet bei der Stärkung eben des Staates, dessen Allmacht man doch entkommen wollte. Wie dem »Konservativen« ist auch dem Basisdemokraten das Arbiträre und Wechselhafte, das jede Demokratie auszeichnet, ein Greuel, und so versucht er ebenfalls, aus der Demokratie eine Apparatur zu machen. Präskriptiv ist er insofern, als er die Zauberform finden will, die Demokratie nicht nur ermöglicht, sondern auf Dauer garantiert.

Sicher hätte die undemokratische Idee der Basisdemokratie nicht so starken Widerhall gefunden, wenn sie sich nicht auf die Existenz von Bürgerinitiativen hätte berufen können: In ihnen schien die basisdemokratische Idee Wirklichkeit geworden zu sein. Je mehr Bürgerinitiativen aber kamen und vor allem wieder gingen, desto deutlicher setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, daß die Bürgerinitiativen in ihrer Wechselhaftigkeit und in ihrer Ausrichtung auf konkrete, begrenzte Ziele zwar gut in eine Gesellschaft passen, die dem Staat gegenüber an Kontur gewinnen will – daß sie aber mitnichten jene Keimzellen einer die Gesellschaft überwuchernden basisdemokratischen Superstruktur sind, die der utopische Blick in ihnen hat erkennen wollen. Auch das trug dazu bei, daß das basisdemokratische Projekt allmählich an Ansehen verlor: Offensichtlich war es möglich, die Demokratie intensiver in Anspruch zu nehmen, ohne sich dafür den Mühlstein einer basisdemokratischen Zwangsveranstaltung um den Hals hängen zu müssen. Doch da bekam die linke Idee von der Überlegenheit der Demokratie als Apparatur noch einmal Auftrieb, und zwar ironischerweise ausgerechnet durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten.

Die parlamentarische Demokratie war der entstehenden Bundesrepublik bekanntlich aufgenötigt worden; lange Zeit war sie ein Fremdkörper geblieben, und niemand weiß zu sagen, wie es ihr ohne schnellen ökonomischen Aufschwung ergangen wäre. Rechts wie links und in der Mitte sind die Vorbehalte gegen sie nur ganz langsam verklungen, und latent gab es immer die Bereitschaft, der parlamentarischen Demokratie den Makel der allenfalls zweitbesten Lösung anzuhängen. Erneut wurde diese Bereitschaft geweckt, als der Osten Europas, der in Deutschland schon öfters als Fluchtpunkt für Sehnsüchte herhalten mußte, seine Regimes abzuschütteln begann. In der Tat ging es dabei in einem ganz elementaren Sinne um Demokratie, und es gelang fast so etwas wie die Quadratur des Kreises: Was in der Demokratie institutionell und durch die Verfassung ermöglicht wird, gelang hier gewissermaßen freihändig – der gewaltlose Wechsel der Regierung. Die westliche Linke (und nicht nur sie) hat sich von dieser Wundertat so sehr in Bann

schlagen lassen, daß augenblicklich wieder ihre alten Vorbehalte gegen die vermittelte Demokratie westlichen Zuschnitts mobilisiert waren. In den Erhebungen im Osten, bei denen es tatsächlich ja nur um die Schaffung der elementarsten Voraussetzungen von Demokratie ging, sah sie eine urdemokratische, reine, unverfälschte und unverstellte Essenz am Werk. Uneigentlich und entstellt der Westen, authentisch und wahr der Osten: Romantisch blickte die bundesrepublikanische Linke auf die edlen demokratischen Wilden des Ostens. Schon länger waren undeutliche, auratische Wunderworte wie das von der »Antipolitik« im Umlauf, die nun – wo sie die Massen ergriffen zu haben schienen – der Illusion Nahrung gaben, der Osten dränge nicht einfach zum Westen, sondern habe vor allem den Stein der demokratischen Weisen gefunden.

Seither wird die Erfahrung des Ostens benutzt, um die des Westens herabzusetzen. Und nicht wenige im Osten (ich meine hier damit den Osten Deutschlands) haben schnell begriffen, welcher Trumpf ihnen so in die Hände gespielt wurde: Der Mythos der »Bürgerbewegungen« war entstanden. Im Herbst 1989 war die damalige DDR einen Moment lang fast so etwas wie eine einzige Bürgerbewegung, und noch einige Zeit danach waren es – inzwischen differenzierter und zahlenmäßig schwächer gewordene – Bürgerbewegungen, die den Takt der gesellschaftlichen Entwicklung vorgaben. Bald aber wandten die Bürger sich ab, und zurück blieben die, die überall in der Welt sich ausschließlich deren Verbesserung widmen: Gruppen, Sekten, Minderheiten, die es meist nicht lassen können, statt für sich selbst immer gleich im Namen der Mehrheit zu sprechen. Diesmal aber waren sie mit einer neuen Wunderwaffe ausgestattet: eben mit dem Etikett »Bürgerbewegungen«. Das ist zweifellos eine geniale Formel, denn sie fügt – wenn auch nur deklamatorisch – zusammen, was bisher noch nie zusammengepaßt hat. Bislang waren im linken Verständnis die Bürger für Normalität, Sosein und Anpassung zuständig, während das Werk der Bewegung in den Aufgabenbereich von Minderheiten fiel, die sich als Avantgarden, als das Salz der Erde oder wie auch immer, bestimmt aber nicht als bürgerlich begriffen. Diese Trennung gehörte seit langem zur Grundausstattung der Linken; sie gab ihr einerseits Halt und Kontur, führte ihr andrerseits jedoch stets auch drastisch vor Augen, daß sie gegen die zähe Normalität des bürgerlichen Lebens nie ankommen würde. Mit der Formel »Bürgerbewegung« ist nun aber auf wundersame Weise die Versöhnung dieses Widerspruchs in Aussicht gestellt: Avantgarde bleiben und zugleich Mehrheit werden, die Normalität untergraben und zugleich deren Früchte genießen. Das macht die Attraktivität der Gruppen aus, die sich auch nach dem Auszug der Bürger weiter mit dem Namen »Bürgerbewegung« schmücken.

Wenig erfreulich ist das vor allem deswegen, weil damit ein weiteres Mal das Bürgerliche in Mißkredit gebracht werden könnte, diesmal nicht durch revolutionäre Herabsetzung, sondern durch seine Inanspruchnahme für nicht-bürgerliche Zwecke. Gerade hatte in der bundesrepublikanischen Linken die Überzeugung ein wenig an Boden gewonnen, daß der Bürger nicht des Teufels, sondern eine Gestalt ist, auf die die Demokratie dringend angewiesen ist; und in eben diesem Moment kommen, mit einem östlichen Glorienschein geschmückt, »Bürgerbewegungen« daher, die allen alten Vorbehalten gegen das Bürgerliche wieder Auftrieb geben und alles andere als die Hinwendung zu den von den bürgerlichen Gesellschaften sträflich vernachlässigten Traditionen der *civil society* im Sinn haben.

Doch auch das dürfte nicht von Dauer sein. Der Sozialismus hat sein Dilemma ziemlich lange verbergen können, bei der Basisdemokratie ging es schon sehr viel schneller, und diesmal wird das Ende vermutlich nicht lange auf sich warten lassen. Die Haltung, die nach dieser langen Wanderung durch das Universum der Flucht vor der Demokratie im Namen der Demokratie einkehrt, wird gemeinhin Resignation genannt. Als solche kann sie erscheinen, weil ihr wieder ein Mißverständnis zugrundeliegt. Da alle Versuche gescheitert sind, Demokratie als das Regime des Wahren und Guten zu etablieren, erscheint den ehemals Gläubigen die Demokratie, auf die sie sich nun mangels Alternative einlassen wollen, weiterhin als zweite Wahl, als das Bestmögliche, das nach dem Sündenfall noch verbleibt. Sie meinen die bittere Erfahrung zu machen, daß es offenbar doch keine Alternative zu jener Demokratie als bürgerlicher Apparatur gibt, zu deren Überwindung sie einmal ausgezogen waren. Sie sind an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt und neigen dazu, das aufs Institutionelle reduzierte Verständnis von Demokratie, gegen das sie sich ganz zu Recht aufgelehnt hatten, für das einzig mögliche zu halten; sie laufen in die »konservative« Falle. Sie sehen nun in der Demokratie weniger eine Veranstaltung, die die Chancen zur Gesellschaftsbildung erhöht, sondern eher ein Verfahren, das einerseits abgemagerte Reste des Wahren und Guten in eine gesellschaftsfähige Form zu bringen vermag und das andrerseits den Zugang zur Macht ermöglicht. Der unduldsame Wille zur Wahrheit hat sich in den unduldsamen Willen zur Technokratie und in den Willen, nicht Zuschauer, sondern Akteur des Elitenwechsels zu werden, gewandelt.

Gilt also am Ende des langen Wegs: Last Exit Popper? Hat Karl Popper recht, wenn er sagt, der unschätzbare Vorteil der Demokratie gegenüber allen anderen politischen Systemen bestehe einzig und allein darin, daß in ihr die gewaltfreie Ablösung der Regierung möglich sei? Sicher nicht, wenn jenseits dieses Last Exit nur jene Lesart Poppers bereitstünde, in der sich

Rechte und Linke immer einig gewesen waren: Demokratie gleich institutionelle Absicherung des Regierungswechsels gleich größtmögliche Garantie für die Kontinuität von Herrschaft. Der Abzweig Popper könnte indes auch anders benutzt werden. Etwa dazu, die verschiedenen Highways der platonischen Lehre zu verlassen und in offenere Gefilde abzubiegen.

Die Theorien, die seit John Locke die Schönheiten der bürgerlichen Gesellschaften erglänzen lassen, stehen in keinem hohen Ansehen mehr. Das hat auch damit zu tun, daß sie durch das materialistische Vorurteil immer wieder herabgesetzt worden sind und daß der »Idealismus«, ohne den es keine bürgerliche Gesellschaft geben kann, dieser zum Beweis ihrer Untauglichkeit vorgehalten worden ist. Es hat aber auch damit zu tun, daß die Theorien der bürgerlichen Gesellschaft fast ausnahmslos zu nett, zu milde, zu harmonisch klingen. Sie alle sind vom republikanischen Geist der Antike inspiriert, und sie erzählen mehr oder minder beschauliche Geschichten vom Naturzustand und seiner Überwindung durch den Gesellschaftsvertrag. Das Bürgerliche, das sie propagieren, trägt aristokratische Züge, auch deswegen ist es so leicht zu blamieren. Und ihr Bezugspunkt bleiben stets die attische Polis und die römische Republik. Es gibt jedoch, schon der Zahl der Bürger wegen, keine moderne Gesellschaft, die sich ernsthaft als Polis beschreiben ließe. Die älteren Theorien der bürgerlichen Gesellschaft – die wohlgemerkt immer noch zum Besten gehören, was in Sachen Demokratie zu haben ist – leiden darunter, daß in ihnen das Aufkommen der Massen, das einige der klassischen Autoren wohl ahnten, keine Berücksichtigung gefunden hat.

Als die Existenz der Massen nicht mehr zu übersehen war, erschien die Vision von der bürgerlichen Gesellschaft, die sich aus starken Individualitäten zusammensetzt, bald als eine realitätsferne Idylle und als eine Angelegenheit der Happy few. Zwar hat die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft vor diesem Phänomen bislang versagt, es besteht aber wenig Grund, dieses Versagen allzu selbstsicher gegen sie auszulegen. Denn ihr Zögern hatte gute Gründe: Bürgerliche Gesellschaft wie Demokratie müssen vom einzelnen, vom Individuum ausgehen – eben dies aber wird in einer Gesellschaft, die von Massen geprägt ist, zumindest sehr erschwert. Früh schon hat Tocqueville darauf hingewiesen, daß die Kombination von Demokratie und Massen Gefahr läuft, nichts anderes als eine neue Form der Despotie hervorzubringen. Im besten Fall, also im Fall der repräsentativen Demokratie, wurde auf dieses Dilemma mit einem Kompromiß geantwortet: mit dem Institut der allgemeinen, gleichen und freien Wahl. Dieses bietet, wie Albert O. Hirschmann in *Engagement und Enttäuschung* ausgeführt hat, einen doppelten Schutz: »einerseits ist sie wesentlicher Bestandteil eines institu-

tionellen Rahmens, der Schutz gegen einen übermäßig ›repressiven‹ Staat bietet; andererseits gewährt sie diesem gleichzeitig Schutz gegen übermäßig ›expressive‹ Bürger.«[2]

One man, one vote, so lautet seitdem die unumstößliche Formel. Sie stellt, weil sie den friedlichen Regierungswechsel ebenso ermöglicht, wie sie den Zugriff welcher Avantgarden und Eliten auch immer auf das Gemeinwesen weithin unterbindet, ohne Zweifel eine Errungenschaft dar. Darüber wird jedoch häufig übersehen, daß sie auch so etwas wie ein auf Dauer gestellter Waffenstillstand ist. Denn auf die Frage, wie in einer Gesellschaft der großen Zahl das Individuelle zum Zuge kommen könne, bietet sie keine Antwort. Hirschmann nennt das einen Bumerang-Effekt, »der darin bestehen könnte, daß die Unempfindlichkeit der Institution der Wahl gegenüber der Intensität, mit der man Gefühle und Überzeugungen hat, gegen die Lebenskraft der Demokratie selbst zurückschlägt«.[3] Langeweile und ein Gefühl der Machtlosigkeit wären die Folge, auf die der Bürger abwechselnd mit Engagement und Enttäuschung, mit politischer Überaktivität und Rückzug ins Private reagiert. Fast alle bisherigen Versuche, diesem Dilemma zu entkommen, waren präskriptiv angelegt: Entweder war in ihnen, wie im Falle des Sozialismus, das Institut der freien Wahl ganz abgeschafft, oder man war – wie in allen Modellen direkter Demokratie bis hin zu neuerlichen Initiativen für die Einführung von Volksabstimmungen – bemüht, das unempfindliche Institut der Wahl mit Empfindung auszustatten. In beiden Fällen ging das Bestreben in Richtung Staat und Apparatur, nicht in Richtung Gesellschaft. Man hat das Institut der Wahl, zu dem es in bevölkerungsreichen Staaten keine Alternative gibt, für Mängel verantwortlich gemacht, die nur in der Gesellschaft behoben werden können.

Nicht die Demokratie ist das Gegenstück zur Despotie, sondern die Republik, hat Tocqueville gesagt. Demokratie und Republik gehen dann am besten zusammen, wenn die Verbesserer der Demokratie damit aufhören, an den Wahlmodi herumzubasteln und politische Apparate zu ersinnen, und sich statt dessen der Förderung dessen widmen, was einmal republikanischer Geist genannt worden ist. Hinter der dürren demokratischen Formel, die nur von der Austauschbarkeit der Regierung spricht, verbirgt sich ein riesiger, noch kaum erschlossener Kontinent: nicht Utopia, sondern die bewußt gemachte, von den vielen einzelnen erschaffene Gesellschaft. Gangbar ist der Weg dorthin u. a. deswegen, weil man auf ihm – was der neuutilitaristischen Sichtweise mancher ehedem Linker entgeht – ohne Metaphysik und Heilsversprechen auskommt. Denn das Politische besitzt – auch darauf hat Albert Hirschmann hingewiesen – ein eigenartiges Vermögen: Es vermag die Menschen zu faszinieren, weil es etwas bietet, das das sonst so

mächtige Nutzenkalkül außer Kraft setzt. Es zeichnet das Politische aus, »daß sich das Streben nach einem konkreten Aspekt des öffentlichen Glücks und die Verwirklichung dieses Ziels nicht eindeutig voneinander trennen lassen. Die Befriedigung, die schon das Streben nach öffentlichem Glück gewährt, steht der des tatsächlich erreichten Glücks kaum nach . . .«[4] Also Exodus – und nicht mehr Advent.

Anmerkungen

1 Joseph Heller: *Rembrandt war 47 und sah dem Ruin ins Gesicht*, Roman, aus dem Amerikanischen von Lutz-W. Wolff (München: C. Bertelsmann Verlag, 1989), S. 174.
2 Albert O. Hirschmann: *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*, aus dem Amerikanischen von Sabine Offe (Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1984), S. 117.
3 Hirschmann, a. a. O., s. 114 f.
4 Hirschmann, a. a. O., S. 93.

Henning Ritter
Auf dem Rückweg von der Politik

Nun der Rückzug. Wenn Nostalgie sich eines Phänomens annimmt, dann ist es schon geschehen. Dann helfen keine Wiederbelebungsversuche, dann kommen nur noch die Auftritte in den Medien, die Geisterbeschwörung in der Talk-Runde, das Tischerücken im Kreise der letzten Getreuen. Dann kann rekapituliert werden, was einmal war.

Ist für die Intellektuellen die Stunde gekommen, da sie zum Thema jener Nachtstudios werden, in denen sie einst ihre kritischen Blitze gegen »die Gesellschaft«, »das System« schleuderten, ihre utopischen Visionen aufscheinen ließen? Es hatte sich schon seit einiger Zeit herumgesprochen: Die Geschäfte der Intellektuellen gehen nicht mehr wie einst. Ihr Engagement wurde nicht nur schwächer, es zielte auch nicht mehr aufs Ganze. Ihre Interventionen waren diffus, ziellos geworden. Unübersichtlichkeit erschien ihnen als das Signum der Zeit, da war Deutlichkeit nur noch augenblicksweise und sporadisch möglich. Auch hatte die Wiederholung über die Schocks der Erstmaligkeit gesiegt. Als es zur unerwarteten deutschen Einheit kam, war das Überraschungsmoment ganz auf der Seite der Ereignisse. Was die Intellektuellen dagegen aufboten, waren die Befürchtungen von gestern. Die Angst vor der Wiederkehr des Bösen hatte sich durch ihre litaneihafte Beschwörung verbraucht.

Und nun der Rückzug? Kürzlich ist in Frankreich, der eigentlichen Heimat der Intellektuellen, ein Buch erschienen, das auf ein paar hundert Seiten all die Gestalten noch einmal vorüberziehen läßt, die an ihrer geistigen und politischen Mission keinerlei Zweifel hatten. Aber der Verfasser, Bernard-Henri Lévy, läßt sie auftreten, um ihnen vorzuhalten, was ihr Engagement in seinen Augen bis in die Wurzeln diskreditiert: ihren Opportunismus und ihre Realitätsferne, ihre Verblendung und ihre Lügen, vor allem aber ihre Verstrickungen in die Jahrhundertverbrechen, die sie hier geißelten, um ihnen dort beizutreten. In jedem Einzelfall wird er um seinen Willen zur Bewunderung und zum Respekt gebracht, und doch bewahrt er dem Typus seine Anhänglichkeit. Freilich kann er sie durch kein Beispiel mehr rechtfertigen. Die Gestalt des Intellektuellen ist körperlos geworden.

Woher aber diese Anhänglichkeit, nachdem die utopischen Ziele, auf die sich die Intellektuellen beriefen, spätestens mit dem Ende der dreißiger Jahre ihre Glaubwürdigkeit verloren hatten und seitdem eine beispiellose Entwertung erfuhren? Woher also die Verwunderung darüber, daß es den Intellektuellen als überzeugende und anziehende Gestalt nicht mehr gibt, wo doch alles, was seine Interventionen antrieb, durch die trostlose Rhetorik der sozialistischen Systeme karikiert wurde und glaubwürdig nur noch für Blinde sein konnte? Verwunderlich ist eher, daß der Glaube, durch politisierendes Engagement den Übergang in eine »bessere Welt« erzwingen zu können, nicht früher und nachhaltiger erschüttert wurde.

Vorurteil. Von Max Horkheimer, der der Soziologie des Vorurteils einflußreiche Untersuchungen gewidmet hat, wird erzählt, er habe im Kreise seiner erstaunten Kollegen von der evidenten Dummheit de Gaulles gesprochen. Die Getreuen mochten ihm diese Behauptung ohne Begründung nicht durchgehen lassen. »Aber haben Sie denn nicht gesehen, was für große Füße er hat?« rechtfertigte der Philosoph sein Urteil. Er wußte, daß ein gutes Vorurteil auch dann seine Dienste tut, wenn man nicht daran glaubt. Die Intellektuellen sind, nachdem sie ihre Mission hinter sich haben, die letzten, die mit ihren Vorurteilen noch prunken, während die anderen sie sich nur halbherzig und verschämt gestatten dürfen. So haben die französischen Intellektuellen dieser Jahre länger als die Franzosen sonst an dem Urteil festgehalten, daß die Bundesrepublik die direkte Erbin des Nationalsozialismus sei; so konnte Sartre ebenso wie sein Antipode Foucault in den Baaders und Meinhofs antifaschistische Widerstandskämpfer sehen.
Ähnliche Urteile konnten sich auch in Deutschland lange Zeit halten. Sie kamen aus einem Vorbehalt gegen die Bundesrepublik, von der man vorgab, noch nicht zu wissen, worauf es mit ihr hinauslaufe. Man versicherte sich in einem Soupçon gegen die politische Lebenskraft der Nachkriegsrepublik, der Linke wie Rechte in den fünfziger Jahren noch einte. Als die Linke sich auf die Beschwörung einer »Alternative« festlegte und es mit einem Regierungswechsel nicht genug sein ließ, wurde dieser Vorbehalt als Vorurteil produktiv. Er schuf eine intellektuelle Opposition, die sich die Aufmerksamkeitsprämie für Schriftsteller und Künstler zunutze machte, das Bündnis mit diesen aber bald aufkündigte und sich wissenschaftlich drapierte. Aber nur kurze Zeit konnte diese Radikalopposition sich einem Ablauf entziehen, der aus der Kunst in diesem Jahrhundert geläufig ist: Die Kraft der Negation verbrauchte sich auch hier rascher, als neue Negationen sich aufbauen ließen.
Schließlich wurde die Wiederholung, das Stereotyp zum Erkennungszei-

chen auch der »Gesellschaftskritik«. Die kritische Negation wurde am Ende zu einer theologischen Grille, als welche der alte Horkheimer sie öffentlich darbot. Die Negation, die den Kritiker nährt, zehrt an seiner Glaubwürdigkeit – je länger er es im Negierten aushält, desto mehr. Daß sich im Falschen wider Erwarten gut leben ließ, wurde auch für den naiven Zuschauer unübersehbar. Die Kraft zur Negation, die einmal als Zeichen intellektueller Überlegenheit galt, wird zum einschnappenden Reflex. Dann kommen die Slogans, die Parolen und Unterschriften. Danach die Klage über die eigene Wirkungslosigkeit oder der Nachweis, die Verhältnisse seien kraft der eigenen Vorurteile erträglicher geworden.

Geist und Macht. Eine bis heute nicht überholte Beschreibung der Intellektuellen stammt von Tocqueville, aus seinem Buch *Der alte Staat und die Revolution*. Dort heißen die Intellektuellen freilich noch nicht Intellektuelle – ihren Namen finden sie erst während der Dreyfuskrise. Tocqueville nennt sie schlicht »die französischen Schriftsteller«. An ihnen hat er eine Erscheinung beobachtet, die für den Typus bis heute charakteristisch geblieben ist. Tocqueville zählt diese Erscheinung zu den »neueren Tatsachen«, die für Schauplatz, Entstehung und Ablauf der Französischen Revolution bestimmend geworden sind: Bei größter Entfernung von der praktischen Politik seien die französischen Literaten mit nichts so sehr beschäftigt gewesen wie mit den Gegenständen der Politik. Sie kümmerten sich um die Grundfragen der politischen Verfassung, um den Ursprung der Gesellschaft – unautorisiert, aber mit der wachsenden Überzeugung, daß ihre theoretischen Erwägungen mit der Sache der Politik zu tun hätten. Sie betrieben eine Art »abstrakte literarische Politik«. Tocquevilles entscheidende Beobachtung ist es nun, daß solches theoretische Politisieren sich in der Fülle seiner widersprüchlichen Begründungen, Zielsetzungen, Argumente nicht etwa im ganzen aufhob, sondern der Forderung einer Neubegründung der Gesellschaft aus Vernunft und Naturrecht allererst Nachdruck verlieh. War diese Forderung auch nicht neu, so war es ein Novum, daß sie sich der Gemüter so vieler bemächtigte, vor allem so vieler, die weder reich noch in verantwortlicher Stellung tätig waren, noch auch Macht oder nur den Zugang zu ihr besaßen. Diese Beobachtung ist mit dem Phänomen der Intellektuellen bis heute verbunden: Während andere die Regierungsgeschäfte verwalteten, so Tocqueville, waren die Literaten allein im Besitz der Autorität.
Mit dem Pfund dieser Autorität haben sie kräftig gewuchert. Heute scheinen die Zinsen verbraucht. Die Idee geistiger Kausalität, der Wirksamkeit der Ideen, war so übermächtig, daß sogar die Lehre, die allen Idealismus ein für allemal überwinden wollte, sich für ihre eigene Durchsetzung vor allem

auf sie verlassen hat – auf die Propaganda der Idee. Der Glaube an die Macht der Ideen wurde durch die Praxis, die sich seiner bediente, diskreditiert. Ein solcher Glaube läßt sich bis auf weiteres nicht mehr erneuern.
Noch eine Beobachtung Tocquevilles, die sich auch heute bewahrheitet: Als die Literaten die Autorität im Politischen gewannen, gehörte die Literatur nicht zu den Gewinnern. Geblieben war eine Wortmächtigkeit, die der Literatur nicht zugute kam. Aber die Literaten nahmen an Zahl und Einfluß zu. Und in den »Lettres de doléances«, den Eingaben des französischen Volks an seine Regierenden, hatte Tocqueville dieselben Ideen, dieselben Schlagworte gefunden, die auch die Literaten mit so großem Erfolg benutzten. Das Heer dieser anonymen Bittsteller erschien Tocqueville wie ein riesiges Reservoir des Literatenstandes – alles Autoren, es fehlte nur noch, daß sie die Orthographie beherrschten.

Aus zweiter Hand. In den siebziger Jahren hat Arnold Gehlen die Intellektuellen ganz auf der Linie der Beobachtungen Tocquevilles charakterisiert: Eine Klasse, die keine soziale Klasse ist, die die Macht des geschriebenen und gesprochenen Wortes handhabt, die keine direkte Verantwortlichkeit für praktische Dinge hat, ohne Kenntnisse erster Hand und mit der Neigung zu einer kritischen Haltung. Da sind die Literaten Tocquevilles unschwer wiederzuerkennen. Sie heißen jetzt »die intellektuellen Zuschauer« der Institutionen einer großen, hochindustrialisierten Gesellschaft. Gehlens Beschreibung der Bedingungen dieser Zuschauer-Situation ist dramatisch. Er entwirft das Szenario eines Schwundes primärer Erfahrung in einer hochkomplexen Gesellschaft: »Ereignisströme«, »ozeanische Ereignismassen« bei der Nötigung zu einem »ausschweifenden Weltverkehr, ohne daß wir uns doch wirklich orientieren könnten und ohne daß der Reichweite dieses Neuigkeitenbereichs auch nur annähernd Möglichkeiten echter Praxis entsprechen würden«. Auf diese Beschreibung der modernen »reich informierten Weltfremdheit« kann man sich, als Ausgangslage, ohne weiteres verständigen: Soweit wir zum Zuschauen verurteilt sind, sind wir alle in der Lage der Intellektuellen und reagieren mit jener »objektlosen Aufsässigkeit«, die den Stammtisch mit dem »Tagebuch der Schnecke« verbindet. Daß es besonders für den, der als wortmächtig gelten darf, eine besondere Belastung ist, in diesem Zustand auszuhalten, versteht sich. Aber haben wir die Stellungnahme von Heinrich Böll zum Golfkrieg wirklich entbehrt? Was sich so sehr wie die moderne Gesellschaft gegen eine begriffliche Durchdringung sperrt, kann nur die Wut dessen auf sich ziehen, der sich mit seiner Sprachohnmacht schon aus professionellen Gründen nicht abfin-

den darf. Erkennbarkeit vorzutäuschen, wird zu einer Versuchung ersten Ranges. Es wiederholt sich unter neuartigen Voraussetzungen, was Tocqueville beobachtet hatte: Die Entfernung vom praktischen Handeln verleiht den einfachen Lösungen eine suggestive Evidenz.

Gehlens Polemik beruhte auf einfachen Feststellungen, die an Triftigkeit nichts eingebüßt haben. Dazu gehört die Beobachtung, daß wir bei überwältigend großen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf Informationen aus zweiter oder dritter Hand angewiesen sind. Bei fast allem, was außerhalb des Nahbereichs praktischer Einwirkungsmöglichkeiten liegt, müssen wir uns mit in der Sache unzureichenden Stellungnahmen begnügen. Letztlich können wir nur mit Billigung oder Ablehnung reagieren. Der Rückzug in die Uninformiertheit ist nicht möglich. Aber originäre Erkenntnis ohne die Möglichkeit praktischer Einwirkung gebe es nicht, meinte Gehlen, orientieren könne man sich letztlich nur im Handeln. Der Information gegenüber bleibe der Mensch prinzipiell ohne Orientierung, oder er erliege ideologischen Suggestionen. Die Lage des Zuschauers, des intellektuellen Zuschauers gar, gegenüber solchen Ereignismassen und Informationsströmen ist quälend, weil sie von der Möglichkeit, sich im Handeln zu entlasten und die Informationen gleichsam abzuführen, abgeschnitten ist. Und sich selbst abzuschließen, bleibt dem Zuschauer verwehrt, denn »nur von einer stehenden Welt kann man sich abkehren. Die Ereignisse von heute müssen wir unzerkaut verschlingen.«

Man kann diese Beobachtungen an den jüngsten Erfahrungen der Golfkrise verdeutlichen. Während im Vietnamkrieg die Ereignisse als Fernsehbilder in jeden amerikanischen Haushalt getragen wurden, wo sie innerhalb der vom Krieg nicht angetasteten Privatsphäre ästhetisch und moralisch Abscheu erregten und so durch die Filter der öffentlichen Begutachtung getrieben wurden, war man diesmal klüger. Es war für jedermann spürbar, daß die Ereignisse »unzerkaut verschlungen« werden mußten. Man kam – und das galt sogar für die Berichterstatter – an die Dinge nicht nah genug heran, um aus den Bildern eine Meinung zu destillieren. Die mußte man schon mitbringen. So dominierten die Urteile, die sich aus historischen Analogien speisten, sei es aus dem Vergleich mit München oder aus dem Vergleich von Hitler und Saddam. Briten und Franzosen erlebten sich noch einmal als Alliierte der Amerikaner, mit dem aus der historischen Erfahrung vorgegebenen Engagement. Die Ereignisse waren eingespannt in Meinungen über sie, die anderswo ihren Ursprung hatten, mit der Folge, daß es ganz verschiedene Ereignisse gab, mindestens zwei Kriege, wie Ralf Dahrendorf zutreffend bemerkt hat, einen in den Augen des Westens, einen anderen in denen der arabischen Welt. Während der eine inzwischen endete, geht der

andere weiter. Wenn es ernst wird, versagt das Informationsspiel, hatte schon Gehlen beobachtet.

Kritische Zustände. In die Reihe der Erstmaligkeiten des Jahrhunderts gehört der Befund, daß das ideologische System des Marxismus die komplexen Realitäten einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft nicht wirksam zu erfassen geschweige denn zu dirigieren vermag. Es mag geeignet sein, die Anfänge einer Industriegesellschaft zu forcieren, es mag die Entwicklung ihrer Eigengesetzlichkeit eine Weile kanalisieren, es mag sie schließlich sogar, wie das Beispiel Chinas zeigt, auf breiter Front stauen, um sie an einigen Stellen freizugeben. Schließlich aber muß für den ideologischen Steuerungsversuch der Preis entrichtet werden: mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft. Die Lektion aus diesen Jahren dürfte bis auf weiteres ihre Gültigkeit behalten. Sie ist für die Intellektuellen nicht deswegen so niederschmetternd, weil sie an den Marxismus oder an den Sozialismus geglaubt hätten, sondern weil sie meinten, daß andere daran glauben. Das Engagement für die Ziele anderer ist ins Leere gelaufen. Und der Glaube an die Macht der Lenkung durch Ideen ist erschüttert worden. Daß die Wirklichkeit selbst die Ideen zurückgewiesen hat, macht die Kränkung tiefer, als hätte sich der Glaube an Ideen irgendwo als zu schwach erwiesen.
Auch dies ist unter den Erstmaligkeiten, mit denen die fortschreitende Industriegesellschaft pausenlos aufwartet, ein Ereignis von erster Größenordnung. Jetzt kann das Industriesystem sich anschicken, die Ideen an sich zu ziehen und umzuformen, seine eigene Ideologie aus sich herauszuspinnen. Die jüngste Form der Gesellschaftskritik, die Theorie der Risikogesellschaft, trägt dieser neuen Lage schon insoweit Rechnung, als sie die ökologischen Folgeprobleme und die Gefahrenproduktion der industriellen Gesellschaft als deren praktische Selbstkritik interpretiert. Die Chance, sie von außen einzuschnüren oder moralisch ihr entgegenzutreten, wird gering veranschlagt. Einzig die Probleme, die der Industrialismus sich selbst als Hindernis in den Weg legt, können einen System-Umbau erwirken, wie die Gesellschaftskritik ihn einmal imaginierte. Ob er freilich in der Richtung der utopischen Phantasien vom »Reich der Freiheit« liegen kann, muß von vornherein zweifelhaft sein. Was immer geschieht – die Abhängigkeit der Einzelnen von dem Gebilde, das sie ernährt und für ihre Unterhaltung sorgt, dürfte eher größer werden als schwächer.

Nicht aufwachen. Was bleibt von den Intellektuellen-Debatten der vergangenen Jahrzehnte? Einige Dutzend Seiten polemischer Prosa, vor allem die Aufsätze und Vorträge, die Arnold Gehlen der Frage gewidmet hat. Ihm

gelangen treffsichere und amüsante polemische Aperçus, etwa gegen das Schlagwort der »Solidarisierung«: »ein unschätzbarer Begriff, der aus dem wärmenden Zusammenrücken eine geistige Tat macht. Wenn zudem im Kreise herum jeder auf den Knien der anderen Platz genommen hat, mag verborgen bleiben, daß niemand wirklich sitzt.« Willkommene Zielscheibe von Gehlens Spott war auch der Drang in die Öffentlichkeit, mit der nahezu unlösbaren Aufgabe, dort erkennbar zu sein, wo das größte Gedränge ist. Da bleibe nur die ständige Überbietung, der stets noch steigende Radikalismus, aber nicht mit originären Ideen, sondern aus zweiter Hand. Denn diese Öffentlichkeit bestehe ohnehin nur aus Wiederverwendungsstoffen, sei »durch und durch aus zweiter Hand, schlechthin ›Re‹, nämlich Reportage und Reproduktion«. Überhaupt die Erschöpfung des Neuen im Felde der Ideen. Weltanschaulich und wissenschaftlich Neues, durch das sich der Gang der Dinge wirksam beeinflussen lasse und aus dem die erschöpfte Gläubigkeit für Ideen sich regenerieren könne, gebe es schon seit der Jahrhundertwende nicht mehr. »Die Ideen haben das Captivierende und Lokkende verloren, sie ähneln den zugleich deutlichen und unbestimmbaren Flaggen sonderbarer neuer Staaten.« Das ist das Thema der verbrauchten Mittel des Ideenkampfes. Man träumt die Träume anderer, man findet nicht die Mittel aufzuwachen. So lernen die Träumer, »auf das geschickteste und wirksamste zu argumentieren, ohne aufzuwachen«.

Bienfaisante simplicité. Für den Part der wohltuenden Einfachheit gibt es in der sogenannten komplexen Welt überall Anwärter. Nicht nur Schablonen und Floskeln des Alltags, nicht nur Ideologien dienen der Innenstabilisierung des verwirrten und überforderten Betrachters. Auch die Moral springt willig ein, wo sie kann. War sie einst eine Instanz, die das Leben komplizierte, das Geläufigste einer minutiösen Prüfung unterwarf, auf Ausweisbarkeit und Rechenhaftigkeit drängte, wird sie heute der große Vereinfacher. Probleme in moralische zu verwandeln heißt, ihnen Handlichkeit zurückzugeben. Wo man in der Sache nicht mehr weiterkommt, nimmt man Zuflucht bei der Moral. Die vieldeutigen, in ihren Folgen nicht mehr zu überschauenden Handlungsketten gewinnen an Übersichtlichkeit, wenn man sie in moralische Beschreibungen umgießt. Sie sind dann in ein Schema zurückgestaut, auf das die vertrauten Maßstäbe von Gut und Böse wieder passen. Jeder urteilt dann nach seinen Moralisierungen, nicht nach der Sache. Daß sich die »Verantwortlichen« von solchen Beschreibungskünsten nicht beeindrucken lassen, versteht sich. Da sie nur unter den demagogischen Effekten der Moralisierung leiden, antworten sie mit denselben Mitteln rhetorischer Moralisierung. Sie kann gefährlicher sein als die Kritik, der

sie antwortet – wenn man beginnt, an die Moral-Rhetorik zu glauben. Aber in der Regel ist die moralische Rhetorik der Nebel, mit dem die Verantwortlichen sich unsichtbar machen. Beispielhaft dafür ist der Kult, der in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren mit dem »Prinzip Verantwortung« getrieben wurde. Der gegen das »Prinzip Hoffnung« polemisierende Titel des Buches von Hans Jonas hatte es sich schon leicht gemacht: Daß sich eine Ethik der Verantwortung für das Ganze aufbauen lasse, war eher dem Prinzip Hoffnung geschuldet als einem strengen Sinn von Verantwortung. Max Weber hatte den Begriff der Verantwortung von einer Ethik der Gesinnung abgehoben, die für die Folgen des aus der Gesinnung gerechtfertigten Handelns nicht aufkommen wollte. Will man aber nicht nur das verantworten, was sich allenfalls verantworten läßt, sondern die Verantwortung in Dimensionen jenseits der Reichweite des eigenen Handelns ausdehnen, dann ist die Verantwortungsethik längst zur Gesinnungsethik geworden. Der Mensch, der die Verantwortung für die Schöpfung übernimmt, hat sich daran auf Anhieb übernommen. So wie die Deutschen, die während des Golfkrieges zu ihrer Verantwortung für Israel standen, sie übernehmen wollten – und nichts taten. Die Rhetorik der Verantwortung verschafft Tätern Aufmerksamkeit, die es nicht gewesen sein wollen.

Geiseln der Macht. Wer aufs Verschwinden der Intellektuellen fixiert ist, muß sich fragen lassen, ob er dadurch nicht selber einer bleiben möchte. Der Fall Bernard-Henri Lévys scheint, nach seinen Äußerungen im *Spiegel*, klar: Er will Alleinerbe sein. Er glaubt noch an die urfranzösische Verbindung von Geist und Macht, und er träumt Mitterrands Traum mit. Aber übersieht, wer vom Niedergang der Intellektuellen im Westen Europas spricht, nicht deren glanzvolle Auftritte im Osten? Ein Schriftsteller, der in die Villa des gestürzten Diktators einzieht; ein anderer, der sich gegen die Verführung durch die Macht gewappnet hatte wie nur je einer vor ihm, übernimmt das Amt des Staatspräsidenten. Man braucht von der Macht nicht angezogen zu sein, um in ihr Zentrum zu gelangen. Auch die Fixierung auf das Aussprechen der Wahrheit kann den Zugang zu ihr öffnen. Ihre ganze Anstrengung hatten diese Schriftsteller darauf gerichtet, sich jeder Machtphantasie zu enthalten. Ihre Skepsis gegen den Utopismus aller Farben und Schattierungen ging so weit, daß sie sogar die ihnen nächste Idee, die der Menschenrechte, von dem Verdacht nicht freihielten, auch sie könnten sich »politisieren« lassen. Die Entpolitisierung ging den ganzen Weg der Politisierungen noch einmal zurück. Man fand sich damit ab, im Mittelmaß leben zu wollen, ein Kleinbürger zu sein, ohne irgendwelche »strahlenden Morgen«. Doch gegen ihren Willen dienen diese Intellektuel-

len nun zum Beweis, daß der Geist doch herrschen will. Aber wie wird die Bilanz aussehen, selbst nach Jahren redlicher Machtausübung? Schon heute sind sie die Geiseln der Macht, die sie nicht wollten. Sie wurde ihnen als Rache des alten Systems angetragen.

Alles falsch. Aus den Schilderungen von Norbert Elias haben sich die Anfänge der neuzeitlichen Rationalisierung des Verhaltens eingeprägt. Mit Gabel und Messer, mit dem Taschentuch ging man lange Zeit auf höchst abenteuerliche Weise um. Daß sie einmal die Insignien von Sauberkeit und Ordnung sein würden, war nicht zu ahnen. Mit dem Taschentuch zwischen den Zähnen paradierten die Vornehmen beim Corso. Wie ein leerlaufendes Rad am Verhalten liefen die Wegebereiter des Neuen mit, bis sie in die für sie vorgesehenen Funktionen einschnappten. Bis das Neue seinen Gebrauch fand, besaß es einen zeichenhaften Überschuß, der sich im Umgang mit ihm nicht konsumieren ließ. Man hätte diesen Überschuß als utopischen Vorschein deuten können.
Spät erst, im nachhinein, wird entzifferbar, wofür solche Dinge die Zeichen sind. So beginnt sich jetzt abzuzeichnen, was die ideologischen Höhenflüge der Intellektuellen im 20. Jahrhundert gewesen sind: Vorgriffe auf eine Welt, die der vorgreifenden gestaltenden Gedanken nicht bedurfte, um sich durchzusetzen. Die moderne Gesellschaft konnte solches gedankliche Mitgehen ebenso entbehren, wie sie auch die Kräfte der Tradition nicht brauchte.
Doch kritische Negation und Utopie haben etwas Entscheidendes bewirkt. Sie haben jenen Innenraum, in dem der Einzelne des liberalen Zeitalters souverän war, dem Einfluß der öffentlichen Sphäre geöffnet. Die Politisierung war dafür der Hebel, das Engagement der Schlüssel, Utopie und moralisierte Politik drangen ein. Sie füllten das »forum internum« mit Ideen aus dem Raum der Öffentlichkeit. Was wird den Utopien und politischen Visionen nachfolgen, mit vergleichbarer Kraft der Innenstabilisierung? Die Gegner des Liberalismus, links wie rechts, sahen eine Welt der Unterhaltung heraufziehen, in welcher die Trennung von Öffentlichkeit und Privatraum aufgehoben wäre. Das Verhängnis dieses Fortschritts zu beschreiben, bleibt den Intellektuellen als ihre letzte Aufgabe, ihr Endspiel.

Die Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft

Seit Julien Bendas bitterer Abrechnung mit den Beflissenheitsgesten der Intellektuellen angesichts der Macht und der Mächtigen ist das Thema der politischen und ideologischen Verführbarkeit des Geistes immer wieder debattiert worden. Michael Walzer, ein souverän beobachtender Sozialphilosoph, erörtert diese Fragen an herausragenden Gesellschaftskritikern des 20. Jahrhunderts.

384 Seiten. Gebunden. DM 48,–

»Der große Gesellschaftskritiker, wo immer sein Standort sein mag, ist ein erklärter Gegner nicht der Gesellschaft, sondern ihrer Entmündigung.«

In allen Buchhandlungen

S. Fischer

Karl Markus Michel
Die Menschheitsfalle

Osterspaziergang

Man muß sich nicht als Faust vorkommen, um auf Distanz zu gehen, innerlich jedenfalls, wenn sich »des Volkes wahrer Himmel« auftut. Aus dieser Distanz wird der edle Gattungsname schnell zum Schimpfwort für den, der's ist und sein darf: *Mensch*.

Es hilft nichts: die den höchsten Begriff vom Menschen haben, und in seinem Lichte vom Volk, schmähen am meisten den Menschen, das Volk im Zustand der Empirie. Schmähen in Wahrheit alle hehren Ideen, wenn diese – mit Verlaub – auf der Straße angekommen sind. Oder in Auerbachs Keller: »Das Volk ist frei: seht an, wie wohls ihm geht!« Der Reim darauf heißt unerbittlich »Bestialität«. Gewiß, hier spricht Mephisto, zynischer Diskant zum faustischen Brustton. Aber Faust und Mephisto sind eines im Geist: Gegenpart dessen, was erst durch ihr Abstandnehmen zum Volk gerinnt. Die Entfremdung des Intellektuellen erscheint dann als die des Pöbels, *Alienation*. In seiner Beschreibung des römischen Karnevals, jenes Festes, »das sich das Volk selbst gibt«, sagte Goethe – es war am Vorabend der Französischen Revolution –, »daß Freiheit und Gleichheit nur in dem Taumel des Wahnsinns genossen werden können«.[1]

Bestialität, Wahnsinn – das ist die Kehrseite der Vergöttlichung des Volkes (des verallgemeinerten Ichs) durch den Revolutionär. »Ich«, sagte Anarchasis Clootz, deutscher Jakobiner, 1793 im Convent, »ich stehe auf der Tribüne des Universums, ich wiederhole, das menschliche Geschlecht ist Gott – le peuple Dieu!«[2] Von einer »schreienden Canaille« und ihrem »heißen Wahnsinn« sprach hingegen Thomas Carlyle im Blick auf das entfesselte Volk vor der Bastille.[3] Die spätere Massenpsychologie hat sich diesem Urteil angeschlossen; das *gute* Volk überlebte nur in der Folklore, und Folklore war es ja auch, im Rückblick gesehen, als das Als-ob der DDR-Verfassung leibhaftig auf die Straße und dann zu Aldi ging.

Mit direktem Bezug auf das »Hier bin ich Mensch«-Getümmel schreibt Freud am 29. August 1883 an Martha Bernays: »Du hast ganz recht, es ist nicht schön und erhebend anzuschauen, wie sich das Volk vergnügt«, und schildert dann der Braut seine Gedanken während einer *Carmen*-Vorstel-

lung: »Das Gesindel lebt sich aus und wir entbehren. Wir entbehren, um unsere Integrität zu erhalten, wir sparen mit unserer Gesundheit, unserer Genußfähigkeit, unseren Erregungen, wir heben uns für etwas auf, wissen selbst nicht für was – und diese Gewohnheit der beständigen Unterdrükkung der natürlichen Triebe gibt uns den Charakter der Verfeinerung ...«[4]
Und dennoch – außer für Famulus Wagner, den »Feind von allem Rohen« – immer wieder diese Faszination durch das Rohe, das Triebhafte, das Volk – ästhetisch, pädagogisch, therapeutisch gewendet, wie eben die Stunde schlägt. Zum Beispiel: »Dem Volke dienen!« Viele, so hört man, meinten das redlich, so sehr hatten sie das Horazische »Odi profanum vulgus« verinnerlicht. Aber der Dienst galt vor allem der eigenen Idee vom Volk, der eigenen Theorie oder Methode. Und die Wirkung? »Hier war die Arzenei, die Patienten starben.« Doch das bedrückt nur Faust, nicht Wagner, sofern das Morden methodisch geschah.
(Goethe, im Aufsatz über den römischen Karneval, zeigt übrigens Neid, wenn er fortfährt: »... daß die größte Lust nur dann am höchsten reizt, wenn sie sich ganz nahe an die Gefahr drängt«, und Freud fügt seinen Sottisen über jene, die sich ausleben, die »mit Hintansetzung aller Besonnenheit« genießen, etwas Denkwürdiges hinzu: »es ist nur in ihnen lebhaft, daß sie einer das Leben des andern fortsetzen, während jedem von uns mit seinem Tod die Welt erlischt« – das Ich und die Welt, die es entwirft, fallen aus ihrer stipulierten Allgemeinheit zurück in die banale Einzelheit, in den Tod. Kein Überleben? Selbst für Freud, für Goethe nicht? Nur in den Köpfen anderer, die ebenso sterblich sind.)

Zwillingsforschung

Es gibt zwei abendländische Kopfwege, auf denen die Absonderung der Intelligenz erreicht wird. Der griechische Weg: geistige Anstrengung. Der christliche Weg: göttliche Gnade. Der erstere wurde vom zweiten adaptiert, Studium, Askese, Meditation. Der letztere wurde säkularisiert, an die Stelle Gottes trat »die Natur« oder »die Gesellschaft«, entscheidend war allein, daß diese Instanz, blind und unbestechlich, ihre Wahl traf. Die derart Begnadeten – oder Verdammten – sind der Frage enthoben, wem sie ihr Los verdanken. Es steht in der Genesis (25,23): »maior minori serviet«, Esau, der erstgeborene Zwilling, muß Jakob, dem jüngeren, dienen, weil Gott es so verfügt hat, schon vor ihrer Geburt: »Jakob habe ich geliebt, Esau aber gehaßt«, wie der Apostel Paulus wußte (Römer 9,13); und wie Augustinus

es für die Christenheit festgeschrieben hat in seiner ungeheuerlichen Gnadenlehre von 397, die viel eher eine Verdammungs- und Vernichtungslehre ist, denn der Gnade teilhaftig werden nur verschwindend wenige, die große Mehrheit ist verdammt, weil »alle Menschen wie ein einziger Sündenklumpen (sind), der von der göttlichen Gerechtigkeit die Todesstrafe verdient hat«, und dies schon von Ewigkeit her, ohne menschliches Zutun.[5] Der Bischof von Hippo zögerte nicht, mit dem weltlichen Schwert in diese *massa peccatorum* zu fahren, um Gottes Urteil zu vollstrecken.

Die *massa*, das ist der Ton in den Händen des Schöpfers, aus dem dieser, paulinisch gesehen, »Gefäße des Zorns« und »Gefäße des Erbarmens« formt; die ersteren, Produkte der göttlichen Gerechtigkeit, bleiben »Masse«, die letzteren, Produkte der göttlichen Laune, bilden die geistliche, später die geistige Elite, die sich ihrer Gnadenwahl auch dann noch bewußt zu sein pflegt, wenn sie Gott aus dem Weg geräumt hat. Man muß nur »Gnade« statt »Bildung« lesen, dann sagt Nietzsches »Philosoph« nichts anderes über das Verhältnis von Masse und Elite als Augustin, nämlich dies: »Es würde kein Mensch nach Bildung streben, wenn er wüßte, wie unglaublich klein die Zahl der wirklich Gebildeten zuletzt ist und überhaupt sein kann. Und trotzdem [sagt er] sei auch diese kleine Anzahl von wahrhaft Gebildeten nicht einmal möglich, wenn nicht eine große Masse, im Grunde gegen ihre Natur, und nur durch eine verlockende Täuschung bestimmt, sich mit der Bildung einließe ...; hier stecke das eigentliche Bildungsgeheimnis: daß nämlich zahllose Menschen scheinbar für sich, im Grunde nur, um einige wenige Menschen [!] möglich zu machen, nach Bildung ringen, für Bildung arbeiten.«[6]

Denn Gott hat Jakob geliebt, Esau aber gehaßt. Wir erinnern uns: Jakob, das zarte, gewitzte Muttersöhnchen, legt den wilden, unbesonnenen Esau zweimal herein, stiehlt ihm das Erstgeburtsrecht und den väterlichen Segen. Deshalb muß Jakob vor Esau fliehen, zunächst. Doch am Ende ist er der Boß. Darum – seit Paulus und Augustinus – sind Zwillinge aus dem Gnaden- und Bildungsdiskurs nicht mehr fortzudenken. Sie dienen, in den abenteuerlichsten Argumentationen, weniger als Beweis für die Willkür Gottes (der Natur, der DNS) oder für den Bann des Milieus, sie dienen vielmehr als Verheißung, daß trotz ihrer körperlichen Unterlegenheit (ihrer geringen Zahl) die Begnadeten/Begabten am Ende die Überlegenen sein werden. Diese Verheißung beflügelt den Geist freilich nur, solange der Wenigen wirklich wenige sind. Mit der Zahl der Intellektuellen wächst auch ihre Lähmung im Geist. Wir sind einfach zu viele, fast schon Pöbel, wie es dem Freund von Monsieur Teste träumte: »Dieses ganze ›intellektuelle‹ Volk war wie das andere. Man fand darunter Puritaner, Spekulanten, Pro-

stituierte, Gläubige, die Gottlosen gleichsahen, und Gottlose, die sich als Gläubige ausgaben; es hatte heuchlerisch Einfältige und wahrhaft Dumme, und Autoritäten, und Anarchisten, bis herab zu den Henkern, deren Schwerter von Tinte troffen ...«[7]

Abituraufsatz

»Die Hauptlenkerin aber, die uns bei der Standeswahl leiten muß, ist das Wohl der Menschheit, unsre eigne Vollendung. Man wähne nicht, diese beiden Interessen könnten sich feindlich bekämpfen ...«, nein, denn im abendländischen Denken und besonders dem der Aufklärung und des deutschen Idealismus, das sich hier, im Abituraufsatz von Karl Marx[8], reflektiert, gibt es für die Menschheit und ihr Wohl gar kein anderes Modell als das Individuum und seine Vollendung. Es war vielleicht entscheidend für dieses Denken, daß es auf einer Analogie beruhte: die Menschheit als Person, die erzogen werden muß, die mündig wird (aber nicht senil, die Menschheit ist unsterblich), und umgekehrt: die Person als Hort des Allgemeinen, Individualismus als Universalismus – das konnte wohl nur im gesellschaftlichen Abseits gedacht werden und eignete sich deshalb trefflich als Ideal der humanistischen Erziehung.

»Es gibt keinen ehrenvolleren Tod als den für das Allgemeinwohl!« Das rief – man kann es nicht flüstern oder murmeln – der Student Alexander Uljanow, Wladimirs älterer Bruder, als er 1887 in St. Petersburg wegen Verschwörung zum Zarenmord vor Gericht stand.[9] Er wurde gehenkt. – »Wie möchten Sie sterben?« lautet eine der Fragen des Proust-Questionnaires, der im *FAZ-Magazin* überlebt. General a. D. Gerd Schmückle antwortete kürzlich: »Vor einem Erschießungskommando für eine dauerhaft gute Sache.« Diese Todesart ist, in unseren Breiten, so ziemlich aus der Mode gekommen, und es ist auch nicht mehr Brauch, daß sich die europäische Jeunesse dorée, vom Gymnasium kommend *(dulce et decorum est)*, im Kampf um das Allgemeinwohl auf dem Schlachtfeld trifft. Aber der Augenaufschlag zur Menschheit ist nach wie vor beliebt. Da hebt sich das Ego ins Allgemeine.

Die Korrumpierbarkeit dieser Denkform steht uns heute so drastisch vor Augen, daß wir darüber ihre Tragweite aus dem Blick verlieren, ihre erkenntnisleitende Kraft, die uns Sätze wie »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« unmittelbar einleuchten läßt. Warum sollte es keines geben? Um das umfassend zu beantworten, müßte man die europäische Geistesgeschichte nacherzählen. Und man täte gut daran, immer wieder hinzuzufü-

gen, daß trotzdem gelebt wurde, vielleicht nicht »richtig«, aber auch nicht schlecht. Das liegt nicht nur daran, daß man sich im praktischen Leben seine idealistischen Hörner abstößt oder, mit Hegel gesagt, daß »der Konflikt zwischen der Poesie des Herzens und der entgegenstehenden Prosa der Verhältnisse« seine Erledigung gemeinhin darin findet, daß »die der gewöhnlichen Weltordnung zunächst widerstrebenden Charaktere das Echte und Substantielle in ihr anerkennen lernen, mit ihren Verhältnissen sich aussöhnen und wirksam in dieselben eintreten«[10], sondern: jener Zwiespalt ist der abendländischen Kultur so sehr eingeschrieben, daß jeder mehr als individuelle, also nicht im Rahmen der persönlichen Tragik oder Komik bleibende Versuch, ihn aufzulösen, im Ruin, im Suicid der Idee enden muß. Tugendterror. Tyrannei des unmittelbaren Wertevollzugs. Als ließe das Ideale sich *realisieren*. Gerade Adorno, der jenen Satz über das richtige Leben sprach, bestand auch darauf, daß die Trennung von Theorie und Praxis, allem Lamento von Revolutionären und Avantgardisten zum Trotz, ein unendlicher Fortschritt war.[11] Wenn man hinter ihn zurückfällt, dann in die Barbarei.

Spiegelgasse

Welcher Intellektuelle hätte keine Schwäche für große Begriffe und Theorien? Wer folgte nicht dem Lockruf der Menschheit? Immer wieder lassen sie sich verführen, auf sich selber hereinzufallen, an ihr Wohl-Wollen zu *glauben*, weil andere daran glauben und es in die Tat umsetzen. Dennoch sollte man die Kosten solchen Glaubens nicht einfach denen aufbürden, die den Glaubensinhalt geliefert haben, denn die Beziehung der Gläubigen, selbst der Propagandisten zu ihrem Dogma ist oft ganz launisch – und gleichwohl zwanghaft; sonst gäbe es ja keine Glaubenskriege, zum Beispiel unter Marxisten.

Nehmen wir Lenin und die Seinen, die revolutionären Intellektuellen der russischen Sozialdemokratie, die zum größeren Teil im Exil lebten, einander auf der Tasche lagen und auf den Geist gingen. Und sich beschimpften, wie es üblich war in der Kopf-Arbeiterbewegung. Das wirksamste Schimpfwort war »bürgerlicher Intellektueller«, denn daraus folgte viel: Opportunismus, Radikalismus, Anarchismus, Dekadenz ... Lenin zog alle diese Register in seiner Abrechnung *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904). Trotzki konterte prompt: wenn dieser »Despot und Terrorist« jemals zur Macht käme, »würde die ganze revolutionäre Bewegung des Proletariats von einem Revolutionstribunal der ›Mäßigung‹ angeklagt werden

und das Löwenhaupt von Marx als erstes unter der Guillotine fallen«.[12] Und Rosa Luxemburg attestierte dem Disziplinfanatiker ein krankes Bewußtsein: »Das von dem russischen Absolutismus ekrasierte, zermalmte Ich nimmt dadurch Revanche, daß es sich selbst in seiner revolutionären Gedankenwelt auf den Thron setzt und sich für allmächtig erklärt – als ein Verschwörerkomitee im Namen eines nichtexistierenden ›Volkswillens‹.«[13]

Zwölf Jahre später. Uljanow lebt in Zürich, fast isoliert. Seine Anhänger kann man zählen, seit er gegen den Pazifismus wütet. »Lenin ist ein politischer Jesuit, der seit vielen Jahren den Marxismus dem Zweck des Augenblicks angepaßt hat. Nun ist er vollständig verwirrt ... Lenin, dieses illegitime Kind des russischen Absolutismus, hält sich für den einzigen natürlichen Erben nicht nur des russischen Thrones, wenn dieser frei wird, sondern auch der sozialistischen Internationale. Sollte er jemals zur Macht kommen, so würde er nicht viel weniger Unheil anrichten als Paul I.«, schrieb Wjatscheslaw Menschinskij, der spätere Chef der sowjetischen Geheimpolizei, im Juli 1916 in einem Pariser Emigrantenblatt.[14] Und Leonid Krassin in Petrograd lehnte es ab, für den darbenden Revolutionär in die Tasche zu greifen: »Lenin verdient keine Hilfe. Er ist der Typus des Zerstörers, und man wird nie voraussehen können, was für ein wildes Projekt seinem Tatarenschädel entspringt.«[15]

Merkwürdige Sätze, post festum gelesen. Merkwürdig zumal im Hinblick auf die kürzliche Entdeckung von Dominique Noguez, daß Lenin in jenem Jahr 1916 in der Spiegelgasse nicht nur fast der Nachbar des Cabaret Voltaire, sondern sogar praktizierender Dadaist war, vielleicht jener »vierte Herr« vom ersten Abend (5. Februar), den Hugo Ball in seinem Dada-Tagebuch erwähnt.[16] Und auch wenn dem nicht so sein sollte, wenn Emmy Hennings sich richtig erinnern sollte: »Er muß die lauten, bruitistischen Konzerte wohl vernommen haben, doch ließ er sich offenbar nicht stören. Tagsüber sah man ihn manchmal mit einem unbeweglich steinernen Gesicht, eine Aktenmappe unterm Arm, versunken die Straße herunterkommen, und nachts, wenn wir heimgingen, sahen wir hinter seinem Fenster noch Licht brennen«[17] (was ja nicht bedeuten muß, daß es ein gutes Jahr lang täglich so war; aber falls er wirklich hin und wieder im Cabaret-Gewühl »Da! da!« gerufen haben sollte, mußte auch das nicht mehr sein als ein harmloses Divertissement, andere kulturelle Erbauungen waren ihm ja fremd, um nicht zu sagen: er haßte die Kultur) – faszinierend bleibt dennoch die Vorstellung, daß Lenin mit Tristan Tzara nicht nur Gedanken, sondern auch Gedichte austauschte, ja, daß die russische Revolution eine dadaistische Aktion war, sozusagen die weltgeschichtliche Inszenierung

von Tzaras *Dada Manifest:* »Wir zerreißen, wütender Wind, die Wäsche der Wolken und der Gebete und bereiten das große Spektakel des Unheils, den Brand, die Auflösung vor ... Jeder muß schreien: es gibt eine große, destruktive, negative Arbeit zu verrichten.«[18] Und einer schrie in Zürich »Da! da!« und schrie(b), bevor er in den Zug nach Petrograd stieg, am 8. April 1917: »Dem russischen Proletariat ist die große Ehre zuteil geworden, die Reihe von Revolutionen, die der imperialistische Krieg mit objektiver Unvermeidlichkeit hervorruft, zu *beginnen* ...«[19]

Das wilde Projekt, das Lenins Tatarenschädel entsprang: was hatte es mit dem Marxismus zu tun? Aber auch: das wilde Projekt, das im Cabaret Voltaire begann und die Moderne insgesamt betraf: wie verhielt es sich zum Bolschewismus? Hugo Balls Tagebuch enthält unter dem 7. Juni 1917 die Eintragung: »Und während wir in der Bahnhofstraße die Galerie eröffneten, reisten die Russen nach Petersburg, um die Revolution auf die Beine zu stellen. Ist der Dadaismus wohl als Zeichen und Geste das Gegenspiel zum Bolschewismus? Stellt er der Destruktion und vollendeten Berechnung die völlig donquichottische, zweckwidrige und unfaßbare Seite der Welt gegenüber? Es wird interessant sein zu beobachten, was dort und was hier geschieht.«[20]

Im Jahre 1989 – der reale Sozialismus verendet soeben, der reale Dadaismus überlebt als Kunstreligion – stellt Dominique Noguez die umgekehrte Frage: ob »zwei der wichtigsten Bewegungen des 20. Jahrhunderts, die vergleichbar sind in ihrer Intensität, ihrer Dynamik und der Stärke ihrer Nachfolge, jedoch diametral entgegengesetzt bezüglich ihres bevorzugten Geltungsbereichs wie auch in ihren letzten Absichten«, nicht grundsätzlich miteinander in Verbindung gestanden haben, letztlich eines gewesen sind.[21]

Man könnte ebensowohl fragen, ob die beiden Avantgarden wirklich »Bewegungen« waren und nicht vielmehr Verirrungen, entstanden aus dem Intellektuellentraum, Theorie und Praxis – das heißt: Kunst und Leben hier, Dogma und Terror dort – zusammenzubinden, als wären sie versöhnt. Vom Dada zur KP, das war für manchen nur ein Schritt. Nur ein Schritt war es aber auch vom Futurismus zum Faschismus, vom Bauhaus zum Nationalsozialismus. Die O-Mensch-Expressionisten verliefen sich in beide Richtungen, in entgegengesetzte, aber gleichermaßen vernichtende Affirmationen. Hugo Ball stürzte sich schon 1918 aus bengalischem Dada in finsteren Katholizismus, indes Lenins öffentliches Wirken, nach dem Blutbad des »roten Terrors«, wahrhaft dadaistisch endete: mit einem langen irren Lachen, weil ihm die Sprache versagte. Nach dem dritten Schlaganfall, im März 1923, konnte er nur noch lallen, Lautgedichte wie von Ball oder

Arp: »Rev-rev-rev-vo-vo-vo-lu---« Und dann die Verklärung zum Heros und Heiland, Organisationsfetischismus als Weltreligion ...

Mauerschau

Nachdem der Mann vom Land jahrelang vor der verschlossenen Tür des Gesetzes gehockt und auf Einlaß gehofft hat, winkt er, verendend, den Türhüter heran: »›Alle streben doch nach dem Gesetz‹, sagt der Mann, ›wieso kommt es, daß in den vielen Jahren niemand außer mir Einlaß verlangt hat?‹ Der Türhüter erkennt, daß der Mann schon an seinem Ende ist, und um sein vergehendes Gehör noch zu erreichen, brüllt er ihn an: ›Hier konnte niemand sonst Einlaß erhalten, denn dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schließe ihn.‹«[22]
Was Kafkas Parabel fixiert, ist der Widerruf des Generalisierbarkeitsversprechens, auf das die europäische Intelligenz seit der Aufklärung baute: Person und Menschheit sind *nicht* analog. Das Individuelle ist *nicht* das Universale im exemplarischen Fall. Die Welt ist absurd ... Die großen bürgerlichen Ideen mochten längst verkümmert sein zu »liberalen Mystifikationen« (Merleau-Ponty), aber daß ihr Ruin – seit dem Ersten Weltkrieg – die Erfahrung der Absurdität zeitigte, bedeutet doch wohl, daß sie, speziell für das moralische und politische Bewußtsein, kanonisch geworden waren. Das Ergebnis: »metaphysische Obdachlosigkeit«, wie Georg Lukács diesen Zustand nannte, aus dem er sich selbst sehr bald unter das Dach seiner Parteimystik rettete, die auch dem leninistischen Organisationsmodell die metaphysischen Weihen gab. Allenthalben brodelte in jener Zeit das Bedürfnis, sich zu salvieren; hier wie dort der Run nach Rettung, der als geistiger Aufbruch erschien, als Reform- und Avantgardebewegung, oder wie Freud es 1938 sah: als gefährliches Bündnis von Fortschritt und Barbarei, in Rußland, in Italien ... »Man empfindet es als Erleichterung von einer bedrückenden Sorge, wenn man im Falle des deutschen Volkes sieht, daß der Rückfall in nahezu vorgeschichtliche Barbarei auch ohne Anlehnung an irgendeine fortschrittliche Idee vor sich gehen kann.«[23] Aber nicht ohne Glauben. Das 20. Jahrhundert ist eine Epoche der Glaubensschübe – hin zum Abgrund. Und die Intellektuellen übernahmen oft genug die Aufgabe, den Abgrund als »Wesen des Seins« oder als »Reich der Freiheit« zu feiern.
1938, im Licht der Moskauer Schauprozesse, schrieb Ernst Bloch: »Demokratie aber ist und bleibt bei alledem das Ziel, das echte, von Marx wie Lenin aufgestellte Endziel; es bedarf keiner Herzenstöne, um das zu versi-

chern, es ist die Wirklichkeit der sozialistischen Sache selbst.« Wer das bezweifle, habe den Inhalt des Begriffs »Diktatur« nicht begriffen. »Es ist ein sehr klassischer Inhalt, nämlich Herstellung der realen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Kampf mit dem Feind dieser Ziele ... Das allein ist proletarische Diktatur; eine, die lieber heute als morgen aufhörte; die erzwungen ist durch den Feind und allemal im Dienst des Einzigen steht, was nottut: der zu bewirkenden Demokratie.«[24]
Jahrzehntelang saß er vor dieser Tür. Sie war nur für ihn bestimmt. Andere saßen vor anderen Türen. Am Ende, längst schwach und blind, wollte er seinen Glauben öffentlich widerrufen. Seine Lieben ließen ihn nicht. Er starb vor der Tür, ohne Hoffnung.

Mutter Else

Vielleicht sind es seine Lieben, die nächsten und die ferneren, die den Intellektuellen heute in die Pflicht nehmen: in die Treuepflicht gegenüber dem Großen Ganzen, dem schlechten Allgemeinen – familiär, beruflich, ideologisch gemeint, das hängt ja alles zusammen und läuft hinaus auf die Rente. Längst vorbei die finsteren Zeiten, da Heloisa, aus schierer Liebe, sich weigerte, Abaelard zu freien, weil Eheleben und Denken sich nicht vertrügen. »Was für ein jämmerlicher Skandal: die Natur schuf Dich, um *allen* zu dienen, und Du willst Dich nur noch *einem* Menschen widmen, obendrein einem Weib, und Dich in so eine schimpfliche Knechtschaft verkaufen«, schrieb sie dem Geliebten und malte das Eheglück fast biedermeierlich aus: »Du bist so richtig versunken in Deine theologischen oder philosophischen Gedankengänge, da fangen die kleinen Kinder an zu quäken ...« Nein, lieber wolle sie seine *Geliebte* als seine *Gattin* heißen, und sie konnte sich voller Gelehrsamkeit auf Theophrast und Cicero berufen, die schon wußten: »Der Philosoph darf nicht heiraten.«[25]
Von den Goliarden des 12. und 13. Jahrhunderts – frühe städtische Intelligenz, deklassiert, in Opposition zum Feudalsystem – bis zu den Clercs des 18. und den Bohémiens des 19. Jahrhunderts kelterten die Intellektuellen aus der Fremdeinschätzung, daß sie Außenseiter seien, ihre Selbsteinschätzung, daß sie Vorhut sind: die anderen, die Vielen sollen folgen, die abseitige Meinung wird morgen die herrschende sein, und wenn nicht, was schert es den, der sie heute vertritt!
Mittlerweile sind die Intellektuellen in die Gesellschaft integriert, gemeinhin weich gebettet, den treuen Blick voller Menschheit – diese freilich nicht mehr als Entwurf des eigenen Ich ins Allgemeine verstanden, mit dem

Risiko, zum Gespött zu werden, nein, die Menschheit ist zum Objekt der Fürsorge geworden. Besorgt beugt sich der Intellektuelle über sie, wie sich einst Lessing über Mutter Else gebeugt, die ihm Hauptpastor Goeze, der »Seelensorger«, angeschleppt hatte, also mußte er ihr heimleuchten, der Else, der »ebenso dummen als boshaften Klatsche«.[16] Nicht so unser Intellektueller heute, er kann gar nicht genug kriegen von Else, er will das Mütterchen nicht nur verstehen (verstehen tut er ja alles), er möchte es veredeln. Am liebsten wäre ihm ein großer Betreuungsapparat – also das Fernsehen, wenn es doch nur wäre, wie er sich's wünscht! Aus seinen Klagen, etwa über die Klischees der Serien oder die Gäste der Talkshows, spricht die tiefe Überzeugung, daß es ihm aufgetragen sei, die Massenkultur im Geiste anzuheben. In seinem Geist.
Früher oder später resigniert er. Zieht sich zurück, aber nicht auf eine Außenseiterposition, Hermetismus oder Allotria, sondern ins Innere. In seinen inneren Orient, wo er die Probleme mit dem Allgemeinen nicht mehr hat, denn es ist aufgesaugt vom Kosmos, dessen Mittelpunkt das Ego bildet. Oder umgekehrt. Oder wie auch immer. Jedenfalls breitet sich ein bequemer Spiritualismus aus, der nicht nur, wie frühere irrationale Schübe, Einspruch gegen den herrschenden Trend ist, sondern selber dieser Trend mit der Chance, zum neuen, fundamentalistischen Kanon zu werden, in dem sich der Intellektuelle mit dem Seelensorger und Mutter Else trifft.
Oder ist Else bereits die verkörperte Intelligenz? Ihre Vorläuferin, bei Lessing, hatte zum geistigen Leben höchstens insofern beigetragen, als ihre alten Hemden unter den Lumpen waren, aus denen das Papier dafür gemacht wurde. Dagegen heute: nicht Elses Hemden, Elses Meinungen sind gefragt. Und sie reicht sie her, entblößt sich vor den Mikrophonen, wie kaum einer von den Intellektuellen es wagen würde, die heute ohnehin lieber schweigen, wir hören es. Gerade wenn ihre Rede erwartet wird, schweigen sie im Chor, fast schreiend, so daß man sich schon fragt, wozu denn Intellektuelle, die nur sagen, daß sie schweigen, aber laut. Da wären sogar alte Hemden mehr.

Kassandra

Wer Neues ins Auge faßt, blickt gern zurück auf die Weisheit der Mythen. So hielt es auch Francis Bacon, einer der Stifter unseres wissenschaftlichen Zeitalters. In *De sapientia veterum* (1609) erzählt er griechische Sagen als Parabeln und deutet, was sie lehren. Er beginnt mit Kassandra. Apollo war in Liebe zu Kassandra entbrannt, sie aber hielt ihn hin, bis er ihr die Gabe

der Weissagung verliehen hatte – jetzt wies sie ihn kalt ab. Apollo sann auf Rache. Da er seine Gabe nicht zurücknehmen konnte, fügte er eine zweite hinzu: daß niemand den Voraussagen Kassandras Glauben schenken werde. So kam es, daß Kassandra auch kein Gehör fand, als sie den Untergang Trojas prophezeite.

Bacons Deutung tut der Sage Gewalt an, beschreibt aber treffend einen Typus, der zumal im 18. und 19. Jahrhundert in die Öffentlichkeit trat und seit der Dreyfus-Affäre als »Intellektueller« bezeichnet wird: jemand, der einige Wahrheiten kennt und sie zur Unzeit äußert. »Denn diejenigen, welche von der Schärfe ihres eigenen Verstandes und ihren Fähigkeiten allzu überzeugt sind, wollen sich Apollo, dem Gott der Harmonie, nicht unterordnen, um zu lernen, wie man Zeit und Maß der Dinge erkennt ..., wann die rechte Zeit zu sprechen und wann die rechte Zeit zu schweigen ist. Daher werden sie, so weise und freimütig, so profund und nützlich ihre Ratschläge auch sein mögen, doch trotz all ihrer Bemühungen, zu überzeugen oder zu drängen, nichts erreichen, noch sind sie von irgendwelchem Nutzen für die Bewältigung der verhandelten Dinge, sondern beschleunigen im Gegenteil eher den Untergang derjenigen, denen sie ihren Rat aufdrängen. Kaum jedoch sind die Übel eingetreten, die sie geweissagt haben, werden sie als Propheten und Männer von weiser Voraussicht gepriesen ...«[27]

Die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die Mitteilung einer Wahrheit wurde im Aufklärungsjahrhundert lebhaft erörtert, zum Beispiel von Lessing – »Lieber mag der gemeine Haufe noch eine Weile irren, als daß ich ihn ... in einen wütenden Religionseifer setzen sollte«[28] –, ist aber längst obsolet geworden. Da alles Wahrsagbare gesagt ist, geht es nur noch darum, wann der »gemeine Haufe« bereit ist, eine Wahrheit (oder Lüge) zur Kenntnis zu nehmen; dann wird sie vielstimmig intoniert und zeigt »Wirkung«, während sie zu anderen Zeiten im großen Rauschen untergeht. Ansonsten aber ist Bacons skeptische Sicht der politischen Intelligenz noch heute aktuell. Gerade die westdeutschen Intellektuellen: wovor haben sie nicht alles gewarnt, bis zuletzt noch vor der deutschen Einheit, und wie stehen sie jetzt da?

Man könnte die Sache auch anders sehen, etwa so: Die westdeutschen Intellektuellen haben nach dem Krieg Enormes geleistet. Ohne die »Stimmung«, die sie, über die Massenmedien, im Lande erzeugten, hätte die Bundesrepublik sich anders entwickelt, vielleicht südkoreanisch. Eben so, wie sie zur Adenauerzeit begonnen hatte. Dagegen der Aufbruch der sechziger Jahre! Die Intellektuellen haben vor allem dafür gesorgt, daß Nationalismus und Revanchismus keine Chance hatten – andernfalls hätte man den

Deutschen 1990 die Einheit kaum gewährt. Kein Wunder, daß Kassandra, die immer wieder vor deutschen Träumen und Lügen gewarnt hatte, von der Wende überrascht wurde, daß es ihr die Sprache verschlug. Was hätte sie auch sagen sollen? Vielleicht: Seht doch her, Leute, ich bin in Wahrheit Germania! Denn sie war ja eine Art Germania, ohne Wissen und Willen, dank einer diesmal besonders hinterhältigen List der Geschichte.

Dem beliebten Vorwurf, die westdeutschen Intellektuellen hätten die nationale Frage verkannt, kann man entgegenhalten, daß sie diese Frage, in bewährter Manier, transzendierten, in Richtung auf die Menschheit oder wenigstens die westliche Welt (in die deshalb jetzt die fünf neuen Länder eintreten können). Sie zog sich förmlich am eigenen Schopf aus dem Sumpf der deutschen Besonderheit in die dünne Luft des Allgemeinen – übrigens nicht nur in dieser, auch in anderen Fragen, was dazu führte, daß sie oft die Füße nicht mehr ganz auf den Boden bekam: im Internationalismus und im Pazifismus, in der Endzeitstimmung und im Öko-Wahn. Sie übertrieb – auf Kosten der Vernunft (die Bacon Apollo nennt). Eben deshalb wurde ihre Menschheit anfällig für Irrationales.

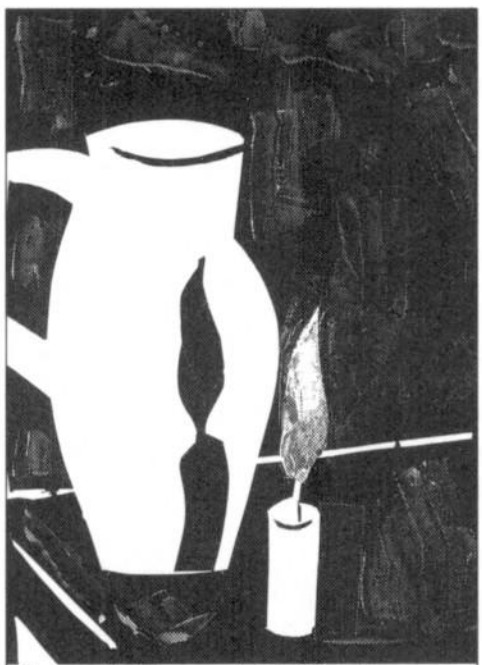
Als die Philosophen des 18. Jahrhunderts aus der Idee der Person die der Menschheit entwickelten, bot sie Raum für das Andere: den »edlen Wilden«, den kultivierten Perser oder Chinesen, den weisen Nathan, den toleranten Saladin usw. Es war eine multikulturelle Menschheit. Heute hingegen, so scheint es oft, hat im Klischee der Menschheit nur noch das Andere Platz, und zwar in seinen primitiveren Formen, als Generalisierung von Mutter Else. Es wäre das Ende der Aufklärungsidee, daß sich, gleich der Person, auch die Menschheit vervollkommnen kann. Es wäre das Ende des Als-ob, das den Intellektuellen legitimiert.

Anmerkungen

1 Goethe: »Das römische Karneval«, *Gedenkausgabe*, ed. Beutler, Bd. 11, Zürich 1950, S. 566.
2 Zitiert nach Hugo Ball: *Kritik der deutschen Intelligenz*, Bern 1919, S. 126.
3 Thomas Carlyle: *Die französische Revolution*, Leipzig 1922, 1. Bd., S. 202, 204.
4 Siegmund Freud: *Briefe 1873-1939*, Frankfurt 1960, S. 48 f.
5 Augustinus von Hippo: *Die Gnadenlehre von 397*, hrsg. v. Kurt Flasch, übers. v. Walter Schäfer, Mainz 1990, S. 203 et passim.
6 »Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten«, Erster Vortrag, in: Friedrich Nietzsche: *Werke*, ed. Schlechta, 3. Bd., S. 189.
7 Paul Valéry: *Herr Teste*, übers. v. Max Rychner, Frankfurt 1965, S. 55.

8 MEGA I, 1, S. 164 f.
9 Vgl. David Shub: *Lenin*, Wiesbaden 1962, S. 10.
10 Hegel: *Vorlesungen über die Ästhetik*, Theorie-Werkausgabe Bd. 15, Frankfurt 1970, S. 393.
11 Theodor W. Adorno: »Marginalien zu Theorie und Praxis«, in: *Stichworte. Kritische Modelle 2*, Frankfurt 1969, S. 177.
12 N. Trotzki: *Unsere politischen Ziele*, Genf 1904, S. 95, 102.
13 »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« (1904), in: Rosa Luxemburg: *Die russische Revolution*, Frankfurt 1963, S. 43.
14 Zitiert nach David Shub: *Lenin*, a. a. O., S. 180.
15 Ebenda.
16 Dominique Noguez: *Lenin dada*, Zürich 1990, hrsg. v. Jan Morgenthaler.
17 Emmy Hennings: »Das Cabaret Voltaire und die Galerie Dada« (1934), in: Arp, Huelsenbeck, Tzara: *Die Geburt des Dada*, Zürich 1957, S. 159.
18 Zitiert nach D. Noguez: *Lenin dada*, a. a. O., S. 124.
19 Lenin: »Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter«, in: *Ausgewählte Schriften*, ed. Weber, München 1963, S. 626.
20 Hugo Ball: *Die Flucht aus der Zeit*, Luzern 1946, zitiert nach: *Die Geburt des Dada*, a. a. O., S. 146.
21 D. Noguez: *Lenin dada*, a. a. O., S. 69, 72.
22 Franz Kafka: »Vor dem Gesetz«, in: *Erzählungen*, Frankfurt 1952, S. 159 f.
23 S. Freud: *Der Mann Moses und die monotheistische Religion*, GW XVI, S. 156 f.
24 Ernst Bloch: »Der Intellektuelle und die Politik«, in: *Vom Hazard zur Katastrophe*, Frankfurt 1972, S. 341 f.
25 Abaelard: *Die Leidensgeschichte und der Briefwechsel mit Heloisa*, übers. v. Eberhard Brost, Heidelberg 1954, S. 26 ff.
26 Siehe »Anti-Goeze«, 10. Beitrag, *Ges. Werke*, ed. Stammler, München 1959, Bd. 1, S. 1116 f.
27 Francis Bacon: *Weisheit der Alten*, übers. v. Marina Münkler, Frankfurt 1990, S. 14.
28 Lessing zitiert Reimarus, »Anti-Goeze«, 7. Beitrag, a. a. O., S. 1101.

Am Vorabend des Spanischen Bürgerkriegs



520 Seiten, Leinen, 39,80 DM / öS 310,–

»Die Ankunft des Herrn« ist der erste Band der Trilogie »Licht und Schatten«. Sie ist das Hauptwerk Gonzalo Torrente Ballesters, »eine der reichsten und einzigartigsten Romanwelten Spaniens in den letzten Jahrzehnten«.
Pere Gimferrer

Im Zentrum der Handlung stehen Carlos Deza und Caetano Salgado. Beide wollen die Macht – und dieselbe Frau. Der eine hat die Tradition auf seiner Seite, der andere das Geld. Ein Konflikt, in den nach und nach immer mehr Menschen gezogen werden, und über dem drohend ein historisches Verhängnis schwebt: der Vorabend des Spanischen Bürgerkriegs.

Schauplatz der Ereignisse ist ein Küstenstädtchen in Galicien, mit seinen Fischern und Werftarbeitern, seinem neureichen Bürgertum. Spanien wie im Brennspiegel: in figurenreichen Milieuschilderungen, in der Inszenierung politischer Auseinandersetzungen, in farbigen Dialogen. Eine Familiensaga wird erzählt, zugleich ein historisch-politischer Roman. Denn der mit allen Mitteln der Intrige geführte Machtkampf der Dezas und der Salgados steht für den Untergang des feudalen Spaniens und den gewaltsamen Sieg des Bürgertums.

Der zweite Teil von »Licht und Schatten« (Wo der Wind sich dreht, ISBN 3-608-95673-5) wird im Juli, der abschließende Teil (Das Osterfest, ISBN 3-608-95674-3) im Oktober 1991 erscheinen.

Gonzalo Torrente Ballester, 1910 in Galicien geboren, ist in verschiedenen Orten Spaniens als Gymnasiallehrer tätig gewesen. Er arbeitete für Rundfunkanstalten, politisch-literarische Zeitschriften und als Übersetzer (u. a. Rilkes). 1966–1973 ständige Gastprofessuren in den USA; 1975 Aufnahme in die königliche Akademie Spaniens für Literatur.
Für sein umfangreiches literarisches Werk wurde Torrente Ballester mit mehreren Preisen ausgezeichet, darunter dem Nationalpreis für Literatur (1981) und dem Miguel-Cervantes-Preis (1985). Torrente Ballester lebt in Salamanca.

Klett-Cotta
Postfach 106016, 7000 Stuttgart 10

Otto Kallscheuer
Zwischen Gottes Wort und Volkes Stimme

1. Das Licht

Man kann die Erleuchtung sehen: Ein einziger Lichtstrahl teilt das Dunkel und klärt die Lage. Die Szene: Ein dusteres Büro, in dem irgendwelche Transitgebühren entrichtet werden müssen. Das Kleingeld liegt auf dem Tisch, ein Pfennigfuchser zählt noch, der Rechnungsführer linst durch seine Brille. Oder hat hier im Zollbüro gar ein Glücksspiel stattgefunden?
Darauf könnten die beiden hübschen jungen Soldaten, die als Fecht- oder Lustknaben lässig an der Tafel lungern, verweisen. Aufgeschreckt blicken sie empor, doch es ist nicht die Razzia, sondern die Aufklärung. Jesus sah einen Menschen am Zoll sitzen, der hieß Matthäus; und er sprach zu ihm: Folge mir! Und er stand auf und folgte ihm. So einfach ist das.
»Vuol me?« Der Zöllner verweist mit fragendem Blick auf sich. Und seine Hand wiederholt unwillkürlich den Fingerzeig Jesu, die Schöpferhand, die Matthäus aus der Spielhölle befreit. Michelangelo Merisi, genannt *il Caravaggio,* hat die erleuchtende Hand, den Fingerzeig »der machtvollen Tat der Rechten des Herrn«, die den neuen Menschen schafft, als offenbares Zitat gemalt: spiegelverkehrt entspricht sie dem Schöpfungsfinger Michelangelos in der Sistina. Caravaggios *Berufung des Heiligen Matthäus*, entstanden vom Juli 1599 bis zum Juli 1600 als Auftragsarbeit der Kirche San Luigi dei Francesi, hängt heute noch dort im linken Seitenschiff.
Auf dem (gleichzeitig entstandenen) Bild gegenüber, dem *Martyrium des Heiligen Matthäus*, sieht man den Maler selbst im Hintergrund der Soldateska (war der junge Hübsche mit der Straußenfeder nicht auch im Zollhaus dabei?), mit skeptischem Blick auf den neuen Menschen: den aus derselben Lichtquelle erleuchteten Heiligen im Griff des Schergen. Auf ihn warten gleichzeitig das Henkersschwert und die Siegespalme aus Engelshand.
Lux in tenebris: Man kennt die »camera obscura«, die Technik der »natürlichen Magie« eines in der Dunkelkammer mit naturwissenschaftlicher Präzision wie ein Scheinwerfer ausgerichteten Lichtes. Giambattista Porta hatte sie 1558 angeblich als erster erfunden; sie läßt sich aber auch in zeitgenössischen Beschreibungen von Caravaggios Atelier wiederfinden (R. Longhi). Erst kürzlich jedoch wurde der undurchsichtige politische

Hintergrund der Matthäusbilder in der Ludwigskirche der Franzosen in Rom ausgeleuchtet.

Maurizio Calvesi baut eine ganze Indizienkette auf. Es geht um eine diplomatische Chefsache: Die kirchenrechtliche Absolution des 1593 erneut zum Katholizismus übergetretenen abtrünnigen französischen Hugenottenkönigs Heinrich IV. (und Protegés der verstorbenen Katharina Medici, der bald darauf wieder eine Medici heiratet) durch die 1595 verkündete päpstliche Bulle Clemens' VIII. (welchselbiger 1592 nur der »französischen Partei« im Konklave seine Papstwahl verdankte) bedeutet einen Sieg der philofranzösischen Koalition, die von Kardinal Alessandro Medici (nicht zuletzt im Interesse des toskanischen Großherzogtums und seiner diversen in Lothringen und Frankreich vermählten Kusinen) inszeniert und von den Oratorianern unter dem Heiligen Filippo Neri und ihren mächtigen Sympis wie Kardinal Federico Borromeo, Bruder des verstorbenen (und Heiligen) Karl, theologisch gesteuert wird.

»Wenn Wir das Übermaß der göttlichen Gnade bedenken, die sich in Deiner [*sc.* Heinrich von Navarras] Bekehrung kundtat« – heißt es in der Bulle Clemens' VIII. – »und wenn wir in Unsrem Geiste mit aufmerksamem Blick betrachten, wie Du, aus der dichtesten Dunkelheit der Irrtümer und Häresien, wie aus einem Abgrund des Bösen heraus, ans Licht der katholischen Wahrheit gekommen bist, so sehen wir uns gezwungen, vor Verwunderung und Verehrung mit dem Apostel (*Röm.* 11,33) auszurufen: O welch eine Tiefe des Reichtums, beide der Weisheit und der Erkenntnis Gottes! Wie gar unbeschreiblich sind seine Gerichte, und unerforschlich seine Wege.« (Letztes Indiz:) Der *ghostwriter* dieser päpstlichen Bulle, mit der der französische König aus der Finsternis der Häresie in das Licht der katholischen Wahrheit aufgenommen wird, ist der Rhetorikprofessor Silvio Antoniano. Antoniano gehört selbst zum *inner circle* der Oratorianer und zur Akademie der vatikanischen Nächte und hat – so vermutet Calvesi – auch die Entwürfe des Caravaggio mitdiskutiert.

Die Moral der Erleuchtung: Zelebriert wird die politische Bekehrung des Hugenotten-Karl mittels der (den Gebrüdern Borromäus so teuren) theologischen Metapher vom Licht in der Finsternis. König Heinrich selbst ist es vermutlich weniger um das himmlische Licht der göttlichen Wissenschaft zu tun als um die *connections* mit den Medici und den irdischen Religionsfrieden: auf sein Abschwören der hugenottischen Häresie folgt das Toleranzedikt von Nantes. Der Intellektuelle Antoniano formuliert die heilsgeschichtliche Deutung der Affäre. Der Maler Michelangelo Merisi, der sich selbst in finsteren Kaschemmen herumtreibt, liefert die *special effects*.

Was bleibt? Die lichte (Be)Deutung der Bekehrung Heinrichs IV. durch die

Oratorianer ist heute längst vergessen. Er selbst sollte sich bei seinen römischen Lobbyisten revanchieren. Königin Maria (Medici!) ruft die Oratorianer als missionarische *task force* nach Frankreich, König Heinrich läßt gegen den Widerstand der Calvinisten eine Truppe aus dem Orden der Barnabiten kommen (deren Empfehlungsschreiben die Unterschrift Kardinal Federico Borromeos trägt). Wissenschaftsgeschichtlich fußnotenrelevanter in Sachen Aufklärung ist der akademische *fall out* der rationalistischen Gegenreformation, die sich Heinrich mit den Oratorianern und (ab 1603) mit den Jesuiten nach Frankreich holte. Die Societas Jesu baut »eine der berühmtesten Schulen Europas« auf, das von Henri IV. gegründeten *Collège Royal* in La Flèche, woselbst bekanntlich auch der junge René Descartes »von Kindheit an für die Wissenschaft erzogen« ward (*Discours*, I).
Nach der Ermordung Heinrichs im Jahre 1610 fand in La Flèche jährlich eine *Henriade* statt: Eine 45 Fuß hohe Pyramide wurde errichtet, in der eine Monstranz Heinrichs Herz den Besuchern zur Besinnung darbot, die Kollegiaten stellten ihre besten Exerzitien in Wissenschaft und Dichtkunst vor, die danach von einem lokalen Drucker in dicken Folianten gefaßt wurden (S. Toulmin). *In Anniversarium / Henrici Magni / Obitus Diem * Lacrymae Collegii / Flexiensis Regii / Societatis Jesu* steht auf dem Umschlag. Das Exercitium in französischer Sprache der ersten *Henriade* des Jahres 1611 ist ein Sonett, das zwei Ereignisse des verflossenen Jahres kunstvoll zusammenfügt: Trauer und Licht, den Tod des Königs und eine wissenschaftliche Neuerscheinung (kein Wunder, die Jesuiten verfügten über die besten Bibliotheken – der durch die katholische Wahrheit erleuchtete Henricus rex hatte reichlich Drittmittel abgezweigt).

Sonnet
sur la mort du roy
Henry le Grand, et sur
la descouverte de quelques nouvelles Planettes,
or Estoiles errantes autour de Jupiter, faicte
L'Année d'icelle par Galilée Galilée, celèbre
Mathematicien du grand Duc de Florence

In der Tat: Galileis *Sidereus Nuncius. Nachricht von neuen Sternen* (1610) ist »Seiner Durchlaucht Cosimo von Medici II., IV. Großherzog von Toskana« gewidmet, damals jedenfalls eine gute Empfehlung für die katholisch-rationalistische Partei in Frankreich. Den Ärger mit Galileis *Saggiatore* (1623) sollte das Hl. Offizium ja erst sehr viel später kriegen. Auch da ging's mal wieder um das Licht: die Korpuskeltheorie des Lichts und ihre Unvereinbarkeit mit der Transsubstantiationslehre (P. Redondi). Dahinter erneut

eine Chefsache: Urban VIII. und die Krise der französischen Partei im Vatikan. Camera obscura. Frankreich und die *lumières*.
Zurück zu den Exerzitien: Das Sonett unseres Kollegiaten beschreibt die Tränen, die Frankreich ob Heinrichs Tod im Jahre 1610 bereits vergossen hat, als gewaltige zweite Sintflut, die die Welt bedroht *(d'un Deluge second menacat tout le Monde)*. Doch das Licht des Tagessterns, der seine Kreise im Universum zieht *(L'ors que l'Astre du jour qui va faisant la ronde / Autour de l'univers)*, richtet die Franzosen auf, ermahnt sie, endlich vom Weinen über dem leeren Königsgrab abzulassen und damit die allen anderen Regionen drohende Sintflut abzuwenden. *Sursum corda:* Franzosen, ergreifet das Fernrohr und die Mathematik! Denn Gott hat Euren Heinrich erhoben, jetzt kreist er als eines der »Mediceischen Gestirne« (Galilei) im Sternbild des Jupiter, um den Sterblichen ein »himmlisches Licht« *(coeleste flambeau)* zu setzen.

FRANCE, de qui les pleurs, pour la mort de ton Prince,
Nuisent par leur excez à tout autre Province,
Cesse de t'affliger sur son vide Tombeau,

Car DIEU l'ayant tiré tout entier de la Terre,
Au Ciel de lupiter maintenant il etclaire
Pour servir aux mortels de coeleste flambeau.

Ob nun René Descartes, Kollegiat am *Collège Royal* in La Flèche von 1604 bis 1612 (also damals in der Abiturklasse), auch der Verfasser des Sonetts war, wie Stephen Toulmin vermutet? *Se non è vero, è ben trovato.* Das katholische Licht, wie es die Intellektuellen an der Wende zum neuzeitlichen Rationalismus sehen, (be)deutet göttliche Wissenschaft, weist dem Menschen, »der allein und im Dunkeln fortschreitet« (*Discours*, II), den Weg zum Ziel – ist also Methode, »da Gott jedem ein Licht gegeben hat, um das Wahre vom Falschen zu unterscheiden« (*Discours*, III).
Was also bleibt? – Es bleibt die revolutionäre Aufklärungstechnik des Caravaggio. Und das Fernrohr. Paris war die Messe wert.

2. Der Fall

Der Tod Gottes macht die Kleriker nicht arbeitslos, er macht sie vielmehr erst zum *all*-gemeinen Stand, im Gegensatz zu den gemeinen Ständen. Der katholische Klerus war noch ein besonderer, gewiß höherer, aber ein Stand neben den anderen gewesen; seit der Reformation aber haben alle Sterblichen gleichrangigen Zugang zur Schrift, sie vereinigte Hochkultur und

Volkskultur (E. Gellner); und seit der Aufklärung ist ein jeder Bürger des Gemeinwesens prinzipiell zum eigenen Verstandesgebrauch aufgerufen. Besondere »höhere Wahrheiten« (E. Tugendhat) oder nur bestimmten Ständen zugängliche Quellen der Wahrheit, Sondervollmachten für bestimmte Berufsstände und Personengruppen gibt es seit der allgemeinen Schulpflicht – im Prinzip – nicht mehr; die einzigen höheren Wahrheiten sind die allgemeinen Prinzipien des theoretischen und moralischen Wissens, zugänglich für alle, die guten Willens sind. Wer sich statt dessen Sonderinteressen oder politischen Passionen hingibt, darf füglich nicht beanspruchen, im Namen der Vernunft, der einzig *all*-gemeinen Stimme also, Gehör zu finden. Die Intellektuellen sprechen nur im Namen der Prinzipien, die für alle gelten.
Wenn nun das Volk aber nicht auf die moralische Stimme der Vernunft, sondern auf Demagogen hört, dann ist das umso schlimmer für das Volk. Man kann zwar nicht so ohne weiteres sagen, daß es an seiner Unmündigkeit »selber schuld« ist. Schließlich leidet es häufig unter der Last von Diktaturen oder Traditionen, von alten oder neuen Vorurteilen oder unter materieller Not, die ihm wenig Zeit und Chancen läßt, sich auf den Standpunkt des Allgemeinen emporzuarbeiten. Die Ursachen dieses Leidens aber lassen sich nur nach Kriterien der unparteilichen Wissenschaft diagnostizieren, also wiederum von den universalistischen Intellektuellen ... usw.
Vertreter von Gottes Wort sind Intellektuelle jetzt nur noch insofern, als (also: nur dann, wenn) sie anders als der gemeine Pöbel den *Über*-Blick über die irdischen Leidenschaften behalten haben. Im Gegensatz zu den Wortführern der Menge verfügt nämlich der unbestechliche Geistesmensch noch über jenen »Blick von nirgendwo« (T. Nagel), den er, wie weiland Mose vom Berge Sinai oder Scipio Africanus von der translunaren Sphäre des Ewigen aus, auf die wandelbare Welt der Völker, Regierungen und ihrer Kämpfe richten kann.
Auch in der Moderne standen darum die säkularisierten Kleriker – als *philosophes*, »Funktionäre der Menschheit« (Husserl) – wie zuvor ihre geistlichen Vorläufer stets in kognitiver Opposition zum Volke, zur Volksherrschaft, zur Politik: »Entweder lebten sie ... völlig abgewandt von derlei Passionen für die rein vorurteilslos zweckfreie Tätigkeit des Geistes ... oder aber sie standen als Moralisten über den Kampf menschlicher Egoisten gebeugt und predigten ... die Übernahme eines ›Menschlichkeit‹ oder ›Gerechtigkeit‹ genannten abstrakten Prinzips, das jenen Passionen übergeordnet und entgegengerichtet ist« (J. Benda).
Der Tod oder deistische Rückzug Gottes änderte nichts an der *all*-gemeinen Verantwortung der *clercs*, über die platonischen Wahrheiten oder ihre transzendentalen Äquivalente zu wachen. Sie waren zwar parteilich für Wahr-

heit und Fairneß und wurden darum von den Herrschenden oft als Demagogen verfolgt, vertrieben oder ermordet, aber sie waren gerade nicht Parteigänger dieser oder jener Klasse, Interessengruppe oder Nation. Sie walteten als »Offizianten der abstrakten Gerechtigkeit, unbefleckt von Passionen für irdische Beweggründe«.

Sobald aber die Hüter der universalistischen Werte zu Volkes Stimme werden, verletzen sie ihr Wächteramt, um sich dem Kult des Besonderen hinzugeben: sie opfern die eine Wahrheit aller den Interessen besonderer Gesellschaftsgruppen (auch unterdrückte Teile der Gesellschaften sind *partes, factiones*, Klassen) bzw. den Leidenschaften spezifischer Gemeinschaften, Volksgeister, Nationen. Das ist die *trahison des clercs*, wie der Titel von Julien Bendas berühmtem Pamphlet lautet. An ihrem Anfang steht für ihn die Identifikation der Intellektuellen mit der Nation. Und diese ist Ergebnis der Revolution, der Abschaffung aller Privilegien, wodurch »die moderne Welt aus dem *clerc*, dem Intellektuellen, einen *citoyen* gemacht hat«.

So fällt es ihm natürlich weitaus schwerer als seinem kirchlichen oder humanistischen Vorläufer, »den Passionen der Laienwelt mit Verachtung gegenüberzustehen«. Strukturell lauert der Verfall der einen kosmopolitischen Vernunft bereits im nationalsprachlichen Zerfall der kosmopolitischen *République des lettres*, die selbst bereits Nachfolgerin der humanistischen *Respublica litterarum* war (K. Pomian), einer Art nicht mehr von Rom kontrollierter Nachfolgeorganisation des lateinischen Klerus.

Zwischenfrage: Wie lange aber hat dann der allgemeine Stand der Intellektuellen überhaupt existiert? Julien Benda kommt hier mit seiner eigenen Anklage gegen die gefallenen Priester der Vernunft ins Gehege. Wenn man nämlich bedenkt, »daß das eigentliche Auftreten des *clerc* mit dem Fall des römischen Reiches koinzidiert, das heißt mit jenem Zeitpunkt, da die große Nation zusammenbricht und die kleinen noch nicht existierten«, müßte man dann nicht eher vom Verschwinden als vom Verrat der Intellektuellen sprechen? Also »von der Unmöglichkeit, in der heutigen Welt die Existenz als *clerc* zu führen«? Wo aber sind heute die von Mäzenen und Medici finanzierten Akademien, die die Intellektuellen nicht gleich wieder zu Staatsdienern der Nation machten?

Indes verschiebt eine derart materialistische Exkulpierung der gefallenen, zu Literaten, Lohnschreibern, Ideologen gewordenen vormaligen Funktionäre des Allgemeinen das Problem nur. Den wahren *clerc* (»einen Spinoza, einen Schiller, einen Baudelaire oder César Franck«) wird auch seine materielle Not nicht an der ausschließlichen Huldigung des Wahren, Schönen und Göttlichen hindern, die schließlich seine Mitgliedschaft in einer anderen, *all*-gemeinen Stadt begründet. Warum also haben dann seit zweihun-

dert Jahren die Intellektuellen ihr Bürgerrecht in der *civitas Dei sive rationis* preisgegeben? Warum haben sie es eingetauscht zugunsten des oft ebenfalls Opfer, Verfolgung und Märtyrertum verlangenden Eintritts in eine rein diesseitige *ecclesia militans*?

Warum sind sie zuerst zu nationalistischen Erweckern und dann im Klassenkampf zu *compagnons de route* geworden? Denn das sind die beiden Hauptprotagonisten des intellektuellen Verrats, die grosso modo auch den beiden Ausgaben von Bendas Pamphlet entsprechen: 1927 ist sein Hauptgegner der intellektuelle Parteigänger der *Action française*, 1946 ist es der existentialistische Sympathisant der Kommunisten, also Merleau-Ponty oder Sartre, die zum Stalinismus schweigen, um die Arbeiterklasse (»Billancourt«) nicht zur Verzweiflung zu bringen.

Julien Benda liefert zwei Gründe – oder Motive – für den Verrat an der Vernunft: zum einen die allgemeinmenschliche Neigung zur Identifikation mit der eigenen Gruppe und zweitens den soziologischen Hinweis auf »die Regel, daß der Zwang zum Daseinskampf die Kreatur auf praktische Leidenschaften abstellt und von daher auf deren Heiligung«. Die erste Erklärung ist natürlich entweder tautologisch (weil sie die Identifikation durch das Identifikationsbedürfnis erklärt) oder zu vage, die zweite eher morphologisch, auf eine durch Klassenkampf oder Interessenkonflikte bestimmte moderne Massengesellschaft bezogen: Vom Kampf der Interessen in einer offenen – im Sinne von: nicht mehr ständisch gegliederten – Gesellschaft wird auch der (jetzt freischwebende) Kleriker gewissermaßen angesteckt. Nachdem sich seine ehemalige Referenzgruppe, also die internationale Gemeinschaft der *République des lettres*, im Zeitalter des Nationalstaats aufgelöst hat, muß sich auch der *clerc* in seinem Drang zur Identifikation – »jener Regung . . ., die Gruppe, der er selbst angehört, zu lieben unter allen andren Gruppen, die sich in den Besitz der Erde teilen« – nach anderen Bezugsgruppen umsehen. Wählte er daraufhin einfach den Kult des Besonderen: die Nation und dann die Klasse?

In einer kritischen Revision der *trahison des clercs* hat nun jüngst Ernest Gellner darauf hingewiesen, daß eine solche Deutung der Motivlage für den Verrat am Universellen empirisch falsch ist. Denn die intellektuellen »Verräter« des 19. Jahrhunderts, die den Kult der Gemeinschaft, der nationalen Bande, der Volksgeister, dann des Klassenkampfs inauguriert haben, waren in der Regel selbst durchaus vom konsequenten und heroischen Geiste der (einen, allgemeinen) Wahrheitssuche getragen. Die Entmachtung der (einen, unwandelbaren) Vernunft läßt sich durchaus als Konsequenz des Wirkens ebendieser Vernunft ansehen. »Weil diese *clercs* dem alten transzendenten Prinzip unparteilicher Objektivität so loyal Gefolgschaft leisteten«,

schreibt Gellner, »entdeckten sie etwas, was diese Prinzipien selbst unterminierte«.
Der Verrat hätte also gar nicht stattgefunden, eher wurde eine kognitive Dissonanz aufgelöst. Nietzsche, der gefallene *clerc*, erscheint selbst Benda, »was seine völlige Selbsthingabe an die geistigen Passionen betrifft«, als »einer der reinsten«. Ein anderes Paradebeispiel wäre der revolutionäre Universalist Karl Marx (siehe O. K., *Kursbuch* 48), der das *all*-gemeine Gattungswesen suchte, die universale Emanzipation als Tat eines geschichtsphilosophischen Subjekts hypostasierte und dabei dann die Sonderrolle des Proletariats (er)fand. Böse Zungen behaupten sogar, Marx habe die Hüterrolle des kommunistischen Klerus gar nicht infrage stellen wollen, er habe vielleicht »den Proletariern die Wahrheit nur zugeschrieben, um sie besser aus dem den Theoretikern vorbehaltenen Bereich der Wissenschaft ausschließen zu können« (J. Rancière). Das wird strittig bleiben müssen, bis die neue MEGA fertig ist. Die Maxime, daß der Funke des *coeleste flambeau* von außen, vom Himmel der bürgerlichen Wissenschaft den tradeunionistischen Kampf methodisch erleuchten und anführen müsse, sollte jedenfalls erst später der Gründer der *Iskra* zur expliziten Richtschnur erheben, übrigens ein Bewunderer des jesuitischen Rationalismus.
Umgekehrt: Da Julien Benda selber keine transzendente oder transzendental zweifelsfreie Verankerung des Allgemeinen mehr vorweisen kann, enthält seine Philippika wider die ihre »Berufung« verratende Praxis- und Interessenorientierung der *clercs* sogar ein konsequentialistisches, pragmatisches Element (das von ihm selbst zuvor im Wertehimmel abgelehnt wurde). Es liegt in folgender Argumentation, die man so ähnlich aber auch bei Leo Strauss finden könnte: Nur solange die Intellektuellen *so tun* (denken, schreiben, handeln), *als ob* es ein Reich der interessefrei zu betrachtenden platonischen Wahrheiten gäbe, können sie dem Nihilismus oder Relativismus ausweichen, der in der Zwischenkriegszeit die bekannten verheerenden Konsequenzen gezeitigt hat. Ein Paradox: »Die, die *la trahison* predigten, verübten selbst keinen Verrat – während die, die gegen ihn predigten, ihn vollzogen« (Gellner).

3. Recycling

Vielleicht stimmt also die ganze Diagnose nicht. Vielleicht suchen (oder finden) die gefallenen *clercs* im Volk, im Klassenkampf, bei den Massen gar nicht die banale Identifikation mit dem eigenen Dasein als *citoyens*, Mitbürger. Denn: daß sie in der demokratischen Massengesellschaft auch nur

Wähler, Steuerzahler, Konsumenten sind, wissen sie längst. Das ist es ja, was sie frustriert.
Volkes Stimme ist da in der Regel kein Ausweg: Als Repräsentant des Volkes kommt man nur nach Bonn. Es waren doch immer nur die stellungslosen Assis mit der abgebrochenen Doktorarbeit (oder dem beziehungs-, kinder-, therapiebedingten Karriereknick), die sich um die grünen Listenplätze drängten. »Basisbürokraten« (Joschka Fischer), weder Fisch noch Fleisch. Keine Vollblutpolitiker – keine Geistesmenschen.
Bonn: das ist etwas für Leute, die woanders keine intellektuelle Kompetenz bewiesen haben. Daraus wächst den gefallenen *clercs* vielleicht ein bißchen Macht zu (und die Benutzung von Dienstwagen), aber gerade keine neue universale Rolle. Sie können hier höchstens Parteiangestellte werden: Ochsentour, Quotierung, nationale Bürokratie, Juste milieu.
Oder sie sind Fachmenschen geworden, »spezielle Intellektuelle« (M. Foucault): Experten, die (Gegen)Gutachten schreiben. Betroffene. Grenzwerte. Ethikkommissionen. Auch hier: No more heros. Die *clercs* sprechen nicht mehr *als* Intellektuelle, keine Berufung, kein Licht. Just citizens. Dans la melée. Am Ende kommen die Juristen.
Und die Uni? Die »Techniker des praktischen Wissens«, wie Sartre sie nennt, mögen zwar »in ihrer Funktion als Forscher, das heißt mit ihrem Wissen und ihren Methoden« insoweit universalistisch ausgerichtet sein, als »sie nach universellen Erkenntnissen und Verfahren suchen«, aber diese Verfahren stiften keinen neuen Sinn. Im Gegenteil. Der »Spezialist des praktischen Wissens« muß sich gerade davor hüten, das von ihm praktizierte Universale – Sartre nennt als Beispiel »Y = f(x)« – »mit dem singularen Bemühen einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe zu verwechseln: Wenn er sich zum Hüter des Universalen aufschwingt, reduziert er sich automatisch auf das Partikulare, das heißt, er verfällt wieder der alten Illusion der Bourgeoisie, die sich für die universale Klasse hält.«
So kommt der Intellektuelle nicht mehr weiter. Oder vielmehr: So bleibt er nur Bürger. Das Universale hat sich spezialistisch ausdifferenziert, die Wahrheit ist systemisch geworden – »ein Ensemble von geregelten Prozeduren« (Foucault) –, sie hat kein Subjekt mehr, sie ist optimistisch gesehen Gemeingut oder für den Skeptiker *byproduct*. Das himmlische Licht wurde säkularisiert. Legitimation durch Verfahren. Fachmenschentum. Seilschaften. In der Fachbereichssitzung unglückliches Bewußtsein.
Wie aber kann aus entzauberten Fachmenschen ein neuer Funke entspringen? Nur dann, wenn es gelingt, »eine neue Wahrheitspolitik zu konstituieren«. Es geht dann nicht mehr »um Irrtum, Illusion, entfremdetes Bewußtsein oder Ideologie, sondern um die Wahrheit selbst« (M. Foucault).

Die Erleuchtung der *clercs*, die Erziehung der Erzieher, kann nicht mehr vom Himmel *(coeleste flambeau)* kommen, und auch nicht aus ihrer Funktion als Spezialisten. Sie muß gerade vom Volk, von der Klasse, von der Gemeinde kommen. Nur wenn diese – die anderen – in der Rede der Intellektuellen Gottes Wort vernehmen (wollen), in ihrem Antlitz das Licht der Wahrheit erblicken (und damit wieder freudig zu Laien werden können), dann stiftet sich neuer Sinn. Positives feed back. Spiegelstadium. Erst wenn die Massen *en situation* (auf) Gottes Wort hören, dann finden sich auch Apostel, die es verkünden und in anderen Zungen reden, wie von Feuer entflammt. Das Gegenteil banaler Repräsentanten von Volkes Stimme. Sie dürfen dann sogar Staatsbeamte, Professoren, spezialistische Intellektuelle sein (bzw. bleiben). Sie können dabei gleichzeitig die angestaubte akademische Aura, ihr heutzutage mäßiges Charisma ex officio potenzieren, dynamisieren: in der Berufung durch ein fusionierendes Kollektiv.

Der Mechanismus der Fusionsgruppe ist ziemlich exakt von Sartre in der *Kritik der dialektischen Vernunft* beschrieben worden. Nüchterner noch rekonstruiert Albert O. Hirschmann das Auf und Ab des Engagements als Zyklus des Wandels von Meta-Präferenzen (Präferenzen, bestimmte Bedürfnisse zu haben) bei der Bestimmung von »Identität«, »Lebensstil« o. ä. Daher kann ein »Bewegungszyklus« auch den Produktions- und Konsumptionszyklus von neuem Sinn darstellen, »einen radikalen Wandel der Wahrnehmung, vergleichbar mit einer Erleuchtung«. Risiken, Kosten, Gefahren müssen das nicht verhindern – die Berufung lebt auch vom *thrill.*

»Im Falle von nicht-alltäglichen Handlungen, wie im Falle des politischen Engagements, herrscht immer beträchtliche Ungewißheit, ob solche Anstrengung auch von Erfolg gekrönt sein wird. Merkwürdigerweise erzeugt solche Ungewißheit nicht nur Angst. Handlungen, die kein festes Vorbild haben und deren Erfolg nicht gesichert ist, gelten als eigentümlich verdienstvoll: die Mühen, die man für sie aufbringt, erscheinen nun als ›edles Streben‹, und *als gelte es, für die Ungewißheit zu entschädigen*, verbindet sich dieses Streben selbst mit dem Gefühl, an einer angenehm erregenden Erfahrung teilzuhaben« (A. O. Hirschmann).

Darum hungern unglückliche *clercs* nach »Bewegung«. Neu entstehende Bewegungen im *status nascendi* hingegen (Alberoni) – auch wenn sie aus ganz prosaischen Ursachen entspringen – dürsten nach Sinn, nach »Teleologisierung der Krise«, aus der sie entstanden (Rammstedt). Wie nun die Ressource Sinn im alltäglichen Leben systemisch knapp ist, so ist sie in der Hochzeit der Bewegung heilig. Weil neues *telos* nur durch die Gnade des *kairós* entstehen kann – zur Unzeit verflüchtigt es sich zur Routine. Weil die Bewegung vergänglich ist, ist sie wahr.

Neuer Sinn entsteht nur in außeralltäglichen Situationen. Bewegungssinn kann verstanden, aber in Normalzeit nicht intentional produziert werden; ist er aber einmal gestiftet – in der Boomphase des »Bewegungszyklus« –, so akkumuliert er Energie, indem er sie verausgabt. Dann zählen »Kosten« als »Nutzen«, Weg und Ziel fließen ineinander (Hirschmann).
Gelingt es nun den *clercs*, sich in dieser Phase an die Bewegung anzukoppeln, so können sie sich für kurze Zeit elektrisiert im Stande der Gnade befinden und ihre Situationsdeutung totalisieren. Oder umgekehrt: werden Intellektuelle in einer solchen Situation der »Beschleunigung der gesellschaftlichen Dynamik« – während der Entstehung einer neuen »Generationsentelechie«, die »Erlebnisschichtung« und »Erlebniszeit« einer Generation umwälzt (K. Mannheim) – vom »kollektiven Träger der neuen Impulse« gerufen, dann gibt es wieder Nachricht von neuen Sternen.
Manche Stars, vor allem die jüngeren, werden auch erst in der Bewegung zum Intellektuellen, durch sie. Feuertaufe. Sie erleben die Entzauberung, aus der die beamteten *clercs* in die Bewegung flüchteten, erst später, post festum. Sie müssen dann in der Phase des Rückflusses, wenn die Professoren sich verjüngt in die Forschung zurückziehen (und die Ursachen des Scheiterns in *ordinary science* rational rekonstruieren) oder *après coup* zu Propheten mutieren, versuchen, ihre Bewegungs-*benefits* zu verstetigen.
Das geht aber nur, wenn sie das *en situation* akkumulierte kulturelle Kapital woanders anlegen können: im Bildungs- und Humandienstleistungssektor, in der Wissenschaft (bei manchem dauerte es seine zwanzig Jahre, ehe er die Bewegungsprofessur bekam), in der Politik (aber nur echte Berufspolitiker halten das durch: solche, die nicht romantisch um die alte Sendung trauern), in den Medien (wo das kommunikative Bewegungs-*know-how* von militanter Entlarvung *und* kollektiver Illusion handwerklich zupaß kommt), in der freien Wirtschaft (kreativdurchsetzungsfähig), in der Therapieszene (Männer lernen lieben) usw.
Doch all das ist kein Stand der Gnade mehr. Manche verkraften den Verlust nicht. Der Komet ist verglüht. Das Licht erloschen. Man kann auf neue Sterne warten oder die alten Fixsterne besingen. In der Rolle von Zeitzeugen.

4. Der Schaum

Die Zeugin: »Ich habe ihn geliebt«, schreibt die Frau über den Philosophen. »15 Jahre lang erhellte sein Gesicht meine Existenz.« Jetzt ist er von uns gegangen. Verfallen wir nun wieder der Finsternis? »Seit Sartre nicht mehr da und Er tot ist, wird die Welt wieder zu einer einsamen Kugel.« Denn es

war Sein Blick, der erleuchten konnte. »Am Horizont meiner Erinnerung taucht zeitlos Sein Lächeln auf.«

Seinsweise: Der neue Mensch. »Ich bin auf dem Weg, den die Gerechten gehen. Endlich! Mit fast 30 Jahren entdecke ich – mit Seiner und Sartres Hilfe – die ›Wahrheit‹ [und schreibe sie deshalb in Anführungszeichen]. In ihrer Sprache lege ich mich nieder wie in einem Bett. Ich verstecke mich in den schützenden Falten ihrer Seinsweise.« Heimat ist das Gegenteil von Erkenntnis. Es gibt zwar die Wahrheit nicht mehr, aber die Wahrheit, die es nicht gibt – Seine Wahrheit, die sich »ins Labyrinth widersprüchlicher Ereignisse hineinbegibt« –, die ist unverzichtbar. Es ist die Wahrheit der Kämpfe, gefunden in der Heimat der Worte.

Brei des Herzens: Die Sprache des Philosophen baut eine Behausung. Das Abseits als schuldfreier Ort. Egal ob die Wahrheit nun zitiert oder erfahren wird, ob das bekämpfte Unrecht solches ist oder nur scheint, es geht um die Tilgung der Erbsünde. »Ihr [F.s und Sartres] Bemühen um Gerechtigkeit, wo immer es an ihr zu fehlen scheint, bildet den Ort, an dem ich endlich meinen Haß auf die Vergangenheit aussprechen kann. Auf meine Vergangenheit. Auf die meines Volkes, als der Verkörperung des Bösen.« Die Frau ist Deutsche. »Ich verlasse Deutschland und siedele mich in ihren Worten an.«

Status corruptionis: Ihr Vorleben kannte die Wahrheit (und die Anführungszeichen) noch nicht, noch nicht das Leuchten des Ereignisses. Sie war zwar von edlem Geblüte, doch – ach! – keine Vestalin der Seinsweise, keine Intellektuelle, keine *engagée*. Sie kam aus dem Osten. »Als Er in den fünfziger Jahren Heidegger und Nietzsche liest, erwache ich gerade aus der Betäubung meiner Jungmädchenzeit.« Ostelbische Finsternis. »Eine Kindheit in der ›Obhut‹ der Sowjets.« Später dann, im Westen, das gleißende, das falsche Licht. »Als Er seine ersten Bücher schreibt, die ihm den Weg in die Berühmtheit bahnen, deren Niederschlag ich später mit Vergnügen (mit der unvermeidlichen Eitelkeit des Subjekts) genieße, beehre ich die legendäre Bühne der Metropolitan Opera mit meinem Tanztalent. Später finden die Ex-Künstlerin und der Philosoph darin einen Ort der Komplizenschaft.«

Complicité: Paris ist die Messe. Die Liturgie folgt dem Rhythmus der »Kämpfe«, die die Ex-Künstlerin heute selbst in Anführungszeichen setzt. Denn nicht um die Kämpfe geht es, sondern um den Philosophen. Das Licht der Gerechtigkeit. Oder der Seinsweise. »Die boatpeople las Er in den unruhigen Gewässern eines fernen Ozeans auf; auf dem schmutzigen und kaputten Straßenpflaster des 18. Arrondissements traf Er mit dem alten und gebrechlichen Sartre zusammen; vor dem Justizpalast stand Er sich die Beine in den Bauch; an der vor der polnischen Botschaft errichteten Ge-

denkstätte für die ›Toten‹ zitterte Er vor Kälte; Er erkämpfte eine gemeinsame Sprache zwischen Arbeitern und Intellektuellen« (dies allerdings nicht völlig allein, vielmehr) »mit Hilfe der Gewerkschaft CFDT, – und das alles tat Er in der festen Überzeugung, daß es notwendig war.« Und das Wort ist Kampf geworden.

Coup de foudre: Seine Existenz setzt das Zeichen. Sein Erscheinen klärt die Lage. »Er, der politisch aktive, das seit langem ›konstituierte‹ fulminante ›Subjekt‹, ruft mich. Voll Begeisterung folge ich ihm.« So einfach ist das. »Wir sind im Jahre 1971, auf dem Höhepunkt der maoistischen Bewegung. Wie sollten wir auch nur einen Augenblick an der Wahrhaftigkeit ihrer Aussagen zweifeln?« Heute setzt die Frau Anführungszeichen um die Wahrheit, um die Massen, um die Kämpfe, um die Toten, um das Subjekt. Nur um die Liebe nicht. Die Seinsweise kommt ohne Filter: »Ja, ich liebe diesen Mann.«

Signifiant/signifié: Die Wahrheit, die F. lehrt – nein: lebt, ist –, liegt im Ereignis, das Seine Anwesenheit in den Kämpfen stiftet, obwohl Sein Reich nicht von dieser Welt ist, sondern in unsterblichen Büchern lebt. »Was weiß ich damals von dem, was er schreibt? 1972 erscheint eine Neuauflage von *Geschichte des Wahnsinns.* Außer Atem lebte ich meinen eigenen Wahnsinn.« Die Aktivistin kommt nicht zur Ruhe: »Bei soviel Kritikpunkten [*sc.* Knäste, Irrenanstalten, Schulen, Bullen, Presse, Medien, Staat] bleibt uns kaum Zeit zum Verschnaufen«, doch Er stiftet durch ferne Nähe Präzision und Würde. »Bis zum Äußersten gespannt, lächelnd, in strikter Opposition zu den lyrischen Delirien der Aktivisten, immer Ausschau haltend nach den Tatsachen, ist F. überall. Wie findet er noch Zeit zum Arbeiten? Was hat er unter den Händen?« Wer hat diese Übersetzung lektoriert? »In regelmäßigen Abständen verschwindet er.« Nach Kalifornien, nach Japan, in die *artes liberales*, jene geistige Stadt, deren Ruhmesstrahlen doch auch die Finsternis der Kämpfe erhellten. Picture-postcards vom akademischen Himmel trösten dann seine Jünger: »Von Herzen, M.«

L'écume des jours: Die Bewegung, die Ereignisse ohne Wahrheit, doch mit Philosophen, stiften hektische Heimat, eine Fusionsgruppe, wie Sartre sagen würde – doch keine Fusion der und mit den Massen im Faubourg Saint-Antoine, sondern eine des *inner circle* der Meister und Jünger. An sich ein Club, soziologisch nicht unähnlich der borromäischen Akademie der vatikanischen Nächte. Der kleine Unterschied: die Frau darf dabeisein. »Einmal mehr dient meine Wohnung als Treffpunkt für Intellektuelle, die sich nach Gerechtigkeit sehnen. Er leitet die Diskussion. Régis Debray, Yves Montand, Costa Gavras, Pfarrer Ladouze, Jean Lacouture, Jean Daniel, Claude Mauriac und der Chef der spanischen KP, Santiago Carillo ...«

Differentia specifica: »Ich bin eine Frau. Ich habe einen Sohn. Ich bin Deutsche. Darin liegt schon der Unterschied. Parrhesia, Freimütigkeit, sagt F., ist nichts anderes als der Mut, das Wahre [ohne Anführung] zu sagen. Nur: Ist das Wahre immer angebracht?« Schwierige Frage. Immerhin: Der Blick – »die Epiphanie des Gesichts« – (er)klärt alles, die Sprache wurde Wärmflasche im Bett der Seinsweise, sogar dem Söhnchen bringt der Philosoph später einen grauen Elefanten mit (»in den man seine Schlafanzüge packen kann«). Doch die Berührung bleibt liturgisch, *amour platonique:* »Er kommt zum Treffen der ›Roten Hilfe‹, streichelt mir die Hand, lächelt mir zu und bedeutet mir, ich solle nichts sagen ... Er entgleitet mir. Seine *complicité* mit Jean Genet schließt mich aus. Zwei Giganten des französischen Geistes, irgendwo im Dunkel dieser engen Straßen.«
Cérémonie des adieux: »Die maoistische Bewegung gibt es nicht mehr. Ohne besondere Zeremonie ist sie begraben worden. Ich bin schwanger.« Kann die Messe weitergehn, ohne die »Massen«, ohne die hektische Liturgie der Kämpfe? Die Lösung heißt Transsubstantiation: Es gibt ein Hochamt. »Jeden Mittwoch sehe ich Ihn am Collège de France, von neun bis elf Uhr. Schon morgens um acht ist der Vorlesungssaal voll. Süße Klausur. Als Meister und Mittler hilft Er mir, die komplexe Geschichte der griechischen Antike zu entdecken.«
Dulcis in fundo: »Das gemeinsame Mittagessen, das sich bisweilen an Seine Vorlesungen anschließt ... Dieser Mann, der es immer eilig hat, läßt sich endlich in der Zeit nieder.« Seinsweise und Zeit: »Ebenso wie ich liebt Er chinesische Küche.« Spring rolls. Nach der Messe business as usual. Verlagsprojekte, Treffen der *clercs* und neuen Philosophen (»wieder einmal bin ich die einzige Frau«). Doch die Bewegung ist kaputt, die Gruppe fusioniert nicht mehr, es sind nur noch dieselben Clubmitglieder. Man wird älter, man trifft sich bei Sartres Beerdigung. Der Philosoph ist unheilbar krank, dann wieder Frühlingsrollen ... und dann stirbt der Philosoph.

5. Entzaubert, enttäuscht?

Die Geschichte mit der Dialektik der Rationalisierung, in der das *regnum hominis* ewige Wahrheiten zu gemeinen Hypothesen und damit kognitiv fallibel und psychologisch verwundbar macht, ist natürlich keine neue *story* mehr. Als einer der ersten hat sie im vorigen Jahrhundert der große Konterrevolutionär Joseph de Maistre mit wüstem augustinischen Terror erzählt: Der postrevolutionäre Katzenjammer der Liberalen, Sozialisten, Romantiker sei die verdiente Frucht eines erst protestantischen und dann rationali-

stischen Welt- und Menschenbildes. Ohne *auctoritas*, also ohne jenseitige Garantie für eine prästabilierte Harmonie von Freiheit und Gleichheit, von Rationalität und Gemeinwohl (I. Berlin).
Reaktionäre wie de Maistre oder Donoso Cortès – mit ihrer bekannten Schlußfolgerung: der christliche Säbel muß her, sonst kommen die Russen – sind nicht die einzigen, die die Entzauberung der universalen Wahrheiten feststellen. Es gibt die linke tragische Sicht: Adorno und Horkheimer etcetera. Zu einer analogen Diagnose kommt auch – und zwar völlig ohne tragische Akzente – der linke und liberale Pragmatismus. Die *Regulae ad intentionem ingenii*, die etwa ein John Dewey in seiner »Logik« aufstellt, erhellt kein unfehlbares Licht der Vernunft mehr, das die Finsternis zu durschneiden vermöchte: Die Epistemologie der wissenschaftlichen Untersuchung und die Moral der Sozialreform sind selbst irdische Hypothesen, gewonnen im *clair-obscur* des sozialen Diesseits.
»Nachdem einmal die Sinnlosigkeit des Ausdrucks ›für ewig wahr‹ (an)erkannt worden ist«, schrieb Giulio Preti in den fünfziger Jahren, »behält nur der Ausdruck ›historisch (also relativ) wahr‹ eine sinnvolle Bedeutung; und dies gilt für alle Erkenntnisse. Die Schwierigkeit ist vielmehr psychologischer Natur; die so verstandene Epistemologie liefert für den, der Angst vor der Ewigkeit hat, keinerlei Hoffnung: für den, der die VERNUNFT als Fabrik versteht, die die Güter herstellen soll, die jenen Durst auf Ewigkeit, auf ewige Gewißheit der Wahrheit löschen können.«
Wenn es in einem modernen wissenschaftlich informierten Weltbild keine höheren Wahrheiten mehr gibt, wenn kein Bestandteil der Natur oder Gesellschaft mehr heilig ist, den (Be-)Griffen menschlicher Erkenntnis entzogen werden darf, wenn als Wahrheits- und Richtigkeitskriterium für Theorien und Moralauffassungen nur mehr interne Kohärenz und pragmatische Leistungsfähigkeit gilt, dann schneidet sich in der Tat (wie Gellner sagt) die allgemeine Vernunft die eigene Kehle durch.
Was bleibt? Forget about Plato, sagt uns der Pragmatist. Die philosophische Idee der Wahrheit wird ersetzt durch »warranted assertability« bestimmter Hypothesen, durch rationale Akzeptierbarkeit. Diese Rationalität ist im Gegensatz zum ewigen Licht nur noch instrumentell: Mittel zum Zweck, d. h. zu den jeweiligen konkreten Zwecken der Menschen – ihrem Gedeihen, ihrem Wohlergehen *(eudaimonia)*. Vernunftregeln werden zu einer Sorte des praktischen Umgangs mit Welt und Mitwelt neben anderen, zu einem Stil des Wirklichkeitsumgangs neben anderen. Sie hören auf, universal zu sein.
Die Mittel sind also relativ. Sind denn wenigstens die Ziele des Universalen zu retten? Der gestirnte Himmel? Nein – sagt der Pragmatist. Also sind die

letzten Zwecke willkürlich? Es gibt keine letzten Ziele, Zwecke hängen von der Situation, auch von der Erkenntnislage ab. Von den Steuerungsmöglichkeiten, von den voraussehbaren Folgekosten. »Die Ziele sind weder in einem platonischen Himmel deponiert noch bloß individuelle Launen, eher sind sie anvisierte Ziele *(ends-in-view)*, sie steuern unser Verhalten; und darin sind sie selbst Mittel, ein Problem zu lösen, und dadurch ist Rationalität auch kompetent, über sie zu urteilen ... Anvisierte Ziele sind also keine Endpunkte; sobald wir sie erreicht haben, werden sie zur Situation, in der wir dann leben und in der neue Probleme entstehen« (Putnam).

So sind heute, um ein makroskopisches *end-in-view* zu nennen, Hungersnöte und chronische Unterernährung, an denen im Jahre 1987 etwa vierzig Millionen Menschen starben, auf eine ganz neue Weise moralisch unerträglich. Nicht nur, weil wir heute über die Zahlen verfügen. Sondern weil sie kein unabwendbares Geschick mehr sind. Wenn die Analyse von Jean Drèze und Amartya Sen zutrifft, daß sich durch koordiniertes politisches, marktwirtschaftliches und öffentliches Handeln diese Todesziffern – und zwar ohne zusätzliche globale Steigerung der Wachstumsraten – vermeiden ließen, dann »ist der Kampf gegen den Welthunger zu einem politischen Ziel geworden, wie er das in der Vergangenheit nie hätte sein können« (Drèze/Sen). Wenn wir den Welthunger nun weiterhin als tragisches Geschick behandeln (oder verdrängen), dann handeln wir unmoralisch. Statt einer neuen apriorischen Moralbegründung brauchen wir heute vielleicht eine bessere Zusammenarbeit von Moral und Ökonomie, eine politische Ökonomie als moral science, im Sinne des alten Adam Smith.

Jedenfalls: Der Forscher schreitet nicht allein *in tenebris* voran, sondern im Dickicht konstituierter Interessen und Situationsdeutungen. Auch der Sozialkritiker hat keinen »Blick von Nirgendwo« auf seine Gesellschaft, sondern geht vom Gemeinsinn, also von den normativen Intuitionen der Gesellschaft oder Tradition aus, die er doch mit ihrer Hilfe in Frage stellt (M. Walzer). Heißt das denn, daß er ihren Horizont unter keinen Umständen überschreiten kann oder darf? Nein – sagt der Pragmatist, natürlich nicht. Wenn neue Erkenntnisse, Handlungsmöglichkeiten, Probleme auftauchen, auf die seine, unsere moralische Tradition keine Frage bereithält, dann müssen wir über die Grenzen dieser Tradition gehen. Und sei es, um in den Abgrund zu schauen und danach unsere Tradition besser begründen, verwerfen, reformieren zu können.

Unter einer Bedingung allerdings. Und die wäre? Die Demokratie nicht preiszugeben, die auch das richtige Milieu rationaler Gesellschaftserforschung, »die Vorbedingung für die Anwendung intelligenter Methoden der Sozialreform« darstellt (Putnam). Wir brauchen die Demokratie nicht me-

taphysisch, transzendent oder transzendental zu begründen, sagt der Pragmatist. Wir müssen sie praktizieren und – wo nötig – verbessern. Das tun wir mit der Wissenschaft doch auch.
Denn eine vollständige Beschreibung, einen externen oder apriorischen Fixstern für Wissenschaft und Sozialreform gibt es nun mal nicht – und auch kein »intern« unrevidierbares Wertegerüst. Auch Identitäten, Meta-Präferenzen, Wünsche über unsere Bedürfnisse können im Licht anderer Interessen und Erfahrungen revidiert werden. Das tun wir im Leben doch ständig. Oder haben Sie sich in den letzten ... Jahren überhaupt nicht verändert? Oh, sagte Herr Keuner und erbleichte.

Noten

1 Roberto Longhi: *Da Cimabue a Morandi. Saggi di storia della pittura italiana* (scelti e ordinati da Gianfranco Contini), Milano 1973 / Maurizio Calvesi: *Le realtà del Caravaggio*, Torino 1990 / René Descartes: *Discours de la méthode* (1637) / Galileo Galilei: *Sidereus Nuncius. Nachricht von neuen Sternen* (hrsg. von H. Blumenberg), Frankfurt/M. 1980 / Pietro Redondi, *Galilei der Ketzer*, München 1989 / Stephen Toulmin: *Cosmopolis*, New York 1990.

2 Ernest Gellner: *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991 / Ernst Tugendhat: *Probleme der Ethik*, Stuttgart 1984 / Thomas Nagel: *The View from Nowhere*, Cambridge 1986 / Julien Benda: *La trahison des clercs*, 1927/1946 (dt.: München 1978) / Krzysztof Pomian: *Europa und seine Nationen*, Berlin 1990 / E. Gellner: »La trahison de la trahison des clercs«, in: *The political responsability of intellectuals* (ed. by I. Maclean, A. Montefiore, P. Winch), Cambridge 1990 / O. Kallscheuer: »Das System des Marxismus ist ein Phantom«, in: *Kursbuch* 48 (1977) / Jacques Rancière: *Le philosophe et ses pauvres*, Paris 1983.

3 Michel Foucault: »Der sogenannte Linksintellektuelle« (Gespräch mit M. Fontana), in: *alternative* 119 (1978) / Jean-Paul Sartre: »Plädoyer für die Intellektuellen«, in: ders.: *Mai '68 und die Folgen*, Reinbek 1975 / Albert O. Hirschmann: *Engagement und Enttäuschung*, Frankfurt/M. 1988 / Francesco Alberoni: *Movimento e istituzione. Teoria generale*, Bologna 1981 / Ottheim Rammstedt: *Soziale Bewegung*, Frankfurt/M. 1978 / Karl Mannheim: »Das Problem der Generationen«, in: ders., *Wissenssoziologie*, Neuwied 1964.

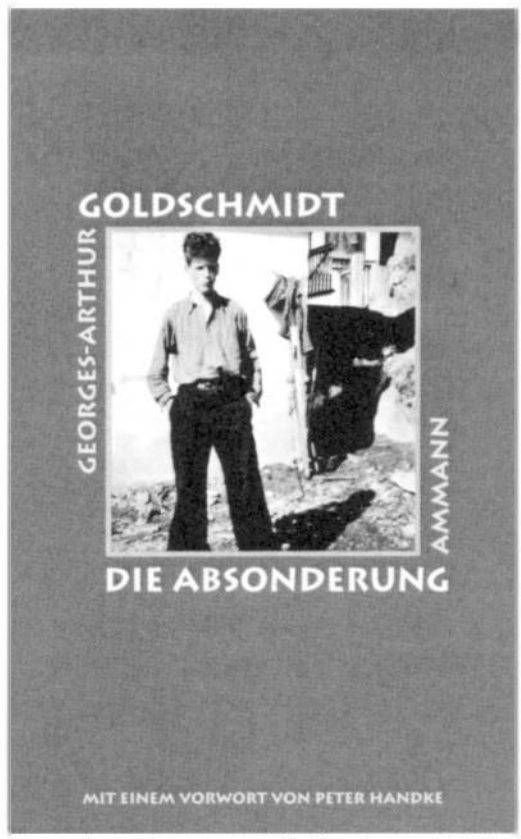
4 Katharina von Bülow: »Widersprechen ist eine Pflicht«, in: *Denken und Existenz bei Michel Foucault* (hrsg. von W. Schmid), Frankfurt/M. 1991 / Daniel Defert: »Lettre à Claude Lanzmann«, in: *Les Temps Modernes*, N. 531-533, Dez. 1990, Sonderheft »Témoins de Sartre« (für eine prosaische Darstellung).

5 Isaiah Berlin: *The Crooked Timber of Humanity* (ed. by H. Hardy), London 1990 / Giulio Preti: »Due orientamenti nell' epistemologia«, in: *Rivista critica di storia della filosofia*, Bd. 5 (1950) / Hilary and Ruth Anna Putnam: *Epistmology as Hypothesis* (Ms., Harvard University 1990) / Jean Drèze and Amartya Sen: *Hunger and Public Action*, Oxford 1989 / Michael Walzer: *Kritik und Gemeinsinn*, Berlin 1990.

»Goldschmidt hat so etwas wie ein Traumbuch geschrieben: in dem Sinn, daß er für Situationen und Ereignisse, für die es bis dahin noch keine Sprache gab, . . . um so klarer und unmittelbarer eine solche – nicht findet, sondern einfach hinsetzt.« *Peter Handke*

Ein besonderes Buch ist anzuzeigen, eines, dessen Autor nach mehr als 50 Jahren zurückgefunden hat in seine Muttersprache, das an der Oberfläche von einer Vertreibung, einer Absonderung erzählt und doch eher das Innen seines namenlosen Helden schildert.

Goldschmidt erzählt in der »Absonderung« seine Geschichte weiter, von dort aus, wo sie im Buch »Ein Garten in Deutschland« geendet hat. Ein großes Staunen durchzieht beide Bücher, nicht nur darüber, überlebt zu haben; es ist ein Staunen darüber, wie unendlich weit diese Welt und wie voll des Schreckens sie ist für einen wie ihn.



Georges-Arthur Goldschmidt **Die Absonderung** Erzählung
Mit einem Vorwort von Peter Handke.
Gebunden 186 Seiten ca. Fr. 29.80/DM 32.– ISBN 3-250-10149-4

Ammann

Richard Wagner
Für eine Linke ohne Sozialismus

Am Ende des Ost-West-Konflikts

Alles, was die reaktionärsten Antikommunisten jemals vom Sozialismus behauptet haben, und was seinerzeit von der Linken entweder aggressiv dementiert oder müde belächelt worden ist, scheint nun als historische Wahrheit auf uns zuzukommen. Selbst ihre propagandistischen Erfindungen entpuppen sich im nachhinein als Metaphern für reale Vorgänge. *Fuori il comunismo dalla storia*, raus mit dem Kommunismus aus der Geschichte, lese ich 1991 an einer römischen Häuserwand, und der Spruch verrät die ganze Tragweite des Vorgangs, den wir gerade erleben.

Die Erschütterungen des Ostblocks, eher schon einem Naturereignis als einem politischen Ablauf vergleichbar, haben sehr bald die Öffentlichkeit des Westens erreicht, und es zeigte sich in ihrer Rat- und Hilflosigkeit, daß auch diese Öffentlichkeit sich nach dem Ost-West-Konflikt strukturierte.

Die Probleme dieser Zeit schälen sich nun aus ihrem ideologischen Panzer, und fast alle erscheinen im schonungslosen Licht ihrer Unlösbarkeit, von der Flüchtlingsfrage bis zur Müllbeseitigung. Während die Unlösbarkeit der Probleme en passant die Unauflösbarkeit der Welt in einem Weltbild demonstriert, treffen sich »linke« Opportunisten aus Ost und West, die verschreckten und versprengten, und flüstern sich hinter vorgehaltener Hand zu: Der Sozialismus ist noch lange nicht gegessen. Sie gebärden sich wie Verlierer, die sich gegenseitig mehr aus einem Gefühl heraus als aus Überzeugung Mut zusprechen. Ihr Verhalten ist opportun zur Utopie. Im Grunde aber sind sie ohne Hoffnung, und sie sind auch ein hoffnungsloser Fall.

Nun geht die Nachkriegszeit zu Ende, endlich kommt Bewegung in die versteinerten Verhältnisse, und wer bedauert das, man sollte es nicht glauben: Linke. Eine Philosophie, die ursprünglich die Veränderung in ihr Programm schrieb, hat Anhänger hinterlassen, die die Veränderung beklagen. Es sind nicht Anhänger, es sind Okkupanten dieser Philosophie.

Sogar Nostalgien in bezug auf die alte Bundesrepublik, die sie immer bekämpft haben und bis zuletzt verächtlich BRD nannten, entwickeln diese

Leute nun. Europa, das stets als Hochburg des Imperialismus gesehen wurde, als EG-Europa und »Festung Europa« in den letzten Jahren, strahlt plötzlich, angesichts der Regeneration des Nationalen im Osten und insbesondere der deutschen Vereinigung, eine magische Kraft aus.
Nichts als Verlegenheitssprüche, ist man zu denken versucht. Aber das furchtbare Ende des Sozialismus hat ein Rollback ausgelöst, das das kritische Denken insgesamt gefährdet. Dieses und die soziale Dimension der Gesellschaft müssen von der mißverständlichen Verknüpfung mit dem untergehenden Sozialismus befreit werden.

Die Linke und die DDR

Die Teilung Deutschlands hatte seit den frühen fünfziger Jahren eine Teilung des Ideen-Bestandes zur Folge. Der Westen verstand sich als Hüter der Freiheit, der Osten als Kämpfer für den Frieden. Eine Friedensbewegung konnte zwischen den Blöcken nicht wirksam operieren, ebensowenig wie das Engagement für die Freiheit frei von den Propagandaeffekten bleiben konnte, die sich gegen den Inhalt des Begriffes wendeten. Eine fortgesetzte Entwertung der Begriffe wie der Ziele war die Folge ihrer ideologischen Instrumentalisierung durch die jeweilige Gegenseite. Bundesrepublik und DDR hoben sich ideell gegenseitig auf, indem sie das kritische Denken in beiden Ländern gegeneinanderbogen. In dieser verzweifelten Lage hätte es nur eine Chance gegeben: das Beharren auf einem grenzüberschreitenden gesamtdeutschen kritischen Denken, das die Teilung der Ideen abgewiesen hätte. Diese Chance wurde nicht wahrgenommen. Ob sie realisierbar gewesen wäre, ist jetzt ebensowenig nachweisbar wie die Schutzbehauptung, sie wäre es nicht gewesen. Ihre Annahme hätte allerdings die Anerkennung der nationalen Frage in Deutschland vorausgesetzt. Das aber wollte die Linke nie.
Ganze Felder der Politik wurden seit den fünfziger Jahren der Rechten und den Konservativen überlassen. Die Linke hat es arrogant und besserwisserisch versäumt, im konservativen Werteraum zu wildern. Sie hat sich aus ideologischer Voreingenommenheit den Zugang zu ganzen Fragen-Komplexen selbst verwehrt. So ist die Geschichte der Linken auch eine Geschichte der selbstauferlegten Tabus. Ihre intellektuellen Anstrengungen haben sich auf einen Kodex konzentriert und dabei weitgehend erschöpft. Kaum eine Frage war noch berührbar, die nationale ganz bestimmt nicht. Noch in den achtziger Jahren konnte man allen Ernstes hören: Warum sollen wir uns mit der Aussiedlerfrage beschäftigen, um jene Leute küm-

mern sich doch bereits die Vertriebenenverbände, die CDU, die »Rechten« also. Das ist nicht unser Thema. Was nicht ins Konzept paßte, war einfach nicht unser Thema. Die westdeutsche Linke richtete sich in einem ideologischen Krähwinkel ein, in dem bis heute die stimmungmachenden Sprüche geliebt werden.

Wenn die Linke anti-national war, so könnte man meinen, sie sei internationalistisch gewesen. Sie war es aber nicht. Sie war in wesentlichen Teilen ihres Selbstverständnisses imitatorisch. Sie lehnte sich an: an Stalin, an Mao, an Honecker, an Gorbatschow. Selbst für Angehörige der demokratischen Linken, für die der Sozialismus des Ostens längst keine Alternative mehr darstellte, blieb er im Innersten des Herzens doch ein erhaltenswertes Modell. Nun bricht das Herz auf.

Die Sympathien für die Sowjetunion sind so alt wie die Sowjetunion selbst. Am erfolgreichsten waren die Bolschewiken offenbar in der ideellen Verführung, in der Propaganda. Es gelang ihnen immer wieder, sich als die belagerte Utopie darzustellen, wobei sie selbst in ihrem Programm die Eroberung der Welt als Weltrevolution festgeschrieben hatten. Dabei muß man sich die Machtübernahme 1917 in Petrograd durch die Bolschewiken, von Leuten wie Trotzki kalt ausgeführt, etwa so vorstellen wie eine Machtübernahme in Bonn durch die RAF in den siebziger Jahren. Trotz 1956 und 1968 blieb die Sowjetunion für die deutsche Linke ein Mythos, dessen bislang letzte Konkretisierung die Gorbimanie darstellt.

So rächt sich spät die Nichtaufarbeitung des Stalinismus und der sonstigen eigenen Geschichte durch die Linke. So wie in den dreißiger Jahren kein Istrati, kein Gide, kein Koestler in der politischen Diskussion der Linken eine Rolle spielte, gab es in den siebziger Jahren zum Unterschied von Frankreich in der deutschen Linken auch keinen Solschenizyn-Effekt. Gewiß, der Nationalsozialismus hat hier objektiv Grenzen gesetzt. Aber der Hitler-Stalin-Pakt? Seine Rechtfertigung bis vor kurzem? Statt dessen gab es die schändlichen Erklärungen der Moskauer Prozesse durch Feuchtwanger und Heinrich Mann, und es gab den skandalösen Opportunismus von Bertolt Brecht, der ganze Generationen prägen sollte. Die elitäre Haltung Brechts zeugte sich fort bis in die Äußerungen Heiner Müllers in den letzten Jahren, der lieber an der Ästhetik der Inszenierung (eines Stücks) feilte, als sich fragen zu lassen, was die jungen Demonstrierer auf der Luxemburg-Demo wollten. Schlitzohrigkeit und Schläue sind keine Voraussetzungen für eine zivile Gesellschaft. Sie nützen dem Einzelnen beim Überleben, und sie befestigen gleichzeitig den Obrigkeitsstaat und die totalitären Strukturen.

Die Linke hat sich nie selbstkritisch mit ihrer Geschichte auseinanderge-

setzt. Kritiker wurden immer Abtrünnige, Ausgestoßene. Die Kritik wurde mit dem Verlust der Weltanschauung bezahlt. Rehabilitierungen kommen dann, wenn sie niemandem mehr nützen. Wolfgang Leonhards Buch von 1955, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, ist im vorigen Jahr zum erstenmal in der DDR erschienen. Ebenso die Memoiren von Leuten wie Janka und Just. Diese beiden hatten ihre Erkenntnisse selber bis zuletzt zurückgehalten. So blieben sie wirkungslos, weil sie noch als Opfer meinten, ihre Loyalität dem DDR-Staat bewahren zu müssen.

Die Anlehnung an den Osten geht auf die moskauhörigen Intellektuellen der Emigration und ihre Denkspiele zurück. Sie idealisierten den Sozialismus Stalins, zogen aber das Exil in Amerika vor. Die gleiche Art von Intellektuellen hat später die DDR zur heiligen Kuh gemacht, und sie verharrten selbst als Ausgestoßene noch in höflichem Schweigen, wie Heinar Kipphardt. Dabei waren sie bloß Verführte und Mißbrauchte, für die Kommunisten nützliche Trottel, wie später die Intellektuellen der Bundesrepublik für die RAF. Warum aber meinten viele dieser Leute, im »verführten Denken«, wie Milosz es nannte, verharren zu müssen? Warum wurden sie oft selbst zu Anklägern von Leuten, die sich aus dem Zwang befreien konnten?

Der Archipel Gulag, der die Pariser Linke erschütterte, blieb in der Bundesrepublik folgenlos. Der späte Reflex des Antifaschismus verhinderte die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Es war die Hilflosigkeit der DDR gegenüber, die den Antifaschismus längst instrumentalisiert hatte.

Ein Grundzug der Kommunisten ist die Unverfrorenheit, mit der sie über Gefühle wie über Ideen verfügen. Sie verwandeln Ideen unentwegt in Gefühle. Dazu haben manches auch die sympathischen DDR-Literaten beigetragen, die ihre im Westen erlangten Literaturpreisgelder sogleich dem südafrikanischen ANC spendeten, wie Braun und Wolf. Wer hat jemals den Weg jener Gelder verfolgt? Wie stehen die Autoren heute dazu? Werden sie zukünftige Preisgelder wieder an den ANC verschenken? Sie hatten die gleiche Rolle wie der DDR-Sport. Um sich damit nicht auseinandersetzen zu müssen, rettet sich eine Schriftstellerin wie Christa Wolf jetzt in den Feminismus. So ersetzt eine Ideologie die andere.

Bis heute wurden in Deutschland Sympathien und Optionen von Intellektuellen für das Totalitäre nicht selbstkritisch aufgearbeitet. Große Geister gehen mit großbürgerlichem Gehabe durchs Land, sprechen gewählt, wie Bibliotheksmenschen, vom Sozialismus und seiner Erhabenheit, schulden uns aber immer noch jede Erklärung für ihre Stalinverse. Das Verdrängen in Deutschland beschränkt sich nicht auf den Nationalsozialismus. Welche der Grünen-Politiker haben sich öffentlich ernsthaft mit ihrer maoistischen

Vergangenheit auseinandergesetzt? Viele, gerade unter den Realos, sprechen heute radikaldemokratische Ideen mit der gleichen Überzeugung aus wie seinerzeit die Sprüche der Mao-Bibel. Die Linke hat sich nicht wirklich von den Sünden ihrer Vergangenheit getrennt, sie hat diese nur verdrängt. Wer erinnert sich noch an Ralph Giordanos Buch über seinen Bruch mit der KPD: *Die Partei hat immer recht?*
Es ist vielleicht einzigartig, wie in der Bundesrepublik ein dogmatisches linkes Denken sich ohne die Hegemonie einer bedeutenden Kommunistischen Partei verfestigen konnte, diese Hegemonie hatte die DDR. Es ist vor allem eine Kultur-Linke entstanden, mit Sympathien, offenen und geheimen, für Ideen, deren Folgen sie selber nie zu tragen brauchte. Bezeichnend ist für diese Linke eine völlig falsche Einschätzung der DDR noch in deren Verschwinden. So wird das Verschwinden der DDR ein Anlaß zur Kritik an der Bundesrepublik, nicht etwa an der Geschichte der DDR, die im übrigen auch eine Geschichte der Verfolgung der Linken ist. Ich nenne bloß: Walter Janka, Robert Havemann, Helga M. Novak, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Rudolf Bahro, Wolfgang Templin.
Nein, die DDR ist nicht das Schnäppchen, das Grass meint, sie ist eine schwierige Hypothek für Gegenwart und Zukunft in Deutschland. Das ist das wirkliche Problem. Das ehemalige DDR-Establishment wird sich noch lange mit den vielfältigen Methoden der Sabotage rächen wollen und jede Verbesserung der Lage zu verhindern suchen. Die Geldaffären aus dem Dunstkreis der PDS sind erst der sichtbar gewordene Anfang der Entwicklung, die sich durch Gysis Pop-Sozialismus tarnt.
Die Linke darf in Deutschland nicht zu denen gehören, die das anhaltende Bedürfnis nach Schadenfreude haben.

Die Linke und die Ferne

Es beginnt mit den »Kofferträgern« für die Algerische Befreiungsfront in den fünfziger Jahren und reicht bis zu den Kaffeepflückern im Nicaragua der achtziger. Parallel mit der Sehnsucht von Deutschlands Kleinbürgern nach dem Süden, die sich in Urlaubsträumen und zunehmend in Urlaubsreisen austobte, wuchs auch die Lust der Linken an der Ferne. Im eigenen Land war sie hoffnungslos in der Defensive. Schon zur Bundestagswahl 1953 konnte die CDU erfolgreich titeln: »Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau.« Das Desaster bestätigte sich 1956 mit der blutigen Niederschlagung des Budapester Aufstands durch die Rote Armee. Die Verbrechen des Stalinismus wurden automatisch zu Niederlagen der westlichen

Linken. Hinzu kam der Verfall der verbotenen KPD und das Aufgehen der SPD im Schwamm der Großen Koalition. All das rückte die Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus, auf eine bessere und gerechtere Welt also, in die Ferne und führte bei der Neuen Linken zur Mythisierung der gerade erst entkolonialisierten Dritten Welt. Von Vietnam bis Nicaragua erstreckten sich die Orte der Hoffnung, und während die Studenten in den westlichen Hauptstädten mit ihren Mao-Bildern herumzogen, ereigneten sich eben im China Maos die schrecklichsten Menschenrechtsverletzungen. Wen interessierte das schon? Die Menschenrechte galten damals eher als ein kapitalistischer Diversionsbegriff. Erst viel später, als der Widerstand in Osteuropa seine Identität auf diesem Begriff begründete, erkannten auch Teile der Linken in Westeuropa seine zentrale Bedeutung.

Die Dritte Welt stellte gleichzeitig die Ersatzbühnen und Nebenschauplätze des Ost-West-Konfliktes. Nicht selten trat die Linke dort, die einheimische wie die angereiste, als fünfte Kolonne Moskaus auf. Oft ohne es überhaupt zu bemerken. Sie waren die nützlichen Trottel.

Alles bezog sich auf die Metropolen, auch der Widerstand gegen diese. In Moskau ausgebildete Intellektuelle der Dritten Welt schufen zu Hause sozialistische Farcen und blutige Parodien der Utopie, nicht anders als die von den amerikanischen Achtundsechziger-Universitäten in die Karibik heimgekehrten mit ihrem Kalypso-Sozialismus. Die amerikanische Einmischung in der Dritten Welt war für die Linke Imperialismus, die sowjetische hieß internationalistische Hilfe. Der Schaden, den der sowjetische Imperialismus in der Dritten Welt verursacht hat, läßt sich von Angola über Äthiopien bis Afghanistan besichtigen. Es bleibt zu untersuchen, ob der Marxismus-Leninismus die archaischen Strukturen in der Dritten Welt nicht ebenso nachhaltig zerstört hat wie der Kolonialismus.

Der Sozialismus ist als Theorie offenbar zu abstrakt, um alleine wirksam zu werden. Er verbindet sich in seiner gesellschaftlichen Konkretisierung stets mit autochthonen Entwicklungen und ergibt so Hybride, die von Somalia bis Rumänien die Zerstörung der Lebensgrundlagen zur Folge hatten. Nur dank dem Ost-West-Konflikt konnten sich die meisten der skurrilen Herrschaftsformen in der Dritten Welt so lange halten. Im Sog der osteuropäischen Dynamik wurden im vergangenen Jahr in verschiedenen Diktaturen Afrikas plötzlich politische Parteien zugelassen und freie Wahlen angekündigt. Ist es der Anfang einer Parodie der Demokratisierung?

Die Linke spricht immer nur von der Ausbeutung des Südens durch den Norden. Sie stellt das Problem unter ein ökonomisches Diktat, indem sie meint, höhere Rohstoffpreise etwa würden die Lebensverhältnisse in jenen

Ländern automatisch verbessern. Man sieht ja, was Regime wie das von Saddam Hussein im Irak mit den Ölgeldern zu machen wußten.
Die Linke hat es versäumt, den Konnex zwischen Ost-West-Konflikt und Elitenbildung in der Dritten Welt zu analysieren. Wie kommt es, daß in vielen Gegenden immer wieder Leute an die Macht drängen, denen die Bevölkerung völlig egal ist und die nichts weiter im Sinn haben, als so schnell wie möglich eine Atombombe zu bauen oder sonstwie an Vernichtungswaffen zu kommen? In Ländern wie Indien oder Brasilien, in denen die Menschen verhungern, wird seit Jahrzehnten an Waffensystemen gebastelt. Wo bleibt die Analyse des Dritte-Welt-Nationalismus mit seinem (selbst)zerstörerischen Impetus? Großdemos gegen den IWF sind ehrenvoll, sie verweisen aber nur auf einen Abschnitt des Problems. Die Dritte Welt ist nicht die verheißungsvolle Ferne, die vielen Linken vorschwebte, sie ist, aus der Nähe betrachtet, ein weiteres unlösbares Problem.

Die Linke und die eigene Gesellschaft

Die Linke ist in der Bundesrepublik der achtziger Jahre zu einem integrierten Faktor der Mediengesellschaft geworden. Sie beteiligte sich intensiv am modischen Verschleiß von Ideen und Aktionen. Was einmal ideologische Kampagne war, wurde so zum Modebeitrag der Saison, schnell absorbiert und bald vergessen. Die Linke entwickelte ein postmodernes Verhältnis zu den eigenen Ideen. Das Engagement wich der Ausreizung. Boykott der Volkszählung 1987, wer erinnert sich noch daran? Die Dummen wurden die, die wirklich und über die Saison hinaus den Boykott ernstnahmen. Sie blieben mit ihren Verfahren allein.
Arroganz und Menschenfeindlichkeit wurden indessen zu weitverbreiteten Erscheinungen im linken Spektrum. Als 1988 der Liedermacher Krawcsyk nach der Luxemburg-Demo aus der DDR kam, schallte es ihm aus linken Blättern triumphierend entgegen: Honi, nimm ihn wieder! Gezielt wurde auf den »schlechten« Musiker. Aber der Mann war aus dem Knast gekommen.
Die postmodernen Linken der alten Bundesrepublik zeichneten sich durch das Tempo aus, mit dem sie von Thema zu Thema wie von Party zu Party hetzten. Das süße Leben überschwemmte die Linke, zwischen Ritual und Genuß gab es nur noch den flüchtigen Blick auf eine sich davonmachende Realität. Die Linke der Bundesrepublik hatte sich bequem im Ost-West-Konflikt eingerichtet. Sie lebte im Windfang des Eisernen Vorhangs. So kam es, daß sie nach dem Fall der Mauer plötzlich Zugluft spürte.

Je dünner der analytische Bezug zur unmittelbaren Realität wurde, umso größer war das Bedürfnis nach der starken Utopie. Die vehementesten Verteidiger des Sozialismus, die mir in den letzten Jahren in der Bundesrepublik begegnet sind, hatten in der Regel ein monatliches Einkommen von mehr als viertausend D-Mark. Aus den meisten sprach offenbar auch das nicht verarbeitete schlechte Gewissen. Auch die Linken sind Kinder des Überflusses.

Ihr Hintergrund wird brüchig. Viele verankern weiterhin alle Problemstellungen im Antifaschismus. Das Heraustreten aus der Nachkriegszeit bewirkt aber auch eine aktuelle Bedeutungsverminderung jener ideologischen Positionen, die sich in den dreißiger Jahren kristallisierten. Gegenwart läßt sich immer schlechter mit den alten Ideologemen beschreiben. Die Vereinigung Deutschlands bedeutet nicht die Wiederkehr des Nationalsozialismus, nur weil die letzte Form des vereinigten Deutschland das Dritte Reich war. Der historische Vergleich schillert, aber er taugt nichts, weil er über den jetzigen Zustand nichts aussagt. Die Nachkriegszeit geht zu Ende, aber ihre Denkbilder werden noch lange so manchen Blick verstellen.

Wieweit die Linke den Bezug zur sich wandelnden Realität verlor, zeigt nicht zuletzt die Verwirrung der Grünen in den beiden letzten Jahren, die im Wahldesaster vom Dezember 1990 mündete. Kein einziges der sich aufdrängenden Themen dieser Zeit in Mitteleuropa wurde von den Grünen angenommen. Sie gebärdeten sich immer nur wie trotzige und gleichzeitig hilflose Nein-Sager, die in ihren besserwisserischen Drohgebärden nur noch vom Kanzlerkandidaten der SPD, dem postmodernen Populisten Lafontaine, übertroffen wurden. Die Position der Linken in der Deutschlandfrage ist schlicht unproduktiv und kommt einem Rückzugsgefecht gleich. Um sie entschärfen zu können, muß man die nationale Frage zuerst einmal annehmen.

Statt dessen verband und verbündet sich die Linke in ihrem anti-nationalen Impetus und in ihrer Fürsprache für die deutsche Teilung, letzteres ist wohl der Gipfel des Zynismus, mit Ideologen des Establishments in den Nachbarländern, die gerade aus nationalstaatlichen, historisch weitgehend überholten Überlegungen gegen die deutsche Vereinigung Stimmung machen und auch nicht vor den zwei Argumenten zurückscheuen, die niemals stichhaltig sind: Man kann einem Land nicht seine Wirtschaftskraft und einem Volk nicht seine Zahl vorwerfen. Die nationale Frage wird zum Nebeneffekt des Vereinigungsprozesses, insofern sie in dessen Anfangsstadium das einzige Bindeglied zwischen Ost- und Westdeutschen darstellt. Die Frage ist, wie man damit umgeht.

Der Verlust der Utopie, die an das Verbrechen verloren wurde, wirft die

Linke schutzlos auf die Problematik der eigenen Gesellschaft zurück. Ohne Hoffnung steht sie vor einem immensen ideellen Trümmerhaufen, ergeht sich in Klagen, düsteren Prophezeiungen und aberwitzigen Lichtblicken, zum Teil schon bereit, sich in die Arme des erstbesten Geisterfahrers zu stürzen. Eine Glaubensgemeinschaft ist am Ende. Dankbar greift man nach dem Strohhalm des Golfkrieges, um selig in die alten anti-imperialistischen Rituale eintauchen zu können. In Rom sah ich im Januar eine Demo, auf der alle Transparente gegen Bush und keines gegen den irakischen Diktator und Massenmörder gerichtet war. Die Wiederbelebung des Rituals bedeutet den Untergang der Linken.

Gerade für die Linke gibt es im sich formenden Deutschland genug zu tun, sie muß sich nur ihrer Aufgaben bewußt werden. Allerdings ist ihre Ausgangsposition politisch denkbar schlecht. Die Rückkehr Deutschlands hat die Grünen aus dem Bundestag geworfen. Aber: Es war die Stimmenzahl im Gebiet der alten Bundesrepublik, die nicht reichte. Die SPD befindet sich weiterhin auf der Flucht vor der eigenen Identität, und für den Rest der Verwirrung sorgt die kommunistische PDS, indem sie sich fortlaufend Positionen des demokratischen Sozialismus aneignet, um sie im Handumdrehen zu verschleißen, Positionen, die sie als SED jahrzehntelang rücksichtslos bekämpfte.

Die Umarmung durch die PDS ist die größte Gefahr für die Linke in Deutschland. Man tröstet sich damit, daß die PDS eine vorübergehende parlamentarische Erscheinung sein werde. In vier Jahren sei sie endgültig weg. Ja, aber die vier Jahre genügen wahrscheinlich, um den Rekonstruktionsprozeß der Linken in Deutschland erfolgreich zu sabotieren, und die Kommunisten können sich dann mit ihren zusammengestohlenen Geldern ins Privatleben zurückziehen.

Die Linke muß sich vom Sozialismus und seinen Ritualen verabschieden. Es ist der Abschied von der Macht und von der Subversion. Man braucht in Deutschland nicht die Hegemonie einer großen linken Partei. Es geht vielmehr um den produktiven Gedankenaustausch und die Kooperationsfähigkeit eines Spektrums vielfältiger linker und alternativer Gruppen. Ob die Linke pluralismus- und demokratiefähig, ob sie totalitarismuskritisch ist, bleibt ausschlaggebend für die Zukunft. Eine glaubwürdige Linke muß so kompromißlos antikommunistisch sein, wie sie antifaschistisch war und ist.

Eben jetzt werden die Weichen für die Zukunft dieses Staates und dieser Gesellschaft gestellt. Die Hauptaufgabe der Linken sollte das Herstellen und Bewahren einer kritischen Öffentlichkeit im vereinigten Deutschland sein. Vieles, was in der alten Bundesrepublik an sozialen Einrichtungen und

menschlichen Umgangsformen geschaffen und erreicht wurde, ist nach der Vereinigung durchaus gefährdet. Vergessen wir nicht, daß '68 eine Alltagskultur und ein Lebensgefühl erzeugt oder nach sich gezogen hat, die gerade dadurch wirksam werden konnten, daß die politischen Ziele der Bewegung glücklicherweise nicht erreicht wurden. Von diesem Lebensgefühl ist die Bundesrepublik in den letzten zwanzig Jahren wesentlich mitgeprägt worden, und es lohnt sich, dafür zu wirken, daß diese Errungenschaften in dem sich jetzt formenden Deutschland nicht verlorengehen.

Jetzt sollte der Augenblick sein, gegen den deutschen Waffentechnologie-Handel vorzugehen, der schließlich am Golf die Voraussetzungen für den Krieg mitgeschaffen hat. Des weiteren ist dem Ausbau totalitärer Industrien wie der Atomindustrie, deren Sicherheitsrahmen undemokratische Maßnahmen erfordert, entgegenzuwirken, der Hegemonie der Autoindustrie, deren Bedürfnisse bereits die Gesellschaft weitgehend beherrschen. Es ist eine systematische Kritik der sinnlosen Geheimdienstapparate notwendig, die sich vor allem als unberechenbare Schnüffler und Datensammler gegen die Bürger betätigen, bei realen Gefahren aber, wie sich immer wieder zeigt, siehe Terrorismus und Stasi-Unterwanderung, höchst ineffizient bleiben. Die Geheimdienste gehören zu den parasitären Nebenerscheinungen des Ost-West-Konflikts. Der Überwachungsstaat ist durch die fortgesetzte Ausweitung der zivilen Gesellschaft zurückzudrängen. Es geht schließlich um die Erhaltung der Lebensgrundlagen für die Menschen. Aufgaben, mehr als genug.

UND DIESE VERDAMMTE OHNMACHT

Report der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./ 8. Oktober 1989 in Berlin

Mit Beiträgen von Daniela Dahn, Christoph Hein, Fritz -Jochen Kopka, Christa Wolf u.a.

"Dafür bin ich nicht zuständig"- lautete der meistgehörte Satz bei den Befragungen. Jeder hatte nur Befehle ausgeführt
"Eine fatal bekannte Mentalität." (D. Dahn)

340 Seiten, 42 Fotos, Broschur, 24, 80 DM

Torsten Heyme/Felix Schumann

"ICH KAM MIR VOR WIE'N TIER"

Knast in der DDR

Neben skandalösen Haftbedingungen fanden die Autoren, die 1990 in DDR-Gefängnissen recherchierten, erschütternde Biographien von Menschen, denen die Gesellschaft ihre Obhut verweigert.

248 Seiten, 110 Fotos, Broschur, 29, 80 DM

STÖRENFRIED

DDR-Opposition 1986 - 1989

Aus dem Untergrundblatt der Umweltbibliothek
Herausgegeben von Wolfgang Rüddenklau
Co-Produktion mit ID-Archiv im IISG Amsterdam

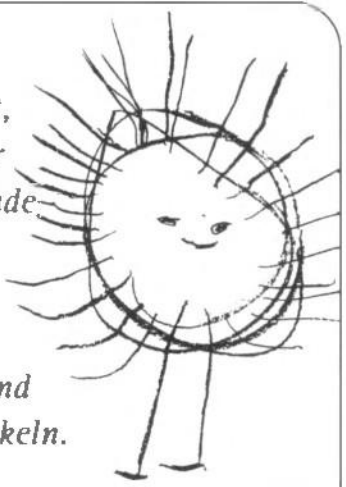
Der Name "Störenfried", den die Staatssicherheit allen Aktionen der Berliner Friedensgruppen seit 1988 gab, ist für mich zugleich Ausdruck für Tragik und Hoffnung unserer Opposition während des Honecker-Regimes. (W. Rüddenklau)

Erscheint im Juni

ca. 400 Seiten, Broschur, ca 30,- DM

BASISDRUCK Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin

Heute sind Ideen gefragt, die nicht nur das Bestehende erfassen, wie es ist, sondern es vorausdenkend weiterentwickeln.



Die neue Taschenbuchreihe für Vorausdenkende

PRAXIS ANTHROPOSOPHIE

1 Peter N. Waage
Wenn Kulturen kollidieren
Islam und Europa - Das Phänomen Salman Rushdie. Aus dem Norwegischen übersetzt von Taja Gut. Deutsche Erstausgabe.
DM 16,80

2 Dagmar Müller
Das Eigene der Frauen
Feminismus und Anthroposophie im Gespräch
Originalausgabe. DM 16,80

3 Rüdiger Grimm
Die therapeutische Gemeinschaft in der Heilpädagogik
Das Zusammenwirken von Eltern und Heilpädagogen.
Originalausgabe. DM 16,80

4 Wolfgang Schad
Erziehung ist Kunst
Pädagogik aus Anthroposophie.
Neuausgabe. DM 16,80

5 J. Smit / G. Kühlewind / R. Treichler / C. Lindenau
Freiheit erüben
Meditation in der Erkenntnispraxis der Anthroposophie.
Neuausgabe.
DM 19,80

Bei Interesse fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis an:
Verlag Freies Geistesleben
W 9, Postfach 13 11 22
7000 Stuttgart 1

VERLAG FREIES GEISTESLEBEN

EUROPA ARCHIV
ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK

EUROPA-ARCHIV
Seit 1946

Das EUROPA-ARCHIV ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., einer überparteilichen und unabhängigen Einrichtung in Bonn. Sie erscheint zweimal im Monat.
Jede Folge enthält Beiträge zu aktuellen Problemen der internationalen Politik, eine umfangreiche Dokumentation sowie eine Zeittafel mit den wichtigsten Ereignissen des Weltgeschehens. Dazu kommt eine monatliche Bibliographie in- und ausländischer Neuerscheinungen.

Probeexemplar des EUROPA-ARCHIV auf Anforderung kostenlos.

* * *

Jochen Thies,
Günther van Well (Hrsg.):
Auf der Suche nach der Gestalt Europas
Festschrift für Wolfgang Wagner
1990, 252 Seiten, 78,00 DM
ISBN 3-921011-00-0

Renommierte Wissenschaftler und Autoren ziehen eine aktuelle Bilanz zur deutschen Frage, dem westeuropäischen Integrationsprozeß, den bilateralen und internationalen Beziehungen.

Jochen Thies,
Wolfgang Wagner (Hrsg.):
Das Ende der Teilung.
Der Wandel in Deutschland und Osteuropa
1990 , 352 Seiten, 29,80 DM
ISBN 3-921011-01-0

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH
EUROPA-ZENTRUM
POSTFACH 1529
D-5300 BONN 1

Claus Leggewie
Solidarität – Warum sie nicht funktioniert und trotzdem klappt

Eine kleine Geschichte der Brüderlichkeit

An diesem Abend kam Nydia nicht. Sie ist Peruanerin und verdient sich ihr Studium mit Privatstunden für Ibero- und Latinophile. An diesem Freitag fiel Spanisch aus. Wir hatten schon eine Zeit gewartet, als unsere Lehrerin, nicht gerade ein Ausbund an Pünktlichkeit (aber sehr streng beim Vokabellernen), anrief. Es war wegen Octavio, und der lag in Brünn im Krankenhaus. Akute Leukämie, die Ärzte hatten schon die Chemotherapie begonnen. Nydias Stimme klang belegt. Wer ist Octavio, fragte ich. Der kommt auch aus Lima und studiert im vierten Semester Medizin in der Tschechoslowakei. Er muß sofort raus aus dieser Bruchbude. Wohin denn? Hierher, ins Klinikum Nordweststadt. Die haben gemeint, eine Knochenmark-Transplantation sei wohl unumgänglich. Kostet fast zweihunderttausend Mark, und zwanzigtausend wollen sie direkt auf die Hand. Ich überlegte. Ist Octavio nicht in der Kasse? Nein. Aber wir werden das Geld zusammenkratzen, sagte Nydia. Grüß die anderen, bis nächste Woche. Sie klang wild entschlossen.
Woher wollen die jemals soviel Geld herbeischaffen, fragten wir uns. Jeder machte einen Vorschlag. Die *FR* anrufen, eine Rührstory für den Lokalteil. Die Kirche soll mal was geben. Jemand soll beim Cohn-Bendit in diesem Multi-Amt fragen. Ein Komitee »Hilfe für Octavio« gründen. Octavio gehört nach Hause, da hat er wenigstens seine Familie. Nach Lima? Da ist doch Cholera. *Barbara bittet*, gibt's das noch? Jedenfalls mußte man sich kümmern. Ist dieser Octavio eigentlich Nydias Lover? Keiner wußte es. Er hat vielleicht nur noch ein paar Wochen zu leben, meinte Marga.

Bockenheimer Warte oder: Das Ganze ist vor dem Teil

Solidarität mit dem irakischen Volk! stand auf der frisch gekalkten Wand und: Deutsche Waffen, deutsches Geld ... Die Frühlingssonne schien auf den Campus und den Vorplatz mit den Gemüseständen. An dieser Frankfurter Ecke wird einem traditionsgemäß viel Solidarität abverlangt, aber

»Soli-Aktionen« des klassischen Typs – Unterschrift, Spendenbüchse, antiimperialistische Spruchweisheit – sind schwer aus der Mode. Bleibt die arabische Parole auf dem Bettuch am Fenster des Studentenheims, unleserlich für mich und selbst für die Leute mit den schwarzen oder roten Palästinensertüchern, wandelnde Solidaritätserklärungen für die Intifada.
Eine Stichprobe in der Universitätsbibliothek fördert schriftgewordene Überreste vergangener Kampagnen zutage: die Verhandlungen des Vietnam-Kongresses, die Dokumentation des »Türken-Streiks« bei Ford, kryptische Papiere über Ulrike und die RAF-Genossen im Knast, Beiträge für die kämpfenden Metaller in Nordwürttemberg und Aussichten für das immer noch zu befreiende Kurdistan. Bei den Antiquaren gegenüber wird ein Bestseller der siebziger Jahre verramscht: *Lernziel Solidarität.* (»These: Randgruppen-Initiativen als Ausdruck neuer anti-expansionistischer Bedürfnisse, sich selbst in der Kehrseite der Gesellschaft wiederzufinden.«[1]) Solidarität, das ist ein sozialer Mobil- und Muntermacher, grandios und vergeblich, einfallsreich und ritualisiert, begeisternd und nervtötend. Nie funktioniert sie nach dem Plan der Internationalismus-Referate oder der Regie von Bundeshauptausschüssen. Aber klappen tut sie trotzdem – irgendwie.

Die europäische Großerzählung von der Brüderlichkeit beflügelte alle großen Denkschulen der Moderne und ein paar Seitenlinien dazu: die »christliche Nationalökonomie« wie die Jünger Leonard Nelsons oder die Ujamaa-Sozialisten. Solidarität! hatten Karl Marx wie Peter Kropotkin, Benito Mussolini wie Heiner Geißler im Angebot. Man findet sie in den Statuten der Societas Jesu wie in der faschistischen Carta del Lavoro, im Grundwertekatalog der Bonner Volksparteien, im Programm der Gruppe Internationaler Marxisten und in den Manifesten der Friends of the Earth – eine frei konvertible Währung an der Ideologienbörse, immer hoch im Kurs. Die Linke hat die Solidarität hochleben lassen (und oft zu Tode gequatscht) wie die Rechte ihr Thema Heimat & Vaterland. Peinlich wurde es, als eine unbequeme Solidaritätsbewegung ausgerechnet namens Solidarność der hiesigen Linken Solidarität abverlangte und verweigert bekam. Daß dieselbe Linke daraus nichts gelernt hat, zeigte sich zehn Jahre später, als sie im Golfkrieg vor lauter Antiimperialismus Kuwait und Israel schlicht ignorierte.
Solidarisches Einvernehmen mit den Genossen in aller Welt war der nie, auch durch schwere Enttäuschungen nicht erschöpfte Rohstoff, aus dem die Linke sich regenerierte und ihre Energie zu neuen Großtaten und Visionen bezog – gegen den kriegslüsternen Drachen Kapital, dem bekanntlich immer neue Köpfe wachsen. Die Vier von Burgos, die Birmingham Six, die

Sharpeville Ten, die nicaraguanischen Pflanzer und das vergessene Volk von Osttimor, für sie alle und noch viel mehr war ein nichtendenwollender gerechter Kampf zu führen. Solidarität war Schwerstarbeit: Die Kommunistische Partei Deutschlands unterhielt einen veritablen Rote-Hilfe-Konzern[2], und noch in den Siebzigern erwirtschafteten in diesem Geiste des Verzichts westdeutsche Genossen das millionenschwere KBW-Imperium, sparten sie sich eine der größten einschlägigen Kollekten der Nachkriegszeit (»Waffen für El Salvador«) vom Munde ab.

Seyd umschlungen, Millionen!

Unter Solidarität versteht der Gesellschaftslehrer Alfred Vierkandt den unwahrscheinlichen »Zustand, in dem eine Vielheit sich als eine Einheit verhält«. Er unterscheidet dazu das innere Verhalten, vulgo *Gesinnung*, von der äußeren Solidarität des *Handelns*; die Solidarität des *Interesses* möchte er eigentlich beiseite lassen. Es fragt sich, wie der »kalte Egoismus, der in unserer Gesellschaft im täglichen Leben die Menschen voneinander trennt«, einzudämmen sei. Und ihm ist aufgefallen, daß er gerade »in einem Kriege eine wunderbare Einschränkung (erfährt)«.[3] Der Ursprung des Wortes Solidarität führt uns auf lat. *solidus* zurück, womit der pragmatische Römer in erster Linie die rechtliche Haftung des einzelnen für das Ganze meinte (*in solidum obligari*), eine segensreiche Einrichtung, die einen vor Glas- und Beinbruch schützt und selbst den schlimmsten Fall in »systematische Gesamtverbindlichkeit« einbezieht. Dieser äußerst praktische Mutualismus hat im Lauf der neueren Geschichte außer Lloyd's und Allianz, Konsum und Neue Heimat satte Gesinnungsüberschüsse hervorgebracht; es haperte dafür stark bei der nicht-kommerziellen, bedingungslosen Verwirklichung von Solidarität.[4]

»Alle Menschen werden Brüder«, das brausend vertonte und breitwandverfilmte Programm des deutschen Idealismus von Friedrich Schiller bis Johannes Mario Simmel, hat seine wesentlichen Anlagen und Ausprägungen in Frankreich gefunden. *Fraternité* ist der Schlußsprung der bekannten revolutionären Triade. Wer es mit Freiheit und Gleichheit ernst meint, muß sich beim republikanischen »Schrittmacher« (Wolfgang Schieder[5]) Brüderlichkeit beweisen, die wir in unseren noch aufgeklärteren Zeiten in Geschwisterlichkeit umbenannt haben. Uneigennützige, tätige Gegenseitigkeit ist *das* zivilreligiöse Motiv der bürgerlichen Revolution und der sozialistischen Utopie; in beiden Schulen sind Zentralideen der christlichen Meistererzählung aufgehoben.[6] Je mehr diese verbal getilgt wurden, desto deutli-

cher traten ihre eschatologischen Züge in weltlichem Gewand wieder hervor. Und auch wenn die modernen Solidarvereine ihre ständischen Eierschalen abstreiften und den geschlossenen Kreis der Logen und Bruderschaften in Richtung Menschheits-Demokratie öffneten, gediehen der introvertierte Corpsgeist und Sektiererei im »gemeinschaftlichen Gefühl sympathisierender Geister« (Lessing) kräftig weiter.

Diese fehlgeschlagene Säkularisierung und unvollendete Universalität erwiesen sich beim Übergang von der bürgerlichen Brüderlichkeit zur proletarischen Solidarität. Wilhelm Weitlings kommunistischer Bildungsverein für die deutschen Arbeiter in der Schweiz reklamierte 1843 noch katechismusartig »Brüderlichkeit durch Wiedereinführung des Du-Wortes, durch Übung im Verzeihen jedweder Beleidigung, durch die Gewohnheit, jedes Vergehen als eine Krankheit zu betrachten, durch Zusammenwirken für einen gemeinsamen Zweck«.[7] Friedrich Engels sah 1845 mit dem (Arbeiter-) »Fest der Nationen in London« alle »chimärischen Sentimentalitäten« von der Sorte Republik, ewiger Friede, allgemeine Handelsfreiheit außer Kurs gesetzt, fingen doch »die Proletarier aller Nationen, ohne viel Wesens davon zu machen, schon an, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie wirklich zu fraternisieren«.[8] Die Klassiker verachteten das alte »Gestöhn« (Marx) und radikalisierten die Erbschaft allgemeiner Menschenverbrüderung zu einem Programm der Klassensolidarität, für das kein »lieber Vater« überm Sternenzelt, sondern alsbald die strenge Mutter Partei zuständig wurde.

Es gab grandiose, leidenschaftliche Momente in diesen Solidaritätsinszenierungen: Maiaufstände, All-Gefühle des desolaten Haufens, eine Kommunion mit der Geschichte. Alle Räder standen still, wenn ... Doch hatten die lichten Momente dunkle Schattenseiten; der Ausdruck Solidaritätsopfer klingt bei manchem Bewegungsveteran eigenartig bitter. Viele Parteigänger und Weggefährten verkrüppelten und verkamen unterm totalen Solidaritätszwang, der im Zweifel immer mit der Säuberung drohte – unter den Opfern war Willi Münzenberg, der Kopf des erwähnten größten Solidaritäts-Konzerns der linken Weltgeschichte.

Die exzessive Fernstenliebe verbirgt ganz naheliegende Motive: Wer sich zur besseren Hälfte der Welt zählt, kann sich aus der gegebenen Lebenswelt verabschieden. Die scheinbar selbstlose Geste der Solidarität mit Fremden entsolidarisiert sich mit dem Eigenen; wer die Entrechteten, Beleidigten und Unterdrückten in aller Welt ans Herz drückt (und sie zu umschlingen droht), darf der schäbigen Verwandtschaft daheim den Rücken kehren. Brüderlichkeit *der Tat* (nach dem Alltagsmotto: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es«) fand ohnehin wesentlich in den verschrobenen und

häretischen Schulen des Sozialismus statt – in Kommunen, Kibbuzim und Kooperativen. Wer diesen schwach ausgeleuchteten Pfad der praktischen Assoziation ging, meist von eher christlichen denn proletarischen Motiven bewegt, war den roten Glaubenskongregationen suspekt. Was funktionierte und die Welt fast ein Jahrhundert umsonst faszinierte, war die totalitäre Mischung aus innerem Stachanowismus und brüderlicher Hilfe nach außen.

Jeder für sich – eine postmoderne Kultur des Helfens

Nydia auf dem Anrufbeantworter. Sie bat um Verständnis für weiteren Ausfall des Unterrichts. Die Aktion für Octavio lief jetzt auf vollen Touren. Der peruanische Konsul hatte zwar keinen Termin frei, aber die katholische Studentengemeinde war schwer auf Draht. Binnen 24 Stunden waren schon dreitausend Mark zusammen, das meiste vom Ersparten der Peruaner. Unsere Lehrerin absolvierte gerade autodidaktisch einen Schnellkurs in Solidaritätsmanagement; ganz nebenbei half ihr das bei ihrem Gefecht mit dem Vermieter, der aus heiterem Himmel »Eigenbedarf« angemeldet hatte und sie vor die Tür setzen wollte. Am Sonntag würde eine Kollekte für Octavio veranstaltet. Pfeifton. Nochmal Nydia. Fast vergessen, 88674-532 Postgiro Frankfurt, die Nummer vom Spendenkonto.

Die großen Menschheitsgeschichten sind zu Ende erzählt. Aber das Kapitel Solidarität ist keinesfalls erledigt, im Gegenteil. Der einstige »Schrittmacher« hat dem egoistischen Troß nicht davonlaufen können. Der Sozialismus hat den bürgerlichen Besitzindividualismus überhaupt nicht ein- oder gar überholen können. Aber wenigstens spornte der Atem des Verfolgers die Marktwirtschaft zu Höchstleistungen an und trieb sie voran auf ungeahnte »Dritte Wege« und zum Wohlfahrtsstaat. Da der überanstrengte Pacemaker nun saft- und kraftlos ausgeschieden ist, droht der konkurrenzlos gewordene Kapitalismus todmüde zu werden. Sozialismus heißt folglich – anders als im primitiven Stadienmodell der Geschichte – nicht das Resultat des kapitalistischen Niedergangs und der glückliche Endzustand der Menschheitsevolution, sondern die imaginierte Vorstufe des kontrollierten Realkapitalismus.

Solidarität scheitert, wo sie den Eigennutz nicht ins Kalkül zieht. Sie mißlingt, wenn sie Kollektive idealisiert und sich damit den Blick auf die Motive der vielen Einzelnen verbaut. Die Ideal-Konstruktion einer desinteressierten Gemeinschaft und selbstlosen Gemeinsamkeit muß zugleich auf reale Selbsthilfe und Selbstverantwortung zurückführen. Eine postmoderne Kultur des Helfens kommt mit den Vorsehungen des Marktes und der

Sozialbürokratien nicht mehr aus; die heutigen Gesellschaften sind zu »multikulturell«, um noch den Einheitsidealen der Moderne anhängen zu können. Weder das utilitaristische Kalkül der reinen Nutzenmaximierung noch die allseitige Fürsorge des Staates, weder das anonyme Medium Geld noch das entmündigende Monopol der Wohlfahrt garantieren an sich schon den sozialen Zusammenhang. Hinzukommen müssen kommunikativ und personal vermittelte »Überschüsse«, jene »Medien« also, die wir unter dem Titel Solidarität auflisten können und die die überdrehte »Ausdifferenzierung« überwinden. Was in Gestalt des »primitiven Versorgungstyps« Reziprozität die Menschheit seit jeher begleitet, kann heute auch wieder Gemeinschaft stiften. Denn das blanke und zeitlose »Do ut des« des archaischen Gabentauschs treibt eine zusätzliche, luxurierende Gegenseitigkeit immaterieller *Erwartungen* hervor: die Sehnsucht nach Anerkennung, gegenseitigem Respekt und Vertrauen. Diese können, anders als im ein-deutigen Fall der »mechanischen Solidarität« (Emile Durkheim) traditionaler Gemeinschaften, nur noch Ergebnis eines vielseitigen Aushandlungs- und Selbsterziehungsprozesses sein, in dem *fremde* Interessen jeweils neu berücksichtigt werden.

Charity and Company

Wieder Nydia am Apparat: Octavio hatte eine schwere Infektion bekommen. Die Ärzte in Brünn waren überfordert, weshalb der Ärmste nach Prag verlegt worden war. Die Transplantation würde auch dort rund achtzigtausend Mark verschlingen, aber selbst von dieser Summe war die Spendenaquisition noch weit entfernt. Mal sehen, was am Freitagabend das Benefizkonzert lateinamerikanischer Musik-Gruppen einspielen wird. Wir waren auch nicht faul, warf ich gegen aufkommende Entmutigung ein: Ralph hatte Kontakt zur Krebshilfe aufgenommen, Marga fragte bei ihrem schwerreichen Ex-Mann nach, und Bernd könnte morgen bei einem Empfang der Industrie- und Handelskammer den peruanischen Konsul ansprechen. Ach ja, sagte ich so beiläufig wie möglich, wir haben jetzt viertausend Mark zusammen. Und im übrigen haben wir herausgefunden, daß es eine Stefan-Morsch-Stiftung für Leukämiekranke gibt, die Octavio vielleicht helfen kann.

Der Altruismus, den Octavios Krankheit wider alle Erwartungen mobilisiert hatte, entsprang kaum bewußt gewesenen Identitäten. Der »erste Kreis« gründete sich auf Herkunft und Schicksalsgemeinschaft der peruanischen Minderheit, einer Mischung aus »Verein der Peruaner im Ausland«

und »Freunde in der Not«. Der »zweite Kreis« der deutschen Unterstützer, die sich bisher nur flüchtig vom Spanischlernen kannten, war fragiler: vielleicht stillte er den Hunger abgeklärter Stadtneurotiker nach unkonventioneller »Aktion« und freischwebender Singles nach einer Gemeinschaft auf Zeit. Was beide Kreise aus ihrer ursprünglichen Fremdheit und interessierten Distanz herauslöste und kooperieren ließ, war die gemeinsame Situationsbeschreibung einer äußeren Bedrohung, die sie »anging«. Dem fremden Octavio im fernen Prag zu helfen, machte – zufällig und zwingend zugleich – »Sinn«. Unmerklich und kaum greifbar war ein nicht auf Eigennutz oder Pflicht zurückzuführendes »drittes« Gefühl gewachsen: Sympathie. Wir hatten uns einen Spiegel vorgehalten und uns selbst beobachtet. »Welches ist der Lohn, der am meisten geeignet ist, die Übung der Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu fördern? Das Vertrauen, die Achtung und die Liebe derjenigen, mit denen wir umgehen. Die Menschlichkeit wünscht gar nicht, groß und angesehen zu sein, sondern geliebt zu werden. Nicht am Reichtum würden sich Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit erfreuen, sondern daran, daß sie Vertrauen und Glauben erwecken, Entschädigungen, die diese Tugenden beinahe immer erwerben werden.«[9]

So gelang einmal das Unwahrscheinliche: der ehrgeizige Bernd fand Spanisch nicht mehr so wichtig. Marga pumpte erfolgreich ihren Mann an (und die Schwiegermutter dazu). Die schreibfaule Petra, die jede Art von Korrespondenz haßte, tippte Hunderte von Bittbriefen, usw. Solche Initiative zog Kreise unter »angehörigen« Personen, die für das Octavio-Projekt einsprangen. So wucherte – situationsbedingt und gewissermaßen emergent – die Fähigkeit mitzuleiden. Nach Gründen befragt, murmelten wir: »Ist doch selbstverständlich ...« Aber die Aktion war alles andere als selbstevident; sie hätte eigentlich wegen mangelnder Erfolgsaussichten längst zusammenbrechen müssen. Das wäre auch geschehen, wenn sie von ihrer Zentralfigur, dem bekannten Unbekannten Octavio, abgesehen und abstrakt unter »Gesundheitshilfe für die Dritte Welt« oder »Solidarität mit dem peruanischen Genossen X« firmiert hätte. Der Einzelfall war weder substituierbar noch exemplarisch; diese einmalige Hilfestellung war weder zu institutionalisieren noch in derselben Weise zu wiederholen. Aber sie würde sich vielleicht wieder ereignen. Mitleid, sagt der Philosoph[10], ist eine Erfahrung, die gelegentlich aufblitzt.

Doch ist die Welt von heute unendlich hilfs- und pflegebedürftig. Die Grenzen der staatlichen Wohlfahrt sind längst erreicht und oft überschritten[11]; gleichwohl herrschen aberwitzige Verhältnisse von Unfreiheit, Not und Armut. Die Manager global angelegter Hilfsmaßnahmen – von der

älteren *amnesty*-Gefangenenhilfe bis zu den jüngsten Care-Paketen für Rußland – bemühen sich, die gelegentlich aufblitzende Mitleidsfähigkeit an exemplarisch Leidtragende oder ein ganzes notleidendes Volk zu heften und zu verstetigen. Die schwerreich gewordenen Nachkriegs-Deutschen sind Weltmeister der Hilfsbereitschaft und dankbare Adressaten solcher Hilfeansinnen – Vordrucke liegen ja in jeder Sparkasse aus. Wir spenden, wie wir Lotto spielen und unsere Abonnements abbuchen lassen. Regelrechte Hilfskonzerne konkurrieren um diese einträglichen Veranstaltungen internationaler Wohlstandstransfers. Sobald eine konjunkturelle Laune des Weltelends die Geldströme wegzulenken droht (wie jetzt zugunsten Osteuropas auf Kosten der Afrikahilfe), brechen Debatten aus, die an die Klagerufe notleidender Industriezweige und -reviere erinnern.
Daß das gigantische Spendenaufkommen nur auf den heißen Stein struktureller Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten tröpfelt, daß im übrigen legale und illegale Mafia-Banden an ihm fett werden, hat dem guten Willen noch keinen Abbruch getan. Wozu also den Vorgang als Ablaßhandel zur Seelenberuhigung fett gewordener Kriegsgewinnler denunzieren und den älteren Kampagnentyp anachronistisch weiterpflegen? Pragmatischere Soli-Unternehmer und die Professionellen aus den International Non-Governmental Organizations (INGO's) sind längst dazu übergegangen, »Aid for ...«-Initiativen zu unterstützen oder selber ins Leben zu rufen, die in Form und Inhalt an die Selbsthilfe-Praxis neuer sozialer Bewegungen anschließen. Die Zukunft der internationalen Solidarität liegt in solchen Kampagnen mit weniger Gesinnungstiefgang und höherer Effizienz. Solidarität, die dem grandiosen Kollektiv entwachsen und selber erwachsen geworden ist.

Hoch die nationale Solidarität!

Einmal in den Siebzigern stand ich zur Maifeier auf dem Marktplatz des westfälischen Fleckens Erwitte und machte ganz groß in Solidarität. Die Belegschaft einer Zementfabrik hielt die Klitsche in revolutionärer Absicht besetzt, da der altmodische Boss sein Werk ohne die üblichen Rituale der Sozialpartnerschaft dichtzumachen drohte. Unter einigen Hundertschaften deutscher Solidaritätsarbeiter befand sich eine kleine Abordnung der Uhren- und Waffenfabrik Lip aus Besançon, des damaligen Spitzenmodells der Arbeiterselbstverwaltung. Und weil wir alle so dicht beeinander standen im Fachwerk-Karree, sangen wir die Internationale; besorgte Mütter zogen eilends ihre Kinder in die Höfe. Dann brachten wir den bekannten Slogan

»Hoch die internationaaale Solidari-tät!« aus. Die derart mit guten Wünschen ermunterte Belegschaft wirkte merkwürdig verschlossen. Ich skandierte mit, aber irgendwie schwante mir: hier bist du am falschen Ort. Zur Abwehr des Zweifels betrachtete ich die glücklichen Gesichter der Genossen und spendete eine nicht unbedeutende Portion meines bescheidenen Salärs in den Soli-Topf. (Die Zementwerker mußten dennoch bald das Handtuch werfen.)

Damals hätte ich mir kaum träumen lassen, daß mich einmal ein gesamtdeutscher Kanzler der CDU auffordern würde, mittels eines kräftigen Aufschlags auf die Mehrwert- und Mineralölsteuer ein *nationales* Solidaritätsopfer für Leipzig oder Parchim zu erbringen – und daß ich dann zwar nicht der Form, aber der Sache nach einverstanden sein könnte. Als Kind hatte ich an Weihnachten eine Nachbildung des Ost-Berliner Hedwigdoms samt Kerze für die Brüder und Schwestern drüben ins Fenster gestellt. Später empfand ich dialektische Solidarität mit dem zweiten deutschen Staat (die Transitwege passierte ich selten), weil bei uns unablässig auf ihn geschimpft wurde, und ich blieb bis zum Schluß ein Verfechter der deutschen Zweistaatlichkeit. Während unser kurzsichtiger Blick ins Weite schweifte und penibel jedwedes Unrecht der westlichen Welt aufspießte, übersahen wir das nächstgelegene Befreiungsbedürfnis; die Vettern aus Dingsda und die Häftlinge von Bautzen standen nie auf unserer Solidaritätsadresse. Das alles ist jetzt graue Vorgeschichte. Es gibt wirklich keinen Grund mehr, sich eloquent zu verweigern (Stichwort Steuerlüge) und die Abwicklungen dem Erfindungsreichtum der Sozialverwaltungen und der VEB Treuhand zu überlassen.

Symptomatisch ist, wie schnell die Luftblasen der DDR-üblichen Solidarität zerplatzten: Von der staatlich verordneten Völkerfreundschaft, die internationale Anerkennung verschaffen sollte, blieben nach dem Verlust der geborgten Souveränität nur die Parolen. Das inoffizielle System des Gabentauschs in der DDR-Gesellschaft, das den Mythos einer eigenständigen Identität in sozialer Nähe und Wärme schuf, stürzte unter dem ersten Windhauch der Marktwirtschaft ein. Dabei wäre das unsentimentale Prinzip: Hilf anderen, damit du selber geholfen bekommst, eine realistische Bezugsgröße »systematischer Gesamtverbindlichkeit« in Deutschland, das ansonsten weder mittels Verfassung noch dank »Nationalrausch« zusammenhält. Daß wir eben keine normale Nation, sondern wesentlich Wirtschaftsnation sind, belegen die fortgesetzte Fremdheit nach dem Fall der Mauer und die allseitigen Ansprüche an deutsche Zahlungskraft. Schon stilisieren sich die Deutschen zu Zahlmeistern der Welt, da sie – mangels politischen Formats – Bankrotteuren der ganzen Welt von Wladiwostok bis

Washington unter die Arme greifen sollen. Ein Prozeß der wehleidigen Selbstviktimisierung ist bereits in vollem Gange. Doch nicht so sehr am Geld mangelt es bei uns, eher an den besagten Überschüssen von Sympathie und Mitleid. Sie lassen sich auch nicht beliebig als politische »Steuerungsinstrumente« erzeugen. Ein Mittel gegen das Selbstmitleid ist einzig ein politisches Programm, das einsichtige Besitz- und Rechtsverhältnisse, funktionierende Verwaltungen, interessierte Unternehmer und sympathiefähige Bürger in Einklang bringt. »Liberaler Sozialismus« könnte der provisorische Titel dafür sein.

Anmerkungen

1 Horst Eberhard Richter: *Lernziel Solidarität*, Reinbek 1974, S. 233.
2 Dazu Willi Münzenberg: *Solidarität*, Berlin 1931.
3 Art. »Solidarität« im *Wörterbuch der Soziologie*, Bd. 3, Stuttgart 1972, S. 705.
4 Vgl. grundlegend Emile Durkheim: *De la division du travail*, zuerst Paris 1893; siehe auch Talcott Parsons: »Pattern Variables Revisited«, in: *American Sociological Review*, 25/1960, und J. E. S. Hayward: »Solidarity: The Social History of an Idea in 19th Century France«, in: *International Review of Social History*, 4/1959.
5 Art. »Brüderlichkeit« in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, 1972, S. 552 ff.
6 Dazu z. B. Heinrich Pesch: *Lehrbuch der Nationalökonomie*, Bd. 1, Freiburg 1904; Gustav Gundlach: *Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft*, 2 Bde., Köln 1964, und Oswald von Nell-Breuning: *Baugesetze der Gesellschaft*, Freiburg 1968. Der Solidarismus der Dritten Republik hat diese Versatzstücke zur Doktrin und Praxis eines »liberalen Sozialismus« fortgeschrieben, z. B. Charles Gide: *L'idée de la solidarité en tant que programme économique*, Paris 1893, und L. Bourgeois: *Solidarité*, Paris 1896.
7 Nach Johann Kaspar Blunschli: *Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren*, Zürich 1843, S. 35.
8 F. Engels: »Das Fest der Nationen«, *MEW* 2, Berlin 1959, S. 614.
9 Adam Smith: *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg 1977, S. 251 f. Vgl. dazu Franz-Xaver Kaufmann/Hans-Günter Krüsselberg (Hg.): *Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith*, Frankfurt 1984, bes. S. 158 ff.
10 Dazu Rüdiger Safranski: *Schopenhauer und Die wilden Jahre der Philosophie*, München 1988.
11 Anregend Peter Gross: »Selbsthilfe und Selbstverantwortung als normative Leitideen der Sozialpolitik«, in: Chr. Sachße/H. T. Engelhardt (Hg.): *Sicherheit und Freiheit*, Frankfurt 1990, S. 85 ff., und als Überblick Fritz Vilmar/Brigitte Runge: *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?*, Essen 1986.

Gerd Grözinger
Die Verbesserung des Volkswillens

Geben wir es unter uns einfach zu: ab ist der Lack bei der demokratischen Idee. In den wohlhabenderen westlichen Staaten leben wir – meist sogar recht und nicht schlecht – mit einer der repräsentativen Varianten, aber von einer Liebesbeziehung zwischen kritischer Intelligenz und sich manifestierendem Volkswillen kann keine Rede mehr sein. Ganz gemäß dem Churchillschen Diktum, daß Demokratie die miserabelste aller Regierungsformen sei, mit Ausnahme der anderen, hat man sich damit arrangiert, ohne jedoch von den Ansichten der numerischen Mehrheit noch eine grundlegende Verbesserung der politischen Kultur zu erwarten, geschweige denn eine vernünftige Antwort auf einige der heute gestellten Überlebensfragen der Menschheit.

Störend ist dabei gar nicht allein das beharrlich strukturkonservative Element im Durchschnittswähler. Dem wäre vielleicht noch hin und wieder mit einer Kombination von glücklicher Gelegenheit und aufopfernder Agitation beizukommen. Sondern schon daß Majoritäten zunehmend so unberechenbar in alle Richtungen ausschlagen, macht einer aufklärerischen Position Verständnismühen. Statt rational nachvollziehbarer Wählerentscheidungen aufgrund festgefügter Traditionswerte oder kühler Kosten-Nutzen-Überlegungen scheint heute allüberall ein launisches Wechselwählerbalg zu dominieren, das in seiner Haltung gegenüber der politischen Bühne vor allem von großem Überdruß geplagt zu sein scheint. Und Politiker wie Medien reagieren auf diese Stimmungs-Demokratie mit der gefährlichen Adaptionsstrategie, sich dem vermeintlich gewollt niedrigen Niveau bereitwillig anzupassen. Die heutigen Volks-Vertreter ähneln in allen Ländern immer mehr den schlecht beleumundeten Angehörigen dieses Berufsstandes: sie bringen ihre Ware mit allerlei schaumschlägerischen Tricks an Mann und Frau, unter Ausnutzung argumentativer Notlagen, Verleumdung von Konkurrenzprodukten und äußerster Vermeidung der Erklärung von Kleingedrucktem.

Schrittmacher in diesem Trend scheinen wieder einmal die Vereinigten Staaten zu sein. Je mehr dort die Wahlbeteiligung sinkt, desto hektischer versu-

chen die Kandidaten, sich mit reinen Werbetricks ins Gespräch zu bringen, ohne dabei etwa bei zu vielen inhaltlichen Aussagen ertappt werden zu können. Denn um einen möglichen Grenzwähler zusätzlich zu gewinnen, darf kein anderer durch eine klare Position verschreckt werden. Aus diesem Dilemma bietet dann nur die, wenn möglich direkt persönliche, Diffamierung der Gegner einen erfolgversprechenden Ausweg. Und wer jemals die TV-Spots amerikanischer Wahlen verfolgen durfte, weiß, welche Steigerungen uns da noch bevorstehen können.

Natürlich verstärkt ein solches Verhalten dann wieder das populäre Sich-Abwenden vom schmutzigen Geschäft der Politik überhaupt. Als Ergebnis kommt es dann zu Situationen wie etwa bei den letzten Präsidentschaftswahlen, wo eine der großen Fernsehketten die von ihr gesponserte Diskussionsrunde mit den republikanischen Bewerbern zwar noch durchführte, die Ausstrahlung dann aber kostenlos dem kleinen Bildungsfernsehen überließ. Man hatte bei ABC nämlich zunächst übersehen, daß an diesem Abend ein Football-Spiel stattfinden sollte zwischen den New York Jets und den Miami Dolphins, ein Ereignis, das nach Meinung der Fernsehgewaltigen ihre Zuschauer sicher höher bewerteten.

Man mag solche Washington Tales für einen spezifischen Auswurf der amerikanischen Medien-Republik halten. Und erst recht wird niemand die vom mythischen Populismus bestimmten Wahlen in Indien oder Brasilien mit ordentlichen bundesrepublikanischen Stimmabgaben vergleichen wollen. Aber täuschen wir uns nicht, die Ermüdungserscheinungen der Demokratie sind selbst schon bei den gerade euphorisch neu-bekehrten Staaten des ehemaligen Sozialismus in Europa so deutlich sichtbar geworden, daß ein Moment lang selbst die Peruanisierung Polens möglich schien. Wer hätte es vor Jahresfrist für wahrscheinlich gehalten, daß unser östlicher Nachbarstaat mit der immerhin längsten Tradition an Emanationen von Volkswillen im Zuge der Präsidentenkür einen verdienten Helden des Systemwandels abrupt in das politische Abseits verbannte und sein Schicksal beinahe einem unbekannten Rückwanderer anvertraute, trotz dessen wirrem Programm und dubioser Vita?

Es wäre viel zu naiv, solche Vorgänge einfach der repräsentativen parlamentarischen Demokratie mit ihren oft verzerrenden Wahlregeln bei der Abgeordnetenkür zuzuschreiben beziehungsweise der demagogieanfälligen Direktbestimmung präsidialer Führer anzurechnen. Auch dort, wo es ein gelegentliches Aufflackern alter Hoffnungen in die vernünftelnde Kraft der volonté générale gibt – bei den bescheidenen Ansätzen direkter Demokratie –, erlebt sie von Volkes Seite oft genug einen kalten Guß. Nehmen wir nur die beiden letztbekannten Volksbefragungen: Weder hat das boden-

ständige Bayernland sich auch nur der Reduktion der eigenen Müllalpen stellen wollen, noch wagte das postmoderne Kalifornien, das umfassende Big-Green-Vorhaben plebiszitär in die Praxis umzusetzen.
Tatsächlich scheinen Volksabstimmungen nach Meinung damit befaßter Forscher oft erstaunlich konservativ auszugehen. Während man tradierten Parteien bei der Normalwahl von Abgeordneten gerne einmal mit seiner Proteststimme eins auswischt, mangelt es bei verlangten Sachentscheidungen häufig am Mut zum Unkonventionellen. Sie scheinen als viel riskanter interpretiert zu werden als die Auswahl von entscheidungstragenden Personen. Stimmbürger halten sich offensichtlich etwas darauf zugute, Menschen auch dort noch beurteilen zu können, wo ihr Zutrauen in die eigene Sachkompetenz längst geschwunden ist. Und es besteht guter Anlaß zur Annahme, daß diese Tendenz sich noch fortsetzen wird, daß die zunehmende Komplexität und Schnelligkeit politischer Entscheidungen den Trend zur Charakterwahl weiter verstärkt. Immer weniger wegen seiner oder ihrer inhaltlichen Programmpunkte wird das einzelne Kandidatenwesen zukünftig präferiert, sondern weil er oder sie mit den Unwägbarkeiten einer höchst unbestimmten Zukunft am besten umzugehen verspricht.
Mit diesen verstärkt nachgefragten Managementqualitäten ist auch der entscheidende Einwand gegen das einzig große Konkurrenzmodell genannt, das die Wahldemokratie kennt: den Losentscheid. Immer mal wieder in das Gespräch gebracht – meist mit vehementem Rekurs auf die überwiegend so organisierte frühe athenische Polis –, wird der Losentscheid von manchen als ein Gegenmittel gesehen, das viele der Verknotungen der modernen Demokratie aufzulösen vermöchte. Wenn man, statt ein paar hundert Abgeordnete mühsam und lautstark zu wählen, ebensoviele aus der Lostrommel der Wählerlisten ziehen würde, wäre dann nicht dem Gedanken der Repräsentativität der Volksvertretung bedeutend besser Genüge getan? Nicht mehr der öffentliche Dienst und die Juristen und Verwaltungsexperten beherrschten die Parlamente, sondern es entstünde automatisch ein solcher Querschnitt durch alle gesellschaftlichen Gruppen, daß Infas und Allensbach künftig getrost darauf verzichten könnten, neben den Abgeordneten noch die Bevölkerung um ihre werte Meinung anzugehen.
Aber Legitimität ist vermutlich nur das Spielbein unserer westlichen Demokratien, Effizienz hingegen ihr Standbein. Darum haben vorsichtige Vertreter dieser Idee durchaus Hürden einbauen wollen, etwa vorher zu demonstrierendes Sachinteresse der Kandidaten oder Beschränkung der durch Losentscheid bestimmten Parlamente auf einzelne Fachaufgaben – wenn möglich auf dezentralisierter Ebene – oder auch Teilung der Macht zwi-

schen weiterhin gewählten Gremien und ausgelosten Beiräten. Einen abrupten Wechsel unseres politischen Systems von heute auf morgen und unter Beibehaltung aller anderen Eigenschaften scheint dagegen niemand zu fordern oder ohne Friktionen für machbar zu halten.

Im folgenden werden stattdessen vier Überlegungen vorgestellt, die nur das abgegrenzte politische Teilsegment unserer Gesellschaft betreffen. Sie sollen der alten, aber vielleicht nicht mehr besonders guten repräsentativen Demokratie wieder zu mehr von jener gesellschaftlichen Sprengkraft verhelfen, die sie in ihrer Sturm-und-Drang-Periode durchaus auszeichnete. Die einzelnen Vorschläge sind LOGO-Bausteine: sie können jeder für sich umgesetzt werden, gewinnen aber in der Kombination miteinander. Sie betreffen naturgemäß innenpolitische Verfahrensweisen, allerdings mit einer gewichtigen Ausnahme gleich zu Beginn, wo die Überführung der Verantwortung unseres kollektiven Bündnis-Systems auf ein neues Wahl-Kollegium gefordert wird.

Dies ist nicht allein ein Reflex auf die neuesten weltpolitischen Vorgänge, sondern auch die Konsequenz aus einer politologischen Pfiffigkeit, die unter dem Namen Ostrogorski-Paradox bekanntgeworden ist. Es besagt: Wenn Parteien zu verschiedenen Themenkomplexen Aussagen treffen – und das ist der Regelfall bei Wahlkämpfen –, so ist es gut möglich, daß ein Wahlsieger trotzdem in keiner inhaltlichen Frage eine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hat. Denn alle Wähler handeln hier zwar streng rational, haben aber nicht unbedingt ihre Traumpartei vor sich, sondern oft nur Second-Best-Lösungen: Man wählt die Gruppierung, die noch am weitestgehenden mit den eigenen politischen Vorstellungen harmoniert.

Das Zahlen-Beispiel auf der folgenden Seite, das für viele ähnlich konstruierbare Situationen steht, gibt einen Eindruck von der dadurch erzeugten Kalamität. Es kennt zwei Parteien, X und Y, sowie eine ganze Reihe von Wählergruppen, A ... D. Über drei inhaltliche Komplexe, wie K für Kriegsfragen, W für solche der Wirtschaft und U die der Umwelt, findet die politische Auseinandersetzung und die Entscheidung der Wähler statt. Da in diesem Exempel alle drei Themen von den Wählern als etwa gleich wichtig wahrgenommen werden, kommt es zu einer eindeutigen 60-Prozent-Mehrheit für die Partei Y. Aber in jeder Einzelabstimmung würde die Position der unterlegenen Gruppierung X mit ebenfalls jeweils 60 Prozent Zustimmung obsiegen.

Genauso, wie es nun unsinnig wäre, zu allen politischen Einzelfragen immer Volksabstimmungen abzuhalten, kann man auch nicht – als Salut für Ostrogorski – eine Vielzahl von autonomen Fachparlamenten einrichten. Zu sehr sind die einzelnen politischen Gebiete miteinander verknüpft und

Wählergruppen	Anteil	Parteipräferenz für Thema			Entscheidung	Wahlergebnis
		U	K	W		
A	20%	X	Y	Y	Y	Partei Y siegt mit
B	20%	Y	X	Y	Y	60% der Stimmen
C	20%	Y	Y	X	Y	
D	40%	X	X	X	X	
		60%	60%	60%		Mehrheit für X nach Themen

vernetzt, auch haben fast alle Streitfragen wenigstens eine finanzielle und eine juristische Seite und eine menschliche noch obendrein. Aber das Militär ist doch die große Ausnahme, die diese Regel erst zur solchen macht. Hier gelten schon immer andere Gesetze als anderswo, und so sei ihm auch eine eigene Volkskontrolle zugestanden.

NATO-total

Wir brauchen dringend ein funktionstüchtiges NATO-Parlament. Schon allein um unsere amerikanischen Freunde vor sich selbst zu schützen. Denn irgend etwas muß mit ihrer Verfassung nicht mehr stimmen. Es scheint das Schicksal der Vereinigten Staaten zu sein, zwar seit langem keinen Krieg mehr erklärt zu haben – ein verbrieftes Vorrecht des Kongresses –, aber ständig welche zu führen. Daß der monatelang öffentlich vorbereitete militärische Einsatz am Golf in allen einzelnen Eskalationsstufen von Herrn Bush ganz persönlich und alleine beschlossen wurde, ist nur das neueste Indiz in einer langen Kette ähnlicher Verfahrensweisen. Hier dem amerikanischen Volk mit Hilfe einer demokratischen supranationalen Struktur wieder zu einer angemessenen Repräsentanz seiner Vertreter bei den nicht ganz unwichtigen Fragen von Krieg und Frieden zu verhelfen, sollte uns einen Freundschaftsdienst unter Waffenbrüdern schon wert sein.
Und natürlich brauchen wir ein NATO-Parlament, um auch unsere verblendeten französischen und britischen Freunde wieder auf den rechten Weg zu geleiten. Denn die haben längst vergessen, wie es war, als Mau Mau oder Dien Bien Phu ihre verschlissenen Restimperien erschütterten. Heute halten sie sich wieder etwas darauf zugute – wenigstens zusammen mit der militärischen Supermacht USA –, im Golfkrieg die bis dato größte Feuerwalze erzeugt zu haben. Aber von offener Auseinandersetzung über Kriegsziele, Kriegsmethoden, Kriegsopfer und Kriegsverhinderung fand

sich in der Öffentlichkeit und den Medien dort kaum eine Spur. Es würde diesen Ländern mit immerhin langer demokratischer Tradition nur guttun, in zukünftigen ähnlichen Situationen über solche Fragen zuerst einmal mit Delegierten von zur Zeit friedfertigeren Nationen wie Deutschland, Kanada, den Benelux-Staaten, Spanien debattieren zu müssen.

Ein NATO-Parlament wäre auch gar nicht übel, um uns selbst vor unseren Oberen zu schützen. Denn schon stehen sie Gewehr bei Fuß und das Gesicht fest den Mikrophonen zugewandt, die Rühes und Stoltenbergs, uns mit weltweit tätigen Eingreiftruppen in ferne Länder lockend, um dort wie weiland Hohenzollerns Wilhelm weltpolitische Verantwortung per Panthersprung zu zelebrieren.

Und auch dem Verbal-Pazifismus der deutschen Sozialdemokraten ist auf Dauer so wenig zu trauen wie dem der französischen, griechischen oder spanischen Sozialisten. Zuerst wird sich die SPD gegen jede Veränderung sträuben, dann wird sie noch ganz blauäugig-unschuldig erlauben, Bundeswehr-Soldaten doch wenigstens zu Blauhelmen zu machen, danach zähneknirschend auch UN-autorisierten Militäraktionen zustimmen, um schließlich – sicher angeblich auf unabweislichen Druck der Bündnispartner – die generelle Ausweitung des Einsatzgebiets auch ohne die Erklärung des Verteidigungsfalles zu akzeptieren: aus Verantwortung für das Ganze, versteht sich.

Wir brauchen also unbedingt ein NATO-Parlament, und zwar eines mit allem Drum und Dran. Seine Abgeordneten sind nicht etwa aus nationalen Kammern zu delegieren, sondern müssen in den Mitgliedsländern direkt in freien und geheimen Wahlen bestimmt werden. Zu bestehen ist dabei sogar auf einer Version von Verhältniswahl. Denn bei solch wichtigen Themen wie dem Frieden sollen alle Gruppen eine Chance bekommen, vertreten zu sein: die heißen Krieger ebenso wie die Pazifisten. Das gemeinhin vorgebrachte Gegenargument, daß das Mehrheitswahlrecht das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung besser sichert, kann kaum für eine Versammlung in Anspruch genommen werden, die sich sowieso aus einem guten Dutzend Nationen mit höchst unterschiedlichen politischen Kulturen zusammensetzt. Eigentlich muß sogar noch eine andere Festlegung für ein solches Parlament durchgesetzt werden, nämlich Repräsentanz in Höhe der nationalen Wahlbeteiligung. Im Sinne eines gedeihlichen Zusammenwirkens kann es wirklich nicht angehen, daß Ländern mit allgemeinem Desinteresse an Politik der gleiche relative Einfluß auf dann alle betreffende Entscheidungen zugestanden wird wie denen, wo mit Kenntnis und Verve diskutiert und entschieden wird.

Frei von Einwänden der einzelstaatlichen Parlamente muß das NATO-

Parlament sich eine Regierung wählen wie auch sein Budgetrecht autonom wahrnehmen dürfen. Eigene Einnahmen sind dabei das kleinste Problem. Denn alle Mitgliedsstaaten des westlichen Militärbündnisses haben bereits ähnliche Systeme von Mehrwertsteuern eingeführt. Und es spricht verwaltungstechnisch nichts dagegen, davon einen Teil fürs Militär zu reservieren, wobei die Finanzbehörden der einzelnen Länder verpflichtet wären – ähnlich wie bei den deutschen Kirchensteuern –, diese Summen im Auftrag der Paktorganisation einzuziehen. Das Bündnis-Parlament beschlösse dann etwa eine Steuer von 5,75 Prozent auf alle erzeugten Güter und Dienstleistungen, und die nationalen Volksvertretungen erhöhten diesen Satz noch um die jeweilige Marge, die sie in ihren Haushalten für die zivilen Ausgaben für nötig erachteten.

Das verspricht interessante Wahlkämpfe für das NATO-Parlament, wenn nicht mehr so abstrakt um Steuern und Ausgaben eines Gesamthaushalts gerungen wird, sondern die Auseinandersetzung ganz offen abläuft: wieviel Militär wollen wir, wieviel sind wir bereit dafür zu zahlen, d. h. auf persönliche Kaufkraft zu verzichten. Und ein natürliches Ende fände damit auch das ewige Gezeter amerikanischer Kongreßabgeordneter und Senatoren über die mangelnde finanzielle Beteiligung der Europäer – und da wieder besonders der Deutschen – an der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe: weil alle dann nämlich einen gleich hohen Anteil ihrer jeweiligen Wertschöpfung zahlen würden.

Die USA mit ihren bisher exzessiven Quoten an Rüstungsausgaben müßten an diesem Aspekt des Plans Geschmack finden. Sie könnten endlich knappe öffentliche Mittel in die Wiedergewinnung ihrer industriellen Konkurrenzfähigkeit umleiten, indem sie, wie wir schließlich auch, ihre High-Tech-Industrien direkt subventionieren, anstatt sie wie heute ausschließlich über den teuren Umweg von militärgebundener Förderung zu päppeln.

Die von einem solchen NATO-Parlament bestimmte Regierung hätte vor allem das zu tun, was die einzelnen Verteidigungsministerien und die NATO-Dienststellen in Brüssel heute schon machen. Sie ernennen und kontrollieren die militärischen Hierarchien, bestellen Material, lassen neue Waffentypen erforschen, verfassen Vorschriften über das soldatische Leben im Frieden und das Töten im Krieg. Aber dazu käme noch eine Ausdehnung der Aufgaben. Es muß auch eine aktive Außenpolitik geben, die die einzelstaatliche teilweise ersetzt. Denn weitere Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion oder anderen potentiellen Großmächten wären – sicher von einem speziellen Ministerium für Abrüstung und Rüstungskontrolle – künftig auf Gesamt-NATO-Ebene zu führen und eventuelle Vereinbarungen darüber von diesem Parlament zu ratifizieren.

Damit wird im übrigen nur eine längst fällige Korrektur vollzogen. Es war schon immer eine Merkwürdigkeit, daß bei früheren Abkommen oft allein die USA am Verhandlungstisch saßen und dennoch für alle NATO-Mitglieder sprachen. Aber wenn es um Atomwaffen ging, begriff sich Amerika als Privatbesitzer, der sich auch von befreundeten Habenichtsen politisch nicht dreinreden lassen wollte. Und daß das Vereinigte Königreich wie auch Frankreich über die Einbeziehung ihrer nuklearen Arsenale in eine Zählung nie auch nur diskutieren wollten, gleichwohl aber ganz bzw. halb und halb dem mächtigsten Bündnis angehörten, hat ernsthaft noch nie jemand für legitim halten können. Das müßte sich künftig ändern: alle Kriegswaffen und alle Truppen wären vollständig der neuen NATO zu unterstellen, denn sie ist ja nun das von allen mitbeteiligten Völkern dafür bestimmte und demokratisch legitimierte Instrument.

NATO-Außenpolitik würde auch bedeuten, daß hier die letzte Verantwortung für Rüstungsexporte und die Ausfuhr von waffenproduktionstauglichen Gütern liegt. Jeder Staat mag so souverän bleiben, wie er nur will, aber über Lieferungen in Drittländer läßt sich sinnvoll nur kollektiv entscheiden. Schließlich dürfte ein ausschließlich mit militärischen Dingen beschäftigtes Parlament nicht allzuoft erleben wollen, daß die eigenen Soldaten mit Produkten der heimischen Industrie – im Wortsinne – konfrontiert werden. Und nicht immer muß der Gegner sich am Ende als so schwach herausstellen wie diesmal der Irak. Ein heute häufig gebrauchtes Argument pro Exporte wäre im übrigen automatisch schon in der Wirkung sehr gemildert, das der potentiellen Arbeitsplatzverluste. Wenn die zur Zeit stark miteinander konkurrierende Kriegswaffenherstellung ausschließlich der Entscheidungsgewalt der NATO untersteht, nimmt die politische Erpreßbarkeit der Abgeordneten gleich doppelt ab: die stabilisierende Grundauslastung steigt durch den größeren Abnehmerblock, und (immer mögliche) einzelne regionale Problemfälle schrumpfen dafür in der relativen Bedeutung.

Mit der Überführung sämtlicher heimischer Kriegsressourcen an Mensch und Material in eine über-nationale Organisation muß das heikle Thema des Verhaltens dieses Paktes bei eventuellen inneren Unruhen oder gar Bürgerkriegen angesprochen werden. Allen anderen Überlegungen vorzuziehen wäre hier das Prinzip einer Neutralität mit Notausgang. Die Truppen dürfen im Normalfall nicht intervenieren, auch wenn es draußen zischt und kracht. Damit putschwillige Obristen auch faktisch vom Eingreifen abgehalten werden, muß weiter dafür gesorgt werden, daß immer eine bunte internationale Mischung von Soldaten in allen Mitgliedsländern stationiert ist und jede im inneren Krisenfall ausrückende NATO-Einheit von diesen wie ein äußerer Feind behandelt wird. Die Bevölkerungen in Staaten mit

Erfahrungen in Militärdiktaturen wie Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei dürften einen solchen Schutz vor ihren nationalen Beschützern durchaus zu schätzen wissen. Auch wegen dieser Freunde brauchen wir ein NATO-Parlament mit weitreichenden Vollmachten.

Und die so definierte bewaffnete Neutralität könnte auch ganz akut lebensrettend wirken. Denn die Stützpunkte müssen als exterritorial definiert sein, mit eigener Jurisdiktion ebenso versehen wie mit autonomen Versorgungsstrukturen. Sie können also auch als Lebenszonen dienen, in die nicht am Bürgerkrieg beteiligte Bevölkerungsgruppen bei Bedarf fliehen können. Und sollte es einmal ganz schlimm kommen, so daß etwa vor den Toren und Gittern ein Völkermord stattfindet, dann sollte dem NATO-Parlament ruhig erlaubt werden, mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Krieg gegen dieses aus dem Ruder laufende Mitgliedsland zu beschließen. In diesem Fall würde militärisch Partei ergriffen, allerdings sinnvollerweise nur, um Bedingungen zu schaffen, die die möglichst rasche Abhaltung der Wahl einer neuen verfassungsgebenden Versammlung ermöglichen.

Natürlich bedarf es für ein solches Konzept auch einer richtigen NATO-Verfassung. Sie hat als Essentials zu enthalten, daß dieses Militärbündnis den Menschenrechten verpflichtet ist, auch der friedlichen Koexistenz und dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel. In einer solchen Magna Charta Militaris müßte ausgeführt sein, wie Staaten in das Bündnis ein- und auch wieder aus ihm austreten können. Für das erste wäre auf jeden Fall ein demokratisches Gemeinwesen erforderlich und eine unabhängige Rechtsstaatlichkeit. Und die Hürden für einen Austritt sollten nicht zu niedrig angesetzt werden, vielleicht eine Zwei-Drittel-Mehrheit im nationalen Parlament voraussetzen plus der Bestätigung durch eine zeitversetzte Volksabstimmung. Schließlich läßt es mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum etwas Gutes erwarten, wenn sich in einem Mitgliedsland eine Austrittsbewegung bildet. Man darf darauf wetten, daß Politiker und Militärs dahinter stehen werden, die sich von einem gemeinsamen Bündnis-Parlament in ihrem Tatendrang eingeschnürt fühlen, und nicht etwa Pazifisten, die ein einseitiges Abrüsten durchsetzen wollen.

Noch heikler als das Umgehen mit inneren Unruhen ist natürlich die Festlegung des möglichen künftigen Operationsgebietes der NATO. Muß der Pakt geographisch so beschränkt bleiben, wie es zur Zeit in seinen Statuten definiert ist, oder soll er unter bestimmten Voraussetzungen auch weltweit tätig werden dürfen? Die Antwort scheint unbequem, aber die logische Konsequenz ist: diese Grenzen sind aufzuheben. Denn nur das wäre das Lockmittel, das Länder wie die USA, wie Großbritannien und Frankreich dazu bringen könnte, sich einem solchen System überhaupt anzuschließen.

Einer reinen Verteidigungs-NATO zur Sicherung europäisch-nordamerikanischen Gebiets würden sie ihre Truppen nie und nimmer vollständig unterstellen.
Natürlich ist die Abgabe der Entscheidungskompetenz an ein übergeordnetes Parlament nicht ohne Risiken. Am Ende könnten dadurch auch deutsche Truppen in irgendwelchen Out-of-Area-Konflikten zum Einsatz kommen. Aber wenn ein NATO-Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit für alle militärischen Einsätze voraussetzt – so wie es heute auch das Grundgesetz für die Erklärung des Verteidigungsfalles vorsieht –, darf man darauf hoffen, daß allzu leichtfertige Abenteuer damit wirksam blockiert sind.

Damen-Wahl

Eigentlich bleibt es doch recht erstaunlich, daß in der ganzen westlichen Welt in keinem einzigen nationalen Parlament bisher eine annähernde Gleichverteilung der Geschlechter erreicht wurde. Mangelnde Gelegenheit zur Übung kann jedenfalls für eine Erklärung wirklich nicht mehr in Anspruch genommen werden. Schließlich datiert die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auch auf Frauen in praktisch allen Ländern dieser Staatengruppe auf spätestens die zwanziger Jahre, umschließt also immerhin mindestens ein halbes Jahrhundert demokratischer Geschichte mit Dutzenden von Wahlgängen. Trotzdem erreicht der weibliche Anteil an den Abgeordnetensitzen heute bestenfalls ein gutes Drittel wie in Skandinavien, beträgt für den Durchschnitt Europas und Nordamerikas aber noch weniger als ein Sechstel.
Dabei behaupten Psychologen, daß Frauen für die dem Parlamentarismus innewohnende Neigung zu Verhandlungslösungen und Kompromissen sogar besonders befähigt seien. Die ihnen zugeschriebene höhere kommunikative Kompetenz sei nirgendwo besser angebracht als in Institutionen, die nicht hierarchisch, sondern kooperativ strukturiert sind. Aber aus der gleichen Denkrichtung, die genuine Unterschiede im Rollenverhalten thematisiert, kommt fatalerweise auch die mögliche Erklärung für die fehlende Durchsetzungsfähigkeit im politischen Geschehen: Frauen seien durchschnittlich konfliktscheuer, würden sich der offenen Auseinandersetzung seltener stellen als Männer. Und da die politische Karriere einem Hindernisrennen entspricht, in dem erst die parteiinternen Konkurrenten niederzumachen sind, bevor die Überlebenden sich den Gegnern vom anderen Lager zuwenden können, hat diese Deutung viel für sich.

Nun wäre eine solche Verhaltensweise des weiblichen Geschlechts noch kein Rippenbruch, wenn Frauen als Wählerinnen sich auch von Männern gut vertreten fühlten. Daran kann aber gezweifelt werden, und dies nicht allein wegen solch spezifischer Reibungsthemen wie der Abtreibung. Immer wieder erweist sich in Umfragen zu politischen Einschätzungen das Geschlecht als ein ebenso zu berücksichtigender Faktor sui generis wie das Alter, der Bildungsgrad oder die Einkommensgruppe. Zwar votieren in der Bundesrepublik mit wenigen Ausnahmen – wie etwa der Männerpartei der Reps – weibliche und männliche Wähler recht ähnlich. Aber dies mag durchaus an der bescheidenen Auswahl und der fehlenden Alternative liegen und ist noch kein Beleg dafür, daß Frauen nicht andere politische Gewichtungen vorziehen würden, wenn es solche gäbe.

Um eine wirkliche Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern durch spezielle Wahlverfahren kompensatorisch zu sichern, stehen nur wenige taugliche Varianten zur Verfügung. Das bisher üblicherweise genannte Modell – ein zwangsweises Reißverschlußverfahren – ist auch das problematischste. Die simple Vorschrift, daß sich bei der Aufstellung von Listen Männer und Frauen abzuwechseln hätten, schränkt das Recht der Parteien auf freie Entfaltung unnötig eng ein. Nicht alle politischen Gruppierungen wollen alle Interessen aller vertreten; die Wahrnehmung spezieller Positionen besonderer Gruppen – und seien sie auch durch eine so luftige Kategorie wie das gemeinsame Geschlecht definiert – ist ebenfalls ein mögliches legitimes Anliegen. Am gesammelten Unbehagen an einer von außen gesetzten Beschränkung dieser prinzipiellen Gestaltungsfreiheit demokratischer Vereinigungen ist 1982 dann auch der Versuch der französischen Regierung gescheitert, in einem Gesetzesentwurf allen Parteien bei den Gemeinderatswahlen eine weibliche Repräsentanz von mindestens einem Viertel vorzuschreiben. Der Staatsgerichtshof kassierte die Vorlage mit der Begründung, damit sei der Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Eine methodisch gefälligere Alternative liegt in der Veränderung der Wahlkreisabgrenzung. Zur Zeit gilt bekanntlich allein ein geographisches Kriterium: wo ich wohne, wähle ich. Es wäre jedoch auch eine duale Bestimmung denkbar: Wohnsitz plus Geschlecht. Immer zwei benachbarte der jetzigen Wahlkreise könnten zusammengelegt und wieder neu aufgeteilt werden. Alle Frauen, die hier wohnen, würden dann einen eigenen Wahlkreis konstituieren und alle Männer ebenso. Das Gebiet würde wie vorher auch zwei Abgeordnete in das Parlament entsenden. Aber die Sitze wären geschlechtsparitätisch besetzt. Und mehr noch, schon die Delegationsverfahren liefen völlig getrennt voneinander ab: weibliche (männliche) Parteimitglieder stellen ihre jeweiligen Kandidatinnen (Kandidaten) für die Wahl

auf, unter denen von Bürgerinnen (Bürgern) eine (einer) für ein Direktmandat ausgewählt wird.
Natürlich müssen in unserem modifizierten Verhältnis-Wahlsystem auch die Listenbestimmungen entsprechend verändert werden, will man eine vollständige Quotierung erreichen. Logische Vollendung einer dualen Wahlkreisabgrenzung wäre darum, die Landeslisten der Parteien und damit auch die Fünf-Prozent-Klausel – oder welche Barriere gerade angesetzt wird – nicht mehr auf die Gesamtwählerschaft zu beziehen, sondern jeweils auf die beiden Subpopulationen Männer bzw. Frauen. So als gäbe es zwei getrennte Bundestagswahlen, würden die Mandate weiter proportional nach den abgegebenen Stimmen an die Parteien vergeben, aber getrennt ausgezählt für die Geschlechter. Erst dadurch ist die Aufteilung wirklich perfekt und eine vollständige Symmetrie hergestellt: Wie auch immer entlang der Parteigrenzen gewählt werden würde, immer wären die Sitze des Bundestags genau zur Hälfte von den beiden Geschlechtern besetzt.
Eine gewisse Verzichtleistung der Frauen ist auch darin enthalten. Mit einer solchen Regelung hätte die weibliche Bevölkerung ihrer absoluten Mehrheit an Wählerstimmen entsagt, die durch die durchschnittlich höhere Lebenserwartung zustandekommt. Dafür würde ihre Machtposition aber allerhand gewinnen. Nichts Entscheidendes ginge mehr ohne die Zustimmung der Politikerinnen. Denn faktisch bedeutete eine solche Reform in jeder bestehenden Partei die Aufspaltung der Wahlorganisation und damit mittelfristig eventuell auch der Ziele. Oder umgekehrt, der Geschlechtskompromiß müßte von den politischen Vereinigungen schon in der Programmatik gefunden werden, wollten sie nicht riskieren, daß der eine Teil vom anderen sich selbständig macht und – ohne größere Sanktionsmöglichkeiten der verlassenen Hälfte – seine eigenen Wege geht. Aber auch das verspräche, spannend zu werden und das alte Gefüge gehörig aufzulockern: Wenn im zivilen Leben Scheidung, Wiederverheiratung und Singledasein miteinander koexistieren können, warum sollte das politische davon ausgeschlossen bleiben?

Zur Praxis der Permanenten Votation

Die Bundestagswahl 1990 hat uns – nicht zum erstenmal, aber dafür in einer bisher unbekannten Drastik – vorgeführt, welche perversen Effekte die Periodizität des Wahlaktes mit sich bringt. Erst hat der krampfhafte Versuch der Regierung Kohl, auf keinen Fall die deutsche Einheit die westdeutschen Wähler offen etwas kosten zu lassen, zu einer unvertretbaren Politik

des Nichtstuns in den neuen Ländern geführt. So wenig Geld wie möglich sollte dort ausgegeben werden, um kritischen Fragen nach der Herkunft der Mittel ausweichen zu können. Und kaum war eine satte Mehrheit von Abgeordneten-Sitzen gewonnen, galt das geschriebene und gesprochene Wort nichts mehr.

Kein Stimmbürger kann jetzt noch legal etwas gegen diese Read-my-lips-Täuschung unternehmen. Statt dessen wächst die Empörung und das Gefühl, wieder einmal hereingelegt worden zu sein. Zwar erreicht auch bei neueren Umfragen das bundesrepublikanische System von Demokratie bei etwa drei Vierteln der Befragten noch konstant hohe Akzeptanzwerte. Aber Vertrauen in die Parteien wollten selbst vor dem großen Steuerschwindel nicht einmal mehr vier von zehn Personen angeben. Den Politikern wird heute so wenig geglaubt, daß diese sich vermutlich schon wieder alles erlauben können.

Daran änderte auch wenig die von vielen so heftig gewünschte Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden. Diese haben punktuelle Aufgaben und könnten höchstens in einem künftigen Falle die Regierung zwingen, z. B. Steuersätze wieder zu senken. Wie schwierig nachträgliche Korrekturen aber sind, zeigt genau dieser Fall. Für die Aufrechterhaltung der materiellen Basis in der Ex-DDR und die Sicherung einer zivilen Gesellschaft dortselbst werden vermutlich noch erheblich mehr Gelder benötigt, auf keinen Fall aber weniger. Jede populäre Steuern-runter-Bewegung wäre da nur populistisch. Auch amerikanische Erfahrungen mit Abstimmungen in diesem Feld lassen vermuten, daß Erfolge hier immer zuerst auf Kosten der Sozialstaatlichkeit gehen, ja daß Abstimmungen manchmal einem Vernichtungsfeldzug der Zwei-Drittel-Gesellschaft gegen die Restbevölkerung gleichkommen.

Die Kontrolle der Gewählten kann also nur in sehr seltenen Fällen sinnvoll im nachhinein geleistet werden, sie hat kontinuierlich zu erfolgen. Und da wir Laien mit beschränktem Zeitbudget kaum auch nur die wichtigsten anstehenden politischen Entscheidungen ständig im Auge behalten können, muß die Kontrolle unter uns umschichtig betrieben werden. Dies könnte sehr einfach dadurch geschehen, daß der für alle gleiche Wahltermin aufgelöst würde zugunsten von Teilwahlen über die ganze Legislaturperiode hin. Dann wäre immer irgendwo in Deutschland gerade Wahlkampf mit Veranstaltungen, Diskussionen, intensiven öffentlichen Auseinandersetzungen um das Woher und Wohin der Bonner Politik.

Rechnet man Zeiten für Ferien und Feiertage ab, so könnte gut an jedem der verbleibenden Sonntage in zwei Wahlkreisen eine Wahl anstehen. Auch unser System von Zweitstimmen böte keine unüberwindbare technische

Hürde. Es müßten nur nach vier Jahren die Stimmen aus den Bezirken verfallen, wo jetzt gerade abgestimmt wird. An deren Stelle träten die neuen Ergebnisse, die mit den verbleibenden dann landesweit wieder zusammengefaßt würden, um die Zahl der Abgeordneten zu ermitteln. Das Schema der Verteilung wird dabei nicht angetastet, es wird nur nach der Methode der gleitenden Durchschnitte modifiziert. Somit ist die relative Veränderung interessant, nicht aber, ob die wöchentliche Wahl in Gebieten stattfindet, wo sich schon seit langem die Pranke einer Partei festkrallt. Ein paar Prozent Zugewinn für die SPD in Bayern oder für die CDU im Ruhrgebiet brächten jeweils ebenso mehr Gewählte, wie wenn dies in den eigenen sicheren Bastionen geschehen wäre.

Da auch die über Zweitstimmen berufenen Abgeordneten ihr Mandat nach vier Jahren verlieren, wird die Rechnung gewöhnlich problemlos aufgehen. Eine Vakanz wird zu besetzen sein, und die Wählermeinung entscheidet, wer den Platz einnehmen soll. Bei starken Verlusten einer Partei kann es jedoch vorkommen, daß ihre Stimmanteile schneller sinken, als sie Zweitstimmenabgeordnete durch Erlöschen der Amtszeit verliert. Dafür gäbe es jedoch verschiedene Lösungs-Möglichkeiten. Auch heute schon kennen wir Überhangsmandate, wenn Erst- und Zweitstimmen zu stark auseinanderfallen. Ähnliches könnte auch hier eingerichtet werden. Noch besser freilich wäre es, wenn statt dessen weitere Abgeordnete der verlierenden Partei ihre Plätze den Kollegen von den siegreichen Listen einzuräumen hätten. Es könnten dabei immer die ihr Mandat verlieren, die den vollen vier Amtsjahren am nächsten kämen: Denn die haben auch am längsten das parlamentarische Bild ihrer Partei geprägt, sind am meisten für das Desaster verantwortlich. Neu eintretende Gruppen, die gerade die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen haben, sollten dagegen einen Schutz vor ständigem Raus und Rein erhalten, so daß sie z. B. wenigstens so lange Abgeordnete stellen, bis sie wieder unter 3 Prozent fallen.

Für einige Zeit wöchentlich auf der Kippe stehen könnten dadurch gelegentlich auch Regierungsmehrheiten. Man ahnt sie nun schon, die Kassandras, die über die institutionalisierte Unregierbarkeit in einer solchen Wahlgesellschaft jammern und wehklagen werden. Als ob die mangelnde Möglichkeit der Rückkoppelung zwischen Regierungspolitik und Souveränswillen nicht ein viel größeres Problem darstellte. Das Wahlvolk wird sich jedenfalls schon zu helfen wissen, wenn es die Faxen der gegenseitigen Blockade bei denen da oben satt hat. Und die Parteien würden nicht einfach wie gelähmt ihre wöchentlichen Zeugnisse abholen, sondern durch Suche nach neuen Regierungskonstellationen einen Erfolg an der Wahlurne zu antizipieren versuchen. So wäre dann ein Probehandeln möglich, bei dem

die Wähler direkt auf vorgeschlagene Programme und Personen reagieren könnten.
Wenn alle Sonntage immer irgendwo Testwahl für das Produkt Regierungspolitik wäre, dürfte es selbst Hans Dietrich Genscher schwerfallen, ständig aktiv einzugreifen. Die Wahl zu einer Dauer-Einrichtung zu machen heißt auch, den uns heute bekannten Wahlkampf abzuschaffen. Ist die Stimmabgabe in einen kontinuierlichen Prozeß umgewandelt, muß sich das Werben um die Wähler zu neuer Bescheidenheit und Ehrlichkeit entwickeln. Es macht keinen Sinn, heute durch das Verschweigen von Fakten oder das Versprechen von Wahlgeschenken auf die schnelle ein paar Stimmen dazuzugewinnen, wenn sie mir morgen, als Antwort auf den Täuschungsversuch, wieder doppelt abgezogen werden. Uns Wählern verspräche dies nicht nur mehr Einflußnahme, es würde auch den beklagenswert niedrigen Unterhaltungswert der Politik erhöhen. An vielen langweiligen Sonntagabenden ein frisches Wahlergebnis serviert zu bekommen, das könnte eine Sendung mit Sportschauqualität werden samt Trainerinterviews, Aktiventräne und Wettquoten.

One man, one-to-none vote

In manchen Ländern gibt es auch eine Verpflichtung der Wähler. Wer sich der demokratischen Mindest-Mitwirkung durch Stimmabgabe kontinuierlich entzieht, wird dort gewöhnlich mit dem Verlust dieses Rechtes bestraft. Die verfassungsgebende politische Ur-Gemeinde drückte damit aus, daß zur Demokratie auch ein Minimum an Partizipationsbereitschaft gehört: die völlige Abstinenz vom politischen Geschehen vermag den anderen Wahlberechtigten so zu schaden, daß diese den Ausschluß der Unterlassungstäter von künftigen Einflußnahmen verfügen dürfen. Denn Stimmbürger, die nicht einmal am bescheidenen Diskurs zu Wahlkampfzeiten teilnehmen, werden gleich als doppelte Gefahr für ein Gemeinwesen wahrgenommen. Erstens unterminieren sie die Legitimität der Gewählten und ihrer Entscheidungen, wenn die Wahlbeteiligung zu stark abnimmt. Und ihr Verhalten kann zweitens zu unnötig extremen Ausschlägen im politischen Geschehen führen, da neue Meinungsströmungen sich eventuell nicht rechtzeitig genug in Stimmanteile umsetzen und statt dessen mit Zeitverzögerung, aber dann eruptiv am politischen Horizont erscheinen.
Diese Überlegung verdient, ausgebaut zu werden. Was heute aber den Wählern in der Gesamtheit zur Bedrohung werden kann, ist zumindest in der Bundesrepublik kaum die Weigerung einer erheblich zu nennen-

den Schicht, alle paar Jahre ihre Kreuze zu machen. Zwar sinkt auch bei uns die Wahlbeteiligung langsam ab – sie erreichte ausgerechnet bei der Jubelwahl im Dezember 1990 einen Tiefstwert, wie er im Westteil bisher nur 1949 gemessen wurde –, aber immer noch gehen fast vier von fünf Wahlberechtigten zur Urne, eine international nicht mehr oft erreichte hohe Ziffer.

Heute liegt die viel größere – aber unsichtbare – Gefahr in der breiten passiven Weigerung, sich über die uns alle betreffenden politischen Vorgänge ausreichend zu informieren und dazu eine begründbare Meinung zu entwickeln. Seltsam amorph scheint die öffentliche Meinung geworden zu sein und nur noch rein privat orientiert. Zum Erstaunen aller Korrespondenten erwies sich Deutschland sogar als erregungsbereiter, wenn es um den Gewinn der Weltmeisterschaft in einer Körperertüchtigungsdisziplin ging, als bei der Wiedervereinigung nach vier Jahrzehnten Mauertrennung. Und auch dem neuangefachten Bedürfnis der politischen Klasse der Bundesrepublik, wieder uneingeschränkter Global Player zu sein, widerspricht bisher zwar keine diesbezüglich aufgebrachte Fundamentalopposition, aber es entspricht auch nicht einer auf Nationalstolz hochgeputschten Volksstimmung.

Das sind nicht nur gute Nachrichten. Ohne eine lebhaft diskutierende und am politischen Geschehen interessierte Öffentlichkeit bleibt Demokratie ein Sonnenschein-Casus, der jederzeit Gefahr läuft, unter einem Schlagwetter begraben zu werden. Jedoch ist ein intelligenter politischer Diskurs eine mehrseitige Angelegenheit, die sich nicht mit zu einfachen Mitteln erzwingen läßt. Man kann sich allerlei ausdenken, die Parteien zu mehr Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Wählern zu bringen. Ihnen jedoch die edle Rolle vorzuschreiben, auf verdummende Wahlkampfstrategien zu verzichten und dabei Popularitätsverluste in Kauf zu nehmen, wird nicht gelingen. Parteien sind stimmenmaximierende politische Unternehmungen, keine gemeinnützigen und steuerabzugsfähigen Volkserziehungsanstalten, wie schon das Verfassungsgericht so weise erkannt hat.

Der Wille zur Veränderung der politischen Kultur hat also von der Wählerschaft selbst zu kommen. Es bedürfte dort einer Selbstverpflichtung, sich von mehr oder minder plumpen Wahlkampfmanövern nicht mehr täuschen zu lassen. Da aber Erziehungsprogramme zur Hebung des allgemeinen Niveaus in solchen Fragen bekanntlich selten erfolgreich sind, bliebe als Ausweg allein die Gewichtung des individuellen Wählereinflusses auf das politische Geschehen nach dem Grad der nachgewiesenen Kompetenz. Intelligent und vorurteilsfrei zu argumentieren würde sich für Politiker dann lohnen, wenn diejenigen, die solches goutierten, auch über höherwertige

Stimmen verfügten und derart ihre numerische Unterlegenheit wettmachen könnten.
Natürlich darf die darüber abzulegende Prüfung nicht auf die Vorlage von Bescheinigungen über den Besuch von Diskussions-Veranstaltungen und den Bezug von Zeitungen hinauslaufen. Das wäre nicht nur extrem mißbrauchs-anfällig und mit viel zu hohen Kontrollkosten verbunden. Damit wäre auch das Ziel nicht erreicht. Denn wer wird schon behaupten wollen, daß die Anwesenheit bei noch so vielen Wahlkampfreden die Kritikfähigkeit bildet oder die Lektüre einer Gazette automatisch zur Reizung der Synapsen führt.
Nein, die Kompetenz sollte direkt und für alle gleich bei der Stimmabgabe examiniert, gemessen und bewertet werden. Dank der möglichen Nutzung von Computern muß das keine schreckliche Ja/Nein-Guillotine sein, die je nach Ergebnis die Teilnahme am Wahlakt erlaubt oder verbietet. Vielmehr ist damit problemlos eine graduelle Wertung möglich. In der Kabine könnten kleine Bildschirme und simple Tastaturen eingebaut sein, mit deren Hilfe die Eintretenden zuerst einige – sagen wir zehn – Fragen zu beantworten haben, bevor der Weg zur Stimmabgabe frei ist. Natürlich sollen auch nicht die Lese- und Augenschwachen vergessen werden: die Kabinen ließen sich mit Kopfhörern und Braille-Tasten versehen. Und selbst für die stark zunehmenden Briefwähler kann man sich etwas einfallen lassen: schon Wochen vorher würden an ausgewählten Stellen einzelne dieser Maschinen aufgestellt, an denen man vorab seine Stimmprobe ableisten könnte.
Für jede richtige Antwort auf die gestellten Fragen soll es 10 Prozent Anrechnung geben, so daß der Gewichtungsfaktor je nach Können insgesamt zwischen 0 und 1 einer vollen Stimme schwankt. Am Ende werden die Anteile dann nach Wahlbezirken genauso zusammengezählt wie heute auch und aus den Summen die Sitzverteilung im Parlament ermittelt. Wieviel Punktanteile jeder Stimmbürger persönlich gemacht hat, bleibt das unentlockbare Geheimnis der Apparatur, die es auch den Wählern selbst nicht verraten sollte. Denn es darf nicht der Fehler begangen werden, hier leicht mögliche psychologische Selbstverstärkungszirkel in Gang zu setzen, die durch das Zusammenspiel von niedriger Eigen- und Fremdeinschätzung zur politischen Passivität ganzer Gruppen führen könnten.
Ewig umstritten bleibt sicher die Auswahl der Fragesteller. Auf keinen Fall darf die Regierung hier tätig werden, und auch die Legislative wäre befangen. Aber dafür haben wir ja Hochschulen mit verbriefter Autonomie. Lassen wir doch die Gesamtheit der dort tätigen Politikwissenschaftler per Wahl und/oder Los aus ihrer Mitte das Gremium samt wissenschaftlichem Apparat bestimmen, das uns vor jeder Bundestagsrunde mit der aktualisier-

ten Fragenliste überrascht. Und achten wir auch darauf, künftige stärkere ministeriale Einflußnahmen auf die Besetzung der plötzlich so wichtig gewordenen politologischen Lehrstühle durch formale Regeln wie Vetorechte der Universitätsgesamtheit wieder zu neutralisieren.

Der Einwand liegt nahe, den Vorschlag trotzdem für eine besonders abgefeimte Version der Sicherung (bildungs-)bürgerlicher Herrschaft bei formaler Gleichheit zu halten. Wer hat als Nicht-Angehöriger solcher Schichten schon die Gelegenheit, den von diesen früh erworbenen und dann weiter gepflegten Wissensvorsprung aufzuholen? Zur Entkräftung des Vorwurfs muß also eine zusätzliche Möglichkeit eingebaut werden, das Hindernis der mangelnden politischen Kompetenz auch mit recht einfachen Mitteln zu überwinden, ohne seinen sonstigen Lebenszuschnitt deswegen ändern zu müssen.

Das kann durch Auswendiglernen geschehen. Denn natürlich dürfen nicht immer und überall dieselben zehn Fragen gestellt werden. Das spräche sich sofort herum, und Spickzettel wären vor den Wahllokalen rasch zu erhalten. Es muß statt dessen eine individuelle Zufallsauswahl sein, die der Computer für jeden Wähler neu trifft aus einer Liste von vielleicht gut 1000 eingegebenen Fragen. Alle Wahlberechtigten sollen frühzeitig dieses Verzeichnis samt den richtigen Antworten zugeschickt bekommen und können damit auch dann einen höheren Punktwert erreichen, wenn sie den Sinn mancher Problemstellungen nicht erfassen. Sie erhalten das volle Gewicht ihrer Stimme nicht etwa, weil sie in der Kabine in Ruhe alles nachlesen können – das ließe sich durch die Vorgabe einer nicht allzulangen Zeitspanne zwischen Frage und Antwort schon verhindern –, sondern weil ihnen ihre politische Einflußnahme soviel wert ist, daß sie die Mühe des Auswendiglernens auf sich genommen haben.

Einen pädagogischen Lerneffekt wird man auf jeden Fall erwarten können, das Büchlein der politischen Fragen würde durchgeblättert und zu Hause wie an Stammtischen skeptisch durchdekliniert werden. Nicht nur Schulen dürften in Wahlkampfzeiten ihre Curricula danach ausrichten, sondern auch Sparkassenfilialen könnten mit nachgebauten Kabinen ihre Kunden einladen, das politische Wissen zu testen, und die Sieger mit einem Sparbuch belohnen. Eine unverschämt hohe Hürde wird man diese komprimierte Wissensaneignung nicht nennen können. Schließlich unterziehen sich jedes Jahr Hunderttausende einem ähnlichen Verfahren, nur um das Anrecht auf das Führen von Kraftfahrzeugen zu erlangen. Das ist vielleicht individuell nützlicher, aber auch die sorgfältige Auswahl der Staatslenker sollte uns einigen Schweiß kosten dürfen.

Wieviel davon man zur Vorbereitung investieren möchte, sollte wieder nach

eindeutigen Kriterien entscheidbar sein. Alle Fragen könnten nach ihrem Schwierigkeitsgrad in fünf Gruppen aufgeteilt werden, aus denen jeweils zwei gestellt würden. So hätten auch die mit eher rudimentären Vorstellungen vom politischen Geschehen noch gute Chancen, wenigstens etwas Gewicht in die Waagschale zu legen. In der untersten Stufe dürften ruhig einige besonders simple Verhältnisse abgefragt werden wie: Ist Richard von Weizsäcker immer noch Bundespräsident oder wieder Regierender Bürgermeister von Berlin? Schon eine ganze Klasse höher anzusiedeln wäre zweifellos die Frage, ob Czerny a) der vermutliche Stasi-Deckname eines hohen CDU-Politikers oder b) Trainer einer Mannschaft in einer Sportart mit niedrigerem Verletzungsrisiko ist.

Noch mehr Nachdenken verlangte sicher die Frage, wie lange eigentlich Atommüll sicher aufbewahrt werden muß, damit er für Menschen nicht mehr schädlich ist, oder ob es z. B. wahr sei, daß von den Produzenten der Dritten Welt heute tatsächlich x Prozent mehr Säcke Kaffee für einen importierten Lastwagen zu bezahlen seien als vor zehn Jahren. Und ganz nach oben bezüglich des Schwierigkeitsgrads käme man mit Feinheiten wie der, um wieviel Prozentpunkte vermutlich die Mehrwertsteuer gesenkt werden könnte, wenn Zinserträge in der Bundesrepublik genauso ordentlich wie Arbeitseinkommen versteuert werden müßten.

Wer solche Fragen besser beantworten könnte, liegt auf der Hand: die Jungen und Gutausgebildeten. Aber deren Einfluß zu verstärken wäre strategisch für eine Gesellschaft im Umbruch nur richtig. Denn in Deutschlands Osten wie Westen zeigen ausgerechnet die Älteren und besonders die Alten eine schon erschreckend hohe Wahlbeteiligung, die unter Vierzigjährigen und verstärkt die ganz Jungen hingegen eine recht niedrige. Bei den Betagteren stehen aber unangefochten die konservativeren Parteien in der Gunst. Wer da trotz des demographischen Trends der voranschreitenden Veralterung der Bevölkerung auch den innovativeren Kräften eine Chance zum Mehrheitsgewinn eröffnen will, muß interessiert sein an einem ganz neuen Typ von politischem Wettbewerb: wo Menge durch Qualität ersetzt werden kann.

HANSER
HANSE
HANS
HA
H

Ein wichtiger Beitrag zur Neudeutung der deutschen Geschichte

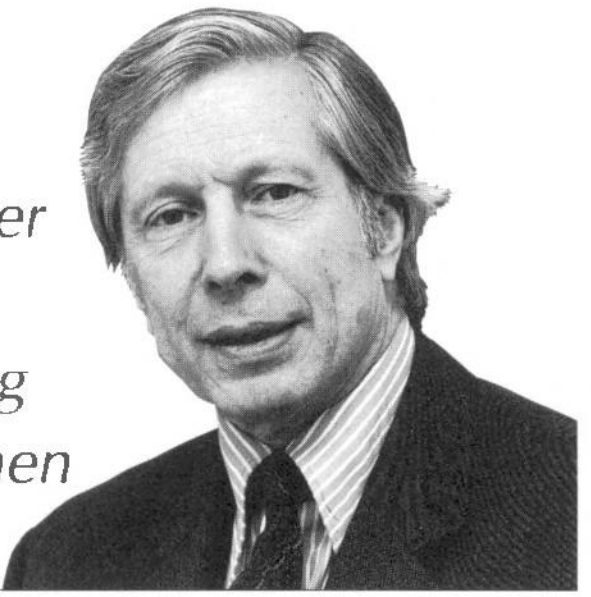


Foto: Isolde Ohlbaum

Nicolaus Sombart hat das Werk von Carl Schmitt, einem der einflußreichsten und umstrittensten deutschen Staats- und Politiktheoretiker, dechiffriert: als Manifestation des Ordnungs- und Gewaltdenkens in der deutschen Mentalitätsgeschichte. Sombarts Studie klärt auf über den verhängnisvollen Sonderweg der Deutschen, die sexuelle Dimension in der Politik und nicht zuletzt über die spezifischen Ursprünge des deutschen Antisemitismus.

400 Seiten.
Leinen.
DM 58,–

Jürgen Busche
Des Deutschen Vaterland

Die Frage nach dem deutschen Vaterland ist nicht vorstellbar ohne den Soupçon gegen schwer faßbare Leute, von denen vermutet wird, daß ihnen ein solches Vaterland gleichgültig sei. Das Pathos, das die unterschiedlichen Formulierungen dieser Frage begleitet, ist selten frei von Anzeichen der Besorgnis, der Vaterlandsfreund könne in seinem Glück frevlerisch gestört werden. Manches klingt infolgedessen vorsorglich schrill, ist auf Abwehr eingestellt, gibt sich bedrängt. Die darin zum Ausdruck kommende Unsicherheit wurde gelegentlich auf die Schwierigkeit geschoben, die Deutschland mit der Nationwerdung hatte; damit ist aber eher die Schwierigkeit gemeint, die etliche deutsche Länder damit hatten, sich zu einem Nationalstaat zusammenzuschließen. Was der Begriff der Nation, wie er im Universalreich der mittelalterlichen Kaiser auftaucht, zu tun haben könnte mit jenem Begriff der Nation, über dem vom Olymp der Weimarer Klassik herab dekretiert wurde, daß die Deutschen ihm vergeblich nachjagten, darüber ist, einen direkten Bezug suchend, noch nicht nachgedacht worden. Der Nationalstaat verursacht vor allem politische Mühsal, und charakteristisch mutet allein schon die Geschichte des Wortes *deutsch* an.

Dieses nämlich war zuerst da. Was als Anfang zu erzählen wäre, ist die Geschichte eines Adjektivs, anfangs benötigt, um die romanischen Sprachen von den germanischen zu unterscheiden, und zwar ohne das Germanische notwendig das Germanische nennen zu müssen, denn dort, wo die tägliche Praxis eine solche Unterscheidung wünschenswert machte, nämlich an der Grenze von romanischer und germanischer Welt, war das mit einer Übertragung dieses Gegensatzes nicht mehr zu leisten, weil ein großer Teil der Franken zur welschen Sprache desertiert war, weshalb der französischen fränkischen Sprache vernünftigerweise kaum eine germanische im Sammelnamen gegenübergestellt werden konnte. Zwar war *franzisk* (französisch) noch nicht gleich *frenkisk* (fränkisch), aber die Nähe gebar, wie nicht anders zu erwarten, doch Zweideutigkeiten, und manches daraus erwachsene Ungemach mag die Popularität des Ausdrucks *theodiscus* für deutsch wohl befördert haben, obgleich es auch hier am Anfang Gelehrte waren, die sich

den Terminus ausgedacht hatten. Der älteste bekannte Beleg stammt aus dem Jahr 786. Kardinalbischof Georg von Ostia berichtet als päpstlicher Legat seinem stellvertretenden Herrn von Beschlüssen südenglischer Synoden, die »tam latine quam theodisce« verlesen worden seien.
Also ein lateinischer Neologismus im Ursprung des ehrwürdigen Wortes. Das erschwerte möglicherweise auch sein Aufrücken zum Substantiv. Obwohl es dafür vereinzelte frühe Belege gibt, freilich nur solche, die durchaus zufällig wirken, tritt ein Bewußtsein davon, daß kulturell und politisch eine sei's auch vage Einheit möge bedeuten können, was da alles deutsch genannt wird, erst bei Walther von der Vogelweide auf, und noch Luther schreibt »aller stedte deutsches lands«, also nicht Deutschlands. Der zweitälteste Beleg für den Gebrauch des Adjektivs immerhin stammt vom Hofe Karls des Großen. Der ließ 788 auf dem Reichstag von Ingelheim den bayrischen Herzog Tassilo wegen eines Verbrechens zum Tode verurteilen, »quod theodisca lingua harisliz dicitur«. Tassilo wurde begnadigt, aber seine Untat, die sprachgeschichtlich in die ältesten Zeugnisse der deutsch genannten Sprache einging, blieb ein deutsches Problem: *harisliz* heißt Heereszersplitterung, gebrochene Reichstreue, mangelnde Begeisterung für das, was des Deutschen Vaterland ist. Schon Karl hatte mit Leuten zu tun, die nicht sehr überzeugt davon waren, daß es das gab. Allerdings wurde das »Heilige Römische Reich deutscher Nation« auch erst 962 durch Otto den Großen begründet, und sein hehrer Titel mit dem uns Spätlinge so nachdenklich stimmenden attributivem Bestandteil *deutscher Nation* begegnet uns erst im 14. Jahrhundert, hier auch noch in lateinischer Sprache, und zu allem Überfluß wird dort das geliebte *deutsch* nicht mit *theodiscus* wiedergegeben, sondern mit *germanicus*: Sacrum Imperium Romanum Nationis Germanicae. Es geht hin und her.
Überlegungen zur Nationwerdung der Deutschen führen auf der Suche nach dem Vaterland in die Irre. Aussichtsreicher könnte es sein, einem spezifisch deutschen Unbehagen am Nation-sein nachzuspüren. Auch wenn damit vielleicht nur ein Zugang zu Peripherem gewonnen würde. Jede Untersuchung zu einem allzuviel beredeten Thema beginnt am besten mit der Frage nach dem, was zu sehen ist. Wenn die Deutschen in ihrer Geschichte politisch wurden und vom Vaterland sprachen, meinten sie stets eine Macht, die es ihnen erlaubte, vor niemandem Angst zu haben. Das bezeugt schon Walther, und von allen Aussagen aus deutschem Munde über das, was und wie die Deutschen sind, war oder ist wohl die berühmteste, auf jeden Fall am weitesten verbreitete die von Bismarck, der sagte: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Das nach der Überzeugung eines Reichsgründers auf deutschem Boden treffendste Tätigkeits-

wort für die Deutschen ist demnach: sich fürchten. Die aktuelle Bestimmung, vor wem sie sich fürchten und vor wem nicht, verblaßt gegenüber solchem Befund.

Ihn aber sollte man vor Augen haben, wenn man sich folgende Facta besieht: Dreimal gelang bei den Deutschen eine Staatwerdung mit dem Ergebnis, daß diese Staaten in der europäischen Geschichte als Größen erster Ordnung dastehen. Diese drei Staaten sind das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, die preußische Monarchie der Hohenzollern – am besten sagt man: vor, während und nach Friedrich dem Großen – und die Bundesrepublik Deutschland. Jedem dieser drei Staaten ist eigentümlich die Bedeutungslosigkeit von allem, was zur Vorstellung von Vaterland und Nationalgefühl gehört. In der Weltordnung des Mittelalters war den Deutschen beziehungsweise ihren Königen das Imperium übertragen. Ob das Imperium als Äquivalent genommen werden kann für das, was ein Staat ist, mag immer neu untersucht werden. Aber wenn das auch eine Frage ist, so ist es doch keine Frage, daß die deutschen Kaiser im Bewußtsein ihrer Herrschaft nicht nationalstaatlich deutsch dachten – was ihnen später kleindeutsche Historiker zum Vorwurf machten –, sondern daß sie universalistisch dachten und der Zusatz in ihrem Reichsnamen »deutscher Nation« lediglich die Herkunft der Staatsgewalt beschrieb, keinesfalls jedoch den Ursprung ihrer Legitimation und noch weniger ihre Grenzen. Und eben auch nicht exclusiv das Staatsvolk.

Gleichwohl wußten die Deutschen im Reich ihrer mittelalterlichen Kaiser, daß sie deutsch waren. Wenn sie es nicht wußten, erfuhren sie es spätestens dann, wenn sie mit Angehörigen anderer Nationen in Berührung kamen, vorzugsweise bei denen zu Hause. Weil auch die erfolgreicheren deutschen Staaten selten die Macht oder Macht in solcher Kontinuität besaßen, daß sie ihre Landeskinder hätten begaben können, im Ausland mit angenehmem Selbstbewußtsein aufzutreten, kam es dahin, daß Deutsche im Ausland entweder den Tisch umschmeißen oder sich an den unteren Rändern desselben als Weltmeister der Assimilierungskunst erweisen. Das ist eine uralte Geschichte.

Friedrich der Große gedachte als einer der ersten, die Sache umzudrehen. Er verkündete seine Bereitschaft, auf märkischem Sand Moscheen zu errichten, wenn das der Peuplierung des Landes diene. Die Moscheen wuchsen später auf dem Boden der Bundesrepublik empor, als für die Zunahme der Fließbänder, nicht für Manufakturen Population benötigt wurde. – Preußen und die alte Bundesrepublik sind Kunststaaten. Beide stützen sich auf ein Staatsvolk, das nur einen Teil der Nation umfaßt, der es sich zugehörig fühlen kann. Beide stellen Staatsziele obenan, die auf Internationalität

hinauslaufen. Beide konnten auch nur mit der fortschreitenden Internationalisierung ihrer tragenden Kräfte weiterkommen. Nach Preußen wanderten unablässig ausländische Eliten ein und verbesserten die Prosperität des Staates. In der Bundesrepublik – das mag neben unzähligen Organisationsdetails qualitätsmäßig der Hauptunterschied infolge der Westverschiebung des Modells sein – wanderten zumeist die Arbeitskräfte für die unteren Lohngruppen ein und ermöglichten die Erfolge der von der Expansion ihrer Mittel abhängigen Prosperitätsmaschine namens Soziale Marktwirtschaft. Die Bundesrepublik brauchte Internationalität, um die Eigendynamik ihrer Industrie zur Entfaltung zu bringen. Preußen war ein Staatskonstrukt – und damit wohl doch mehr als nur eine Armee mit immerhin internationalem Führungskader –, das sein Land gefunden hatte. Die Bundesrepublik war ein Wirtschaftsexperiment, das sein Ursprungsterrain zu einem Staat entwickeln konnte.

Die Bundesrepublik war ... Ist sie jetzt etwas anderes? Kann sie, sollte sie etwas anderes werden? Geplant war es jedenfalls nicht. Gewiß, die Wiedervereinigung war seit ihrer Gründung eines der von ihr am meisten beschworenen Ziele. Die Präambel des Grundgesetzes erhob es in eine erlesene Gemeinschaft erster Ziele, denen der neue Staat seine ganze Kraft zu widmen habe. Es war ein bequemes Ziel, weil es einem guten moralischen Selbstbewußtsein Nahrung gab, ohne das mindeste für die tägliche Praxis zu bedeuten. Man konnte nichts dafür tun und brauchte sich keine Vorwürfe deshalb zu machen. Was immer sich die Deutschen beim Stichwort Kalter Krieg denken mochten: daß eines seiner Kriegsziele die Wiedervereinigung hätte sein müssen, sein können, gehörte nicht dazu. Wenn deutsche Politik in die Zukunft dachte, so dachte sie zuerst an Westeuropa. Irgendwann später an Osteuropa. Aber schon das nicht allzu gern. Tatsächlich war die Bundesrepublik der Gewinner der europäischen, der deutschen Teilung. Nur diese Teilung erlaubte es ihr, ganz und gar ein politisch unbeargwöhnter westeuropäischer Staat zu werden. Das hatte sie seit Adenauer sein wollen, und das ist sie über alle Regierungswechsel in Bonn hinweg im Bewußtsein ihrer Bürger geblieben. Der KSZE-Prozeß war ihr ein Herzensanliegen, weil damit der Friedenssehnsucht, dem Sicherheitsbedürfnis dieser Bürger entsprochen wurde. Man hoffte auf Entspannung der politischen Verhältnisse in Osteuropa, nicht jedoch auf Umsturz. Kaum ein Land in Westeuropa hat mit solcher Gleichgültigkeit auf die Systemopposition in den Warschauer-Pakt-Ländern gesehen wie die Bundesrepublik. Wo dies anders war unter den Deutschen, verbanden sich damit Ziele, die für eben jene Systemopposition in Polen und anderswo gefährlich waren. Das ist das Paradoxon der Geschichte der achtziger Jahre: die entgegenkommenden

Gesprächspartner, die Tauben aus dem Westen brachten das östliche Diktaturgebäude zum Einsturz. Diejenigen, die den Einsturz proklamierten und jeden Annäherungsvorgang, den ganzen KSZE-Prozeß immer ablehnten, kamen durch eine Politik zum Ziel, die sie gern als Wandel durch Anbiederung diffamiert hatten.

Oder war das nur die Methode, der Schleier, produziert von unwissenden Traumtänzern, hinter denen die Falken des Westens ganz andere Tatsachen in Stellung gebracht hatten? War die Sowjetunion mit ihren östlichen Verbündeten ganz real totgerüstet worden, hatte der Nachrüstungsbeschluß der NATO, in der Bundesrepublik von Kanzler Helmut Schmidt zum Programm gemacht, von Kanzler Helmut Kohl durchgesetzt, ihren Ambitionen das Ende bereitet? Das mag hier auf sich beruhen. Die Tatsache, auf die es beim Blick auf die deutsche Geschichte ankommt, ist, daß es eine globale Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Ost und West war, deren Folge den Deutschen die Einheit in den Schoß warf. Sie haben sie nicht erstritten, und aus dem Vorgang sowie aus ihrem Anteil bei diesem Geschehen wird nicht ersichtlich, ob sie auch nur mit der Möglichkeit eines solchen Ergebnisses gerechnet hatten. Zuletzt wird man auch die Frage stellen können, ob sie dieses Ergebnis gewollt hatten, die Deutschen in der Bundesrepublik.

Gerade diese Frage scheint derzeit beantwortet – oder verdrängt in einer Weise, die phantastisch anmutet. Ein Jahr nach Einführung der Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten – dieser Schritt bedeutete faktisch und historisch die Wiedervereinigung –, ein halbes Jahr nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen ist die totale Unfähigkeit der deutschen Politik, der deutschen Öffentlichkeit, mit der Einheit klarzukommen, der stärkste Beweis dafür, daß sie diese Einheit nie gewollt haben. Sie haben sie nur nicht auch *nicht* gewollt. Sie haben niemals einen ernsthaften Gedanken darauf verwendet. Sie waren auf tausend Eventualfälle des gemeinsamen Lebens besser vorbereitet als auf die deutsche Einheit. Auf die waren sie gar nicht vorbereitet. Überhaupt scheint es so, als hätte an die deutsche Einheit niemand gedacht. Sie spielte keine Rolle. Osteuropa wollte zu Westeuropa, genauer, zum Wirtschaftsparadies Europäische Gemeinschaft. Das bedeutete aber: zur Bundesrepublik auch, und dabei war die DDR ein Hemmnis. Das mußte weg. Die Bundesrepublik wollte das Ostgeschäft; sie hatte deshalb lange vorher schon das Hemmnis beseitigt, indem sie es anerkannte. Das ging nun nicht mehr, weil in dem Hemmnis 16 Millionen Menschen lebten, die es sich wohl sein lassen wollten wie die Menschen in Baden-Württemberg.

Diese Menschen machten jetzt nicht etwa eine Revolution, sie verhinderten

mit dem Schlagwort »Deutschland, einig Vaterland« sowohl den Reformprozeß, der die Politik in Warschau, Prag und Budapest bestimmte, als auch eine Revolution, die diesen Namen verdient hätte. Der schnellste Weg zur Mark war die Einheit. Diesen Weg wollten sie gehen. Daß eine vierzig Jahre alte Rhetorik mit in Jahrtausenden nicht veralteten Idealen diesen Weg besser aussehen ließ, wurde dankend akzeptiert. Zur Sache des Ereignisses gehörte das nicht. Politik in der alten Bundesrepublik wurde davon nicht anders als von den internationalen Veränderungen überrollt. Zu keinem Zeitpunkt im Jahr 1990 war ein deutscher Politiker Herr des Geschehens. Die Bundesregierung und ihr Kanzler konnten nur die notariellen Termine arrangieren.

Sehr schnell begriff die Bevölkerung in der alten Bundesrepublik, daß hier ein Geschehen in Gang gekommen war, das auf ihre Kosten ablief. Dabei hatte sie freilich das Pech, daß die Volksparteien aus vergleichbaren Gründen beide sehr contre cœur handelten. Die Union, die Partei West- und Süddeutschlands, konnte bei ihrer schweigenden Stammwählerschaft mit einer Einheitspolitik nicht viel Enthusiasmus wecken. Mit solcher Einsicht wäre sie aber in einen gewissen Gegensatz zu sich selbst geraten, denn seit Ende der sechziger Jahre, erst recht seit der sozial-liberalen Ostpolitik in den Siebzigern hatte sie den klassischen Rechtswählern Heimstatt geboten und ihnen – da das alles ja keine Rolle mehr zu spielen schien – das Thema Deutschlandpolitik überlassen wie im Haus ein altes Zimmer, das nicht mehr gebraucht wird. Nun wurde plötzlich in diesem Zimmer die Hauptparty gegeben. Die Gelegenheit zum Mitfeiern war günstig, nur durfte es kein Geld kosten. Bei den Sozialdemokraten war es umgekehrt. Hier gab es eine alte, schweigende Stammwählerschaft, die durchaus deutschnational dachte. Ihre Herzen schlugen höher, als Willy Brandt das Wort sprach, nun wachse zusammen, was zusammengehöre. Diese alten Sozialdemokraten saßen in vielen Zimmern ihres Hauses, nur in dem nicht, in dem sozialdemokratische Politik im Wahljahr vom Kanzlerkandidaten Lafontaine gemacht wurde. Verständlicherweise hatte Lafontaine es schwerer, mit den Widersprüchen in der SPD fertig zu werden, als Kohl mit den Widersprüchen in der Union.

Zugleich aber wird deutlich: einen Nationalrausch der Deutschen aus Anlaß der Einigung hat es nie gegeben. Es gab die Freude über den Fall der Mauer; es gab die Freude immer dann, wenn ein Anlaß auftauchte, einen draufzumachen, so zu Silvester 1989, so am Vereinigungstag Anfang Oktober 90. Aber bei passenden Gelegenheiten feierten die Deutschen spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft von 1954 so. Eine sentimentale Freude darüber, daß es denen da drüben nun möglich sei, sich ähnlich frei zu

bewegen, wie man es selber gewohnt war, kam gewiß hinzu. Doch über Einheit machte sich niemand Gedanken. Und Kohl wußte, daß sie nichts kosten durfte, daß zumindest vor der Bundestagswahl über die Kosten nichts bekannt werden dürfte. An der alten Bundesrepublik sollte sich – fünf neue Länder oder nicht – nichts ändern.

Spätestens das Ergebnis der Bundestagswahl bestätigte, daß die Deutschen im Westen so wählten, als wäre nichts Besonderes passiert. Die Union fuhr ein überaus bescheidenes Ergebnis ein. Die FDP konnte – wie in anderem Bündnis bei der letzten Schmidt-Wahl 1980 – aus dem Niedergang des Koalitionspartners Gewinn ziehen. Aber auch die SPD wurde abgeschmettert. Trotzdem hatten beide Volksparteien Grund, das Wahlergebnis als Ergebnis einer Einheitswahl zu verstehen. Die Union wußte, was für finanzielle Schwierigkeiten auf die öffentlichen Haushalte zukommen würden, und schmiedete das Instrumentarium der Rechtfertigungen: das Volk selbst habe ja die Einheit gewählt. Die Sozialdemokraten mußten eine Ausrede für das beschämende Abschneiden ihres Lieblings Lafontaine finden. Da dieser sich interpretierbar zum Einigungsprozeß geäußert hatte, ließ sich das als Hauptfehler zugeben, der zu dem Zeitpunkt zwar schlimm, aber schließlich doch nur einmalig gewesen war. Wiederholungsgefahr bestand nicht. Auf diese Weise ließ sich vielleicht vergessen machen, daß der saarländische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat wenigstens für westdeutsche Wähler sich weniger durch seine Haltung zur Sache desavouiert hatte als durch die Unfähigkeit, diese Haltung in einsichtige und konsequente Politik umzusetzen. So gab es und gibt es bis heute in Bonn eine große Koalition derer, die Rechtfertigung und Gewinn ziehen aus der Behauptung, die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl sei in ihrem Ergebnis vom Wunsch der Deutschen nach nationaler Einheit bestimmt gewesen.

Was ist des Deutschen Vaterland? Wenn er ein sentimentales Verhältnis dazu hat, so ist es das Land, in dem man seine Muttersprache spricht und die Lieder seiner Kindheit singt. Indes, er leistet sich ungern sentimentale Verhältnisse. Und das Großartige seines Landes sucht er am liebsten in seiner Geschichte auf. Er ist der Ordnung Freund seit je gewesen, und da man Vaterland oder Nation kaum so ordnen kann wie einen Staat, zieht er diesen dem Vaterland vor, am liebsten als ganz abstrakt gedachtes Herrschaftskonstrukt, wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation oder das Preußen von ehedem oder die alte Bundesrepublik. »Im schönsten Wiesengrunde« und »Kein schöner Land« kann man auch dort singen. Aber ob zwischen München und Salzburg, zwischen Konstanz und Zürich eine Grenze verläuft, ist ziemlich gleichgültig. Das Geld wird schon konvertierbar sein, und die Musik, das Theater, die Bücher sind fast dieselben. Als der

große Humanist Johannes Reuchlin um einer günstigen Anstellung willen seinen Neffen Philipp Melanchthon beim sächsischen Kurfürsten herausstreichen wollte, schrieb er, in Deutschland gebe es keinen besseren Kenner der alten Sprachen als Erasmus von Rotterdam. Doch der sei Holländer. So rasch wurde damals, als es noch auf der Kippe stand, Holland vor die Grenzen des deutschen Vaterlandes verwiesen. Zu lernen ist daraus allerdings nur, wie unwichtig das alles ist. Die Zeichen stehen gut dafür, daß es auch für die neue Bundesrepublik unwichtig bleibt.

Jean-Paul Sartre

erörtert die Frage
WAS IST LITERATUR?
in einem berühmten Essay.
Informieren Sie sich über
dieses immer wieder aufbrechende und neu diskutierte
Problem aus dem Werkbeitrag in Band 14 (Aug. '91)
von KINDLERS NEUEM
LITERATUR LEXIKON.

Dort finden Sie darüber
hinaus ausführliche Beiträge
zu 28 weiteren Werken
des großen französischen
Schriftstellers und
Philosophen.

Übrigens: Der Literaturbegriff, der dieser
Enzyklopädie zugrunde liegt,
ist universell: Er umfaßt
nicht nur den Bereich der
»Schönen Literatur«
sondern ebenso Philosophie,
Theologie, Geschichte,
Soziologie, Psychologie und
wirkungsmächtige
Werke der Naturwissenschaften.

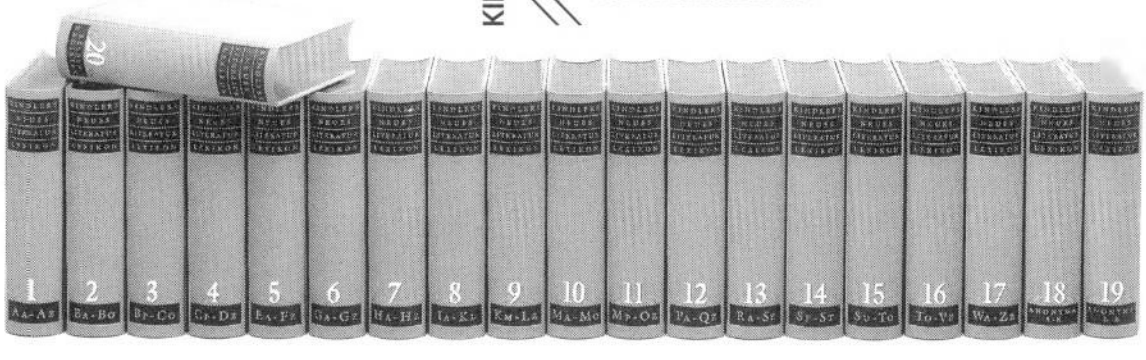
KINDLERS NEUES
LITERATUR LEXIKON in
20 Bänden ist mit etwa
19 000 Beiträgen zu Werken
der Schönen Literatur,
der Geistesgeschichte und
der Naturwissenschaften
aus mehr als 130 Nationalliteraturen die größte
literatur- und geisteswissenschaftliche Enzyklopädie
im deutschsprachigen Raum.

Jeder Einzelbeitrag enthält
in kompetenter und anschaulicher Darstellung: Inhaltsanalyse, Entstehungsgeschichte, Interpretationshinweise, aktuelle Bibliographie. Leicht zugänglich
durch die Anordnung
im Alphabet der Autoren.
Jeder Band mit Autoren- und Titelregister.

KINDLERS NEUES
LITERATUR LEXIKON: Das
enzyklopädische Jahrhundertwerk. Herausgegeben von
Prof. Dr. Walter Jens.

KINDLER

Kindler Verlag, Rauchstraße 9–11
8000 München 80



Senden Sie mir die kostenlose 30-seitige Informationsbroschüre KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON.

_____

_____ Ku

Otmar Franz (Hrsg.):
Die Europäische Zentralbank
1990, 398 Seiten, 78,00 DM
ISBN 3-7713-0384-2

Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.):
Jahrbuch der europäischen Integration 1989/90
1990, 560 Seiten, 89,00 DM
ISBN 3-7713-0385-0

Wilfried Loth (Hrsg.):
Die Anfänge der europäischen Integration 1945 bis 1950
1990, 252 Seiten, 49,00 DM
ISBN 3-7713-0381-8

ZEITSCHRIFTEN

EUROPÄISCHE ZEITUNG
Monatszeitung für den engagierten Europäer und jeden an Europa Interessierten

Zweimonatsschrift **DOKUMENTE**
Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog

Vierteljahresschrift **INTEGRATION**
zur wissenschaftlichen Reflexion der europäischen Einigung

Auf Anforderung liefern wir das Verzeichnis unserer aktuellen Titel sowie Probeexemplare der Zeitschriften kostenlos.

Europa Union Verlag
Europa-Zentrum · Postfach 15 29 · 5300 Bonn 1

KETZERBRIEFE - Flaschenpost für unangepaßte Gedanken - Nr. 23 Sonderausgabe

GOLFKRIEG SPEZIAL

92 Seiten, DM 9,-
ISSN 0930-0503
ISBN 3-922774-598

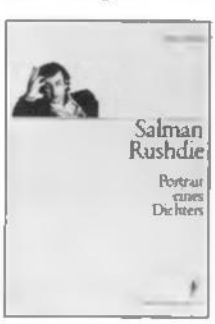
Aus dem Inhalt:

Fritz Erik Hoevels: **Der zweite Golfkrieg und die Sache der Aufklärung**
Peter Priskil: **Bushs Wiederkäuer. Ein bemerkenswerter Fall von Hofschranzentum**
Peter Priskil: **Kulturvandalismus im Schatten des Vernichtungskrieges**
Fritz Erik Hoevels: **Die Metamorphose des Friedenstäubchens**

"Ich bin stolz auf Freunde von dieser Statur."
(Richard von Weizsäcker)

Diese Karikatur entstand speziell für die Sonderausgabe der KETZERBRIEFE. Vierfarb-Kunstdruck, hochglanz, 22 x 29 cm, limitierte Auflage, Einzelpreis DM 5,- zuzügl. Porto, zusammen mit dem KETZERBRIEF DM 12,- zuzügl. Porto.

Die einzige Rushdie-Biographie von Rang, die den Dichter konsequent gegen religiösen Fanatismus verteidigt:



Peter Priskil:
Salman Rushdie
Portrait eines Dichters
102 Seiten, DM 10,-
ISBN 3-922774-28-8

AHRIMAN-Verlag
Postfach 6569, D-7800 Freiburg

Cora Stephan
Im Drüben fischen

Sommer 1990: irgendwie sind sie heuer alle in Mailand, die westdeutschen Aufmerker, auch »Öffentlichkeit« genannt. Jedenfalls ganz weit weg. Von Schwerin aus gesehen: Kontinente entfernt.

Eben noch war sie aus den frostigen Nebeln des Kalten Krieges aufgetaucht, die DDR mit ihren eigentümlichen Bewohnern, schon sinkt sie wieder zurück in den Schneewittchensarg – ganz schön geküßt. Was jetzt passiert, geschieht hinter keinem eisernen, sondern einem gläsernen Vorhang oder einer Art Nebel von Avalon: ein Gemeinwesen kommt zum Stillstand, schon verschwimmen die Konturen, gleich löst es sich auf. Unwirklich wird, was keinen Namen mehr hat, was niemand sein eigen nennt, wem niemand sich mehr zuwendet – weder die eigenen Bewohner noch mildtätige Erlöser. Denn Westdeutschland praktiziert den abgewandten Blick. Wer weiß, was zu sehen sein wird, wenn man wieder Zeit hat, hinzuschauen – Aschenputtel, Prinzessin oder die böse Stiefmutter?

Frühjahr 1991: alles, was man jetzt mit großem Erstaunen zur Kenntnis zu nehmen bereit ist, zeichnete sich bereits im vergangenen Sommer ab. Im Osten Deutschlands entsteht eine Landschaft, die bald nur noch als formschöne Synthese aus Müllkippe und Naturpark zu gebrauchen sein wird. Die märchenhafte Verwandlung der DDR aus einem realsozialistischen Frosch in einen demokratisch und wirtschaftlich gleichermaßen dynamischen Prinzen hat nicht stattgefunden. Der Industriestandort DDR war nicht zu retten, der Untergang der Großbetriebe und die »Eigentumsfrage« haben auch die mageren Überreste des Mittelstandes in ihren Sog gezogen bzw. Kleingewerbe und Dienstleistungsbetriebe gar nicht erst entstehen lassen, Neuinvestitionen aus dem Westen bleiben auch anhaltender Rechtsunsicherheit wegen aus; die Kommunen, Basis der Demokratie, verfügen zwar über frischgewählte Volksvertreter und nagelneue Verwaltungsvorschriften, nicht aber über die nötigen menschlichen oder materiellen Ressourcen: kein Geld, kein Eigentum, keine Fachleute; die DDR-Bürger selbst beziehen zwar weiterhin Arbeitslohn (bei steigender Tendenz zu Kurzarbeit Null) oder immerhin Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe, wovon

man Gebrauchtwagen, Westwaren, ja sogar steigende Mieten bezahlen kann, gleiten aber perspektivlos in immer tiefere Resignation, die schnell in Sehnsucht nach dem »bewährten« Alten oder in Aggression umschlagen kann. Denn für aktive Selbstgestaltung der eigenen Lebensumstände fehlt bislang noch jede Basis.

Westdeutsche Politiker geben klein bei: die »Selbstheilungskräfte des Marktes« – eine Schimäre. Anschubfinanzierung aus der Portokasse – die »Steuerlüge« aus Wahlkampfzeiten. Ebensowenig treffen die ideologieträchtigen Mutmaßungen der Einheitsgegner zu: Ausverkauf der DDR? Niemand will den Schrotthaufen haben. Kohlonisation? Die Helmut-Wahl ist längst vorbei, weshalb sich Regierung wie Opposition jede weitere Kulturmission im Osten schenken.

Die Sache wird teuer, die Ostdeutschen bleiben auf längere Sicht alimentiert aus dem Westen; aber wer, wie die Buchhalter aus Regierung und Opposition, in allem zuvörderst ein Geldproblem sieht, der täuscht sich – pathetisch gesagt: zu unser aller Nachteil. Nicht nur an den westlichen Geldbeutel geht es, sondern vor allem an liebgewonnene Gewohnheiten wie Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Ob sie mehr als nur Gewohnheiten, Haltungen, folgenloser »Lebensstil« sind, wird sich erst erweisen, wenn der deutsche Westen einmal wirklich mit ihnen hausieren, auf Kulturmission ginge – mit Gütern und »Werten«, auf die er sich bislang tatsächlich etwas einbilden konnte. Da allerdings geriert sich manches als Einfühlsamkeit, was man besser Bequemlichkeit nennen sollte: Man dürfe sich nicht einmischen, demokratisch werde jeder am besten von alleine. Aus der Ex-DDR wird dieser Tage eine andere Einschätzung kolportiert: »Wenn die neuen Sieger der Geschichte doch wenigstens das Verantwortungsgefühl hätten, das die Engländer oder Amerikaner nach dem Krieg bekundeten!« (Zitiert von Friedrich Dieckmann.)

Die deutsche Einigung: zur Farce wurde, was eine historische Chance hätte sein können. Als letztere haben es viele unserer kritischen Aufmerker allerdings schon mal gar nicht erkennen können. Was, wie ich meine, Teil des Problems ist.

Im Sommer 1990, als die soeben wiederentdeckte DDR für den Westen bereits wieder im Dunst verschwand, weil man von Mailand oder Frankfurt aus Leipzig beim besten Willen nicht erkennen kann, haben auch viele andere Illusionen jene Schwundstufe erreicht, auf der sie durchschaubar werden. Von, sagen wir mal, Schwerin aus gesehen nahm die alte Bundesrepublik phantasmagorische Züge an. Noch einmal blähte sie sich auf zu einer ansehnlichen, gut vierzigjährigen Marktfrau, die ihre ebenso begehrenswerten Waren geschickt zu preisen verstand. Noch einmal versprach sie Handel

und Wandel, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, lockte mit Gewaltenteilung, rechtsgebundenen, funktionstüchtigen Verwaltungen und einer überwachen Öffentlichkeit, der kein noch so kleiner Verstoß gegen Recht und Gesetz verborgen bleibe, versprach also sämtliche Schönheiten einer zivilen Gesellschaft und des Lebens in der westlichen Welt – bevor sie in sich zusammensank und als Rumpelstilzchen immer kleinere Kreise zog. »So bleibe doch, du bist so schön«, soll manch einer ihr nachgerufen haben. Ich gestehe: ich auch. Aber wer als Frankfurterin (als Essener, als Westberliner, als Oldenburger) just in Schwerin war, dem erschien sie, trotz größten Vertrauens in ihr im Prinzip verträgliches Wesen, immer kleiner und schrumpeliger und unansehnlicher – ja, man hätte wohl in Mailand sein müssen, um ihrer noch in voller Größe gewahr werden zu können. Vielleicht: demnächst wieder.

Vom Verschwinden der Öffentlichkeit soll hier die Rede sein, vielleicht auch nur vom Verschwinden ihrer Illusion, vielleicht auch nur von einem vorübergehenden Wahrnehmungsproblem, vielleicht auch nur von einem kollektiven Irrtum ... Davon soll gesprochen werden, daß der deutsche Westen blitzschnell seine Gestalt wechselt, je nachdem, ob man ihn von, sagen wir, Schwerin oder von, sagen wir, Mailand (oder Tel Aviv) aus betrachtet. Auch von Abschieden soll die Rede sein, davon, daß die alte Bundesrepublik kurz vor ihrem Ende plötzlich ein später Schimmer, ein Glanz umgab, eine Aura, die sie just in dem Moment erhielt, als die Probe aufs Exempel nötig wurde – Ergebnis bekannt: durchgefallen. Davon, daß nicht nur in Ost-, sondern auch in Westdeutschland alte Gewißheiten in Frage stehen, unterschiedlicher Art allerdings, die unterschiedliche Bewältigungsstrategien erfordern. Ein letztes Mal also zum Aufsatzthema: Warum ich die alte Bundesrepublik Deutschland für ein zwar verbesserungswürdiges, aber, als verbesserungsfähiges, ganz gelungenes Modell hielt, dem ich Verbreitung wünschte. Und warum ich heute der Meinung bin, daß sie und insbesondere ihre selbsternannten »kritischen« Partizipatoren spätestens seit 1990 nur noch beträchtlich unter dem möglichen, nötigen und wünschbaren Niveau zugange sind.
Wer 1989/1990 nicht bedingungslos »Ja« zur deutschen Einheit gesagt hatte, sagte ab Sommer 1990 gar nichts mehr. Dem Lehrerstammtisch mit Rotspon im Häuschen in der Toscana war der Fall sowieso klar: die Zonis hatten sich der Aufgabe entzogen, im »dritten Weg« die Schaffung eines besseren Deutschlands für hiesige Staatsbeamte gleich mitzuvollziehen, und sich statt dessen opportunistisch dem Westen und seinem DM-Nationalismus an den Hals geworfen. Sollen sie also sehen, was sie davon haben.

Aber auch andere kritische Zeitgenossen nahmen übel: Thomas Schmid den »autoritären Wundereiern« aus der DDR, daß sie die zivile Bundesrepublik »besetzten« – mit ihrem unraffinierten Willen zu materiellem Wohlstand, dem die Demokratie nur unnötiger Luxus sei. Am selbstironischsten kam noch der Dichter Patrick Süskind daher, der voller Larmoyanz Abschied von seiner Generation der frühvergreisten Vierzigjährigen nahm: in der Nische des »Zustands Bundesrepublik« war uns doch am wohlsten.
Nicht geringes Ressentiment prallte da den Zonis entgegen, deren Abschied von der Utopie zugunsten der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse, deren schlichter Eigennutz zum Nachteil höherer Werte dem hochverfeinerten Egoismus kultivierter Westler so gar nicht in den Kram paßte. Dieser Teil der Öffentlichkeit hatte sich mit einem mürrischen »Nein« den Minutiae der mit der Währungsunion näherrückenden Einigung verschlossen – und seinen eigenen Einfluß auf den künftigen Gang der Dinge vorauseilend auf Null veranschlagt. Selbst die Apostel der zivilen Gesellschaft, ihrer Segnungen und Tugenden, verschlossen sich dem Gesichtspunkt, dieses vortreffliche Modell mit fliegenden Fahnen gen Osten zu tragen, sondern sahen sich gegenüber den östlichen Bataillonen von gerade mal 16 Millionen in der Rolle der verteidigungsschwachen Stadt, die von wilden Horden geschliffen werden sollte.
Das machte die konservative Offensive zum Heimspiel: »Warum schweigen die Intellektuellen?« fragte die *FAZ* Mal um Mal, um ihnen prompt Gefühlskälte vorzuwerfen – eine Attacke, die flächendeckend verbarg, daß man auch im Regierungslager und bei dessen Sympathisanten längst ahnte, daß es mit einem gefühlsstarken »Ja!« zur deutschen Einigung auf Dauer nicht getan sein würde. Das war also ziemlich gemein von der *FAZ*, denn just, was Gefühle betrifft, kann man »den Intellektuellen« rein gar nichts vorwerfen – mit denen mancher Leitartikler und etliche Kritikerinnen recht eigentlich die sozialdemokratische Opposition meinten (eine strategisch nicht uninteressante Überhöhung des Gegners) –, eine Opposition, die sich vielmehr in allen Lebenslagen als hauchzart und gefühlsecht erwies. Da ging es viel um Liebe zu Italien und Frankreich, etwa. Um Angst vor den protestantischen Barbaren aus dem Osten, zum Beispiel. Um Furcht vor einem »neuen Nationalismus«, in welchen Kategorien man das neue Problem analysieren zu müssen glaubte. Auch um Trauer um den Verlust der Utopie einerseits und der Lebenslust des Westens andererseits: Mailand und Seidenhemden, »Fressen, Saufen, Vö ...«, wie die *Bild*-Zeitung die drei Lafontaineschen Grundtugenden zusammenfaßte. Während Kanzler Kohl staatstragend tönte, erlitten viele sozialdemokratische Enkel einen neudeutschen Anfall von Hedonismus, den man sympathisch hätte nennen

können, wenn er sie nicht am falschen Ort und zur falschen Zeit befallen hätte.
An Gefühlen mangelte es also nicht in Deutschland (West): nur an Politik, an politischem Einschätzungsvermögen, an Maßstäben für politisches Handeln bei etwas schwererem Wetter. Und: an »politischer Empathie« (Christian Fenner).
Bevor vom Verschwinden der Öffentlichkeit zu reden wäre, ist das Verschwinden der Opposition zu konstatieren. Man habe sie, während die Verwaltungen und Ministerialbürokratien emsig tätig waren, nicht ausgiebig genug gefragt, das Parlament sei übergangen worden, das Volk sowieso? Ach – warten muß man in einer Demokratie, bis einem das Wort erteilt wird?
Von Schwerin aus erschien einer Frankfurterin im Sommer 1990 nichts degoutanter als Bonner Politik und insbesondere der Mangel an selbiger auf Seiten der Opposition. Diese hätte nämlich, glaubte sie, die Funktion erfüllen müssen, deren die Bonner Regierung sich begab, die man in der DDR selbst nicht mehr übernehmen konnte (bei allem Bemühen manch eines Mitglieds der ersten demokratischen Regierung der DDR, nehmen wir einmal Arbeitsministerin und Finanzminister) und die nicht Aufgabe der fleißigen Bonner Verwaltungs- und Politexperten war: Öffentlichkeit schaffen für die Komplexität der Lage in der DDR und für das Problematische der politischen Rahmensetzung. Statt dessen schwiegen die Grünen und beschränkte sich die SPD auf dümmliche Rechthaberei à la »Steuerlüge«. Unser investigativer Journalismus badete in Stasi-Horror und bewies der DDR, daß man mit der Vergangenheit wesentlich radikaler aufräumen kann, als man es nach 1945 im Westen getan hatte. Und die Feuilletons leisteten sich gar eine besonders formidable Weise, den Problemen aus dem Wege zu gehen – die Christa-Wolf-Debatte, in der das (wichtige) Thema auf geradezu atemberaubende Weise verfehlt wurde.
Nein, daß zumindest in den Medien nicht bald nachgeholt wurde, was man während des Sommerurlaubs versäumt hatte, will ich gar nicht behaupten. Doch selbst die allervorzüglichste Berichterstattung (in der *taz*, in der *FAZ* oder auch im Wirtschaftsteil der *Zeit*) versorgte den Westen (und fast nur ihn) mit Nachrichten, denen – irgendwie! – der Zusammenhang fehlte. Da paßte plötzlich vieles nicht mehr in das Muster, das nachgerade die konstitutionelle Schwäche einer von parteipolitischem Lagerdenken geprägten Sorte von »Öffentlichkeit« ausmacht, ein Muster, das da lautet: jedes Thema braucht Akteure, mindestens einen Schuldigen und eine den weltanschaulichen Lagern entsprechend geprägte politische Antwort – sonst ist es nicht »darstellbar«.

Nach diesem Muster lag es nahe, nicht die seit der Währungsunion verwirrend neuen Rahmenbedingungen zu analysieren, unter denen die DDR ihren Geist aufgab, sondern die unrühmliche Vergangenheit des SED-Staates als stärkste Ursache zu vermuten (was so plausibel wie richtig war, aber irgendwann nur noch beschränkte Geltung hat): daß »das Neue« sich nicht machtvoll Bahn brach, lag an den alten Seilschaften, den zu Sabotage aufgelegten »roten Socken«, den Stasi-Spitzeln oder als solche Verdächtigten in der neu gewählten Regierung (oder auch dem Unvermögen dieser »Laienspielschar«, die neuen Gegebenheiten sofort zu durchschauen) und nicht zuletzt an der »Zonen-Mentalität«, am Versorgungsdenken der Bevölkerung, die bruchlos von Vater Honecker zu Vater Kohl gewechselt hatte und die lediglich um ihre zweifelhaften Besitzstände fürchtete, statt im Neuen nicht nur Risiko, sondern eine Chance zu sehen, die man beherzt ergreifen müsse.

Dies alles, mal verständnisvoll, mal ungeduldig formuliert, war stets so richtig wie ungenügend. Doch wer tieferreichende Bedenken formulieren wollte, der mußte mit dem Vorwurf rechnen, einen längst abgefahrenen Zug aufhalten zu wollen – Lieblingsmetapher dieser vergangenen Tage. Und tatsächlich: es gehörte wirklich nicht zu den Glanzleistungen der westdeutschen Opposition, daß sie dem Kind, als es längst im Brunnen lag, noch hinterherrufen zu müssen glaubte, es sei zu schnell gefallen. Wer die Absicht deutsch-deutscher Einigung, mit wie wenig Jubel auch immer, im Prinzip akzeptierte und insbesondere den Willen der DDR-Wähler dazu respektierte, dem blieb im Sommer 1990 scheinbar wirklich nichts anderes übrig, als der Kohl-Regierung zu attestieren, sie habe ihre Sache zwar nicht brillant, aber ohne große Schnitzer erledigt. Ein Lob des Kanzlers ertönte plötzlich auch dort, wo man es nie vermutet hätte. Wie bescheiden doch heuer die Ansprüche an Politik daherkommen. Aber je nun: eine Opposition mit einem lebenspraktischen Gegenvorschlag zur uninspirierten »Wirmachen-das-schon«-Rhetorik des Kanzlers und zur hektischen Aktivität der Exekutive gab es schließlich nicht. Und insbesondere politischer Journalismus denkt und schreibt von Bonn aus: was nicht wenigstens eine prominente Figur aus der Opposition thematisiert, kommt auch nicht ins Blatt.

Ein »Ja, aber« schien es im hektischen Jahr 1990 nicht zu geben. Muß also den Mund halten, wer nur Bedenken, aber kein politisches Patentrezept hat – Bedenken en detail, nicht en gros? Hielt sich die SPD deshalb so bedeckt, weil sie die Wahl verlieren wollte, um sich für zu erwartende Krisenzeiten die Option »Große Koalition« zu erhalten? Und hätten dann nicht wirklich »die Intellektuellen«, wer immer mit dieser etwas unklaren Berufsbezeich-

nung gemeint ist, eine Chance versäumt – nämlich auf Widersprüche und Komplexitäten aufmerksam zu machen, die nicht in einer Losung und Lösung aufgehen? Eine Politik des scharfen Blicks, nicht der fundamentalen Fragen; der egal ist, ob ihre Befunde »der SPD schaden« oder »Kohl nützen«? Öffentlichkeit also, die auf keinen parteipolitischen Nenner zu bringen ist, sondern einen Widerschein von »Politik sui generis« erkennen läßt? Oder fehlt es wirklich der »politischen Elite« und ihrer meinungsvermittelnden Begleitmannschaft zwar nicht an viel Gesinnung, Gefühl, Wortschwall und anderem Wellenschlag, dafür aber völlig an »praktisch-politischer Moral« (Karl-Heinz Bohrer)?

Von Schwerin aus war in diesem Sommer wenigstens eines als gewiß auszumachen: Ost und West haben nicht nur grundverschiedene Probleme, sie reden auch mit Verve aneinander vorbei. Wer sich im Osten weder darauf beschränkte, alle Fehlschläge der Gegenwart auf die Vergangenheit zu schieben, noch darauf, in guter sozialistischer Tradition dem Kapital und seiner herrschenden Klasse die Schuld zuzuweisen, und noch nicht einmal Wunder aus Bonn erwartete, der sah sich schon bei der Problemformulierung größtmöglicher Verwirrung ausgesetzt. Evident war nur eines: statt Aufschwung gab es Stillstand – gepaart mit fundamentalem Unwissen über die neue Lage und ohne Aussicht auf baldige Verbesserung.
Nicht nur die Wirtschaft, auch das Gemeinwesen kam knirschend zum Stehen. Wo guter Wille vorhanden war, stimmten offenkundig die Rahmenbedingungen nicht. In der Kommune fangen, so heißt es, Demokratie und Wirtschaftsleben an. Im Sommer 1990, kurz nach der ersten demokratischen Kommunalwahl, hörte es damit auch schon auf.
Um nur wenige Beispiele zu nennen: Seit dem 1. Juli gab es die alte zentralstaatliche Finanzierung kommunaler Bauvorhaben nicht mehr. Manch neugewählter Kommunalvertreter wußte noch nicht einmal das. Kredite gewährten die Banken der Stadt ebensowenig: da der Kommune nichts gehörte – auch kein Grund und Boden –, hatte sie keine Sicherheiten zu bieten. Eine von den Banken geforderte Staatsbürgschaft ließ auf sich warten, die Ausführungsmodalitäten neuer Kreditvergabe noch länger. Die Stadt Schwerin meldete Baustopp an – und damit notgedrungen Verzicht auf die Konjunkturlokomotive Baubranche. Lektion 1 des Lehrgangs »Du und das Eigentum«: Nach dem Abschied vom Volkseigentum ist erst mal gar nichts mehr da.
Währenddessen blies der neue oder noch erhalten gebliebene Mittelstand zur Attacke: ihm fehlte Gewerbefläche für Ausdehnung oder Neugründung. Er immerhin konnte für sich ins Feld führen, daß der Bonner Wirt-

schaftsminister von ihm das entscheidende Wunder erwartete. Die Kommunalvertreter mußten wieder passen: sie verfügten über nichts, was nicht rechtlich in Frage stand. Lektion 2: die gleiche wie oben.
Immerhin: im Kommunalvermögensgesetz war den Kommunen in begründeten Fällen Zugriff auf das von der Treuhand verwaltete Volksvermögen zugestanden worden. Die örtliche Treuhand aber verhielt sich intransigent: eine nur schwach legitimierte Sachbearbeiterzusammenrottung verweigerte sogar das Gespräch mit den gewählten Volksvertretern und fällte strukturpolitische Entscheidungen wie etwa jene, sämtliche Supermärkte der Stadt an die Handelskette Tengelmann zu verkaufen. Nach dem Treuhandgesetz stand der Kommune eine Kontrolle der Treuhandaktivitäten nicht zu. Lektion 3: Demokratie ohne Macht funktioniert nicht.
Eine Kommunalvertretung ohne Geld, Handlungsspielraum und funktionierende Verwaltung wurde zum Adressaten einer aufgescheuchten Bevölkerung. Was ist, wenn ein neuer Westeigentümer auf den Plan tritt? Daß Eigentumswechsel auch im Westen Mietrecht nicht bricht, gehörte bislang nicht zum sozialistischen Grundwissen. Wieso erhoben die Banken mit Verweis auf »die neuen Geschäftsgrundlagen« plötzlich enorme Zinsen (auf westlichem Niveau) – auch auf bereits vorhandene langfristige Baukreditverträge mit geringen Tilgungsraten und niedrigem Zins? Es dauerte lange, bis Nachrichten über dieses seltsame Geschäftsgebaren bei der Politik anlangten. Und stimmt es, daß es für Ossis keine Rechtsschutzversicherung gibt – das Prozeßrisiko sei zu hoch? Möglich wär's. Lektion 4: Zwischen Alt und Neu herrscht Wüste oder ein undurchdringlicher Dschungel von Unzuständigkeiten.
In der Ex-DDR müßte »die Politik« heute in die Hand nehmen, wofür es im Westen ein weitgefächertes institutionelles Angebot gibt: vom Mieterbund über Verbraucherschutzorganisationen und Anwälte für alle Fälle bis zu Psychoberatung oder anderen Lebenshilfeorganisationen. In einem Land, in dem weniger »der Staat« als »der Betrieb« für das soziale Netz bis hin zur Freizeitgestaltung zuständig war, raubt der Arbeitsplatzverlust gleich sämtliche sozialen Bezüge. »Die Politik« aber ist, als Ersatzschauplatz, überfordert – oder bleibt, im Gegenteil, unterfordert, wo sich gewählte Volksvertreter schon wieder der alten Aura der Obrigkeit bedienen.
Nichts weiter soll mit diesen Beispielen aus dem vergangenen Jahr gezeigt werden, als daß sie im Westen Deutschlands undenkbar wären. Mit derlei einschränkenden Rahmenbedingungen und derartigen Verunsicherungen hat man in der alten Bundesrepublik schon seit Jahrzehnten nicht mehr zu kämpfen gehabt. Wie gut etwa unsere Verwaltungen funktionieren, merkt

man am besten angesichts ihrer Abwesenheit anderswo. Vor allem aber hätte es bei Problemen annähernd ähnlicher Dimension zumindest eines gegeben: Öffentlichkeit durch Veröffentlichung, Öffentlichkeit als Warnlampe und als Korrektiv, Öffentlichkeit als Druckmittel, das mit dem inhärenten Opportunismus der Politik rechnen kann – Öffentlichkeit der Straße, der Bürgerlobbies und -initiativen, der Medien.
Vom Osten aus fällt tatsächlich ein verklärendes Licht auf das institutionelle Gefüge der alten Bundesrepublik, erscheint tatsächlich vieles der Verteidigung wert, nicht allerdings gegen die ungehobelten »Zonis«, sondern gegen die eigene Abgestumpftheit, die alltägliche Gewöhnung erzeugt. Zum Beispiel die Verwaltungsapparate: in ständiger Konfrontation mit wachsenden Ansprüchen der Bürger hat sich dort in den letzten zwanzig Jahren ein gewisses Maß an Lernfähigkeit entwickelt. In der BRD ist Obrigkeitsdenken weitgehend verschwunden, sind Behördenvertreter in zuvor nicht gekanntem Ausmaß Bürgern und Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig geworden, haben sich intrikate Beteiligungssysteme entwickelt, die einen Zuwachs an Demokratie, allerdings auch abnehmende Effizienz von Verwaltungshandeln mit sich brachten. Die »Spielregeln« selbst enthalten Geschichte – die Geschichte von Auseinandersetzung und Lernprozessen.
Mit ihrem Import via Verwaltungsrichtlinien in die Ex-DDR allein ist es offensichtlich nicht getan, solange ihr Pendant fehlt: bürgerliche Öffentlichkeit. Schon deshalb bedarf es kritischer Aufmerksamkeit, wenn – etwa bei der Verkehrspolitik – schon jetzt, per »Maßnahmegesetz«, in die Beteiligungsrechte der Bürger »drüben« eingegriffen werden soll, noch bevor sie angeeignet worden sind – der größeren Effizienz und der Dringlichkeit der Aufgabe wegen. In der Demokratie »diszipliniert die Form den Inhalt« (Richard Löwenthal), ist das Prozedurale, sind die Spielregeln substantiell, die aus gutem Grund nicht jederzeit preisgegeben werden können – wie edel die Absichten auch jeweils sein mögen. Im vereinigten Deutschland wäre es Aufgabe der Öffentlichkeit im Westen, eine Aushöhlung der Bürgerrechte im Osten zu minimieren – im eigenen Interesse und in der Abwehr von Präzedenzfällen.

Das, ich weiß, ist fromm gewünscht. Denn dazu müßte Öffentlichkeit im weitesten Sinn zwischen Ost und West überhaupt hergestellt sein. Was die Medien betrifft, so haben wir es indes mit einer regelrecht gespaltenen Öffentlichkeit zu tun.
In der Ex-DDR haben sich insbesondere die alten Regionalzeitungen, meist mit neuen westlichen Partnern, stabil gehalten, während überregionalen

Produkten aus dem Westen (die *Bild*-Zeitung ausgenommen) keine sonderliche Fortüne beschieden war. Man liest, was man kennt. Auch die Zeitungsmacher sind noch heute überwiegend die alten, jene, die wußten, daß sie sich mit der Berufswahl »Journalist« freiwillig an die Propagandafront der SED gemeldet hatten. Vom Verlautbarungsjournalismus zum wachen Öffentlichkeitsvertreter aber ist es ein ziemlich großer Schritt.

Doch selbst den besten Willen der Beteiligten vorausgesetzt – wie soll das gehen, was auch den West-Kollegen selten gelingt: mit magersten personellen und materiellen Ressourcen und geringen technischen Hilfsmitteln, ohne jederzeit abrufbare Expertise die heikle Gemengelage zwischen Altem und Neuem nicht nur zu analysieren und zu durchschauen, sondern vor allem für die Leser handhabbar zu machen? Leser, die nicht auf die großen Fragen der Weltpolitik, sondern auf existentielle Fragen Antwort haben wollen: Wie sich zurechtfinden in einem plötzlich unendlich unsicher und mühevoll gewordenen Alltag? Was ist mit den Mieten, mit der Wohnung, mit den Versicherungen, mit den Banken, mit dem Arbeitsplatz, mit der Lebensperspektive? Die Ost-Zeitungen antworten darauf nur bedingt. Die West-Zeitungen gar nicht.

Und so entsteht gespaltene Öffentlichkeit: West-Zeitungen berichten, angesichts des nur schmalen Marktes, der sich ihnen im Osten eröffnete, nur für ihr westliches Publikum, das sich über Mietrecht nicht mehr belehren lassen muß. Ostdeutsche Zeitungen kommen einer Korrektivfunktion vor Ort kaum nach – und sind wiederum für den Westen (d. h. auch für die Politik) kein akzeptables Medium, das über die Lage im Osten verläßlich unterrichten könnte. Damit fehlt ein wichtiger Bestandteil dessen, was man im Westen als Grundbedingung der Demokratie zumindest zu schätzen gelernt hat: Presse- und Meinungsfreiheit als Selbstunterrichtung eines Gemeinwesens über sich selbst.

Ein bloßes Wahrnehmungsproblem, das sich schon geben wird, wenn die Ex-DDR-Bürger endlich einmal laut zu werden beginnen, auf Demonstrationen (mit welchen Parolen?), über Bürger-Lobbies (mit welchen erreichbaren Zielen?), gegenüber ihren Politikern (die indes erkennbar nicht handeln *können*)? Muß nicht die Ex-DDR ihre Öffentlichkeit selbst herstellen? Mag sein. Nur: nichts wäre wichtiger für ein baldiges Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands als geteilte anstelle gespaltener Wahrnehmung. Auch für die westliche »zivile Gesellschaft« wird überlebenswichtig werden, ob sie wenigstens die Probleme ihrer Nachbarn im eigenen Land wahrzunehmen lernt – zumal in Lagen, für die es keine eindeutige Antwort gibt.

Wie also lassen sich wichtige Probleme öffentlich machen, die in das gän-

gige Muster nicht hineinpassen, weil sie unter dem Aspekt der Schuldfrage und der deutlichen politischen Antwort nicht erfaßt werden können? Wie, überdies, läßt sich zumindest über ihre Auswirkungen berichten, wenn sie sich noch nicht einmal über Zeugnis ablegende Opfer darstellen lassen, zu deren Anwalt man sich erklären könnte?

Schwerin, Sommer 1990: Wo vormals Volkseigentum herrschte, ist jetzt – nichts. Im rechtsfreien Raum lösen sich scheinbar festgefügte Dinge wie Häuser, Wohnraum, Grundstücke auf: was ich nicht benennen kann, verschwindet. Der Bewegungsspielraum in der früheren DDR schrumpft täglich mehr: auf jenes bißchen Grund und Boden und »Kapital«, das einen Namen, nämlich einen Eigentümer hat. Der Rest nimmt eine gespenstische Qualität an, ist eigentlich nicht mehr – oder noch nicht – vorhanden. Bis zur Wiedergeburt und zur Taufe werden Jahre vergehen.
Solche Geschichten werden noch zu schreiben sein: die Geschichte einer kleinen, bescheidenen Anordnung, zunächst ohne Gesetzeskraft, aber mit gewaltigen Auswirkungen: »Die Anordnung zur Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche«, hierzulande unter dem eher niedlichen Namen »die Eigentumsfrage« bekannt. Oder die Geschichte einer abenteuerlichen Konstruktion namens »Treuhand«, der Verweserin des vormals volkseigenen Vermögens der DDR – von Bürgerrechtlern wie Wolfgang Ullmann ursprünglich dazu gedacht, den DDR-Bürgern zurückzuerstatten, was sie in der Vergangenheit erwirtschaftet hatten. Jetzt sieht es so aus, als ob davon nichts mehr vorhanden wäre. Beide Geschichten vereinigen sich zur Saga von der Eigentumsfrage, einer Frage, von der einstmals alles abhing – zum Beispiel die »Systemfrage«. Was hatte man sich nicht die Köpfe heiß geredet, damals, im Mai, über das Reich der Freiheit nach der Enteignung, nach der Abschaffung des Privateigentums. Und wer hätte gedacht, daß die Zeitläufe nunmehr den umgekehrten Prozeß vorsehen – die Rückführung der enteigneten Vermögen und Ländereien in private Hände. Verwunderlich nur, daß diese Geschichte zum Thema »linker« Erörterungen noch nicht geworden ist.
Das Modell der Personalisierung plus Suche nach den Schuldigen hatte sich zunächst gerade in der »Eigentumsfrage« angeboten – und gerade dort nicht funktioniert. Dem moralisch geschulten Blick auch hierzulande nämlich erschienen zunächst bevorzugt die Wessis suspekt, die mit Polaroid und schlechten Manieren ums ehemals eigene Häusle im Osten herumschlichen – ein Häusle, das die derzeitigen Bewohner mit unvorstellbarer Mühsal durch Zeiten gerettet hatten, in denen man nicht nur als Privateigentümer politisch erpreßbar war, sondern mit einem Markt zu tun hatte, auf dem

nicht einmal das Nötigste zur Instandhaltung aufzutreiben war, sei es Wandfarbe oder Klodeckel. Ihre »Enteignung« nach soviel persönlichem Engagement erschien besonders ungerecht.
Die Vorbesitzer jedoch, die nun ihr Eigentum zurückhaben wollten, schienen durch ihre Teilhabe an der westlichen Welt genug entschädigt. Das Klischee vom reichen Hamburger (Frankfurter, Berliner) Anwalt geisterte durch die Gerüchteküche, vom Mieterschreck mit dem Sinn nach Luxusrenovierung zugunsten verwöhnter Bankfilialleiter aus dem Westen – egal, ob er womöglich der betrogene Zoni von ehedem war, mit langjährigem Knastaufenthalt gar, der über die Grenze geflohen war, der freigekauft wurde oder den man in den Westen abgeschoben hatte. Linksliberale Stimmung optierte gegen Rückgabe. Also für die Enteignungspolitik der SED?
Suspekt, zunächst, auch der westliche Mittelständler, der den alten Betrieb im Osten zurückforderte – bis ins Blickfeld geriet, wer schon bald nach der Wende sich als neuer Fürst gerieren wollte: der alte, ehemals sozialistische Betriebsleiter. Und bis klar wurde, daß es gehöriger Besitz-Sentimentalität (und reichlich West-Kohle) bedurfte, um von der SED heruntergewirtschaftete Betriebe wieder in Gang setzen zu wollen.
Ich will nur sagen: Wenn »Personalisierung« heißt, über allgemeine Zustände exemplarisch zu berichten, »Ursachen« zu benennen und die »Schuldfrage« zu klären, damit Abhilfe gefordert werden kann – dann ist das in der »Eigentumsfrage« schlechterdings nicht möglich bzw. fragwürdig. Bei den Behörden liegen schätzungsweise eine Million Anträge auf Rückgabe von 1,5 Millionen Grundstücken, 9000 Anträge auf Rückgabe von 12 000 Unternehmen und 16 000 Anträge der Gemeinden. Diese Zahlen indizieren eine Unmenge völlig unterschiedlicher Problemfelder, deren jedes Anspruch auf die rechtstaatlich garantierte »Würdigung im Einzelfall« erhebt. Die dazu nötigen Organe des Rechtsstaats aber sind in der DDR nicht vorhanden – abgesehen davon, daß auch ein wohlfunktionierender Rechtsstaat keine Gerechtigkeit verheißt, sondern lediglich – Rechtsstaatlichkeit. Das schreit nach politischer Dezision, nach einem schnellen Durchhauen des gordischen Knotens – denn so, wie es jetzt aussieht, werden sich quälende Unklarheiten und unendliche Rechtsstreitereien noch über Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte hinziehen.
Also »Entschädigung vor Rückgabe«? Das würde die Möglichkeiten selbst eines so reichen Landes wie Westdeutschland völlig überfordern. Entschädigungslose Sanktionierung alter Enteignungen in vielen Fällen? Das hieße, wiederum, gleich zu Beginn jene Rechtsstaatlichkeit nachhaltig zu erschüttern, in die man im Osten Vertrauen entwickeln soll. Auch hier erkaufte

man höhere Effizienz mit einem Verlust an sozialer Kohärenz, einer Kohärenz, die die alte Bundesrepublik als stabiler und zuverlässiger hat erscheinen lassen, als sie womöglich ist.
Hat die (demokratische deutsche) Öffentlichkeit versagt? Eine rhetorische Frage – sie hat: in der Wahrnehmung der deutschen Einigung ebenso wie im Umgang mit dem Golfkrieg. Beide Themen haben sich für das Grundmuster öffentlicher Auseinandersetzung als überkomplex erwiesen, das nach eindeutigen Schuldzuweisungen und einfachen Lösungen verlangt – auch dann, wenn sie nicht zu haben sind. Beide Themen haben aber auch offenbart, wie wenig Teilen der deutschen Öffentlichkeit der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie gilt – und wie schnell in Krisen das Gespür dafür verblaßt, daß Demokratie keine Lösung oder ein Einzustand ist, sondern ein Regelwerk, das im besten Fall nicht mehr bietet als die mühevolle Annäherung an einen lebbaren Kompromiß. Nicht viel – aber immerhin.
Politiker und Fernsehmoderatoren reagieren angesichts von Komplexität neuerdings stereotyp: mit Gefühlen bzw. mit der Darstellung derselben. Ich wünsche mir eine Öffentlichkeit, die Gefühle die Privatsache der Bürger sein läßt und sich statt dessen an die erheblich schwierigere Arbeit der Vermittlung macht – und auf die Suche nicht nach dem Königsweg, sondern nach dem kleinsten Übel in einer heillos verstrickten Welt. Nachdem sich der Nebel der Systemfrage gelüftet hat, kommen vielleicht auch unsere kritischen Aufmerker demnächst wieder in der Gegenwart an. Auch ohne den Fluchtpunkt Utopie gibt es am Tatort Bundesrepublik noch genug zu merken, zu analysieren und vielleicht sogar zu verbessern.

Kritische Orientierung

rowohlts enzyklopädie 445/DM 34,80

»Dieser ‹Grundkurs Soziologie› soll ein Lehrbuch mit dem Anspruch sein, soziologisches Wissen im Überblick und in seinen Kerninhalten zu vermitteln sowie eine kritisch orientierte Soziologie auszuweisen, die im Zusammenhang mit einer Analyse der ökonomischen Strukturen Aufklärung über die Struktur vor allem bürgerlicher Gesellschaften und ihrer Entwicklungsdynamik leistet. Dabei ist eine kritische Auseinandersetzung mit soziologischen Forschungen und Theorieentwürfen – ihren Aporien, Widersprüchen und verkürzenden Perspektiven – unverzichtbar»
(Harald Kerber, Arnold Schmieder).

Eine Einführung in
- die Thematik um Individuum und Gesellschaft, ausgewählte Forschungsbereiche, vergleichende Gesellschaftsanalysen und Analysen von Gesellschaftsstrukturen;
- zentrale Themen der Soziologie, Methodenprobleme und den Aufbau soziologischer Theorien;
- frühbürgerliche Gesellschaftsvorstellungen, soziologische und gesellschaftsorientierte Theorieentwürfe;
- die Entstehungsgeschichte, Entwicklungstendenzen und Anwendungsorientierungen soziologischer Theorien und soziologischen Denkens;
- Probleme soziologischer Ausbildung und Praxisfelder für Soziologen.

rowohlts enzyklopädie
Die wissenschaftliche Reihe im Taschenbuch.
Herausgegeben von Burghard König

ro
ro
ro

István Eörsi
Going West?

Witold Gombrowicz hat über die polnischen Künstler, die es sich zur einzigen Losung gemacht haben, »Europa einzuholen«, keine besonders gute Meinung. Sie vergäßen in ihrem Eifer, daß sie ein andersartiger, spezifischer Typ Europäer seien, an einem Ort geboren, wo Europa nicht mehr ganz Europa sei. »Ich wundere mich«, schreibt er, »daß die polnischen Maler nicht versuchen, in der Kunst den Trumpf des Polentums auszuspielen. Wollt ihr ewig den Westen nachahmen? Vor der Malerei kuschen, wie die Franzosen? Ernsthaft malen? Auf den Knien malen, in tiefer Demut, schüchtern malen? Ich akzeptiere diese Art der Malerei, aber sie ist doch gegen unsere Natur, wir haben schließlich andere Traditionen. Die Polen haben sich nie übermäßig um die Kunst geschert, wir neigten immer der Ansicht zu, die Tabaksdose sei für die Nase da und nicht die Nase für die Tabaksdose, uns gefiel der Gedanke, daß ›der Mensch über dem steht, was er schafft‹.«

Gombrowicz' Ausführungen kann man nur beipflichten, ja ich möchte sogar behaupten, daß das, was er über das Verhältnis von Tabaksdosen und Nasen sagt, nicht nur für die polnischen Künstler oder etwa nur für Osteuropäer seine Gültigkeit hat. Ich glaube, auch François Villon, Shakespeare, Molière oder gar Goethe gaben der Nase immer den Vorrang.

Vollkommen recht hat Gombrowicz, wenn er sagt, daß jene Art malender Künstlermensch, der nur Künstler und sonst nichts sein will, ein Produkt Westeuropas sei, wo einem Großteil der Intelligenz mit dem Verlust der Orientierungsfähigkeit zugleich auch das Interesse für das eigene historisch-gesellschaftliche Umfeld abhanden gekommen ist. Diese Intelligenz konnte, ja sie wollte die eigenen gesellschaftlichen Wurzeln nicht begreifen, ihr ist die Sphäre des Gesellschaftlichen unüberschaubar geworden, oder diese hat sich gegen ihre Interessen entwickelt, oder aber: die Intelligenz hat sich kompromittiert – im Wirkungsgeflecht der größeren und kleineren Katastrophen, durch kleinere oder größere Lumpereien. Da das bürgerliche Dasein im Westen – abgesehen von Kriegs- und sonstigen Krisenperioden – gesichert erscheint, kann der Künstler sich ruhig auf Werkstattprobleme

konzentrieren und die Welt außerhalb der Kunst, von der er, wie er stolz bekennt, nichts versteht, überlegen durch Mißachtung strafen. Doch woher dieser prahlerische Stolz? Mir scheint, daß diese Sorte Künstler eine ebenso unmögliche Figur macht wie ein Don Juan, der mit seiner Impotenz prahlt.

Gombrowicz glaubt, daß wir zwei der falschen Konzeptionen bereits hinter uns gelassen haben: »die aristokratische, die den Rezipienten zwingt, sich für etwas zu begeistern, das er weder empfinden noch verstehen kann«, und auch »die proletarische, die den Schaffenden zwingt, etwas zu produzieren, das er verachtet, das unter ihm steht und sich nur für Simpel und Winzlinge eignet«. Er sagt, das Ringen der beiden feindlichen Schulen finde in uns selbst statt, sie zerstörten sich gegenseitig, und die Frage sei, ob wir das Vakuum, das dabei entsteht, je würden ausfüllen können. Gombrowicz selbst beantwortet die Frage bedingt zuversichtlich: Die polnische Kunst müsse versuchen, ein selbständiges Welt- und Menschenbild zu schaffen: »Verliert keine wertvolle Zeit für den Wettlauf mit Europa – einholen werdet ihr es nie. Versucht nicht, zu polnischen Matisses zu werden, auf euren Macken wächst so schnell kein Braque. Nehmt euch lieber die europäische Kunst aufs Korn, seid Demaskierer, statt euch zu fremder Reife hochzuziehen, versucht lieber, Europas Unreife bloßzustellen. Bemüht euch, euer wahrhaftiges Empfinden zu organisieren, damit es in der Welt zu objektivem Sein gelangt, findet eine Theorie, die mit eurer Praxis übereinstimmt, schafft eine Kunstkritik von eurem Standpunkt aus, schafft ein Bild von der Welt, vom Menschen, von der Kultur, das euch gemäß ist – habt ihr dieses Bild gemalt, so werden euch andere Bilder nicht schwerfallen.« (*Tagebuch 1953-1969*, Ges. Werke, Bd. 6-8, S. 46-47)

Wir müssen diese Ratschläge heute sehr ernst nehmen – besonders auch deshalb, weil Losungen wie »Anschluß an Europa« und »Europa einholen« allüberall so beliebt sind. Was die Künste betrifft, hätte ich zu den Ausführungen von Gombrowicz wenig hinzuzufügen. Wir sehen den unaufhaltsamen Vormarsch der PROVINZ in unserem Lande so deutlich, als würden wir sie von außen betrachten – und dabei denke ich nicht an die Ausdünstungen der Regime oder Regierungen, sondern an jenes myriadenfach verzweigte System, das die Chemie des Alltagslebens, der Gefühls- und Denkungsart einer jeden Gesellschaft bestimmt –, und obwohl wir diese PROVINZ verachten und hassen, können wir sie nicht einfach in Parenthese setzen, so als würde sie gar nicht existieren, und uns kurz entschlossen irgendeiner anderen Tradition, einer – wie Gombrowicz es gerne nennt – »fremden Form« anschließen. Die PROVINZ fordert die Kritik der PROVINZ heraus, aber diese Kritik wird, auch wenn wir gezwungen sind, Ideen und Standpunkte, ja

sogar einiges an Idealen zu importieren, jenem Alltag, den sie geistig – und leider *nur* geistig – vernichten will, entspringen müssen.

Was aber bedeutet heute die Losung »Anschluß an Europa« im politischen Sinn? Auf der Ebene von Gemeinplätzen fällt die Entscheidung nicht schwer. Das Mehrparteiensystem ist besser als das Einparteiensystem. Die absolute Konzentration von Macht und Eigentum macht jedermann von der Staatspartei und ihren Organen abhängig. Die Staatsbürger verwandeln sich dabei in Untertanen, und auch jene, die sich dagegen wehren, können sich aus dieser Abhängigkeit nur im moralischen Sinn befreien, ihr Sein bleibt weiterhin das von Untertanen. Der Refrain in Gyula Illyés' Gedicht »Ein Satz über die Tyrannei« drückt es mit verzweifelter Deutlichkeit aus: »Auch du selbst bist die Tyrannei.« Da sich in diesem System auch die Produktionssphäre nicht nach eigenen Gesetzen organisieren kann, sondern ein Teil des zentralistischen Staatswesens ist, und weil die bestallten Leiter der Großindustrie die natürlichen Verbündeten der dünnen Schicht der politischen Machtelite sind, ist das Wirtschaftsleben in diesem Planwirtschaft geschimpften System voluntaristisch und auf lange Sicht nicht lebensfähig. Der Versuch, zur Verteidigung dieses Systems irgendeine egalitaristische Ideologie oder andere hehre Ideale wie den Humanismus ins Feld zu führen, erscheint mir so absurd, als würde man die Schönheiten eines verendeten Gauls rühmen. Es kann ein ästhetischer Anblick sein, wie er, sagen wir, im Schnee ausgestreckt da liegt, aber er wird keinen Karren mehr bewegen können. Also, die Frage, ob die Planwirtschaft oder die Marktwirtschaft die bessere sei, steht gar nicht zur Debatte – denn im Vergleich mit einem toten Gaul wird ein bissiger Gaul noch immer als ein feuriges Roß abschneiden.
Ich würde aber vor der Tatsache, daß die Marktwirtschaft ein bissiger Gaul ist, nicht – wie einige meiner politischen Freunde das gern tun – die Augen verschließen. Große Geister haben seit Jahrtausenden gegen die Herrschaft des Geldes protestiert; in jüngerer Zeit auch gegen jenen Zaubertrick des Marktes, der alle materiellen, geistigen und moralischen Werte in Waren verwandelt. Da die Quelle der Macht der Reichtum ist, und vice versa, siedelt der Urtraum der Menschheit von der Gleichheit im Reich ridikülер Utopien. In den Demokratien ist die Verflechtung von Kapital und Regierungsmacht fest etabliert, deshalb besitzen hier Geld und Macht allemal genügend – durch Recht und Gesetz gestützte – Kraft, um den eigenen Interessen gegenüber den langfristigen Interessen der Menschheit Geltung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang genügt der Hinweis auf die systematische und vorläufig unaufhaltbar scheinende Entwicklung unserer Indu-

striezivilisation, die unsere Erde verschmutzt und unsere Lebensgrundlagen bedroht, oder spezifischer der Hinweis auf unsere Energiewirtschaft, die uns Atomkatastrophen, die Ölpest und Kriege um die Förderanlagen verspricht. Erschütternd ist auch, mit welcher Kurzsichtigkeit das internationale Kapital – durch direkte Ausbeutung oder mittels Kreditvergabepolitik – sein Wirtschaftsdiktat ausübt und dadurch die bestehenden erschreckend großen Niveauunterschiede zwischen den verschiedenen geopolitischen Zonen und Kulturen festigt, in manchen Regionen sogar vergrößert, und auf diese Weise über die zukünftige Menschheit unübersehbare Kataklysmen und Katastrophen heraufbeschwört. Das Mehrparteiensystem ist besser als das Einparteiensystem, die Marktwirtschaft ist – im Gegensatz zur Planwirtschaft – lebensfähig, aber sie sind beide auf Ungleichheit gebaut, sie konservieren oder vertiefen die Ungleichheit, beide wollen – indem sie auf ihre schönen Ideale und unbestreitbaren Erfolge verweisen – nichts weniger, als die Herrschaft einer mit dem Staat versippten vermögenden Minderheit über die Gesellschaft verewigen.

Können wir unter diesen Umständen noch so unschuldig tun und einfach verkünden, wir wollten uns Europa anschließen? Es liegt mir fern, einen ungarischen Sonderweg, d. h. die Ideologie des ungarischen Sonderweges, diese seltsame Mixtur aus Uninformiertheit und Selbstbeweihräucherung, predigen zu wollen. Gegen die Integrationskraft der Weltwirtschaft wird sich der nationale Sonderweg natürlich spielend und sofort durchsetzen, sollten ihre Befürworter eines Tages über jene spezifisch ungarischen Wirtschaftsgesetze stolpern, die die supranationalen Wirtschaftsgesetze außer Kraft setzen. Nun ist dieses Ost-Mitteleuropa seit 1945 einen Sonderweg gegangen und hat dabei besondere Erfahrungen machen müssen. Es waren überwiegend schlechte, ja, man könnte sagen, fast unerträgliche Erfahrungen. Und trotzdem: steht es uns zu, zwei Generationen zu sagen, daß alles, was sie erlebt, alles, was sie getan hat, völlig umsonst war? Kann man fünfundfünfzig Jahre Geschichte einer geopolitischen Zone einfach auf den Müllhaufen werfen? Und gesetzt der Fall, wir werfen sie auf den Müll, wo würde dann zum Beispiel Ungarn den Anschluß suchen? Beim heutigen Europa? Oder doch eher bei jenem Horthy-Regime, das vor fünfundvierzig Jahren zusammenkrachte?
Die Ideologie des Sozialismus – wie hinterlistig demagogisch und als bloßes Alibi der Machtausübung sie von den Herrschenden auch benutzt wurde – hat die Psyche der Menschen in einer Weise verändert, deren Konsequenzen man heute noch kaum abschätzen kann. Nach 1945 wurde nicht nur die herrschende Klasse der Landbesitzer zerschlagen, sondern auch die Feudal-

beziehung »Herr und Knecht«, und auch die Demut des Knechtes, die eine noch tiefere war als die des Untertanen. Die ideologische Voraussetzung der Revolution von 1956 war, daß große Menschenmassen – vor allem Arbeiter und Intelligenzler – die grauenhafte Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus nach den damals noch als erstrebenswert geltenden Idealen des Sozialismus umgestalten wollten. Im Zentralen Arbeiterrat von Budapest gab es keinen einzigen Delegierten – obwohl keiner von ihnen Kommunist war –, der die Privatisierung der Betriebe befürwortet hätte. Ich bin jedoch überzeugt, daß der Wille, sein Schicksal selbst zu gestalten, und das Bedürfnis nach Eigentum auch heute noch in viel breiteren Schichten der Bevölkerung lebendig und viel tiefer verwurzelt ist, als die politischen Parteien oder sogar die Betroffenen das wahrhaben wollen.

Da der Alleineigentümer aller Güter, der Einparteienstaat, sich bei uns aufgelöst hat, aber die Produktionsmittel sich größtenteils immer noch nicht in privater Hand befinden, und weil wir auf jeden Fall privatisieren müssen, stellt sich die Frage: Wer sollen die neuen Eigentümer sein? Ist es wirklich wahr, daß wir nur die Wahl zwischen Staatseigentum und Privateigentum westeuropäisch-amerikanischen Typs haben? Ist es ausgeschlossen, daß es uns jetzt noch gelingen könnte, breitere Bevölkerungsschichten als in den westlichen Staaten heute üblich zu Eigentümern zu machen? Natürlich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Das breiter gestreute Eigentum erscheint mir umso notwendiger, als wir feststellen müssen, daß es in unserer frischgebackenen Demokratie, die wir festigen wollen, bereits gewaltig kriselt. Ihre Schwächen sind zum Teil ein Resultat des Kádárismus, der – im Gegensatz zu den anderen Einparteiensystemen der Region – dem Unmut der Bevölkerung vorauseilend, aus purer Funktionsunfähigkeit, weil er den selbstgeweckten Erwartungen nicht entsprechen konnte, zusammenbrach.

So gab es bei uns im Moment des Zusammenbruchs weder landesweit bekannten und anerkannten Persönlichkeiten noch Institutionen, die das Vertrauen der Menschen besessen hätten. Da von der Krise auch die führende Schicht des Regimes erfaßt wurde, hatte sie nicht mehr die Kraft, das Schreckensbild des wirtschaftlichen Zusammenbruchs durch erneute Verschärfung der Diktatur zu überdecken. Die Menschen freuten sich über die geschenkte Wende, die ihnen die nationale Selbstachtung und die Hoffnung auf eine bessere, freiere Zukunft wiedergab. Doch mittlerweile haben sie die Erfahrung machen müssen, daß sich grundlegend nichts verändert hat, außer daß sie jetzt statt für eine Partei für mehrere Parteien aufkommen müssen, daß sich jetzt im Parlament sechs Parteien über ihre Köpfe hinweg bekriegen, indes die Lebenshaltungskosten rapide steigen, die Arbeitslosig-

keit wächst und kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist. Die Regierungsparteien sind emsig dabei, unter dem Deckmantel der Demokratie ein neues etatistisches Gebilde zu schaffen, die kommunistische Alibi-Ideologie durch den faulen Zauber des in der Zwischenkriegszeit so beliebten christlich-nationalen Urkonservativismus zu ersetzen. Die liberalen Oppositionsparteien dagegen reden unentwegt und ausschließlich von den im Westen erfolgreichen Formen der Privatisierung – wobei auch sie eifrig aufeinander eindreschen. Unter diesen Umständen wäre das Auftreten eines neuen Messias, der für die wirtschaftliche Misere die parlamentarische Demokratie verantwortlich machen und die Ungarn zur nationalen Wiedergeburt aufrufen würde, gar nicht verwunderlich. Schon aus diesem Grund wäre es nicht verkehrt, würden wir eine Gesellschaftsordnung anstreben, die nicht einfach auf dem »Einholen von« oder dem »Anschluß an«, sondern auf dem Interesse einer viel breiteren Masse von Eigentümern beruht. Um nochmals Gombrowicz zu variieren: es wäre an der Zeit, daß wir uns bemühen, uns von der Welt, der Kultur und dem Menschen ein uns gemäßes Bild zu machen, eines, das mit unserer eigenen Praxis übereinstimmt, denn nur in dessen Besitz werden wir auch fähig sein, mit fremden Weltbildern fertig zu werden.

Gombrowicz ist der Meinung, daß wir den Westen so oder so nicht aufholen werden. Doch ich frage mich auch: Was sagt der Westen zu unseren »Anschlußplänen«? Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie ich 1969 bei meinem ersten Paris-Aufenthalt die wunderbaren Nacktaufnahmen, die ein Magazin zu Ehren der fünfunddreißigjährigen Brigitte Bardot veröffentlichte, andächtig anstarrte. Ich war nicht nur von ihrer Schönheit, sondern auch von ihrer naiven Verschlagenheit fasziniert: bei jeder Aufnahme gab es einen kleinen Trick, eine kaum wahrnehmbare Geste, mit der sie ihre Brüste ein wenig unterstützte. Damals dachte ich, wir alle bräuchten irgendwelche Stützen, der eine bräuchte sie fürs Selbstvertrauen, der andere für die Willenskraft oder fürs Talent – aber wir können jeweils nur das, was wir bereits haben, abstützen. Ich war in die Schauspielerin verknallt – nicht bloß um ihrer Schönheit, sondern auch um ihrer der Zeit trotzenden Selbstsicherheit willen. Was wohl geschehen wäre, wenn ich sie damals aufgesucht und ihr eröffnet hätte, daß ich mich ihr sofort anschließen möchte?

Die Stabilisierung unserer geopolitischen Zone liegt im Interesse des Westens (auch wenn er nicht viel dafür tut), denn durch die ständigen wirtschaftlichen und politischen Krisen und durch Nationalitätenunruhen kann die Stabilität auch im Westen gefährdet werden. Nebenbei sind wir für den Westen ein neuer Markt, bieten ihm billige Arbeitskräfte und politische Unterstützung bei seinem nicht-erklärten universalen Krieg gegen die

Dritte Welt. Es ist nicht zu übersehen, daß der Sieger des Kalten Krieges für seine Reize immer mehr Stützen braucht, wenn auch nicht von der anmutigen Art der Bardot; wir kommen ihm da gelegen, sind wir doch der lebende Beweis dafür, daß an dem westlichen Kapitalismus auf lange Sicht kein Weg vorbeiführt.

»... statt euch zu fremder Reife hochzuziehen, versucht lieber Europas Unreife bloßzustellen«, sagt uns Gombrowicz. Ich möchte noch hinzufügen: Der Versuch würde sich auch im Falle unserer eigenen, viel augenfälligeren und tatsächlich unerträglichen Unreife lohnen. Also reden wir meinetwegen vom »Markt«, aber muß unsere Stimme dabei gleich vor Euphorie ersticken? Reden wir von der »westlichen Demokratie«, aber vergessen wir nicht, daß sie das Überleben der Menschheit auch nicht garantieren kann. Es ist wahr: Während der Jahrzehnte des Einparteienstaates ist uns die Lust am Experimentieren gründlich verdorben worden. Wir neigen eher dazu, auf ausgetretenen Pfaden zu wandeln. Und trotzdem: Zeichnen sich in unserer neuen Situation neue Wege ab, müssen wir sie dann unbedingt meiden? Es waren schließlich alle Wege einmal neu!

Aus dem Ungarischen von Anne Nass

György Dalos
Straßenschilderkampf

Alles hatte wie ein Scherz begonnen. Als der Dissident György Krassó aus seinem vierjährigen Londoner Exil im Jahre 1989 nach Ungarn zurückkehrte, konnte er seine politische Heimat in der nunmehr legalisierten demokratischen Opposition nicht mehr finden. So gründete er eine eigene »Partei des Ungarischen Oktober« und führte bis zu seinem Tod im Februar 1991 ein trauriges Außenseiterdasein. Als Politclown stolperte er von einem Happening zum anderen und fiel immer wieder mit lächerlich anmutenden Forderungen auf, die jedoch wenig später von seriösen Politikern übernommen wurden, ohne daß jemand auf das Copyright achtete.

An einem schönen Frühlingstag wanderte Krassó mitsamt seiner Gefolgschaft, insgesamt vielleicht ein Dutzend Personen, ausgerüstet mit Pinsel, Klebstoff und Pappe zu der Straße, die den Namen »Ferenc Münnich« trug. Dieser war ein Kampfgefährte János Kádárs in den Jahren nach 1956 gewesen. Krassó und die Seinen waren der Auffassung, die Straße sollte ihren ursprünglichen Namen »Nádor« zurückerhalten. Im Königreich Ungarn war »Nádor« der Titel des jeweiligen königlichen Stellvertreters. Im 19. Jahrhundert war der Nádor meist ein Erzherzog aus dem Haus Habsburg. Die Polizei versuchte Krassós Aktion zu verhindern, erreichte damit jedoch nur eine erhöhte Aufmerksamkeit der Medien. Die Zeitungen behaupteten, Krassós Malerbrigade habe im Grunde recht, obwohl ihr Handeln illegal sei. Daraufhin erklärte sich die Stadtverwaltung bereit, die Angelegenheit auf legalem Wege zu regeln.

Bald nach den ersten freien Wahlen 1990, aus denen die bisherigen Oppositionsparteien als Sieger hervorgingen, begann eine kostspielige Kampagne zur Umbenennung von Straßen und Plätzen, die bis heute andauert. So mußte ich an einem Herbstmorgen plötzlich feststellen, daß meine Adresse nicht mehr »Lenin-Körút 101« lautete, sondern daß ich neuerdings auf dem Teréz-Körút 47 wohnte, ohne daß ich zuvor die Strapazen eines Umzugs auf mich genommen hätte. Die Veränderung der Hausnummer meines Geburts- und Wohnhauses ergab sich allein aus der Tatsache, daß die Habsburgerinnen Teréz und Erzsébet vor dem Krieg diesen Teil des Großen

Budapester Ringes sozusagen zu zweit beherrscht hatten, solange sie nicht von Wladimir Uljanow enteignet worden waren. Der sechste Bezirk, zu dem ein Teil des ehemaligen Leninrings gehört, hieß damals Terézváros (Theresienstadt), während der siebente Bezirk Erzsébetváros (Elisabethenstadt) genannt wurde. Insofern schien alles sonnenklar, allerdings nicht ganz ohne Komplikationen: In meiner Geburtsurkunde steht nicht die Hausnummer 47, sondern 43. Seitdem zerbreche ich mir den Kopf, was dieser historisch bedingte Zuwachs von zwei Häusern zu bedeuten hat. Ist dieser wundersame Zuwachs vielleicht das Ergebnis dessen, was so lange als sozialistischer Aufbau gerühmt wurde? Vorsichtshalber schreibe ich seither auf meine Briefumschläge sowohl die Namen »Teréz« wie auch »Lenin« – mal mit der Zahl 101, mal mit der Zahl 47. Schließlich kann man nie wissen, welche politische Gesinnung der Briefträger hat.

Die Straßen, Plätze und Brücken der ungarischen Hauptstadt waren schon früher von der Weltgeschichte heimgesucht worden. Wenn jemand zu Beginn des Jahrhunderts beispielsweise die nach dem Kaiser Franz Joseph benannte Brücke in Richtung Pest passierte, so befand er sich binnen kurzem auf einer Straße, die nach dem Revolutionsführer von 1848, Lajos Kossuth, benannt worden war. Niemanden schien zu stören, daß Franz Joseph Kossuths Revolution niedergeworfen und ihn selbst ins Exil geschickt hatte. Schließlich hatte sich die Nation im sogenannten Ausgleich von 1867 wieder mit der Dynastie versöhnt. Der Vater dieser Versöhnung, Franz Deák, erhielt ebenfalls einen Platz in der Budapester Innenstadt. Von diesem Platz ging die Kaiser-Wilhelm-Straße ab, die ihren Namen – dies sei zur Ehre der Ungarn gesagt – auch nach der Entthronung der Hohenzollern noch lange Zeit behielt. Die Straße mündete damals in den Berliner Platz, der mit seinem Namen der deutsch-ungarischen Freundschaft Tribut zollen sollte. Der germanische Charakter dieses Verkehrsknotenpunktes am Westbahnhof wurde 1945 von den neuen Machthabern im Hegelschen Sinne aufgehoben, indem der Berliner Platz den Namen des Vordenkers Marx erhielt. Diesen Namen hat der Platz seltsamerweise heute noch. Am Marxplatz beginnt eine Straße, die schon um 1900 nach dem ersten ungarischen König, Stephan dem Heiligen, benannt wurde. Wieder ein Paradoxon: die Kommunisten akzeptierten diesen Namen samt seinem klerikal anmutenden Attribut.

Dort, wo der Ring des heiligen Königs endet, beginnt die Margarethenbrücke, die zur Donauinsel gleichen Namens führt. Margarethe war eine seliggesprochene Prinzessin aus dem 13. Jahrhundert. Ihr königlicher Vater hatte sie seinerzeit aus Dankbarkeit gegenüber dem lieben Gott, der ihn vor den Mongolenhorden errettet hatte, ins Kloster geschickt. Die Ruine des

Klosters steht noch heute auf der Insel. Hätten sich die Mongolen im Jahre 1241 nicht wegen ihrer Diadochenkämpfe aus dem Königreich Ungarn zurückziehen müssen, so gäbe es heute in Budapest wahrscheinlich eine Dschingis-Khan-Brücke, und die Perle der Donau hieße Tamerlan-Insel. Vielleicht wäre dies nicht einmal die schlechteste Variante gewesen. Schließlich gab es in Budapest in den frühen vierziger Jahren einen Hitler- sowie einen Mussolini-Platz.

Am abenteuerlichsten ist die Geschichte jener Hauptverkehrsader der ungarischen Metropole, welche vor hundert Jahren nach dem Außenminister der Monarchie benannt wurde. Die kommunistischen Wiedertäufer schenkten diese Andrássy-Straße gleich im Sommer 1945 dem Generalissimus Stalin. Nach der Enthüllung der kriminellen Tätigkeit des letzteren erschien es den nunmehr geläuterten Machthabern opportun, den Namen der Straße wieder zu ändern. Der Namenswechsel wurde in den Tagen des Oktoberaufstandes von den Revolutionären vollzogen, die sich zum Gedenken an die Opfer des Aufstands für die Bezeichnung »Straße der ungarischen Helden« entschieden. Nach der Niederwerfung der Volkserhebung fanden die Herrschenden eine Verlegenheitslösung. Die Neubenennung »Straße der ungarischen Jugend« hielt sich jedoch nur wenige Monate. Sobald sich die neuen Strukturen etabliert hatten, befand sich der Staatsbürger, ob er wollte oder nicht, in der »Straße der Volksrepublik«. Ungarisch heißt dies »Népköztársaság útja«, ein Zungenbrecher für alle ausländischen Touristen, die einem Taxifahrer diese Straße als Fahrtziel angeben mußten. Nun ist die Straße aufs neue konvertiert und heißt zur Abwechslung wieder einmal »Andrássy-Straße«, und damit sind wir endlich bei unserem eigentlichen Thema angelangt.

Ich besitze eine Liste der veränderten Straßennamen meiner Geburtsstadt, herausgegeben vom Kartographischen Institut. Sie zeigt den Stand vom 30. Juni 1990. Neuere Ausgaben sind leider nirgends aufzutreiben. Meine kleine Rarität enthält die ersten sechzig Änderungen – auf der linken Seite die alten, auf der rechten die neuen Namen.

Von den alten Bezeichnungen fallen zweifellos diejenigen am meisten auf, die mit dem Wort »Vörös« (rot) beginnen. So kennt Budapest keine »Straße der Roten Armee« mehr, die es früher gleich in drei Stadtbezirken gab. Gestrichen ist die »Straße des Roten Sterns« im 19. Bezirk und die »Straße des Roten Oktober«, ebenfalls im 19. Bezirk. Der Dichter Majakowskij, der Marschall Tolbuchin und der Budapester Stadtkommandant General Samertzew sind ebenfalls der demokratischen Säuberung zum Opfer gefallen. Vielleicht hätte wenigstens der Unbekannte Rotarmist eine kleine Straße verdient, denn er hat zur Vertreibung der deutschen Besatzer kräftig beige-

tragen, und zwar unabhängig davon, was der Sieg der Sowjetunion in Osteuropa ansonsten verursacht hat.
Auch vielen namhaften Kommunisten sind ihre Straßen genommen worden. Um Friedrich Engels ist es eindeutig schade – er war übrigens ein begeisterter Anhänger der ungarischen Revolution von 1848. Ernst Thälmann kann man zweifellos nicht als Helden der ungarischen Geschichte betrachten, aber ich glaube nicht, daß sich eine demokratische Stadt seiner schämen müßte. Auch Georgi Dimitroff hätte in jeder europäischen Metropole eine Straße verdient, allein wegen seiner kühnen Repliken im Leipziger Prozeß. Und was ist an dem kongolesischen Nichtkommunisten Patrice Lumumba auszusetzen? Schließlich wurde er als legaler Regierungschef von einer gegnerischen Übermacht gestürzt und hoffte vergeblich auf die Rettung durch eine UNO-Resolution – dieser Vorgang müßte den Ungarn bekannt vorkommen.
Es ist durchaus in Ordnung, daß Namen wie der des KP-Ideologen der fünfziger Jahre, Révai, oder der des damaligen offiziellen Philosophen Rudas nicht jede Straßenecke schmücken. Dasselbe gilt für Darvas, den langjährigen Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes, und für den ehemaligen Minister Antos. Zu Recht umstritten sind auch die Namen mancher Führer der Räterepublik 1919, selbst wenn sie später zum Opfer des Weißen Terrors wurden. Der Kommunist Endre Ságvári ist jedoch als Kriegsgegner und Widerstandskämpfer im bewaffneten Kampf gefallen, und Dezsö Bokányi war lange vor seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Ungarns der populärste Redner der Arbeiterbewegung. Er kam, wie so viele seiner Kampfgefährten, in einem der Straflager Stalins um. Zu den ungarischen Opfern Stalins gehörten auch der Sinologe Lajos Magyar und der Nationalökonom Gyula Lengyel – beide sind heute auf dem kalten Wege der Umbenennung einer Straße zur persona non grata geworden.
Völlig schleierhaft sind für mich die Beweggründe der Behörden des ersten Bezirks, die den Straßennamen »Lajos Hatvany« nicht mehr akzeptabel fanden. Dieser jüdische Großunternehmer hat zwischen 1908 und 1938 die halbe ungarische Literatur finanziert. Er unterstützte Autoren, deren Straßenschilder keine Regierung jemals anzutasten wagte. Hatvanys Entfernung aus dem Budapester Straßenpantheon ist für mich eine indirekt literaturfeindliche Maßnahme. Ein direktes Attentat auf jede Poesie hingegen ist die Entscheidung, die »Träumerstraße« (Merengö-utca) im 22. Bezirk von nun an »Kalvarienbergstraße« zu nennen.
Für die sechzig Neubenennungen gibt es sowohl ideologische als auch nichtideologische Gründe. Häufig geht es einfach darum, eine städtische Tradition wiederherzustellen, deren Zerstörung den früheren Machthabern

meist zu Recht vorgeworfen wird. Straßen, die Namen wie Eulenburg, Stiefmütterchen, Glückshenne, Brautzeuge oder Schoberhof tragen, haben etwas atmosphärisch Unentbehrliches. Sie gehören zur Stadtgeschichte und zur kollektiven Erinnerung. Selbst so schlichte Bezeichnungen wie Mondgasse, Laubengasse oder Maiglöckchengasse bewahren eine Intimität, die in der modernen Großstadt längst verlorengegangen ist.

Viele der altneuen Namen haben einen kirchlichen Bezug, wie der Platz des Heiligen Stephan, die Straße des Heiligen Ladislaus, die Bischofsgasse, die Straße des Heiligen Geistes, der Franziskanerplatz oder die Abteistraße. Andere Bezeichnungen bestätigen die k.u.k. Tradition. So wurde der Königin Elisabeth (Sissy) außer ihrem Ring auch noch ein Platz zugeschlagen – von Engels zurückerobert. Der Stammesfürst Arpád besitzt jetzt außer seiner Brücke noch zwei Straßen, während einige Straßen und Gassen symbolisch-feudale Namen ohne konkreten Bezug tragen. So haben wir eine Straße der Könige, die aber nicht mit der Königs- (alias Majakowskij)Straße zu verwechseln ist, eine Straße der Heiligen Krone und eine Kleinkronengasse. Auch die militaristische Tradition kommt nicht zu kurz: Es gibt sowohl eine Reiter- als auch eine Säbelgasse.

Ohne zu den einzelnen Umbenennungen Stellung zu nehmen, möchte ich die Aufmerksamkeit auf zwei Eigenarten unserer Straßenschildreform lenken. Das eine ist die deutliche Rückbesinnung auf eine heile Welt, das andere ein Fehlen jeglicher internationaler Phantasie. Es gibt weder Sokrates noch Voltaire, weder Mozart noch Van Gogh. Budapest hat keine Prager oder Brünner Straße, keinen Europaplatz, wie er in Wien zu finden ist, und keine De Gaulle-Straße wie neuerdings in Prag.

Eine kommunistische Ortsbezeichnung möchte ich gerne erhalten wissen: den Élmunkás-tér, zu deutsch Platz der Stoßarbeiter. Das häßliche Wort »Stoßarbeiter« ist gleichsam ein Sprachdenkmal realsozialistischer Betonästhetik. Ohne dieses Wort wird es uns schwerfallen, künftigen Generationen unsere Vergangenheit begreiflich und glaubhaft zu machen.

Deutsch von György Dalos und Elsbeth Zylla

John Peet
Der Spion der keiner war
276 Seiten, DM 40,–
ISBN 3-203-51098-7

Der schillernde Lebensweg einer Legende des Kalten Krieges.
»Die Autobiographie eines der faszinierendsten Männer, die mir je begegnet sind.« *Len Deighton*

Jean Bloch-Michel
Große Zeiten
Mit einem Nachwort von Lothar Baier
144 Seiten, DM 28,–
ISBN 3-203-51114-2

Mit »Große Zeiten«, einer klaren Absage an den Mythos großer Zeiten und deren Helden, wird einer der wesentlichen Autoren aus dem Kreis um Albert Camus und Manès Sperber vorgestellt.

EUROPAVERLAG

Das Debakel der Linken.

Brigitte Seebacher-Brandt

Die Linke und die Einheit

CORSO bei Siedler

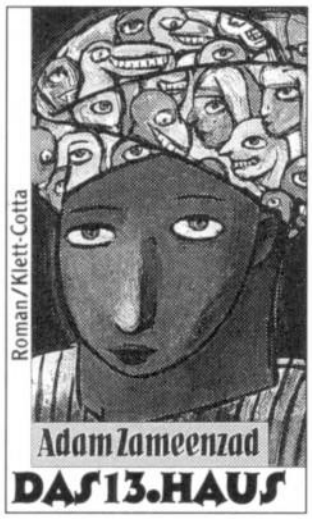
Wie konnte das Erbe Willy Brandts und Helmut Schmidts verspielt werden, die doch das vorbereitet haben, was über Nacht Wirklichkeit geworden ist? Warum kollidiert das Selbstverständnis der Linken besonders kraß mit der Realität, wenn es um die Frage der Nation geht, hinter der man sofort einen neuen Nationalismus wittert? Warum verschließt sich eine Partei, die sich traditionell auf die Masse beruft, den Empfindungen dieser Masse gerade in der Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten?

100 Seiten
Leinen,
DM 20,–

Soeben erschienen.

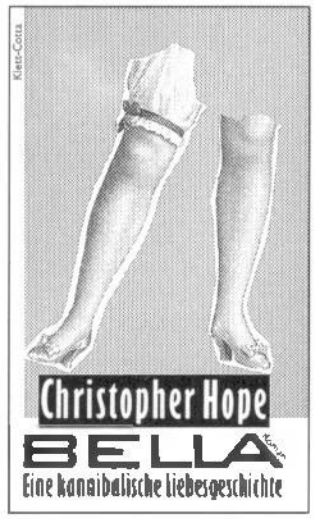
Siedler

Neuerscheinungen Frühjahr '91



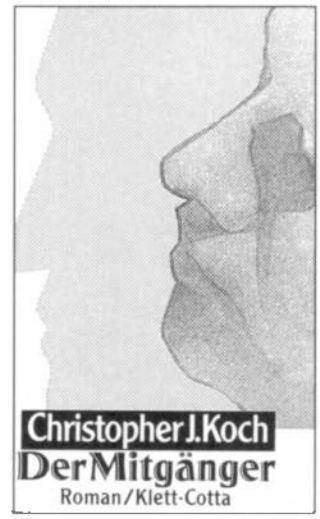
296 Seiten, Linson,
34,– DM / öS 265,–

Ein Roman über Pakistan, mit einem Helden, der die Schatten der Vögel fängt und vom Schicksal heimgesucht wird. Das Schicksal ist mit Politik verzahnt, aber Politik ist nicht alles. Zahid, ein kleiner Angestellter, ist ein guter Mensch; sogar seine Frau muß es zugeben. Er steckt in Bergen von Schwierigkeiten und müßte viel Glück haben, um durchzukommen. Seinem zurückgebliebenen Sohn könnte allenfalls eine Wunderheilung noch helfen.
Nun ist Zahid in ein neues Haus gezogen, das größer, bequemer und preisgünstiger ist als das alte. Es ist ein 13. Haus: ein überzähliges zu den zwölfen des Tierkreises, ein Schicksalshaus, wo Furcht und Hoffnung sich widersinnig verstärken. Ob es Zahid Glück bringen wird? Ein Guru tritt darin auf, umgeben von einem Clan von Leibwächtern und Kriminellen. Das Elend gebiert seine eigene Mystik, in der dann alles völlig vernünftig zugeht.



336 Seiten, Linson,
38,– DM / öS 296,–

Nach der Londoner »Times« ist diese ungewöhnliche Liebesgeschichte »ein Märchen für unsere schreckliche Zeit«, geschrieben in einer fast zärtlichen Prosa, voll leiser Ironie. Bella ist fünfzehn und ein Schokoladenjunkie. Außerdem glaubt sie an Gott, was Onkel Claude ihr ausreden will. Er ist der Bürgermeister des Städtchens und wie die anderen Honoratioren ein Langweiler.
Eines Tages taucht zum allgemeinen Entsetzen ein Kannibale auf. Nur Bella ist hingerissen: Er ist zum Anbeißen. Monsieur Brown, so nennt sie den Schwarzen mit dem üblen Ruf, bringt Bella eine Botschaft, die sie gefeit macht gegen Heuchler und atheistische Onkel.
Christopher Hope konfrontiert in dieser grotesk-komischen Liebesgeschichte das zivilisierte Europa mit dem wilden Afrika, stellt den Weißen den Schwarzen gegenüber. Was unterscheidet sie? Nicht ihre Taten, nur ihre Methoden.



408 Seiten, Linson,
39,80 DM / öS 310,–

Christopher Koch zählt zu den renommierten australischen Autoren neben Patrick White und Peter Carey. Sein Roman »Der Mitgänger«, ausgezeichnet mit dem wichtigsten Literaturpreis seines Landes, ist trotz der regionalen Schauplätze weit mehr als nur ein bedeutender Australienroman.
Richard, der Ich-Erzähler, durch Kinderlähmung zu einem reduzierten Dasein verdammt, flüchtet sich in die Welt der Bücher und Träume. Sein Idol im Leben wird Broderick, dessen fast mephistophelische Ausstrahlung Richard und seine Freunde in Bann schlägt und sie in Regionen der Phantasie führt, wo die Grenzen zur Realität unscharf werden. Drogen, okkulte Rituale und eine schwärmerische Sehnsucht nach Schönheit beschleunigen diesen Realitätsverlust. Der Niedergang bereitet sich vor.

Klett-Cotta
Postfach 10 60 16, 7000 Stuttgart 10

Dan Diner
Den Westen verstehen

Der Golfkrieg als deutsches Lehrstück

extra

Der Krieg am Golf war auch ein deutscher Krieg. Ausgekämpft freilich wurde jener Part als Simulation. Doch trotz fiktiver Teilhabe wird er im kollektiven Bewußtsein tiefe Spuren hinterlassen in der Abwendung vom westlichen Westen – hin auf sich selbst. Insofern indizieren die hiesigen Aufgeregtheiten ein weiteres Einschwenken auf einen alt-neuen Sonderweg politischer Kultur. Waltete noch angesichts der Vereinigung der deutschen Staaten so etwas wie eine selbstauferlegte Vorsicht und Behutsamkeit – wesentlich aus Rücksichtnahme auf jene Instanz, die gemeinhin als Ausland firmiert –, so kochte angesichts des Kriegs am Golf eine sich politisch nur mühsam rationalisierende Gefühlswelt über. Um so etwas wie eine Verschiebung von einem Ereignis auf das andere handelt es sich insofern, als die kriegerische Auseinandersetzung in der Ferne vorläufig jedenfalls tiefere Schichten des deutschen kollektiven Gedächtnisses in Wallung brachte als die sich unerwartet einstellende Nähe zum deutschen Nationalstaat. In seltener Einmütigkeit, gleichsam konvergierend, wirkten Regierung, Opposition und Friedensbewegung zusammen. Im verhaltenen Format des Bundespräsidenten fand die volonté nationale ihre repräsentative Vollendung. Erst auf mehrfache und inständige Nachfrage von jenseits von Atlantik und Kanal wurden Regierung und Öffentlichkeit gewahr, wie weit Deutschland jenem Zusammenhang entglitten war, auf den es sich sonst so gerne beruft: dem Westen. Die nachholende Reaktion gedrückter Besorgtheit, mit der die Scud-Raketen auf Israel goutiert wurden – den jüdischen Staat, eine nicht unwesentliche Schibboleth für jenes inzwischen ablaufende historische Einvernehmen zwischen westlichem Westen und der früheren, noch teilstaatlichen Bundesrepublik –, legte dar, wie sehr ertappt man sich doch fühlte.

Die Einigung Deutschlands und der Golfkrieg stellen im Prozeß der Entwestlichung des Landes also durchaus komplementäre Erscheinungen dar. So wie der Krimkrieg Rußland zu einer Abwendung vom Westen und zu einem Rückzug auf sein romantisches Selbst verführte – weg vom Wirkungszusammenhang der atlantischen Revolution –, dürfte der Krieg am

Golf in Deutschland die politische Kultur des Sonderweges in Differenz zum westlichen Westen aufs neue stärken.

Deutschland am Golf? Eine wahre Fiktion, die längst vergangen Geglaubtes wieder aufleben läßt. Spurenelemente nationaler Tradition tun im kollektiven Gedächtnis weiterhin ihre verwunschene Wirkung. Die Wege ihrer Durchsetzung nehmen dabei einen recht merkwürdigen Verlauf. Sie sind ebenso paradox wie ihre Träger. So etwa der Umstand, daß gerade diejenigen, die sich als Linke gerieren, in der Verlebendigung jener Traditionsbezüge, die der politischen Kultur des Westens entgegenstehen, eine dubiose Vorreiterrolle einnehmen. Solche Pionierarbeit mag zwar einem avantgardistischen Selbstgefühl entgegenkommen, aber die sich dabei offenbarenden Inhalte sprechen trotz aller Chiffrierung eine Sprache, die den althergebrachten Unterschied von links und rechts national transzendiert.

Nach dem endgültigen Kollaps tragender Säulen linker Gewißheiten mit dem dramatischen Höhepunkt der schieren Selbstaufgabe der DDR war die auf die Teilung des Landes gestützte Neutralisierung des Nationalen in Deutschland bereits verlorengegangen. Dies trieb die sich ohnehin ankündigende politische Orientierungslosigkeit ins Maßlose. Mit dem Krieg am Golf sollte die Geschichte der Niederlage fortgeschrieben werden. So ist der bislang gültige Bonus des gerechten Anliegens, der den Ländern der Dritten Welt a priori, d.h. ohne Ansehen ihrer inneren Verfaßtheit zuerkannt wurde, durch den Regimecharakter des Irak – einen »Schmalspurfaschismus«, wie Frantz Fanon schon vor über drei Jahrzehnten, in resignativer Voraussicht, die Entwicklung in den Ländern der sich damals emanzipierenden Dritten Welt voraussah – und durch die Ereignisse am Golf annuliert worden; und dies eigentlich schon seit dem Massenschlachten während des ersten Golfkrieges zwischen Irak und Iran. Es reicht einfach nicht mehr aus, in gleichsam theologischer Manier die Akteure politischen Handelns in gut und bös zu scheiden, ausschließlich dem Westen das historische Kainsmal aufzubrennen und alles Licht sein zu lassen, was sich gegen ihn erhebt. Dahinter wirkt ein sich als Solidarität drapierender Rassismus, der die Menschen dieser Länder desavouiert, indem er sie jeder Kritik entzieht. Der orientalistische Topos von den »arabischen Massen«, jener als gesichtslos gehandelten Menschen im Orient, deren Handlungen als irrationaler Ausbruch – weder interessengeleitet noch vernunftbegabt – einem Naturereignis gleich antizipiert werden, belegt diese Verzerrung.

Im ersten Schock des jüngsten Krieges schien es noch ganz anders. Den alten, durch das Zerbrechen des realen Sozialismus mit in den Abgrund gerissenen Gewißheiten war vorübergehend wieder Leben eingehaucht worden. Die Wiederauferstehung eben noch als tot gemeldeter Geister si-

mulierte eine politische Realität, in der alles wieder seinen angestammten Ort einnahm. Doch nur für kurze Zeit durfte die verlorengegangene manichäische Zweiteilung der Welt – einschließlich des außer Schuld und Sühne stehenden dritten Parts – ihre identitätsstiftende Wirkung tun. Die leichtfertig im Munde geführte Analogie zu Vietnam wirkte wie ein Jungbrunnen: Die alte, vertraute Zeit schien aus dem Nebel aktueller Ungewißheiten aufs neue hervorzubrechen. Aber mittels ihrer militärischen Widerlegung durch die USA dürfte die Niederlage sich nur noch vertiefen.
Doch die Tragik des fehlgeleiteten Protests reicht weiter: Vor dem Hintergrund des vereinten deutschen Nationalstaates rührte die flächenartig sich ausbreitende Aufgeregtheit jene zwar verpuppten, aber immer noch durchaus wirksam gebliebenen tradierten Kontinuitätsbezüge auf, die jenen beruhigenden, historisch als links und rechts stipulierten Gesinnungsunterschied endgültig aufmischen und ihn auf eine bloße Richtungsanweisung im Straßenverkehr reduzieren. Denn was in Gestalt gesellschaftlich behaupteter Deutungen aufschäumt, hat mit Kategorien von Sozialkritik nichts mehr gemein. Letztere ist kaum mehr in der Lage, ihren Charakter als bloße Camouflage nationaler Ressentiments zu verbergen, die lange Jahre in kollektivem Dämmerschlaf verharrten. Von einem tiefsitzenden antiwestlichen Affekt ist hier die Rede, von einem Affekt, der für Deutschlands Weg zum Staat durch die Geschichte hindurch in hohem Maße signifikant gewesen war und mit der verwestlichenden Neutralisierung der Nation im bundesrepublikanischen Teilstaat eigentlich aufgebraucht schien. Ob jenem Ressentiment angesichts der überraschenden Wiederkehr des deutschen Nationalstaates neue Lebenskraft eingehaucht wird, wie angesichts des Krieges am Golf indiziert, ist wie immer der Zukunft überantwortet. Der Anzeichen für eine solche Kontinuität jedenfalls ist Legion. Ihre Aufdringlichkeit findet sich gleichsam durch die Verleugnung bestätigt, mit der dem Vergangenen und seiner widerständigen Präsenz begegnet wird.

Im Jahre 1939 erschien, wie eine Handreichung zu Kriegsbeginn, ein vielbeachtetes Buch des populären Sachbuchautors Anton Zischka. *Ölkrieg* lautet der fulminante Titel. Gleich im Vorwort beeilt sich der Publizist, seine Intention offenzulegen. Es gelte, den Traditionsfeind Deutschlands, die westlichen Demokratien und ihre Prinzipien von »Freiheit und Recht«, als einen »Vorhang von Lügen und Verleumdungen, von Pharisäertum und Selbstgefälligkeit« zu entlarven. Hinter ihnen verberge sich ohnehin nichts anderes als der schnöde materielle Vorteil.
Solche Töne waren damals weder neu, noch waren sie ausgesprochen nationalsozialistisch. Sie führten nur eine Tradition fort, die, von der Romantik

ausgehend, durch vielfältige Verwerfungen hindurch einen deutschen Sonderweg politischer Kultur und letztlich auch politischer Praxis kennzeichnete. Es war in Deutschland durchaus üblich gewesen, gegenüber den Kernländern des Westens einen kulturell sich begründenden Überlegenheitsdünkel auszuspielen. So war der Erste Weltkrieg nicht zuletzt auch als so etwas wie ein europäischer Bürgerkrieg erfahren worden, in dem westlichem Rationalismus, Utilitarismus und Profitdenken auf dem Felde der Ehre der Prozeß gemacht werden sollte. Signifikanterweise trug die Kriegsschrift Werner Sombarts den dichotomischen Titel *Händler und Helden*. Im nationalsozialistischen Deutschland erfuhr jener Gegensatz von vermeintlich höheren Werten einerseits und verachtetem Utilitarismus andererseits einen weiteren Schub. Deutschlands Kampf wurde in sich antiimperialistisch dünkender Manier zu einem Weltgegensatz zwischen jungen und alten Nationen, zwischen have und have-nots stilisiert – oder in den Worten des Erfolgsautors Anton Zischka, mit Blick auf das perfide Albion: »Überall siegte Blut über Öl, siegte Nationalbewußtsein über internationalen Kapitalismus.«

Man wird der Friedensbewegung und ihren Förderern die Aufrichtigkeit schon abnehmen müssen, mit der sie sich des Verdachts des Antiamerikanismus erwehren – sie kennen einfach seine tiefere Bedeutung nicht. Und in der Tat hat jener Begriff in Deutschland nur dünne Patina angesetzt. Wird das Wort durch das historisch vertrautere Ressentiment den Angelsachsen gegenüber ausgetauscht, ist sein Resonanzboden erheblich ausgeweitet, finden Kontinuitäten ihre Bestätigung.

Der als Entlarvung sich gerierende Hohn und Spott, mit dem der amerikanische Anspruch überschüttet wird, der Krieg gegen Saddam Hussein werde universeller Prinzipien wegen geführt, steht in jener untergründigen Kontinuität, die vorläufig noch in moralisch daherkommenden Anmaßungen friedensbewegter Kritiker rationalisiert wird. Vor allem der pseudomaterialistische Gestus, mit dem die Offenlegung schnöder Interessen als des eigentlichen Kriegsgrunds eingefordert wird, soll das komplexe Gemenge aus politischer Moral, juristischen Prinzipien und regionalem Stabilitätsdenken als bloße Ökonomie denunzieren. Um nichts anderes als um den Zugriff auf den Ölreichtum werde der Krieg geführt. Alles andere sei Schwindel.

In der Tat: Ein staatliches Gemeinwesen muß schon von erheblicher Bedeutung sein, damit seinetwegen das universelle Prinzip der Existenzerhaltung aller Staaten exekutiert werde. Jener ökonomistisch verkürzt daherkommende Interessenbegriff, der eine komplexe Realität in antisemitisch anmutenden kommerziellen Kategorien von Soll und Haben zu fassen sucht,

trifft eher die Absicht Saddams, der beim fluchtartigen Rückzug aus Kuwait die Ölquellen in Brand setzen ließ, so als wolle er noch einmal vor aller Welt bekunden, wem sein Abenteuer galt: der widerrechtlichen Aneignung fremden Eigentums – bloßem Raub. Der kriegerischen Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer Koalitionäre hingegen war es bei weitem weniger um den konkreten Ölreichtum gegangen; vielmehr um die völkerrechtlich gestützte Verteidigung des Eigentumsprinzips in der Wiederherstellung der Staatlichkeit Kuwaits. Die Verteidigung dieses Prinzips wiederum erfordert die Statuierung des Exempels: Keine Abstraktion ohne Konkretion.

Es sind nun einmal die USA, die mehr noch als andere westliche Gemeinwesen einen Universalismus der Werte und Doktrinen vertreten, mit dem der Abstraktion des Weltmarktes entsprochen wird. Dies mag wohlfeil als Imperialismus abgetan werden; aber ein derartig weltanschaulich gefaßtes Ressentiment einer zivilisatorischen Leistung gegenüber ist weniger Ausdruck bedachter Kritik als daß zentrale Traditionsbestände nationalistischen und autarkistischen Ordnungsdenkens indiziert werden, dessen faschistische Anklänge unüberhörbar sind. Der Antiimperialismus als Denkfigur, die manche gar zum gewaltförmigen Handeln anregte, ist von jener Tradition stärker affiziert, als übereifrige Klakeure es sich vorzustellen vermögen. Sich in gut gemeinter Absicht ständig und gebetsmühlenartig auf die räuberische Kolonialgeschichte des kapitalistischen Weltsystems zu berufen, trägt zur Erklärung gegenwärtigen Elends in der Dritten Welt weniger bei, als die vergängliche Aura so manch einer Denkschule mit Praxisanspruch zu insinuieren versucht sein dürfte. Die traditionelle amerikanische Politik des ungeteilten Weltmarktes garantierte in der Vergangenheit mancherlei staatliche Existenz, die ansonsten von annexionslüsternen Nachbarn längst verschlungen worden wäre. Obendrein waren die USA ein durchaus aktiver Beschleuniger im Dekolonisationsprozeß, und zwar zum Leidwesen der europäischen Kolonialmächte. Gleichwohl galten den Nordamerikanern Intervention in Bürgerkriegen, Sturz von unbotmäßigen Regierungen und Destabilisierung von als feindlich angesehenen Regimen als legitimes Mittel, den bürgerlichen Universalismus notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Dies mochte im eigenen Hinterhof zu recht beklagenswerten Erscheinungen führen – in Europa jedenfalls machte ein in die inneren Angelegenheiten eines anderen politischen Gemeinwesens sich einmischender Interventionismus etwa die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches in der Schlußphase des Ersten Weltkrieges ebenso möglich, wie er zum Sturz des Nationalsozialismus führte.

Wie auch immer: Die Auslöschung eines Staates, eines Subjekts des Völker-

rechts, gilt als ein zu sühnendes internationales Verbrechen. Denn sollte eine derartige Praxis von Subjektvernichtung Nachahmer finden, dann würden nicht einmal mehr Mindestbedingungen einer halbwegs kalkulierbaren und auf Rechtsform angewiesenen Weltordnung gelten. In Deutschland mag das Vorgehen der USA gegen Saddam Hussein mehr an aufgeregtem Protest hervorgerufen haben als anderswo im politischen Westen. Doch dürfte dies dem Umstand geschuldet sein, daß hier das politische Ethos der Vereinigten Staaten traditionellerweise schon immer weniger begriffen worden war als anderswo – jene bürgerliche Gesellschaft ohne Staat, wie Hegel noch Amerika gekennzeichnet hatte.

Heute, nach dem Ende der bipolaren Ära, sind die Vereinigten Staaten in einem weit größeren Maße frei, nach ihren Grundsätzen und Werten zu handeln, die zwar ursprünglich amerikanisch, aber universell zugleich sind. Es wurde Saddam Hussein zum Verhängnis, daß er just dann zu seinem Raubzug auszog. So wurde Kuwait über seine reale Bedeutung als Ölscheichtum hinaus zum Exempel einer neuerlichen Bestätigung einer Weltordnung, in der die Gestalt der Staatlichkeit als tragende Säule jener Prinzipien konstatiert wird, die der Form des Tausches entspringen.

Die historischen Analogien, die seitens des westlichen Westens zur Legitimation seines Vorgehens gegen Saddam Hussein herangezogen wurden, etwa jener notorische Vergleich mit Hitler, haben in Deutschland zu einem neuerlichen Aufleben von Glaubenskämpfen geführt. Dabei steht die Hitler-Metapher im westlichen Westen für einen wesentlich anderen Kontext als in jenen Ländern, deren Bevölkerung Opfer von Massenvernichtung oder Lebensraumkrieg waren. Die Metapher Hitler findet in der politischen Kultur des angelsächsischen Traditionszusammenhanges eher für den Kontext der Jahre 1938/39 Verwendung – damals, als England die schon seit dem Jahre 1919 gültige Politik der Nachgiebigkeit dem Deutschen Reich gegenüber durch den Wortbruch des deutschen Diktators, vor allem durch seinen Einmarsch in die von ihm so genannte »Rest-Tschechei«, desavouiert fand und eine Politik einleitete, die zur bis dahin verweigerten britischen Garantie der staatlichen Integrität Polens führte und letztlich in den Zweiten Weltkrieg mündete. Wohlgemerkt: England war entschlossen, für dieses Prinzip zu kämpfen. Und bei aller unverschämten kommunistischen Propaganda vom »imperialistischen Krieg« konnte hierbei von Öl- oder anderen Quellen keine Rede sein.

Enge Ökonomismen vermögen eine derartige politische Ethik nicht zu fassen. Die entsetzte Verwunderung, mit der Hitler die Kriegserklärung der ansonsten verächtlich als Krämernation abgetanen Briten zur Kenntnis nahm, dürfte auch dem letzten Leugner politischer Prinzipienfestigkeit

klarmachen, worin der so leichtfertig und gern übersehene Unterschied zwischen der auf Tauschform beruhenden bürgerlichen Zivilisiertheit und einer auf unmittelbarer Gewalt beruhenden Barbarei besteht. Horkheimer und Adorno haben in einem der *Dialektik der Aufklärung* nachgereichten Aphorismus: »Gegen Bescheidwissen«, jenen feinen Unterschied thematisiert. Sie interpretieren Chamberlains Aussage über Hitler – der Diktator bzw. seine Forderungen seien »unreasonable« – dahingehend, daß der Äquivalenz zwischen Geben und Nehmen zu entsprechen sei. Die am Tausche gebildete Vernunft zerbreche aber an jenen, die der unmittelbaren Gewaltanwendung frönten. »Dem Faschisten läßt sich nicht gut zureden«, heißt es definitiv. Vor allem in der Konkurrenz der Staaten treiben die Faschisten mit »Eigenschaften wie Kurzsichtigkeit, Verbohrtheit, Unkenntnis der ökonomischen Kräfte, vor allem aber durch die Unfähigkeit, das Negative zu sehen und in die Einschätzung der Gesamtlage aufzunehmen, auch subjektiv zur Katastrophe, die sie im Innersten stets erwartet haben«.

Aus der Perspektive des westlichen Westens und seiner kontraktualistisch begründeten politischen Philosophie hatte Hitler allein schon seiner Unkalkulierbarkeit und Wortbrüchigkeit wegen die Vertragsfähigkeit eingebüßt. Doch ohne Vertrauen in das völkerrechtsbegründende *pacta sunt servanda* ist keine Stabilität garantierbar – außer durch ständige Androhung oder gar Anwendung von Gewalt. Insofern war die Forderung der bedingungslosen Kapitulation, die Churchill und Roosevelt auf ihrem Treffen in Casablanca verkündet hatten, eine ihrer politischen Philosophie durchaus entsprechende Maßgabe. Sie richtet keine Konditionen mehr an das desavouierte Rechtssubjekt, sondern verlangt seine Eliminierung als Voraussetzung neuer Vertragsfähigkeit.

Auch das Wort vom Diktator ist der politischen Sprache des westlichen Westens entnommen. In Deutschland jedenfalls gibt es hierfür keine wirkliche Tradition. Spätestens seit der Soldatenherrschaft Napoleons III. blickten die Engländer voller Verachtung auf die als zutiefst unzivilisiert geltenden politischen Systeme des Kontinents. Die Briten hingegen erfreuten sich eines Selbstbewußtseins, das in Institutionen parlamentarischer Kontrolle, in Gewaltenteilung und der Herrschaft des Rechts seine Stützen fand. In der zwischen furchteinflößender Despotie und entblößender Lächerlichkeit oszillierenden Gestalt des Diktators wird die Gefahr offenkundig, die von ihr für demokratisch verfaßte Gemeinwesen ausgeht. Der Diktator kann dank seiner absoluten und jeglicher Kontrolle entzogenen Herrschaft unmittelbar, gleichsam aus dem Stand, zur kriegerischen Handlung schreiten. Die Durchsichtigkeit des formellen Verfahrens in Demokratien, die not-

wendige und auch so beabsichtigte Schwerfälligkeit des Procedere bedeutet hingegen ein erhebliches Maß an Vorhersehbarkeit. Insofern sind allein wegen der Rationalität des komplexen Verfahrens in der politischen Entscheidung Kriege zwischen Demokratien kaum denkbar. Es ist im übrigen auch und vor allem das verlorengegangene Moment von Voraussehbarkeit und Kalkulierbarkeit staatlichen Verhaltens, dessentwegen die Sprache der angelsächsischen politischen Tradition den Hitler-Stalin-Pakt zu einem derart zentralen Menetekel diktatorischen Verhaltens erhebt. Während für die Linke der Sündenfall in der Übereinkunft mit dem Faschisten Hitler liegt, stellt das angelsächsische politische Empfinden den ideologischen Gegensatz zurück und betont das institutionelle Moment. Trotz tiefster weltanschaulicher Feindschaft liegt es in der Macht des Diktators, um eines kurzfristigen taktischen Vorteils willen strategisch oder sogar ideologisch angelegte Selbstverpflichtungen zu annullieren – einfach so, eben weil er keiner demokratischen Institution verpflichtet ist. Die despotische Herrschaft, die Willkür des Diktators ist – weil völlig ungebunden – für andere Gemeinwesen außenpolitisch nicht kalkulierbar, insofern gefährlich und schließlich einer kontraktualistischen politischen Philosophie nach auch nicht vertragsfähig. Darin und nur darin besteht der angelsächsischen politischen Tradition zufolge eine Analogie zwischen Saddam Hussein und Hitler.

Für Zeitgenossen und erst recht für Nachgeborene wirkt der Zweite Weltkrieg und seine nationalsozialistische Vorgeschichte als Prägeanstalt der politischen Sprache der Gegenwart – ihrer Bilder, Metaphern und Analogien. Jene Vergangenheit ist der Ort, aus dem historische Lehren für die Jetztzeit gezogen werden. In Deutschland jedenfalls werden jener Vergangenheit manche für die politische Kultur des Landes unverzichtbare Gewißheiten entliehen – etwa der kategorische Imperativ, den Anfängen zu wehren, auf alle Fälle aber Widerstand zu leisten. Dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges folgt die gleichsam prinzipiell aufgefaßte Einsicht, nie wieder Krieg zu führen.

Jener der Geschichte entnommene Auftrag, den Anfängen zu wehren oder bei Fortschreiten des Übels Widerstand zu leisten, wuchs sich zu einem deutschen Dilemma aus. So meinte die herrschende Lehre, der Keim des Schreckens sei im totalitären Denken schlechthin angelegt. Andere hingegen waren der Auffassung, er finde sich bereits in den gesellschaftlichen Voraussetzungen dessen, was sich als Freiheit geriere. Wie auch immer: der Politik in Deutschland haftete so etwas wie eine glaubenslastige Letztbegründung an. Obendrein begünstigte die Zweiteilung des Landes jene bür-

gerkriegsähnliche Entgegensetzung der Geister – fachte sie gleichsam an. Und die historische Dekoration der Bühne jener Auseinandersetzung war aus Materialien gefertigt, die dem Arsenal der nationalsozialistischen Zeit entstammten.

Vor diesem Hintergrund mit seinen durchaus realen Akteuren – Exnazis, Mitläufern und anderen Begünstigten des nationalsozialistischen Regimes – wurde so manches Stück Bewältigung inszeniert. Als ausgesprochen dankbar erwies sich in der nachholenden Verbesserung der Deutschen das mit Neonazis betriebene Protestspiel. Während letztere sich als die inkarnierte Wiederholung des Vergangenen gerierten, verschaffen sie ihren Gegnern den Genuß der Gewißheit, sich auf keinen Fall im historischen Objekt geirrt zu haben.

Das Ritual nachholenden Widerstands als eine Bannung des Vergangenen ist in Deutschland von identitätsstiftender Wirkung. Und dennoch: So sympathisch solche Anstrengung sich auch ausnehmen mag – mit Nachdenklichkeit, autonomem Handeln und vernunftgeleiteter Politik hat dies wenig gemein. Vor allem dann nicht, wenn das imaginierte Bild des eigenen und besseren Selbst sich ständig an einer Wirklichkeit stößt, die bei weitem komplizierter ist als die vermeintliche Sicherheit der historisch entlehnten Gesinnung. Zur Tragödie wächst sich das unbegriffen Angelernte vor allem dann aus, wenn ausgerechnet die gut gemeinte Widerstandsabsicht dem geblendeten Bewußtsein als Wiederholungshandlung entweicht.

Exemplarisch und aktuell zugleich für den agierten Wiederholungszwang in der rituellen Bannung des Vergangenen ist die hochmoralisch besetzte pazifistische Ablehnung eines jeden Krieges. »Nie wieder Krieg« ist eine Parole, auf die sich in Deutschland das ganze Kollektiv parteienübergreifend einschwören ließe. Und hierfür gibt es wahrlich gute Gründe. In einem Land, das Europa und die Welt in diesem Jahrhundert zweimal mit Tod und Elend überzogen hat, mußte die daraus gewonnene Einsicht dazu führen, nie wieder eine Waffe zu berühren. Aber einem solchen zum Dogma geronnenen Prinzip kann unter Umständen das genaue Gegenteil der gut gemeinten Absicht entspringen.

Ein Einwand gegen den absoluten Pazifismus in Deutschland betrifft die damit verbundene neutrale Haltung allem gegenüber. Gilt erst einmal ein jeder Krieg als verwerflich, so entfällt der Unterschied zwischen dem Aggressor und seinem Opfer. Nun mag die Wirklichkeit derart mannigfaltig und kompliziert sein, daß in der Tat eine solche Unterscheidung nur schwer zu treffen sein mag, zumal kaum einer sich völlig gewiß sein dürfte, in einer realen Gemengelage ausschließlich seiner aufgeklärten Urteilskraft zu folgen. Der Pazifismus hat in der Tat den Zweifel des Irrtums für sich. Nicht

zufällig bedient er sich jener absoluten Parole, die der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entliehen ist und als Reaktion auf ein Massenschlachten gedacht war, das zu einem totalen Monster anwuchs und als ein vom menschlichen Willen abgelöstes Subjekt empfunden wurde. Der Erste Weltkrieg steht für ein Naturereignis, ein sinnloses Massaker, in das die Mächte nach der anfänglich anfeuernden Begeisterung der Völker ganz ohne Absicht hineingeschlittert zu sein glaubten. Als letztlich verantwortlich wurden Militarismus und ein aristokratisch geprägter Kult von Ehre und Gewalt ausgemacht. Der Pazifismus hat diese Traditionen schnurstracks in den Zweiten Weltkrieg hinein verlängert. Beide Kriege wurden gleich.

Dabei ist dem Zweiten Weltkrieg beim besten Willen keine Sinnlosigkeit anzumerken. Wenn jemals ein Krieg gerechtfertigt war, dann der Krieg gegen Hitler. In diesen Krieg war niemand hineingeschlittert – ganz im Gegenteil. Dies war ein durchaus gewollter Krieg, ein Krieg Hitlers, der nicht einmal bei der nazifizierten deutschen Bevölkerung auf Begeisterung stieß. Alle anderen Mächte und vor allem die späteren Kriegsgegner Hitlerdeutschlands hatten bis hin zur politischen Selbstaufgabe nichts unversucht gelassen, den Krieg zu vermeiden. Dennoch: Welche andere Möglichkeit des Einwirkens bestand einem wild entschlossenen Diktator gegenüber als die Androhung und die Anwendung von Gewalt? Wenn im westlichen Westen über die Bedeutung jenes Krieges gestritten wird, dann nicht darüber, daß er geführt worden ist, sondern darüber, warum nicht frühzeitig genug gegen den Diktator militärisch eingeschritten worden ist.

Absoluter Pazifismus und seine weniger kategorisch wirkenden Verästelungen in der breiten Öffentlichkeit weckten während des Krieges am Golf den Verdacht, in Deutschland finde – vor dem Hintergrund der Ereignisse und Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, dem Panoptikum von politischer Sprache und Metaphorik der Gegenwart – so etwas statt wie eine späte psychische Parteinahme; nicht für Hitler, aber doch gegen seine damaligen Widersacher, die Alliierten. Damit wird die Haltung der deutschen Bevölkerung während des Krieges wiederholt. Daß dieser Krieg auch von den Koalitionären des Golfkrieges in einer Weise bebildert wurde, die ihn an den Zweiten Weltkrieg erinnern ließ, trug zusätzlich zur Gegnerschaft in Deutschland bei. Etwa die Forderungen des US-Präsidenten an Saddam Hussein, die einer bedingungslosen Kapitulation nahekamen, die scheinbare Wiederkehr jener deutschen Erfahrung der Bombardements durch amerikanische und britische Flugzeuge und nicht zuletzt das Wort von den Alliierten, denen man – wenn nicht offen, so doch mit verhalten spürbarer Wut – unterstellte, sie betrieben einen Genozid: Dresden in der Wüste.

So gebiert der abstrakte Kult des Widerstands paradoxerweise sein historisches Gegenteil: Wider Willen wird die eigene, längst überwunden geglaubte deutsche Geschichte mittels einer, sei's auch passiven Identifikation mit dem Irak affirmiert.

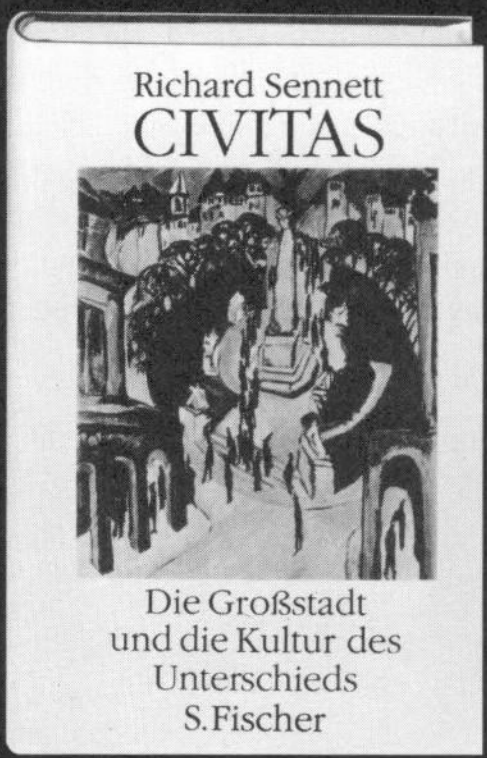
In Deutschland bewirkte der Golfkrieg so etwas wie eine innere Abwendung vom Westen, hin zu einer stärkeren Identifikation mit sich selbst, einem Art Sonderweg politischer Kultur. Während sich das antislawische Ressentiment in den ersten Jahrzehnten der Republik in notorischem Antikommunismus verpuppte, war dem traditionellen und durch den Zweiten Weltkrieg noch verstärkten Affekt dem Westen gegenüber kein Raum und kein wirklicher Gegenstand verschobenen Ausdrucks gegeben. Zu sehr lag die politische Einbindung des bundesrepublikanischen Teilstaates in die Institutionen des Westens auch im wirklichen Interesse der Bevölkerung. Jetzt, nach der Vereinigung der deutschen Teilstaaten, dem Ende des ideologischen Gegensatzes von Ost und West, kann sich der affektive Distanzierungsstau dem Westen gegenüber entladen. Diesem Bedürfnis kam der Krieg am Golf entgegen. Insofern war er auch ein deutscher Krieg.

»Unterschiede sind nicht dazu da, daß man sie überwindet.«

»Unsere Kultur sollte eine Kultur des Unterschieds werden – sie braucht eine Kunst des Sich-Aussetzens, diese Kunst wird nicht den einen zum Opfer des anderen machen, sie wird aus jedem von uns Erwachsene machen, die besser imstande sind, mit Komplexität umzugehen und aus ihr zu lernen.«

Richard Sennett

Foto: Dorothea v. Haeften



344 Seiten. Gebunden. DM 39,80

Sennett schreibt Stadtgeschichte als Kulturgeschichte. Er wirbt für die Vielfalt großstädtischer Kultur und für die Beherzigung des Unvertrauten, Fremden, Befremdenden. Sein Buch ist ein vehementer Vorschlag, unsere Augen zu öffnen und offenen Blicks zu leben.

In allen Buchhandlungen

S. Fischer

Peter Weingart
New World Order – alte Ordnung in einer neuen Welt

extra

1. New World Order – imperiale Rhetorik oder Vision einer friedlichen Welt?

»Es geht um mehr als ein kleines Land; es geht um eine große Idee: eine neue Weltordnung – wo verschiedene Nationen sich zu einer gemeinsamen Sache zusammenfinden, um die universellen Wünsche der Menschheit zu erfüllen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und die Herrschaft des Rechts.«[1] Mit dieser und anderen Anspielungen auf eine »neue Weltordnung« tritt Präsident Bush in die Reihe amerikanischer Präsidenten, die ihrer Amtszeit mit ähnlichen schlagwortartig verdichteten Visionen programmatische Orientierung und Identifikation geben wollten. Roosevelts »New Deal« und Johnsons »New Frontier« waren innenpolitisch fokussiert, Kennedy beschwor eine »Alliance for Progress« für die westliche Hemisphäre, Roosevelts Ansprache über die »vier Freiheiten« von 1942 richtete sich gegen die Kriegsgegner.

Auch die »new world order« hat Vorläufer, die sehr viel konkretere Formen hatten, als es für Bushs Vorstellungen bislang noch gilt: der von Präsident Wilson inspirierte Völkerbund ist hier ebenso zu nennen wie die von Franklin D. Roosevelt zusammen mit Churchill formulierte Atlantik-Charta. Diese Deklarationen und mit ihnen die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen« von 1948 haben als gemeinsamen Kern die Werte, die ihren modernen Ausdruck erstmals in der Unabhängigkeitserklärung der amerikanischen Kolonien im Juli 1776 gefunden haben. Es sind im übrigen dieselben Werte, die als Grundrechte auch die Basis des deutschen Grundgesetzes darstellen.

Diesen Zusammenhang gilt es im Auge zu behalten, wenn die Frage gestellt wird, ob es sich bei Bushs »neuer Weltordnung« nur um ein Beispiel imperialen oder zumindest chauvinistischen Gehabes handelt, oder ob damit eine Vision (re-)formuliert wird, die für die Regierung des Präsidenten ein verpflichtendes Programm – und für die restliche Welt ein Versprechen – darstellt, ob es sich um eine Neuorientierung der amerikanischen Politik nach dem Ende des Kalten Krieges handelt, die, wie William Hyland kürzlich schrieb, Evidenz dafür ist, daß der Realismus der Geopolitik dem Idealismus der Menschenrechte weicht.[2] Zweifel an der »moralischen«

Ernsthaftigkeit, die ja unweigerlich mitgesetzt wird, haben bei vielen Beobachtern sowohl der Golfkrieg und die ihn begleitenden Erklärungen und Handlungen als auch die Außenpolitik der USA in der Vergangenheit – Vietnam, Chile, Grenada, Panama, Libyen und viele weniger spektakuläre Fälle interessenpolitischen Verrats an den proklamierten Werten – erzeugt. Diese Zweifel haben gerade kurz vor Kriegsausbruch und während des Krieges durch patriotische Reden Bushs selbst Nahrung gefunden: Erklärungen der Art, daß die USA derzeit die einzige Macht seien, die die moralische Stärke besäßen, den Krieg zu führen, Ansprüche auf die Führungsrolle in einer unipolaren Welt, Proklamationen eines neuen »amerikanischen Jahrhunderts«.

Die Kritik an der amerikanischen Außenpolitik hat Tradition, und ein wesentliches Element in ihr ist die Dichotomisierung von Moralität und Realpolitik. (Der Gebrauch des deutschen Wortes im Englischen verrät die Herkunft der letzteren Position, freilich *vor* der Befreiung der Konzentrationslager durch die Alliierten und *vor* den Nürnberger Prozessen.) Gräfin Dönhoff hat zu Recht daran erinnert: »Politik ohne Moral endet geradewegs in Opportunismus. Macht ohne Moral verfängt sich in Interessen und Ideologien.«[3] Und, so könnte man hinzufügen, Moral ohne Macht verführt zu schwadronierender Überheblichkeit. Politik ist selbstverständlich interessengeleitet, und die einer Großmacht insbesondere: innenpolitisch, national und strategisch, und die Interpretation der Interessenbasis der Politik und ihres Verhältnisses zu den jeweils erhobenen moralischen Ansprüchen muß jedes nüchterne politische Urteil anleiten. Die Unterstellung einer prinzipiellen Kontaminierung moralischer Werte durch Interessen gehört zum Luxus der Verantwortungslosigkeit.

Wenn der Golfkrieg die Glaubwürdigkeit der Proklamationen der neuen Weltordnung untergraben oder ihnen gar den Charakter einer neuen Weltpolizeiordnung verliehen hatte, durfte diese Koinzidenz nicht den Blick für die Zeit »danach« verstellen. Bushs Verkündung der »new world order« lag zeitlich vor dem Ausbruch des Krieges und stand nicht mit ihm in ursächlichem Zusammenhang, sondern mit dem Ende des Kalten Krieges und den tiefgreifenden Veränderungen in Europa. Nicht die verständliche Fixierung auf den Golfkrieg, sondern die Betrachtung der weiter zurückliegenden Ereignisse nach Öffnung des Eisernen Vorhangs gibt die Perspektive auf die Frage nach dem Status der Weltordnungsrhetorik frei. Dann nämlich wird deutlich, daß diese den Übergang von einer seit Ende des Zweiten Weltkriegs durch die strategischen Erfordernisse der bipolaren Konstellation geprägten Außenpolitik und deren Kompromittierung im Namen des Antikommunismus zu einer neuen, in ihren Einzelheiten noch nicht erkennba-

ren Politik markiert. Deshalb ist auch die Frage, »welche Politiken den Kalten Krieg gewonnen haben und welches die angemessene Balance zwischen der Sorge um die Menschenrechte und den Erfordernissen der Realpolitik ist«, nicht bloß von historischem Interesse, sondern sie betrifft auch die nächste Phase der westlichen bzw. amerikanischen Politik. Václav Havel z. B. vertritt die Auffassung, es sei die »alte europäische (und amerikanische) Konzeption der Menschenrechte« gewesen, die den Weg für die Veränderungen in Osteuropa geebnet habe.[4] Helmut Schmidt sieht sich demgegenüber nachträglich im NATO-Doppelbeschluß bestätigt. Neben dem Argument für die Politik der Stärke läßt sich auch noch eine andere Ursache für den Zerfall des sowjetischen Imperiums anführen: die ökonomische Sogkraft der EG, deren magisches Datum '92 die übrigen Staaten des alten Kontinents in eine »jetzt oder nie«-Stimmung versetzt hat.
Die Weltordnungsrhetorik Präsident Bushs ist eine Reaktion auf Forderungen nach einer neuen »Vision« für die amerikanische Politik angesichts der fundamental veränderten Lage, in der sich die USA seit dem Fall der Mauer und seit der Auflösung des Warschauer Pakts befinden. Politik läßt sich nicht auf Punkt und Komma solch visionärer Programme reduzieren. Sie müssen aber in ihrem Gehalt insoweit ernst genommen werden, als ihre Interpretationspotentiale und argumentativen Ressourcen Selbstbindungskräfte entwickeln. Auf diesen Aspekt muß sich das Interesse richten.

2. Der Golfkrieg – Rückfall in die Barbarei oder der erste Test des Systems kollektiver Sicherheit?

Ein häufig wiederholtes Argument im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, das in dessen Verlauf zunehmend durch die Ereignisse unterstützt worden zu sein schien, lautete, daß ein disproportionales Verhältnis zwischen dem Einsatz der USA und dem seiner Verbündeten bestanden habe und dies auf die Feigenblattfunktion der UNO und ihrer Resolutionen hindeute. Es ist dies die differenziertere Form des »Kein Blut für Öl«-Slogans. Stanley Hoffmann entwickelte in einem feinsinnigen Artikel den Zusammenhang zwischen der Vision eines neuen Systems kollektiver Sicherheit einerseits und dem zu seiner Verwirklichung erforderlichen Sinn für Proportionen andererseits. In dieser Argumentation nimmt die Vorstellung der Selbstbindungskraft der Berufung auf die Charta der Vereinten Nationen einen wichtigen Platz ein.
Für Hoffmann gilt, daß es nach Beendigung des Kalten Krieges für keine Nation mehr möglich ist, den Weltpolizisten zu spielen, und deshalb die

UNO an Bedeutung gewinnt. Die Frage ist also, ob sie diese Rolle übernehmen kann. Einen der Gründe, weshalb daran zu zweifeln sei, sieht er darin, daß der Fall des Krieges gegen den Irak gegenüber anderen Konflikten wie etwa in Kaschmir oder zwischen Israel und den arabischen Staaten sehr viel einfacher strukturiert ist und die eindeutige Unterscheidung zwischen Aggressor und Verteidiger erlaubt. Ein anderer Grund sei darin zu sehen, daß eine Stärkung des Sicherheitsrates von den Mitgliedsstaaten verlangt, daß sie aufhören, einer »doppelten Moral« zu folgen: Tolerierung der eigenen Aggression bzw. der von befreundeten Staaten, Verurteilung der Aggression der Feinde oder Außenseiter. (Dieser »double standard« hat im übrigen sein Pendant in der Vielzahl jener Mahnungen vor den Greueln des Krieges, in denen die Vernichtungsaktionen der Iraker an den Kuwaitis gar nicht vorkamen.) Die Revolution für die Diplomatie, die es bedeuten würde, nähme man die UN-Charta ernst, steht vor der Schwierigkeit, für jeden Konfliktfall eine neue Koalition schmieden zu müssen. Die von den Amerikanern zusammengefügte Koalition im Golfkrieg ist also ein Modell für die Durchsetzung kollektiver Sicherheit, dessen Übertragbarkeit auf völkerrechtlich komplexere Fälle zweifelhaft ist und dessen Modellcharakter schon mit der ersten praktischen Umsetzung verspielt zu sein schien.[5]

Die weiteren Überlegungen müssen sich folglich auf die Frage richten, unter welchen Bedingungen das Modell zu scheitern droht. Wiederum im Zusammenhang mit dem Golfkrieg sind von ganz unterschiedlichen Beobachtern Bedingungen genannt worden, die als Legitimitätskriterien zu bezeichnen wären: der polizeiliche Charakter des Krieges mußte erhalten bleiben und die Dominanz einer Macht verhindert werden, der Konflikt durfte weder als ein Krieg zur Ressourcensicherung noch als eine Unterdrückung der Moslems durch die Christen oder der Araber durch den Westen interpretierbar werden, und schließlich mußte er möglichst kurz und auf die durch die UNO-Resolution gedeckten militärischen Operationen begrenzt sein.[6] Alle diese Kriterien lassen sich unschwer als Variationen des klassischen Themas »gerechter Krieg« identifizieren, wonach der Krieg von einer legitimen Autorität erklärt werden muß, einen gerechten Zweck haben muß, mit den richtigen Absichten in angemessener Form geführt werden muß und nur als letzte Möglichkeit gekämpft werden darf.

Eine systematische Analyse der Kommentare im Verlauf des Krieges würde ergeben, das ist eine überprüfbare Hypothese, daß alle Positionen für und gegen die Kriegführung sich auf die Einschätzung zurückführen lassen, ob diese Kriterien erfüllt waren bzw. ihre Erfüllung wahrscheinlich erschien oder nicht. Die Äußerungen sowohl der Gegner als auch der Befürworter des Krieges beziehen sich wenigstens implizit auf die Kategorien und Diffe-

renzierungen der Theorie des »gerechten« Krieges, dessen Sprache unvermeidlich ist, wie Michael Walzer betont.[7] Selbst die Manipulation der Information auf beiden Seiten läßt sich in der Weise rekonstruieren, daß die eigene Einhaltung dieser Kriterien bzw. ihre Verletzung durch den Gegner belegt werden sollte.

Wenn diese These richtig ist, folgt daraus, daß Grund zur Hoffnung besteht. Es bedeutet nämlich, daß die Bedingungen, unter denen ein System kollektiver Sicherheit unter dem Dach der UNO denkbar ist, zumindest in diesem Fall zum Bezugsrahmen sowohl des politischen Handelns als auch der öffentlichen Diskussionen geworden sind. (Daß dies auch für die militärische Strategie gilt, wird noch gezeigt werden.) Man muß die patriotischen Töne in England der Funktion des Krieges für die Reklamierung einer Führungsrolle im sich einigenden Europa und das nationale Pathos in den USA der erhofften (und gelungenen) Überwindung des Vietnamtraumas zurechnen, also jeweils innenpolitischen Kalkülen, die im übrigen auch für alle anderen Mitglieder der Allianz auszumachen sind. Bei aller Irritation, die sie auszulösen geeignet sind, die »Dynamik im Inneren – die Mobilisierung der Gefühle und der Symbole eines merkwürdig veralteten Patriotismus« – ist entgegen allen Befürchtungen wenigstens auf der Seite des Westens nicht freigesetzt worden.[8]

Bundespräsident von Weizsäcker, gefragt, ob der Golfkrieg als Element der neuen Weltordnung in die Zukunft weise, hat geantwortet: »Nein, in die Gegenwart, nicht in die Zukunft«, die Lehre aus dem Krieg müsse sein, daß die UNO ein Klima schafft, in dem gewaltsame Übergriffe auf Nachbarn verhindert werden.[9] Darüber besteht wohl nirgendwo Dissens. Bedeutsam ist jedoch, um noch einmal Stanley Hoffmann zu zitieren, daß der Krieg uns gezwungen hat, zum ersten Mal der Tatsache ins Auge zu sehen, »daß kollektive Sicherheit Krieg heißen kann. Der Rückgriff auf Gewalt, um ein Verbrechen zu bestrafen . . ., kann die moralische Basis des Krieges verändern. Er verändert nicht dessen Natur. In der Vergangenheit sind selbst die anspruchsvollsten Versuche zur Realisierung kollektiver Sicherheit nie über ökonomische und militärische Embargos hinausgegangen. Aber gegen Staaten, die Sanktionen durchkreuzen können oder sich nicht zurückziehen wollen, ohne dazu gezwungen zu werden, müßte die Drohung mit dem Krieg angewandt werden, wie im vorliegenden Fall.«[10]

Es versteht sich von selbst, daß alles getan werden muß, um es gar nicht so weit kommen zu lassen, durch Waffenembargos, Wirtschaftshilfen, Rüstungskontrollen und dergleichen. Aber was für die Stabilität der Zweierkonstellation während des Kalten Krieges gegolten hat, gilt in veränderter Form auch für die neue Sicherheitsordnung: Es muß eine wirksame Ab-

schreckung geben, militärisch wirksam und politisch glaubwürdig. Nur muß ihre politische Glaubwürdigkeit jetzt auf den Mechanismus des UNO-Sicherheitsrats übertragen werden, selbst wenn die militärische Wirksamkeit weiterhin durch die von den Amerikanern angeführten Allianzen gewährleistet wird.

Unter diesen Bedingungen dürfen Kriege weder für »gerecht« im Sinne der christlichen noch für »heilig« im Sinne der islamischen Lehre erklärt werden. Die Berufung auf die UNO-Charta und die Menschenrechte ist zeitgemäßer und verallgemeinerungsfähiger. Allerdings müssen diejenigen, die die Anwendung von Gewalt prinzipiell und damit als Konsequenz eines kollektiven Sicherheitssystems ablehnen, erklären, was sie in Zukunft gegen Erscheinungen wie die erst nach dem Krieg in vollem Umfang bekannt gewordenen Kriegsverbrechen der irakischen Besatzer in Kuwait oder die Raketenangriffe auf Israel zu tun gedenken. Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, was der moralische Preis des Nichtstuns gewesen wäre. Sie stellen sich auch nicht ehrlich dem Zynismus gegenüber den gegenwärtigen Opfern, der in dem Verweis auf unterlassene Interventionen in ähnlichen Fällen in der Vergangenheit liegt.

Kaum war der Pulverdampf am Golf verflogen, scharten sich auch die vordem zweifelnden und kritischen Kommentatoren um den Sieger, um ihm zuzujubeln. In dieser Gedächtnislosigkeit und dem Opportunismus ihres Urteils stehen sie den unwissend gehaltenen und verzweifelten Irakern und Palästinensern in Bagdad und Amman kaum nach, denen man es aber gerade deshalb eher nachsieht. Auch das besonnenere Urteil erscheint jedoch in einem Punkt einhellig: Präsident Bush hat entgegen allen gegenteiligen Vermutungen zu keiner Zeit während des Konflikts den politischen Primat an die Militärs abgegeben und eine absolut verläßliche und kalkulierbare Beziehung zwischen seinen Worten und seinen Handlungen eingehalten. Das galt auch noch und gerade angesichts des grauenhaften Mordens an den Kurden. Eben noch für die Kriegsführung verurteilt, sollte Bush jetzt Saddam umringen und Iraks Norden besetzten. Er selbst hat nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß der Irak intakt bleiben sollte, und das UN-Mandat deckt schon die Schutzzone nicht mehr, so sehr ihre Errichtung zu begrüßen ist. Damit blieben zumindest bislang die wesentlichen Bedingungen erfüllt, unter denen der Golfkrieg nicht nur in die Gegenwart weisen, sondern als ein »good precedent for the future of collective security« dienen könnte.[11] Erst wenn mit Weisheit und Großmut der Frieden geschlossen und ein Sicherheitssystem im Nahen Osten errichtet wird, kann sich erweisen, ob die Erwartung einer Entfaltung der Selbstbindungskräfte der beanspruchten Weltordnungslegitimation gerechtfertigt ist. Es kann

sich erst im Lauf der nächsten paar Jahre zeigen, ob der Aufbau der Anti-Saddam-Koalition und der mit ihr geführte Krieg für die westlichen Alliierten tatsächlich die implizite Selbstverpflichtung enthielt, auch ihre eigene Politik in Zukunft radikal zu ändern, oder ob weiterhin die unheilige Allianz aus Waffenexportinteressen, Energieverschwendung, der Wahrung der »besonderen Beziehungen« und innenpolitischem Machterhaltungsopportunismus weitsichtige Friedenslösungen verstellt.

3. High-Tech-Waffen – Instrumente der Destabilisierung oder Garanten der neuen Weltordnung?

Wenn die Verlustzahlen sich bestätigen, die jetzt, unmittelbar nach Ende des Golfkrieges, veröffentlicht werden, dann haben die Alliierten weniger als zweihundert Gefallene zu beklagen, die Iraker zwischen sechzig- und hunderttausend. In den ersten drei Tagen des Bodenkriegs seien auf Seiten der Allianz weniger Soldaten gefallen (vier), als in derselben Zeit Menschen in Washington ermordet wurden (sieben), meldete *Herald Tribune*. Damit ist Saddam Husseins makabres Kalkül zwar nicht realisiert worden, hat sich aber als im Prinzip richtig erwiesen. Mit seiner These, der Irak könne eine Million Tote ertragen, die USA aber nicht mehr als zehntausend, hat er sich nicht nur als über die amerikanische Meinungsforschung gut informiert gezeigt, sondern er hat auch eine wichtige Differenz zwischen demokratischen und autoritären Gesellschaftsordnungen hinsichtlich der Führung eines Krieges markiert. Als die Zahl der Gefallenen während des Vietnamkriegs 1967 über 10 000 stieg, überschritt auch die Zahl der Kriegsgegner in der Bevölkerung die der Befürworter.
Ein Menschenleben gilt in demokratischen Gesellschaften mehr, weil – und selbstverständlich nur insofern – die Betroffenen die Möglichkeit haben, gegen dessen Opfer die Stimme zu erheben. (Es gilt auch in säkularen Gesellschaften mehr, weil Verheißungen eines besseren Jenseits verstellt sind.) Aufgrund dessen besteht ein Zusammenhang zwischen der Regierungsform und der Schwelle der Kriegsbereitschaft sowie der Form der Kriegführung. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß dieser Zusammenhang ein idealtypischer ist und in der Realität vielfach aufgelöst wird. Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung in Deutschland und Vietnam oder Massaker wie in MyLai stehen für den Zusammenbruch dieser Verbindung und scheinen die These von der Eigendynamik des Krieges zu bestätigen. Diesen Beispielen stehen die Vernichtungsaktionen der deutschen Armee gegen die Zivilbevölkerung im Osten oder auch die Ermordung sowje-

tischer Kriegsgefangener durch Aushungern gegenüber, deren moralische Verwerflichkeit aber gerade zum Maßstab der Beurteilung der Kriegführung geworden ist. In Deutschland wird noch kaum erahnt, wie verheerend die Anwendung von C-Waffen durch die Iraker für uns gewesen wäre, nicht nur in Israel selbst, sondern auch in den USA und in Westeuropa. Der Hinweis auf die Waffenlieferungen der »anderen« kann nicht den historischen Zusammenhang aufbrechen, in den Deutschland mit dem Gas gestellt wird.

Die Fragilität der relativ engeren Grenzen, die dem Militär in demokratischen Gesellschaften hinsichtlich der Form der Kriegführung gezogen sind, erscheint vor allem deshalb besonders groß, weil sie unter der Obszönität des nuklearen Patts verdeckt und ad absurdum geführt war. Angesichts einer Waffentechnologie, deren Vernichtungspotential die Auslöschung der Menschheit insgesamt ermöglichte, erschien das Nachdenken über feinere Unterscheidungen gegenstandslos und unmoralisch zugleich. Spätestens seit Präsident Reagans Erklärung von 1982 hat sich die Erkenntnis der Nichtführbarkeit eines Krieges zwischen den Atommächten durchgesetzt. Die Schlußfolgerung, daß alle während der letzten zwanzig Jahre entwikkelten nuklearen Waffensysteme unsinnig und destabilisierend waren, hat den Weg zu Abrüstungsverhandlungen geebnet.[12] Unterhalb dieser Ebene ging es um »vernachlässigbare« lokale und regionale, konventionell geführte Konflikte.

Inzwischen hat sich diese Situation aber grundlegend geändert, insofern die USA und die UdSSR kooperieren. War die alte Weltordnung durch den Konflikt zwischen zwei Großmächten in Ost und West gekennzeichnet, so rücken in der neuen Weltordnung aller Voraussicht nach die vielen Konflikte zwischen kleineren bzw. reicheren und ärmeren, nördlichen und südlichen Nationen in den Vordergrund. War die bisherige bipolare Weltordnung auf das nukleare Patt gegründet, so ist jetzt die Frage, ob die neue Weltordnung durch die High-Tech-Waffen gesichert werden kann, deren Anwendung Dauer und Verlauf des Golfkriegs bestimmt hat.

Statt einer direkten Antwort zunächst einige relevante Indizien. In den ersten Tagen des Krieges wurden die Erwartungen der Öffentlichkeit auf ein schnelles Ende dadurch genährt, daß im Fernsehen die Illusion einer »chirurgischen« Operation erweckt wurde. Erinnerungen an den Sechs-Tage-Krieg der Israelis ließen einen Augenblick vergessen, daß der Gegner in diesem Fall über die nominell viertstärkste Streitmacht der Welt sowie ein stattliches Arsenal hochmoderner Waffen verfügte. Angesichts dessen war schon lange vor Kriegsbeginn auf das hohe Risiko eines langen und schwer begrenzbaren Konflikts an entsprechenden Stellen aufmerksam ge-

macht worden. Das Schauspiel von »smart bombs« und Tomahawk Cruise Missiles, deren Präzision den Abwurf in einen Luftschacht erlaubt, war auch geeignet, die Furcht vor unvertretbar hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung klein zu halten und die Hoffnung auf geringe eigene Verluste und ein schnelles Ende des Krieges steigen zu lassen. Diese Darstellung des Krieges, ebenso wie die Gegendarstellung der Iraker, die nach kurzem Schweigen begannen, die zivilen Opfer und damit das Versagen der »chirurgischen« High-Tech-Waffen zu zeigen, spiegelt den Umgang der militärischen Zensur mit der Sensibilität der öffentlichen Meinung, auf die im Westen Rücksicht genommen werden muß und die Saddam Hussein zu instrumentalisieren suchte.[13] Sie zeigen aber auch die Bedeutung, die die elektronischen Wunderwaffen in diesem Spiel gewinnen.

Für jeden Beobachter unübersehbar, verdankt sich auch der Bestand der Allianz weniger dem diplomatischen Geschick als einer einzigen Waffe, den Patriot-Raketen. Ohne diesen »technological-fix« in letzter Minute hätte sich die öffentliche Meinung in Israel nicht lange in ihrer Ablehnung eines Verteidigungsschlags halten lassen, das Kalkül des irakischen Diktators wäre aufgegangen, die Allianz zwischen westlichen und arabischen Ländern zerbrochen. Genau diesen Sachverhalt hat Präsident Bush in einer Rede vor den Angestellten von Raytheon Company, dem Hersteller der Patriot, mit dem Ausruf quittiert: »Thank God for the Patriot!« Deutsche Politiker und Industrielle haben allen Grund, sich diesem Stoßgebet insgeheim anzuschließen.

Sosehr die Phantasie eines (relativ) unblutigen Krieges auf Seiten der Allianz auch durch die Bodenoffensive eher noch bestätigt worden ist, so anders sieht das Bild auf der Seite des Gegners und seiner Opfer aus. Die Verbrechen an der kuwaitischen Bevölkerung (deren Verluste derzeit mit etwa dreiunddreißigtausend Menschen angegeben werden) waren durch die High-Tech-Waffen nicht zu verhindern, ebensowenig die Politik der verbrannten Erde mit ihren bisher einmaligen ökologischen Schäden. Die hohen Verluste der kämpfenden Truppe haben mit den neuen Waffen nichts zu tun, sie gehen vielmehr auf den Einsatz traditioneller Waffen wie der B-52 zurück. Ungeachtet ihrer »Ungenauigkeit« konnte sie deshalb eingesetzt werden, weil ihre Ziele, die irakischen Besatzungstruppen, von zivilen Zielen klar getrennt waren. Eine Teppichbombardierung Bagdads hätte nicht nur die Legitimität der UNO-Resolution verletzt, sie hätte auch die Allianz gesprengt und die Friedensbewegungen zu Hause zur Explosion gebracht, von ihrer militärischen und kriegspsychologischen Sinnlosigkeit ganz abgesehen. Die Reaktionen, die der Angriff auf den Amiriya-Bunker zur Folge hatte, belegen dies eindringlich.[14]

Die Entwicklung der Waffen, die im Golfkrieg zum Einsatz gekommen und zum Teil erstmalig im Feld getestet worden sind, geht in einzelnen Fällen mehr als ein Jahrzehnt, also bis weit in die Zeit des Kalten Krieges zurück. Außerdem ist das gesamte Arsenal von Weltkrieg-II-Schlachtschiffen über die sechsunddreißig Jahre alte B-52 bis hin zu Tomahawk Cruise Missiles und Stealth-Flugzeugen eine Kombination von »evolutionären« und »revolutionären« Waffen, d. h. von über lange Zeiträume ständig fortentwickelten Systemen traditioneller Art wie Panzern und Landungsfahrzeugen einerseits und den im engeren Sinne revolutionären High-Tech-Waffen andererseits. Hinter dieser Kombination und jedem einzelnen Waffensystem stehen komplexe Aushandlungsprozesse zwischen den Waffengattungen selbst, zwischen ihnen und – im amerikanischen Fall – den beiden Häusern des Kongresses und ihren mächtigen Ausschüssen und schließlich dem Präsidenten. Bei alledem spielen zudem die Öffentlichkeit und der außen- und verteidigungspolitische Kontext eine große Rolle.

Das in einem umfassenden Konflikt wie dem Golfkrieg eingesetzte Waffenarsenal repräsentiert also ein breites Spektrum technischer Entwicklung, die ihrerseits – zumindest in demokratischen Staaten – die Resultante wissenschaftlicher und technischer Potentiale, militärischer Strategien und politischer Kompromisse ist. Insofern sich also eine zeitliche Entwicklung in der technischen »hardware« niederschlägt, sind in ihr auch die Kriterien zu rekonstruieren, die sie leiten. Für die »revolutionären« konventionellen High-Tech-Waffen läßt sich ausmachen, daß sie einem Paradigma der »chirurgischen Kriegführung« folgen. Im Hinblick auf die zunehmend höhere Legitimitätsschwelle der Kriegführung mit den eigenen Soldaten brachte dies kürzlich eine Analyse des Nachrichtenmagazins *Newsweek* zum Ausdruck: »The H-bomb was supposed to make war too awful to contemplate, and Star Wars was intended to make it impossible to win. Now science seeks to leave fighting to machines ... the promise of high-tech warfare still beckons: to slowly move men farther and farther from the killing fields.«[15] In einem wenngleich eingeschränkten Sinn gilt dies jedoch auch für die potentiellen Verluste des Gegners. Hier geht es in erster Linie um die Einhaltung der Trennlinie zwischen ziviler Bevölkerung und militärischen Zielen. Walzer sieht in der Anweisung an die Piloten der amerikanischen Luftwaffe, ihre Bombenladungen wieder mit zurückzubringen, wenn sie ihre Ziele nicht haben erreichen können – ein offenkundig riskanter Versuch, zivile Verluste zu vermeiden –, einen deutlichen moralischen Fortschritt gegenüber den in Vietnam verfolgten Taktiken und einen Erfolg der Ethikkurse, die in den Militärakademien abgehalten werden.[16] Ein indirekter Hinweis auf denselben Sachverhalt ist der Umstand, daß die Iraker unter

Bruch der Genfer Konvention sich nur damit zu helfen wußten, daß sie ihre Luftverteidigung teilweise in zivile Wohngegenden verlegten, womit sie implizit die Verpflichtung der Gegner anerkannten, Angriffe auf zivile Ziele als illegitim zu vermeiden.
Selbstverständlich wird damit weder in Schutz genommen, daß es dennoch zur Zerstörung ziviler Ziele kommt, noch wird der zynischen Verharmlosung der Opfer der modernen Präzisionswaffen das Wort geredet; es steht auch nicht in Zweifel, daß die Gefahr der Eigendynamik des Militärs allein schon aufgrund der ausdifferenzierten und professionalisierten Zielsetzung zur Zerstörung und zum Töten gegeben ist. Die These ist jedoch, daß die Entwicklung der konventionellen Waffentechnik in den demokratischen Staaten auf die Schonung eigener Menschenleben und die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen des Gegners ausgerichtet ist. Die Anwendung chemischer oder biologischer Waffen, militärisch sinnloser Terrorwaffen wie der Scud-Rakete oder die Auslösung ökologischer Katastrophen können sich nur Staaten erlauben, die keiner innenpolitischen Kontrolle unterliegen und auf das Urteil der Weltöffentlichkeit keine Rücksicht nehmen müssen.[17]
Daraus ergibt sich das Paradox, daß die High-Tech-Waffen konventionelle Kriege wieder führbar machen und insofern nicht geeignet sind, zukünftige Kriege zu verhindern, zugleich aber auch die Voraussetzung für die Durchführung von Polizeiaktionen und damit zur Herstellung kollektiver Sicherheit darstellen. Das Arsenal der Massenvernichtungswaffen ist dazu offensichtlich ungeeignet. Während es für die demokratischen Staaten keine Alternative gibt – sie bestünde für alle nur in der totalen Abrüstung im Vertrauen auf eine friedliche Welt –, lehrt die dokumentierte Asymmetrie (in Verbindung mit dem unvermeidlichen Scheitern der Proliferationspolitik) jedoch, daß die Wunderwaffen allein keine Garanten der beschworenen neuen Weltordnung sein können.

4. »Rule of Law« und/oder »Pursuit of Happiness«? – Dilemmata der neuen Weltordnung

In allen Äußerungen Präsident Bushs zum Charakter der neuen Weltordnung nimmt die »rule of law« den zentralen Stellenwert ein, als Voraussetzung einer Welt, die in Sicherheit und Frieden gedeihen und in Harmonie leben kann.[18] In seiner Vision einer Welt, in der »Nationen die gemeinsame Verpflichtung für Frieden und Gerechtigkeit« anerkennen, in der »die Starken die Rechte der Schwächeren respektieren«, sieht sich Bush gar mit

Gorbatschow einig.[19] Diese Akzentuierung findet sich auch in der UNO-Charta, deren Bedeutung nach dem Golfkrieg in der eingangs unterstellten Selbstbindungskraft liegen wird, nachdem die Aktion gegen den Irak und auch die Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen unter ihrer Legitimation gestanden haben.[20] Die Kommentatoren und Experten, zumindest die westlichen, scheinen sich alle darin einig zu sein, daß die Ordnung der arabischen Staaten nach dem Krieg nicht mehr dieselbe sein können wird wie vorher. Das gilt einmal für das Verhältnis der Staaten untereinander und insbesondere für das zwischen den arabischen Staaten und Israel. Ein zentrales Element der notwendigen Veränderung betrifft jedoch die innere Verfassung der Staaten selbst. Was damit gemeint ist, bleibt hingegen widersprüchlich. Während die einen mit dem Erstarken des schiitischen Fundamentalismus (befördert durch die erwartete Führungsrolle des Iran) rechnen, glauben die anderen an einen Zwang zur Demokratisierung und Stärkung der Menschenrechte in den bislang feudalistisch oder autokratisch regierten Ländern. Evidenzen gibt es für beides.

In dieser Zwiespältigkeit zeigt sich zugleich das Dilemma der »neuen Weltordnung«. Sie stützt sich auf die zentralen Werte der westlichen Gesellschaften. Viele Analysen während des Krieges und danach sind sich aber darin einig, daß sich die Werte der arabischen Staaten auf beiden Seiten der Allianz ähnlicher sind als die der Länder innerhalb der Allianz. Diese größere Affinität zwischen den arabischen Staaten wird auf die kulturelle Differenz in Verbindung mit dem politischen Verhältnis zwischen ihnen und den westlichen Staaten zurückgeführt. Die Orientierung an einer großen Vergangenheit, die gegen die politische Unterdrückung durch die Kolonialmächte ausgespielt wird, und die Erfahrung politischer Ohnmacht gegenüber dem Westen und Israel sind der Nährboden für Volkstribune. In zahllosen Kommentaren haben Experten auf die Gefahren hingewiesen, die eine Zerschlagung des Irak für die in der »arabischen Brüderlichkeit« gegebene Identität bedeuten könnte. Es fehlt nicht viel an der Zuspitzung, daß der Golfkrieg der erste Nord-Süd-Konflikt war, daß symbolträchtig die »ihr« Jahrhundert verkündende Techno-Supermacht zusammengestoßen ist mit der einer längst vergangenen Weltmachtstellung nachtrauernden, in sich zersplitterten arabischen Nation.

Die Warnungen vor einer »pax americana« – eine Friedensordnung müsse von den Arabern selbst geschaffen und dürfe nicht von außen vorgegeben werden – implizieren, daß sie nicht unbedingt auf die Werte gegründet werden kann, die für die westlichen Demokratien und ihre Sicherheitssysteme ebenso wie für die Vorstellung einer »neuen Weltordnung« verbindlich sind.[21] Gerät die Propagierung dieser »neuen Weltordnung« nicht un-

weigerlich in das Dilemma, dem Oktroi westlicher Vorstellungen in einer nach ganz anderen Gesetzen lebenden Welt das Wort zu reden? Die Schlüsselfrage ist also, ob die Prinzipien der »neuen Weltordnung« überhaupt verallgemeinerbar sind.

Sowohl Kolonisierung als auch Missionierung haben sich überlebt. Gottlob kann die Rede von der »neuen Weltordnung« jedoch auf Bestehendes zurückgreifen. Mit der UNO-Charta haben sich die Mitgliedsstaaten längst auf den Wertekanon verpflichtet, dessen Kern die Menschenrechte sind, deren Einhaltung von allen Staaten ungeachtet ihrer kulturellen und religiösen Eigenarten verlangt und von der Menschenrechtskommission überprüft wird. Die Respektierung kultureller Identität und religiöser Freiheit steht nicht im Gegensatz zu den Menschenrechten, sie ist vielmehr ein Teil von ihnen. Eine Berufung auf kulturelle und religiöse Andersartigkeit kann es im Hinblick darauf also im Grunde gar nicht geben. Es darf sie zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen oder der Vorenthaltung demokratischer Rechte auch nicht mehr geben, weil es in der kommunikativ vernetzten Weltgesellschaft keine Nischen mehr geben kann, keine Inseln der Glückseligkeit und noch viel weniger abgelegene Folterkeller, deren bloße Existenz, um Hemingway zu paraphrasieren, die Menschheit erniedrigt und mehr als jeder im Ölschlick sterbende Kormoran bedroht.[22]

In einem scheinbaren Gegensatz zum Vorrang der Rechtsstaatlichkeit und der Herrschaft des Rechts zwischen den Staaten stehen die »vitalen ökonomischen Interessen«, die die Intervention am Golf allererst begründet haben und auch in Zukunft jede Friedensordnung in den Golfstaaten bestimmen werden. Der Gegensatz zwischen der Moralität der Menschenrechte und vermeintlich niederen ökonomischen Interessen ist tatsächlich künstlich und irreführend. Die abgelaufenen und noch zu erwartenden Ereignisse in den osteuropäischen Staaten, die Entwicklungen in der ehemaligen DDR, die Flüchtlingswelle von Albanien nach Italien zeigen, daß die Erfahrung wirtschaftlicher Ausweglosigkeit in der unmittelbaren Nachbarschaft von Überfluß und Luxus Völkerwanderungen auslöst. Schon wird in Anerkennung der destabilisierenden Auswirkungen krasser Wohlstandsdifferenzen eine gerechtere Verteilung der Petrodollars unter den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens als eine selbstverständliche Voraussetzung des zukünftigen Friedens gehandelt.[23] Auf Hinweise, daß in Zukunft der Energieverbrauch in den USA gesenkt werden wird, warten wir freilich bislang noch vergeblich.

Die Modernisierungstheorien haben vielleicht voreilig einen engen Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Demokratisierung postuliert. Gute Gegenbeispiele – Südkorea, Singapur und Taiwan – schei-

nen diesen Zusammenhang zu widerlegen. Bei einer Betrachtung mit etwas längerem Atem könnte sich dennoch herausstellen, daß die Kopplung besteht, wenn auch innerhalb einer zeitlichen und inhaltlichen Variationsbreite. Die genannten Prozesse im Osten Europas sprechen dafür. Wie eng der Zusammenhang auch immer sein mag, sicher ist, daß wirtschaftliche Entwicklung und individuelle Freiheit und Sicherung der Menschenrechte nicht in Widerspruch zueinander stehen. Zur Menschenwürde gehören soziale und wirtschaftliche Sicherheit, das Recht auf Arbeit unter angemessenen Bedingungen, auf Bildung und Gesundheit. In der elaborierten Sprache der Menschenrechtserklärung der UNO ist das auch schon im einzelnen niedergelegt, und die Staaten der sogenannten »Dritten Welt« berufen sich erwartungsgemäß vorwiegend auf diesen Teil als das Recht auf Entwicklung.[24] In einer sehr viel einfacheren Sprache haben die Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung dies ausgedrückt: zu den unveräußerlichen Rechten, mit denen der Mensch ausgestattet ist, gehört neben Leben und Freiheit »das Streben nach Glück«.

Sowohl die Allianz gegen die irakische Aggression als auch die seither erkennbaren Schritte in Richtung auf eine neue Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten, der überraschend klare Druck auf Israel zur Lösung des Palästinenserproblems sowie die neuerliche Einigkeit in der UN-Menschenrechtskommission spiegeln die gestärkte Stellung der UNO wider, die sich ihrerseits den Veränderungen in Osteuropa und dem Zusammenbruch der wechselseitigen Ost-West-Blockade verdankt. Die »neue Weltordnung« ist nur in diesem Sinn »neu«. Tatsächlich ist sie die (erhoffte) Realisierung derjenigen Weltordnung, die 1948 mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte angestrebt war. Wo sich die Kommentatoren schon wieder gegenseitig ihre Fehlprognosen zu Kriegsverlauf und Nachkriegszeit vorhalten und die »Kriegsopfer« der Aufgeregtheit zum Gegenstand ihres Diskurses machen, wäre der geduldige Optimismus McGeorge Bundys zu empfehlen: »... here as elsewhere in the new world of the 1990's it is the general direction of change, and not its magnitude in any one season, that matters most.«[25]

Anmerkungen

Für kritische Kommentare danke ich Peter Lundgreen und Johannes Weyer

1 Präsident Bush, »State of the Union Address«, 29. 1. 1991.

2 William G. Hyland, »America's New Course«, *Foreign Affairs*, 69, 2, 1990, S. 7.

3 M. Gräfin Dönhoff, »Wirklich ein gerechter Krieg?« *Die Zeit*, 46., 8, 15. 2. 1991.

4 Zitiert in Hyland, S. 5, der auch für den Zusammenhang argumentiert.
5 Vgl. Stanley Hoffmann, »The Price of War«, *The New York Review*, XXXVII, 20, December 20, 1990, S. 6.
6 Vgl. Hoffmann, op.cit., sowie Jürgen Habermas, »Wider die Logik des Krieges«, *Die Zeit*, 46., 8, 15. 2. 1991, S. 40.
7 Zitiert in Kenneth Woodward, »Ancient Theory and Modern War«, *Newsweek*, CXVII, 6, 11. 2. 1991, S. 31.
8 Habermas, op.cit.
9 In *Die Zeit*, 46., 7, 8. 2. 1991, S. 3.
10 Hoffmann, op.cit., S. 6.
11 Hoffmann, op.cit., S. 8.
12 McGeorge Bundy, »From Cold War Toward Trusting Peace«, *Foreign Affairs*, 69, 1, 1990, 197-212, S. 209.
13 Daß die Militärzensur im Westen ihrerseits wieder Mißtrauen erzeugt und ihre Zielsetzung damit ins Gegenteil umzuschlagen droht, hat u. a. Walter Cronkite angemerkt: »What is there to hide?«, *Newsweek*, CXVII, 8, 25. 2. 1991, S. 29
14 Vgl. zu den Hintergründen des Angriffs auf den Bunker in Bagdad: »What Really Happened«, *Newsweek*, CXVII, 8, 8. 2. 1991, S. 12, und »The Propaganda War«, ebda., S. 30f.
15 »War's New Science«, *Newsweek*, CXVII, 7, 18. 2. 1991, S. 21. Zum wechselseitigen Zusammenhang zwischen Entwicklung der Waffentechnik und Öffnung politischer Spielräume s. J. Weyer, »Politische Machtprobe und wissenschaftliches Experiment – Das Beispiel des Golfkriegs«, Ms. 1991.
16 »Ancient Theory and Modern War«, *Newsweek*, CXVII, 6, 11. 2. 1991, S. 31.
17 Entwicklung und Existenz von B- und C-Waffen in westlichen Arsenalen sind kein Gegenargument: sie verdanken sich den Bedingungen der Nuklearbedrohung. Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen wie z. B. durch Israel erklärt sich durch die existentielle Bedrohung. Es bleibt das Argument, daß die autoritären Staaten oft auch die ärmeren sind, für die High-Tech-Waffen zu teuer und unzugänglich sind. Irak ist das Schwellenland, das zum Teil über High-Tech-Waffen verfügt und dennoch im vorigen Konflikt C-Waffen eingesetzt hat.
18 Vgl. »Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit«, 11. 9. 1990; ähnlich in »State of the Union Address«, 29. 1. 1991.
19 Vgl. C. Gennrich, »Mit Ratschlägen muß Genscher sparen«, *FAZ*, 13. 2. 1991, S. 13.
20 Vgl. die Artikel 23-25, die allein die Rechte auf soziale Sicherheit, Arbeit, angemessene Belohnung und eine Gesundheit und Wohlbefinden gewährleistende Lebenshaltung ansprechen. Alle anderen sind im weiteren Sinne der Rechtssicherheit gewidmet.
21 »Ob ... im Nahen Osten ein Verhaltenskodex wie bei der KSZE entworfen werden kann, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einschließen würde, wirkt unwahrscheinlich.« Claus Gennrich, »Mit Ratschlägen muß Genscher sparen«, op.cit.
22 Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß der Kormoran durch die amerikanische Propaganda mißbraucht wurde, aber dadurch zum Symbol der Instrumentalisierung der Umweltängste und der durch sie zusätzlich mobilisierten Legitimationspotentiale geworden ist.
23 Vgl. die Vorstellungen des Generalsekretärs des Golf-Kooperationsrats Abdullah Bishara in der *FAZ*, 13. 2. 1991, S. 3.
24 Vgl. K. Mrusek, »Alte Seilschaften fallen auseinander«, *FAZ*, 9. 3. 1991, S. 10.
25 McGeorge Bundy, op.cit., S. 207.

Bernard Lewis

Die politische Sprache des Islam

Politische Macht, Recht und Gesetz,
Herrscher und Untertan,
Krieg und Frieden haben
im muslimischen Kulturkreis
eine eigene Semantik.
hrer Geschichte und Gegenwart
ist Bernard Lewis nachgegangen,
um den neuen Radikalismus dieser
Weltreligion verständlich zu machen.
DIE POLITISCHE SPRACHE DES ISLAM
ist eine als begriffsgeschichtliches Lexikon
getarnte Einführung in die explosive Dramatik des Orients.

Rotbuch Rationen

Alexandre Adler
Sturm über dem Islam

extra

Was wird werden nach Saddam Hussein? Ein heikles Unterfangen, sich diese Frage zu stellen. Denn der irakische Diktator hat sich genauestens ausgerechnet, daß er nach dem Vorbild Nassers eine Niederlage im Krieg überleben und versuchen könnte, von seinem geretteten nationalen Bollwerk aus weiterhin eine Politik im großen, also islamisch-arabischen Maßstab zu führen. Dennoch – selbst wenn dieses Kalkül aufgehen würde, hätte es der Westen dann mit einem anderen Saddam zu tun. Dieser »Saddam II« wäre in Wirklichkeit eine neue Figur, die die Macht von ihrem Vorgänger nach einem blutigen Feldzug übernommen hätte. Ein Land, das geschlagen wurde, wird sich vermutlich eine Uniform überziehen, um die eigenen Wunden zu verbergen. Ungewiß ist lediglich noch die Identität dieser neuen irakischen Junta, deren Aufgabe es sein wird, die Schulden der alten Baath-Führung zu begleichen. Aber alles andere, das heißt: die Politik und Ideologie der gegenwärtigen arabischen Welt, läßt sich bereits sehr deutlich ablesen.

Schon vor Kriegsausbruch hatte Saddam das Schicksal des Panarabismus besiegelt, als er sich die Koransuren an die Fahne heftete und zum Heiligen Krieg aufrief. Natürlich war es nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, daß der Dschihad ausgerufen wurde. Das relativ aufgeklärte ottomanische Reich hatte 1915, als es am Boden lag, den Alliierten den Heiligen Krieg erklärt; und selbst Hitler-Deutschland nahm 1941 die Dienste des Großmuftis von Jerusalem in Anspruch, damit dieser es den Ottomanen nachtäte. Während des endlosen libanesischen Bürgerkriegs hat jeder einzelne Stadtteil-Imam in Beirut auf dem Register des Dschihad gespielt. Und so wenig sich der Scherif von Mekka, Emir Hussein, zu Zeiten Lawrence von Arabiens durch den Dschihad davon abhalten ließ, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Engländer überzuwechseln, so herzlich wenig werden sich die Beduinen in Kuwait und Hedscha durch Saddams Dschihad davon abhalten lassen, ihren weltlichen Kampf gegen die Seßhaften aus dem Norden und deren Ansprüche auf die Ölreichtümer aufzugeben. Dagegen werden die Ägypter, Türken und Perser die Schläge, die Bagdad einsteckt, ohne große

Anteilnahme mitzählen. Dennoch würde der Westen einen Fehler begehen, wenn er die Appelle an den Dschihad als Ausdruck von Großmannssucht abtäte. Die zugrundeliegende Entwicklung darf nicht unterschätzt werden.

Es war in den Jahren 1915 und 1916. Damals verspürten die traditionalistischen Religionsführer Arabiens den Sog der westlichen Veränderungen so stark, daß sie ihre Aufrufe zum Krieg – der auf alte nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Konflikte zurückging – in die modernistische Sprache einer im Entstehen begriffenen Nation übersetzen wollten. Es gab sogar laizisierte Intellektuelle unter den Moslems und Christen, die sich dem archaischen Krieg anschlossen, um ihn – o List der Geschichte! – den Geburtshelfer des modernen Nationalstaats spielen zu lassen.

Heute läuft die Bewegung genau andersherum: die nationalen oder schlicht regionalen Ansprüche müssen die ältesten und fundamentalistischsten Spielarten des Religiösen zu Hilfe rufen, als könnte ihr kraftlos gewordener Nationalismus nur durch diese Sinn-Archäologie wieder an Überzeugungskraft gewinnen. Denn der arabische Nationalismus ist tot – gestorben nach einer langen und auszehrenden Krankheit. Sein Siechtum begann in den Jahren 1965 bis 1970, den Jahren um die historische Niederlage gegen Israel 1967. Und die Ereignisse Ende der achtziger Jahre haben ihm vollends den Rest gegeben.

De facto beruhte der arabische Nationalismus auf einer ganzen Reihe von Hypothesen, die im Lauf der Ereignisse eine nach der anderen widerlegt wurden.

Erste Hypothese: Das alleinige Hindernis für die arabische Einheit bestehe in dem Bündnis von arabischen Feudalherren mit den ausländischen Imperialisten. Deren ständige Komplotte und die künstlichen Staatsgebilde, denen sie Leben einhauchen wollten, stellten die Fesseln dar, die von den Arabern gesprengt werden müßten.

Nach 1956, nach dem Unabhängigwerden der Maghrebstaaten, dem Voranschreiten der algerischen Revolution, der erfolgreichen Nationalisierung des Suez-Kanals und dem Sturz der Haschemiten im Irak, ist die erhoffte Sprengung vollzogen. Nichts mehr scheint den Ägypter Gamal Abdel Nasser auf seinem Weg zur Einigung der arabischen Nation aufhalten zu können. Doch plötzlich kommt die hartnäckigste Opposition gegen Nassers Pläne aus den Reihen der arabischen Nationalbewegung selbst: nacheinander werden Kassem im Irak und Ben Bella in Algerien von ihren Armeen gestürzt, die sich ihre Politik nicht von Kairo vorschreiben lassen wollen. In Syrien machen Baath-Partei und Kommunisten den ägyptischen Prokonsuln das Leben unerträglich. Im Yemen dagegen überläßt die ägyptische

Armee die Republikaner, die im Norden an der Macht sind, ihrem Schicksal ebenso unbeteiligt wie die anti-britischen Rebellen im Süden – aus militärischen Gründen (die royalistische Erhebung war unerwartet stark) und aus geopolitischen Gründen (bereits damals sah Kairo die Notwendigkeit einer Waffenruhe mit dem saudischen Königshaus ein). Zuallerletzt und vergeblich versuchte Nasser nach dieser stürmischen Phase, die zerrissene Nationalbewegung wieder unter Kontrolle zu bekommen, indem er 1967 Israel ein letztes Mal herausforderte.

Nach 1967 entstehen starke Regime auf strikt lokaler Ebene (Boumediennes Algerien nach 1965, der Irak der rechten Baath-Partei seit 1968, Assads Syrien seit 1970), die faktisch das Projekt der arabischen Einheit begraben, wenn sie es nicht sogar aktiv bekämpfen. Es ist bezeichnend, daß die beiden rivalisierenden Zweige der Baath-Partei – der syrische und der irakische – endgültig an die Macht kamen, indem sie gegen die Fusion mit Ägypten bzw. gegen das pro-nasseristische und prokommunistische Revolutionsregime General Kassems kämpften. Dabei ist die Baath-Partei ihrem eigenen Verständnis nach der entschiedenste Tempelwächter des Panarabismus überhaupt. Darüber hinaus war es in beiden Fällen das Verhältnis zu Moskau, das zum Bruch mit Nasser führen sollte: die Syrer kämpften gegen Nasser mit Unterstützung der örtlichen Kommunisten; die Iraker massakrierten ihrerseits die Kommunisten als wichtigste Stützen Kassems (übrigens wurde Saddam Hussein 1959 von den »Roten« beim Kampf um Mossul schwer verwundet). Kaum an der Macht, verwandelten sich die Baathisten in Syrien und im Irak zu Verfechtern etatistischer Positionen, die immer weniger im Bezug zur eigenen Ideologie standen. In der vorletzten Phase ihres (ideologischen) Abstiegs sind die theoretisch panarabischen Baathisten Syriens sogar bereit, eine Notallianz mit dem fundamentalistischen Iran einzugehen und sich mit ihren historischen Feinden zu versöhnen: den syrischen »National-Sozialisten« in Beirut und Damaskus, die ein »Groß-Syrien« vertreten. Die ideologischen Brüder im Irak ihrerseits haben still und leise die Haschemiten-Dynastie rehabilitiert, obwohl sie einst eben deren Sturz mitbetrieben hatten – das Bündnis mit Jordanien macht's möglich. Saddam ging sogar so weit, sich vor dem Grab König Feisals zu verbeugen. Die nationalistische Regierung in Algier schließlich führt seit Mitte der siebziger Jahre unter Zuhilfenahme des sahaurischen Stammes der Reguibat einen Ermüdungskonflikt gegen Marokko, dessen Haupteffekt sein wird, die wichtigsten Oppositionsparteien Marokkos allmählich der Politik des Königs zuzutreiben. Einzig Oberst Ghaddafi glaubt nach wie vor fest an Nassers Politik der Aneignungs-Fusionen – aber gerade Ghaddafis eigene Person nimmt dem einiges an Überzeugungskraft.

Nach der großen Krise von 1967 sollte es einem Neuling auf der politischen Bühne Arabiens, nämlich der PLO, zukommen, die *zweite Hypothese* des Panarabismus zu widerlegen: Weil der arabische Nationalismus aus dem Kampf gegen die Türkei und später gegen die anglophilen, traditionellen Feudalsysteme hervorgegangen sei, könne er die religiösen Streitigkeiten überwinden und einen laizistischen Staat errichten, in dem alle Religionen gleiche Rechte hätten. Auf diese Vision nimmt die Palästina-Charta von 1965 (die Gründungsakte der PLO) auf klassische Weise Bezug.
Doch nichts davon wird eintreffen: die »PLO-Jahre« führten – verstärkt durch die Re-Islamisierung der achtziger Jahre – zu einem massenhaften Exodus der Christen aus der arabischen Welt. Und dies, obwohl sich zumindest am Anfang die örtlichen Christen stets für die Sache der Palästinenser eingesetzt hatten – einschließlich der libanesischen Christen und der Falange. Kaum hatte sich Arafats PLO nach dem jordanischen »Schwarzen September« und dem Kairoer Abkommen von 1970 im Libanon niedergelassen, da begann sie schon eine aktive Libanon-Politik mit dem Ziel, die bevorzugte Stellung der alten Christenmehrheit zu beenden, durch die doch erst ein von Syrien unabhängiger libanesischer Staat möglich geworden war. Auch hier ging es hinter den laizistischen Slogans faktisch und immer offener darum, den Libanon in die arabische »Normalität« zurückzuführen, also die Christen politisch und militärisch einer Koalition zu unterstellen, die immer mehr islamisch (insbesondere schiitisch) und immer weniger »progressiv« sein sollte (vor allem nach der Ermordung Kamal Dschumblats durch den syrischen Geheimdienst und den Zusammenbruch der überwiegend christlichen Basis der kommunistischen Partei).
Daß Syrien – das ja selbst von einer sektiererischen Minderheit, den Alaniten, regiert wurde, die noch 1961 von den orthodoxen Sunniten für nichtmoslemisch gehalten wurden – zwischen seinen palästinensischen und libanesischen Verbündeten schlichten und den für seine weiteren Ziele unverzichtbaren Christen einen Notausgang bieten wollte, hat an den letztlichen Konsequenzen nichts geändert: die Christen im Libanon wurden erniedrigt, und Beirut wurde zerstört. Beirut – die letzte Bastion eines multikulturellen Kosmopolitismus im Orient nach dem Verlöschen von Konstantinopel in den zwanziger, von Alexandria in den fünfziger und Algier in den sechziger Jahren und – nicht zu vergessen – dem Massenexodus der Eliten nach Frankreich, Griechenland, den USA und Lateinamerika.
Dem letzten Zensus des ökumenischen Weltkirchenrats zufolge war der Exodus in Syrien, Jordanien, im besetzten Palästina und im Irak (infolge des Kriegs mit dem Iran) nicht weniger schwerwiegend. Und selbst Ägypten

macht hier keine Ausnahme, trotz der Anwesenheit von sechs Millionen Kopten, den am stärksten verwurzelten und standhaftesten Christen im ganzen arabischen Orient.
Trotz aller bisweilen leidenschaftlichen Bekundungen von Arabizität und nationalem Engagement seiner Intellektuellen (die Palästinenser Habbasch, Hawatmeh, Ibrahim Sous, der Iraker Tarik Asis, der Libanese Samir Frangi) greift das kleine, weniger in die Macht eingebundene Christenvolk sehr oft zur Abstimmung mit den Füßen und überläßt das Feld dem Islam. Von den beiden wichtigsten religiösen Würdenträgern der Christen lebt der eine, der assyrische Patriarch des Irak Choumoun, im Chicagoer Exil, der andere, der koptische Papst Chenouda III, seit seinem Widerstand gegen Sadat in einem Wüstenkloster Ägyptens unter Hausarrest.
Es wäre natürlich ungerecht, einzig und allein der PLO die Verantwortung für eine Entwicklung zuzuschreiben, die sich nur beschleunigen kann angesichts eines – einstmals laizistischen – Irak, der unter dem Zeichen des Islam einen Eroberungskrieg führt. Aber es steht außer Zweifel, daß Arafats Bewegung – in seiner Abschiedsrede in Beirut im August 1982 erklärte er schließlich, daß die Erde Libanons »durch Blut und Glauben arabisch« sei – zu den Totengräbern des arabischen Laizismus zu rechnen ist. Denn sie hat sich, Gewehr bei Fuß, der Suche nach einem Kompromiß im Libanon entzogen, dessen Symbolkraft weit über die Grenzen der kleinen Phönizierrepublik hinausgereicht hätte.
Die Gründerväter der Baath-Partei waren Erben eines Maurras und eines Barrès, jener positivistischen Ungläubigen, die den gesellschaftlichen Nutzen der katholischen Religion als Beistand für die Schwachen und als Werkzeug gegen die demokratische Perversion verteidigten. Und stets hielten die Baath-Gründer – Aflaq vorneweg – Elogen auf den Islam als die nationale Religion, die von der geschichtlichen Kreativität der Araber zeugte. Selbst wenn Saddam Hussein höchstwahrscheinlich die Unwahrheit sagt, wenn er behauptet, sein Gastgeber Aflaq sei auf dem Sterbebett zum Islam übergetreten, obwohl er doch ein orthodoxer Christ war, steht außer Zweifel, daß der im Ausland so oft gerühmte Laizismus der Baath-Partei von Anbeginn an eigenartigen Anpassungen unterworfen wurde: in Syrien bleibt der sunnitische Islam Staatsreligion, obwohl die Alaniten Politik und Armee kontrollieren. Die arabische Laizität ist entscheidend schwächer und inkonsequenter als ihr kemalistisches Äquivalent in der Türkei, und deshalb wird sie für das Erwachen des Islam kein vergleichbares Hindernis sein können. Besonders deutlich zeigt sich das in Algerien, wo die FIS der Islamisten die beklagenswertesten Züge jener Nationalen Befreiungsfront FLN weiterträgt, von der sie aus der Taufe gehoben worden ist.

Aber definitiv hat die arabische Nationalbewegung ihren Untergang durch die Widerlegung ihrer *dritten und wichtigsten Hypothese* besiegelt: Die regionale Unterentwicklung sei verursacht durch die Kontrolle des nationalen Reichtums durch den ausländischen Kapitalismus und seine – oftmals nicht-mohammedanischen – lokalen Antennen. Von Nassers Zugriff auf den Suezkanal bis zur Wiederaneignung der Bodenschätze Öl und Gas und den beiden Ölschocks, die durch das OPEC-Kartell organisiert wurden – stets sollte die Abhängigkeit vom Weltmarkt durch eine nationale Politik der Ressourcen-Wiederaneignung und der planwirtschaftlichen Entwicklung verringert werden.

Die Ergebnisse waren in den letzten dreißig Jahren allerdings katastrophal: wachsende Versteppung (außer in Marokko), rasante Landflucht, die bisweilen, wie in Nassers Ägypten und in Algerien, durch eine unbedachte Kollektivierungs-Politik noch beschleunigt wurde, Einnahmenverschwendung durch planwirtschaftlichen Gigantismus (etwa die algerischen Stahlwerke, der Assuan-Staudamm, der sich als ökologisches Desaster entpuppt hat, oder auch die saudische Kampagne für Getreide-Autarkie). Der Irak verpulverte seine Staatseinnahmen durch den Aufbau einer Armee nach sowjetischem Muster, die er seit Frühjahr 1989 nicht mehr finanzieren konnte. Syrien ist davon nicht weit entfernt. Anderswo erstickte der Unternehmergeist, weil es unmöglich war, die verfügbaren Öleinnahmen in rentable Industrieunternehmen zu investieren, und folglich das Heil in Spekulationsgeschäften außerhalb der arabischen Welt gesucht wurde. Oder es kam, wie in Libyen und den Golfstaaten, zu unwirtschaftlichen Subventionen, wodurch die einheimische Bevölkerung von der produktiven Arbeit ferngehalten wurde und statt ihrer politisch rechtlose und unterbezahlte Arbeitsimmigranten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur zu sorgen hatten. Außer in Marokko, dem Yemen und den Staaten der arabischen Halbinsel liegt das Wirtschaftswachstum in der ganzen Region unterhalb des Bevölkerungswachstums. Dazu die unzureichenden Aufwendungen für Bildung und Gesundheit, der Verfall der großen Städte wie Algier oder Kairo – und schon können die Völker die Bilanz ihrer großteils nationalistischen Regime aufmachen, die seit den fünfziger Jahren das Bild bestimmt haben. Der allgemeine Mißkredit des Sozialismus sowjetischen Typs, wie er in den großen Industrieprojekten Algeriens, Ägyptens und Syriens Ausdruck gefunden hat, wird die Ablehnung dieses Entwicklungsmodells nur noch verstärken.

Selbst die Herausbildung einer technokratischen Staatsbourgeoisie, die in der Lage wäre, die wirtschaftliche Modernisierung zu steuern, ist ausgeblieben: nach wie vor sind es die jüdischen Geschäftsleute des marokkanischen

Königs, die christlich-libanesischen Bankiers und Buchhalter der syrischen Generäle und die saudischen Emire, die die wertvolle Brücke zum Weltmarkt spielen.
Allein das Beispiel Saddam Hussein drückt den Bankrott des arabischen Nationalismus hervorragend aus: Von heute auf morgen bricht er mit allen seinen Verbündeten, Ägypten vorneweg, und zerstört die Dynamik der arabischen Einigung, die er zu seinem eigenen Vorteil während des Iran-Kriegs ins Leben gerufen hatte; mit seinen Aufrufen zum Heiligen Krieg verspielt er sein laizistisches Kapital, von dem er bis dahin vor allem nach außen ausgiebigen Gebrauch gemacht hat; und er verschleudert den Ölreichtum des Irak durch immer wahnwitzigere militärische Abenteuer. Saddams Bilanz widerspricht in keinem Punkt unserer Negativdiagnose zum Stand des revolutionären Nationalismus in der arabischen Welt. Seine Flucht nach vorn seit 1990 hat Saddam heute im wesentlichen deshalb neue Zustimmung eingebracht, weil er sein Fähnchen in den Wind gehängt und seine Politik erheblich verändert hat. Saddams Politik wird durch das Ausmaß der gegenwärtigen Krise auf den Nullpunkt gebracht werden.

Jetzt also steht der Islam in vorderster Linie, nicht mehr der Panarabismus. Was wurde nicht alles geschrieben über die islamische Erneuerung vom Atlantik bis zum Indus und noch weiter bis nach Nigeria und Indonesien – nur eines nicht: daß sie einer Regionalpolitik vollkommen den Boden unter den Füßen wegreißt.
Seit den zwanziger Jahren beobachten wir eine stetige Ausdehnung des Konfliktraums im Nahen Osten. Ursprünglich umfaßte die Wahlheimat des arabischen Nationalismus das Zweistromland und die arabische Halbinsel. 1948 wurden Ägypten und seine Randgebiete von dem revolutionären Wirbel erfaßt. Nordafrika wird zu Beginn der fünfziger Jahre von den Pulsionen des arabischen Nationalismus wie magnetisch angezogen, in den Siebzigern dann wird der Iran durch seine islamische Revolution zum Mitspieler, und zuguterletzt, zeitgleich mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan, wird der Libanon, die letzte Brücke zu Westeuropa, von der Welle hinweggespült. Anzeichen deuten darauf hin, daß in den neunziger Jahren erstmals die Türkei, die islamischen Sowjetrepubliken und Pakistan von dem desintegrativen Prozeß der islamischen Revolution werden ergriffen werden. Der falsche Modernismus der weltlichen Nationalismen ist gescheitert – und nun drängt sich eine tiefer verwurzelte Identität in den Vordergrund: eine Religion, die vor allem einmal ein Großreich darstellte und jetzt ihre ursprünglichen Grenzen wiederfindet – das Gebiet Dar-al-Islam, die Welt der Gläubigen.

Der große türkische Nationaldichter Ziya Gökalp hatte den Anspruch erhoben, auf den Trümmern dieses imperialen islamischen Traumes drei unterschiedliche Nationen wieder zu errichten: die arabische, die persische und die türkische. Diese rationalistische und moderne Idee kann morgen durch die fortgesetzten Niederlagen der einen und anderen Nation infolge eines fundamentalistischen Drucks, der den Kampf mit dem Westen radikalisiert, in Frage gestellt werden. Es gibt drei Reihen von Gründen für die fundamentalistische Radikalisierung:

1. Der arabische Nationalismus ist im wesentlichen im Einklang mit dem Westen verblieben, so einseitig auch manche seiner Positionen scheinen mochten (und nur einem Jacques Berque, der in Analogie zu Heidegger den arabischen Nationalismus einer Herrschaft der Technik gegenüberstellt, kann dies mißfallen). Mit dem Westen teilt er als wesentliche Ziele die Modernisierung des Staates und die wirtschaftliche Entwicklung. Das ging so weit, daß der entschieden prosowjetische Nasser seinen Ministern das Buch Walter W. Rostows über die Strategien des Wachstums als Pflichtlektüre verschrieb. Der islamische Integrismus nun rekrutiert seine Anhänger massiv aus den Reihen gescheiterter Ärzte und Ingenieure, die durch die Berührung mit der »westlichen« Wissenschaft ins Abseits geraten sind und ihr voller Ressentiments gegenüberstehen (obwohl es oftmals eine »arabische« Wissenschaft ist, die nun durch die Vermittlung des Westens zu ihnen zurückkehrt). Der Integrismus präsentiert sich da als eine radikale Modernitätskritik im Namen einer staats- und wissenschaftsfeindlichen politischen Romantik, wie wir sie in Europa nach dem Ende der Französischen Revolution kennengelernt haben.

2. Der islamische Fundamentalismus ist in keiner Weise mehr Träger einer Befreiungsutopie. Er tritt mit dem Programm an, die materielle und geistige Misere der verarmten Massen in den Griff zu bekommen, besonders jener Menschen in den explodierenden Metropolen, die von der gescheiterten Entwicklung der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts als Erbe hinterlassen wurden: Casablanca, Algier, Kairo, Beirut, Istanbul, Teheran, Baku, Karatschi und demnächst Bagdad. Er schlägt die Rückkehr zur autoritären Familie vor – im höchsten Grade repressiv gegenüber Frauen und den »Anderen« (Nicht-Mohammedaner, Laizisten, Homosexuelle und Immigranten, die in die islamische Welt zurückgekehrt sind, aber die westlichen Sitten mitgebracht haben) und solidarisch mit jedem patriarchalischen Mann, der seine Rolle als umsorgter Familienchef wiedereingenommen hat, die im wesentlichen eine des Kriegers ist. Eine solche Regression geht einher mit ständigen Blutbädern bei jeder möglichen Opposition (Kabylen, Kurden, Kopten, religiöse Dissidenten, vereinzelte Touristen aus Europa, Armenier

in der Sowjetunion). Ist ein Gleichgewicht einmal erreicht, so gründet es, wie im Iran gesehen, auf einer ständigen Terrorherrschaft.

3. Weil der Islamismus die Eroberungsmystik wiederbelebt, muß er versuchen, die ständig blutenden Grenzen des Dar-al-Islam im Kampf mit den diversen Verkörperungen der heidnischen Welt, des Dar-el-Gharb, wiederherzustellen. Schon heute sind alle seine Nachbarn mehr oder weniger direkten Formen des Krieges ausgesetzt: Senegals Konflikt mit Mauretanien; in Mali und Nigeria der Aufstand der Tuaregs gegen afrikanische Staaten; die Bürgerkriege im Tschad und im Sudan; die eritreische Rebellion in Äthiopien und der stille Konflikt mit dem irredentistischen Somalia; die indisch-pakistanische Konfrontation sowie die islamische Erhebung im Kaschmir; der afghanische Bürgerkrieg und der versteckte Aufstand im sowjetischen und chinesischen Turkestan; der Karabach-Konflikt zwischen Armeniern und Aserbeidschanern; der Zypernkonflikt, Libanon, Palästina – an der gesamten Grenze des alten islamischen Reiches ist der Heilige Krieg bereits in vollem Gange, unter diversen (und manchmal, wie bei den Tuaregs, den Kaschmiris und Afghanen vollkommen begründeten) Vorwänden, und auch ohne daß fundamentalistische Regime ihm seinen vollen Sinn verleihen.

Auf der westlichen und der östlichen Seite des alten Reiches scheint heute der Islamismus in voller Entwicklung zu sein. Auf der einen Seite revanchieren sich die Maghrebstaaten, auf der anderen die indisch-iranische Welt (Iran, Afghanistan, Pakistan) gegen das arabische Zentrum (diese Regionen haben bereits die Abassiden von Bagdad gegen die Ommeyaden in Damaskus unterstützt). Doch in Zukunft wird diese so heterogene Bewegung auf Hindernisse stoßen, die ab sofort verstärkt werden müssen.

Im Herzen der arabischen Welt liegt Ägypten und hält sich bemerkenswert gut. Hier sind die Moslembrüder seit Anfang der vierziger Jahre organisiert. Und auch wenn ihre überzogenen Forderungen bedrohlich sind, wird es ihnen nie gelingen, den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, geschweige denn eine Gesellschaft, die sich im Kontakt mit ihnen allmählich immunisiert hat. Gewiß wird es noch einige integristische Aufwallungen geben, aber Armee, sechs Millionen Christen, ein städtisches Bürgertum, das hinter dem Frieden mit Israel steht, und die Allianz mit den USA bilden eine ganze Reihe von Hindernissen, die schwer zu durchbrechen sind.

Im Norden haben die Türkei und die islamischen Sowjetrepubliken dieselbe schwierige Rolle zu spielen. So wie Usbekistan die Schwelle der Sowjetunion zum Süden darstellt, so bildet die Türkei die Südzone der EG. Paradoxerweise ist die Türkei viel stärker in das Brüsseler Europa eingebunden als Usbekistan in den verbliebenen Comecon, wohingegen die politischen

Bindungen an Moskau noch sehr rigide sind. Aber trotz der unsicheren Lage in der Sowjetunion ist eine entsprechende Weiterentwicklung anzunehmen. Die Türkei ist sehr viel industrialisierter und dynamischer als der Rest der islamischen Welt. Sie kann Rußland bei einer friedlichen Entkolonisierung der südlichen Provinzen helfen und als Belohnung für ihre diplomatische Vermittlerrolle in den europäischen Wirtschaftsraum integriert werden.

Pakistan allein macht schon ein Viertel der islamischen Welt im engeren Sinne aus. Der Einfluß der Islamisten, die aus dem Herzen Indiens stammen und zu deren geistigen Lehrmeistern seit den dreißiger Jahren ein Mawduddi gehörte, ist beträchtlich. Die Entwicklung von Indiens islamischer DDR hängt dabei vollständig von der Gesamtentwicklung auf dem Halbkontinent ab. Denn der indische Islam ist aus dem Massenprotest gegen das Kastensystem hervorgegangen, und seine Entwicklung wird von dem Fortbestand dieses Systems abhängen, genauso wie die Entwicklung des pakistanischen Islam.

Die zunehmende Ausbreitung des Hindu-Fundamentalismus (die Affäre um den Ayodhya-Tempel ist ein ernstzunehmendes Symptom) wird dem militärischen Integrismus Pakistans weitere Argumente an die Hand geben. Der pakistanische Integrismus breitet sich schon jetzt in Richtung auf die arabische Halbinsel aus und wird sie dank seiner demographischen Stärke schließlich dominieren – und ihr seine voll einsatzfähige Atombombe offerieren.

Innerhalb der Maghreb-Staaten stellt Marokko den letzten Damm gegen den Islamismus dar. Denn jenseits all seiner politischen Wechselfälle repräsentiert Marokko den Fortbestand des omeijadischen Toleranzgeistes Spaniens und der berbischen Identität. Beide wurden in den übrigen Maghreb-Staaten vom islamischen Arabismus zurückgedrängt. Ein islamisches oder von der Islam-Partei erpreßtes Algerien würde alles tun, um das marokkanische Königreich zu zerstören. Schon jetzt muß sehr genau auf dessen Sicherheit geachtet werden.

Die neuen politischen Gegebenheiten auf der arabischen Halbinsel und in der syrisch-irakischen Welt haben auf überraschende Weise die Karten neu verteilt. Eine fanatisch antikommunistische Feudalclique kann im Namen des Islam gemeinsame Sache machen mit einer populistischen Gruppierung, die aus der Zersetzung des revolutionären Nationalismus und des Kommunismus hervorgegangen ist, wie es uns der Libanon in kleinerem Maßstab bereits vorgemacht hat. Umgekehrt kann eine so traditionsreiche Familie wie die Haschemiten (zu der König Hussein von Jordanien ebenso gehört wie Scheich Jamani, der große, im Exil lebende Stratege der saudischen

Ölpolitik) eine fundamentale Rolle spielen bei der Rekonstruktion einer liberalen Alternative inmitten der arabischen Welt.
Und schließlich stellen auch all die Minderheiten, von den Berbern im Maghreb, den ägyptischen Kopten über die Drusen und Alaniten in Syrien und Libanon, die Kurden und Belutschen bis hin zu den liberalen Moslems, eine noch formlose Ansammlung von Kräften dar, die dem Totalitarismus feindlich gegenüberstehen, deren Stimme sich aber zunehmend Gehör verschaffen kann.
Der Golfkrieg wird vermutlich das Schicksal Saddam Husseins besiegeln. Nicht lösen wird er das Problem eines wachsenden Islamismus, den Saddam erst eindämmen wollte, um ihn schließlich für seine Zwecke einzuspannen. Die Vermeidung dieses Krieges hätte die Bedrohung nur noch verschärft – und die Bruchstelle auf ein höheres Eskalationsniveau verschoben. Der Krieg war das Vorzeichen eines militärisch und politisch langwierigen Kampfes, der die islamische Welt in den nächsten zehn Jahren durchfegen wird, so lange, bis wie im Europa der Religionskriege eine Partei des »Politischen« und der Staatsräson auftreten wird, die diesen großen Weltregionen, dem Maghreb, dem Niltal, Arabien, der Türkei und dem Iran, wieder Gründe zur Hoffnung zu geben weiß und Wege zur Entwicklung, die mehr sind als nur Luftspiegelungen.

Aus dem Französischen von W. Kolk und A. Smoltczyk

Bücher
für eine bessere Welt

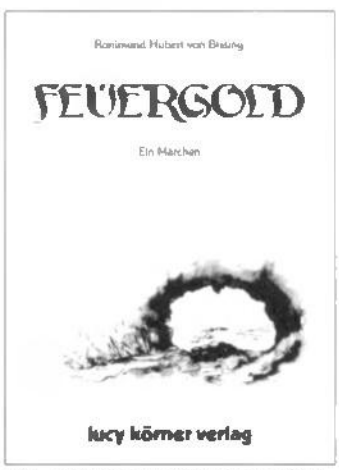
Eines der erfolgreichsten und am meisten diskutierten Bücher der letzten Jahre!

Eine provozierende Aufforderung, mit der Verbesserung der Welt erst einmal bei sich selbst anzufangen.
104 Seiten 14,– DM

Augen und Ohren auf! Und wenn es sein muß, auch mal die Klappe!

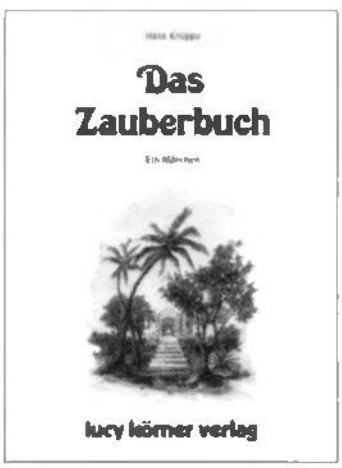
Haben Sie Mut und lassen Sie sich zu Ihrer Angst, Ihrer Wut und Ihrem Schmerz führen.
96 Seiten 14,– DM

Nur ein Märchen? Oder eine Reise ins Innere der Seele?



Ein zutiefst spirituelles Märchen von der Suche nach dem legendären See Feuergold – und nach sich selbst.
96 Seiten 14,– DM

Wenn man sich einmal so richtig verzaubern lassen will...



Ein Märchen von einem Buch mit magischen Kräften – hintergründig, spannend und voller Denkanstöße!
96 Seiten 14,– DM

Postfach 1106 · 7012 Fellbach · Tel. 07 11/58 84 72

lucy körner verlag

Thomas Schmid, geb. 1945; lebt als freier Autor in Lorsch bei Frankfurt/Main. Soeben erschien von ihm *Berlin: der kapitale Irrtum. Argumente für ein föderalistisches Deutschland.*

Henning Ritter, geb. 1943, Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, verantwortlich für »Geisteswissenschaften«.

Otto Kallscheuer, geb. 1950, Philosoph und Politologe, lebt in Berlin. Im Herbst erscheint sein Essayband *Glaubensfragen.*

Richard Wagner, geb. 1952, reiste 1987 aus Rumänien aus und lebt seither als Schriftsteller in Berlin. Zuletzt erschien von ihm *Sonderweg Rumänien.*

Claus Leggewie, geb. 1950, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen; lebt in Frankfurt. Zuletzt erschien sein Essayband *Nachgetragenes Mitleid.*

Sabine Sauer, geb. 1959, Fotografin, arbeitet in der Fotoagentur »Lichtblick« und lebt in Berlin. Ihre Fotos zeigen den Dachboden des Berzirksgerichts Mitte in Ostberlin, auf dem ca. 500 000 noch ungesichtete Akten seit z. T. Mitte des vorigen Jahrhunderts liegen und verrotten.

Gerd Grözinger, geb. 1953, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, arbeitet an der Evangelischen Akademie Bad Boll. Einzelaspekte seines Artikels sind zuvor in *Kommune* 12/1985 und *Freibeuter* 39/1988 erschienen.

Jürgen Busche, geb. 1944, Dr. phil., Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*; lebt in München.

Cora Stephan, geb. 1951, Essayistin, lebt in Frankfurt. Zuletzt erschien ihr Essayband *Weiterhin unbeständig und kühl. Nachrichten über die Deutschen.*

István Eörsi, geb. 1931, lebt in Budapest; schreibt Gedichte, Theaterstücke, Essays. Im August erscheint von ihm *Erinnerung an die schönen alten Zeiten* (rororo aktuell Essay).

György Dalos, geb. 1943, Schriftsteller und Übersetzer, lebt in Budapest und Wien. Zuletzt erschien sein Roman *Die Beschneidung.*

Dan Diner, geb. 1946, Professor für Geschichte an den Universitäten Essen und Tel Aviv. Zuletzt erschien von ihm *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz.*

Peter Weingart, geb. 1941, ist Professor für Wissenschaftssoziologie an der Universität Bielefeld und Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZIF).

Alexander Adler ist Mitarbeiter der Pariser Zeitung *Libération.* Sein Artikel erschien unter dem Titel »Tempête sur l'Islam« im Februar 1991 in der Zeitschrift *Globe.* © Alexandre Adler.

Kursbuch 105 **Krieg und Frieden** September 1991

Kursbuch 106 **Alles Design** Dezember 1991

Vorschauen auf diese Nummern enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 16 und 17.

PIER PAOLO PASOLINI
Eine Biographie von Nico Naldini

Eine Biographie als verläßliche, reich dokumentierte Chronologie, geschrieben vom besten und intimsten Kenner Pasolinis, seinem Cousin Nico Naldini.
In vielen Zitaten rekonstruiert Naldini die bedeutendsten, zum Teil lebenslangen Beziehungen und Freundschaften Pasolinis: die – für ihn wohl wichtigste – Beziehung zu seiner Mutter, die respektvolle Freundschaft zu seinem Entdecker und Kritiker Gianfranco Contini, zu den Schriftstellern Italo Calvino und Paolo Volponi; die Reisen und Abende in römischen Trattorien mit Maria Callas (›Medea‹), Alberto Moravia und Elsa Morante, der Schauspielerin Laura Betti und der Freundin Silvana Mauri.
Für den Leser entsteht das Bild eines ungewöhnlichen Mannes: ein Multitalent, das Literatur und Film, Poesie und Ideologie miteinander verband und zugleich Teil (wenn nicht Repräsentant) einer Streitkultur war, die Italien bis heute auszeichnet.

Aus dem Italienischen von Maja Pflug.
Allgemeines Programm. Französische Broschur.
352 Seiten mit vielen unbekannten Quellen, Zeugnissen und 170 Fotos, DM 32.–

Im Mai erscheint:

Pier Paolo Pasolini
Ich bin eine Kraft des Vergangenen
Briefe

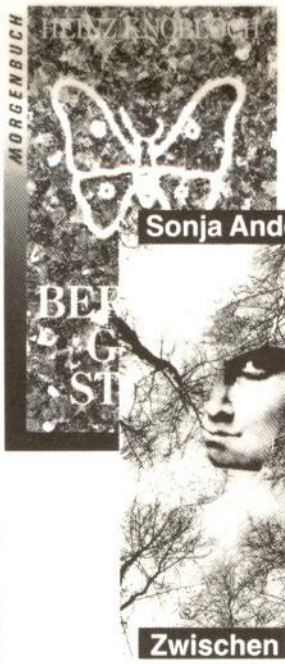
Zum erstenmal auf deutsch: Die Briefe Pier Paolo Pasolinis an Freunde, Schauspieler, Kollegen, Verleger. Ein aufregender Einblick in das Laboratorium eines großen Künstlers – in seine Leidenschaften, sein soziales Engagement, in die Entstehung seiner Bücher und Filme.

Herausgegeben von Nico Naldini.
Aus dem Italienischen von Maja Pflug.
Allgemeines Programm. Blaues Leinen. Etwa 320 Seiten, DM 39.80

Wagenbach

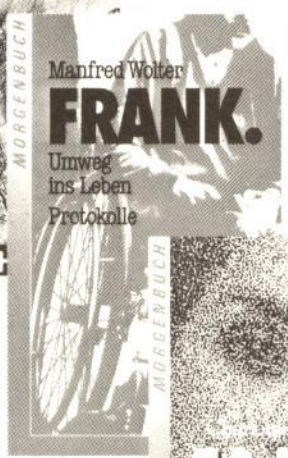
MORGENBUCH

Lebensverläufe ....



Heinz Knobloch, **Berliner Grabsteine**, 4. Aufl., 240 Seiten mit zahlr. Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag, DM 29,80
ISBN 3-371-00352-3

Sonja Anders, **Zwischen Himmel und Hölle**, Aufzeichnungen einer Suchtkranken, 316 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 16,80, ISBN 3-371-00261-6



Manfred Wolter, **Frank.** Umweg ins Leben, Protokolle, 184 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 24,80, ISBN 3-371-00351-5

Charlotte Worgitzky, **Traum vom Möglichen**, Roman, 394 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 29,80
ISBN 3-371-00293-4

Sabine Kebir, **Eine Bovary aus Brandenburg**, Roman, 240 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 36,–
ISBN 3-371-00353-1

Charlotte Worgitzky, **Heute sterben immer nur die andern**, Erzählung, 105 Seiten, Paperback, DM 14,80
ISBN-3-371-00350-7

Maria u. Adolf-Henning Frucht, **Briefe aus Bautzen II**, 240 Seiten mit zahlr. Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag, DM 39,80, ISBN 3-371-00342-6

Karl Hermann Roehricht, **Lebensverläufe**, Innenansichten aus der DDR, 198 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 29,80
ISBN 3-371-00343-4

... unser Programm

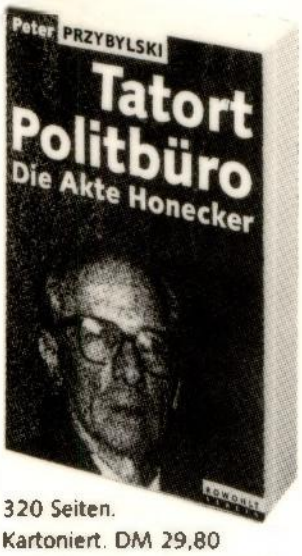
Morgenbuch Verlag GmbH Potsdamer Straße 199 1000 Berlin 30 Tel. 030/ 215 50 61

ROWOHLT
BERLIN

Das erste Programm von Rowohlt · Berlin ab April in ihrer Buchhandlung

Wieviele blieben auf Ihrer Strecke, Herr Honecker?

Aus bislang unzugänglichen Quellen dokumentiert dieses atemberaubende Buch die kriminelle Politkarriere des einstmals mächtigsten Mannes der DDR.



320 Seiten.
Kartoniert. DM 29,80

■ Einblicke in das Innere der Macht: Günter Schabowski, Der Absturz. 336 Seiten. Gebunden. DM 39,80

■ Spurensuche in Deutschland: Lutz Niethammer, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR 640 Seiten. Gebunden. DM 56,-

Wer herrscht in der Sowjetunion?

Drogen, Prostitution, Schiebergeschäfte - eine Mafia hat das Land fest im Griff. Deutsch von Ganna-Maria Braungardt.

208 Seiten.
Kartoniert. DM 29,80

■ War Mielkes Aufstieg unaufhaltsam? Jochen von Lang erzählt die Geschichte eines entfesselten Kleinbürgers, der sich seine große Zeit mit Mord und Angst selber geschaffen hat - eine deutsche Karriere.304 Seiten. Gebunden.DM 39,80

■ Mut zur Utopie: Jirí Dienstbier, Träumen von Europa. Mit einem Vorwort von Václav Havel. Deutsch von Joachim Bruss. 192 Seiten. Gebunden. DM 36,-

Warum wird ein Dichter Präsident?

Diese autorisierte Biografie schildert den kaum glaublichen Weg Václav Havels vom verfolgten Dramatiker zum Staatspräsidenten der Tschechoslowakei. Deutsch von G. Heissig, M. Pasetti, E. Thiele.

288 Seiten
mit einem Tafelteil.
Gebunden. DM 39,80

■ War alles vergebens, Walter Janka? Sein Buch ‹Schwierigkeiten mit der Wahrheit› machte Geschichte. Nun legt Walter Janka seine Autobiographie vor - ein beeindruckendes Zeugnis vom Willen, sich nicht brechen zu lassen. 464 Seiten. Gebunden. DM 39,80